

102. Sitzung**Donnerstag, den 20. Januar 2000****Mainz, Deutschhaus**

Landshaushaltsgesetz 2000/2001 (LHG 2000/2001)	7625
Gesetzentwurf der Landesregierung	
- Drucksache 13/4800 -	
Zweite Beratung	
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses	7625
- Drucksache 13/5200 -	
Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses	7625
- Drucksache 13/5201 -	
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7625
- Drucksachen 13/5245/5315 -	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU	7625
- Drucksache 13/5305 -	
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und F.D.P.	7625
- Drucksache 13/5347 -	
Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Entschließungen -	7625
- Drucksachen 13/5238 bis 13/5241, 13/5299 bis 13/5303, 13/5308 bis 13/5314, 13/5316 bis 13/5346, 13/5348 bis 13/5354 -	
Anträge der Fraktionen der SPD und F.D.P. - Entschließungen -	7625
- Drucksachen 13/5249 bis 13/5266, 13/5304, 13/5355 -	
Antrag der Fraktion der SPD - Entschließung -	7625
- Drucksache 13/5267 -	
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Entschließung -	7625
- Drucksache 13/5268 -	

7622 Landtag Rheinland-Pfalz - 13. Wahlperiode - 102. Sitzung, 20. Januar 2000

Anträge der Fraktion der CDU - Entschließungen -	7625
- Drucksachen 13/5273 bis 13/5297 -	
Antrag der Fraktion der F.D.P. - Entschließung -	7625
- Drucksache 13/5298 -	
Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 1999 bis 2003	7625
- Drucksache 13/4801 -	

Fortsetzung der Beratungen vom 19. Januar 2000

Es wurden beraten:

Einzelplan 03 - Ministerium des Innern und für Sport -	7625
Einzelplan 09 - Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen -	7659
dazu: Landesgesetz zu dem Vertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz - Körperschaft des öffentlichen Rechts -	7664
Gesetzentwurf der Landesregierung	
- Drucksache 13/5159 -	
Erste Beratung	

Der Gesetzentwurf - Drucksache 13/5159 - wird an den Ausschuss für Kultur, Jugend und Familie - federführend - und an den Rechtsausschuss überwiesen. 7686

Einzelplan 01 - Landtag -	7686
dazu: ...tes Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz und des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz	7686
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P.	
- Drucksache 13/5067 -	
Zweite Beratung	
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses	7686
- Drucksache 13/5231 -	

Die Beratung über die Drucksachen 13/5067/5231 wird bis zur 103. Plenarsitzung am 21. Januar 2000 unterbrochen. 7690

Einzelplan 10 - Rechnungshof -	7690
Einzelplan 14 - Ministerium für Umwelt und Forsten -	7690
dazu: ...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlicher Vorschriften	7690
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und F.D.P.	
- Drucksache 13/5057 -	
Zweite Beratung	
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Forsten	7690
- Drucksache 13/5236 -	

Bessere Bekämpfung der Umweltkriminalität in Rheinland-Pfalz 7691
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/4482 -

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Forsten 7691
- Drucksache 13/5107 -

*Die Beratung über die Drucksachen 13/5057/5236 und 13/4482/5107 wird
bis zur 103. Plenarsitzung am 21. Januar 2000 unterbrochen.* 7720

Einzelplan 15 - Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung - 7720

dazu: Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern der
Bundesrepublik Deutschland über die Vergabe von Studien-
plätzen 7720

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/5151 -
Erste Beratung

*Der Gesetzentwurf - Drucksache 13/5151 - wird an den Ausschuss für Bil-
dung, Wissenschaft und Weiterbildung - federführend - und an den
Rechtsausschuss überwiesen.* 7747

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Frau Dr. Rose Götte, Frau Klaudia Martini, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Nicole Morsblech und Christine Schneider.

Rednerverzeichnis:

Präsident Grimm	7625, 7629, 7635, 7636, 7639, 7643, 7648, 7649, 7650 7651, 7652, 7653, 7654, 7659, 7662, 7707, 7708, 7709 7711, 7713, 7714, 7720
Vizepräsident Schuler	7686, 7687, 7688, 7689, 7690, 7691, 7694, 7695, 7697 7701, 7702
Vizepräsident Heinz	7664, 7666, 7668, 7669, 7672, 7674, 7678, 7679, 7681 7686, 7722, 7725, 7728, 7731, 7733, 7735, 7738, 7740 7745, 7746, 7747
Bill (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7669, 7674
Billen (CDU)	7697
Bischel (CDU)	7635, 7687
Braun, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7697, 7702, 7712
Brede-Hoffmann (SPD)	7733
Bruch (SPD)	7651, 7687
Creutzmann (F.D.P.)	7643, 7648, 7652
Dahm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7665, 7725, 7735, 7746
Ernst (CDU)	7653
Frisch (CDU)	7660
Granold (CDU)	7678, 7686
Grützmacher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7639, 7689
Hammer, H. (CDU)	7668
Hatzmann (F.D.P.)	7674, 7702, 7713
Jahns (SPD)	7709
Kipp (SPD)	7679
Kohnle-Gros (CDU)	7649, 7720
Kuhn (F.D.P.)	7688, 7728, 7738, 7747
Lelle (CDU)	7731, 7745
Leonhard (CDU)	7690
Licht (CDU)	7691
Müller (CDU)	7708
Nagel (SPD)	7694, 7701
Pahler (F.D.P.)	7666
Pepper (SPD)	7662
Pörksen (SPD)	7629, 7636
Remy (SPD)	7691
Schmidt, Dr. (SPD)	7722
Schnabel (CDU)	7625
Spurzem (SPD)	7672, 7674
Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7636, 7648, 7686
Götte, Dr., Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen	7681
Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten	7714
Zöllner, Prof. Dr., Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung	7740
Zuber, Minister des Innern und für Sport	7654

102. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 20. Januar 2000

Die Sitzung wird um 8.31 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 102. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu Schriftführern berufe ich die Kollegen Jochen Hartloff und Heinz Leonhard. Herr Kollege Leonhard führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Kolleginnen Christine Schneider und Nicole Morsblech.

(Bruch, SPD: Die ist krank!)

Ich freue mich, der Kollegin Kiltz, die gerade eingetroffen ist, ganz herzlich zum Geburtstag zu gratulieren. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute!

(Beifall im Hause)

Entsprechend der gestern festgesetzten Tagesordnung werden wir heute verfahren.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Landshaushaltsgesetz 2000/2001 (LHG 2000/2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 13/4800 -

Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 13/5200 -

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 13/5201 -

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 13/5245/5315 -

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 13/5305 -

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und F.D.P.

- Drucksache 13/5347 -

Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Entschließungen -

- Drucksachen 13/5238 bis 13/5241, 13/5299 bis 13/5303, 13/5308 bis 13/5314, 13/5316 bis 13/5346, 13/5348 bis 13/5354 -

Anträge der Fraktionen der SPD und F.D.P.

- Entschließungen -

- Drucksachen 13/5249 bis 13/5266,
13/5304, 13/5355 -

Antrag der Fraktion der SPD

- Entschließung -

- Drucksache 13/5267 -

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P.
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

- Entschließung -

- Drucksache 13/5268 -

Anträge der Fraktion der CDU

- Entschließungen -

- Drucksachen 13/5273 bis 13/5297 -

Antrag der Fraktion der F.D.P.

- Entschließung -

- Drucksache 13/5298 -

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz

für die Jahre 1999 bis 2003

- Drucksache 13/4801 -

Entsprechend der beschlossenen Tagesordnung setzen wir die Beratung zum Landshaushaltsgesetz mit dem

Einzelplan 03

- Ministerium des Innern und für Sport -

fort.

Für diesen Haushalt wurde eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart.

Man kann sich jetzt zu Wort melden! -

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schnabel das Wort.

Abg. Schnabel, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung und insbesondere der Ministerpräsident sowie der Innenminister vermittelte über die Finanzen der Kommunen in der Öffentlichkeit ein Bild, das einfach nicht der Realität entspricht.

(Beifall der CDU)

Es ist grotesk, wenn sie dabei von einer ausgeglichenen Haushaltsslage ausgehen und von ausgeglichenen Haushalten bei Städten und Gemeinden reden.

Die Kommunen haben Fehlbeträge von 830 Millionen DM. Hierfür tragen einzig und allein Bund und Land die Verantwortung. So sieht die Situation vor Ort aus, meine Damen und Herren.

(Kuhn, F.D.P.: So einfach ist das Leben!)

Über 265 Millionen DM werden in den nächsten zwei Jahren den Kommunen aus den Taschen gezogen. Die Schulbaumittel in Höhe von 96 Millionen DM und 101 Millionen DM wurden im letzten Doppelhaushalt noch dorthin verlagert, wo sie auch hingehören.

Finanzminister Mittler hatte das auch richtigerweise vor zwei Jahren mit dem Bildungsauftrag des Landes begründet. Die Personalkostenzuschüsse für die Kindertagesstätten werden seitdem im Gegenzug in voller Höhe dem kommunalen Finanzausgleich wieder entnommen. Aber heute will das niemand mehr wissen und hören. Die Kommunen werden damit doppelt bestraft.

Der Innenminister konnte sich in diesem entscheidenden Punkt, die Kommunen zu schonen, wieder einmal nicht durchsetzen.

(Beifall der CDU -
Zuruf des Staatsministers Zuber)

Meine Damen und Herren, weitere Einnahmen erfolgen für den Bereich Krankenhäuser in Höhe von 30 Millionen DM, obwohl jeder weiß, dass es immer weniger Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft gibt. Für Musikschulen wurden noch einmal 6 Millionen DM entnommen, sodass wir somit auf die endgültige Zahl von 265 Millionen DM kommen, die letztendlich den Kommunen fehlen.

Dieses Räubern in den kommunalen Kassen ist bei dieser rot-gelben Regierung nicht neu. Von 1992 bis heute wurden den Gemeinden, Städten und Landkreisen über 1 Milliarde DM im kommunalen Finanzausgleich vorenthalten.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

- Herr Kollege Pörksen, es schmerzt natürlich, dies immer wieder von neuem zu hören. Aber das sind Tatsachen, die Sie nachrechnen können.

(Beifall der CDU -
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD -
Jullien, CDU: Es ändert nichts daran!)

Ich möchte noch eine weitere interessante Zahl nennen. Die Gesamtfehlbeträge der kommunalen Gebietskörperschaften

sind von 1991 an schrittweise von 42 Millionen DM auf 830 Millionen DM gestiegen. Fehlbeträge in Höhe von 680 Millionen DM werden von der Landesregierung als Entspannung der kommunalen Finanzmisere gefeiert und zur Grundlage neuer Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich gemacht.

Meine Damen und Herren, Mitte des vergangenen Jahres gab es Finanzierungslücken in Höhe von 1,3 Milliarden DM. Allein die reinen Gemeindehaushalte sind mit 8,3 Milliarden DM verschuldet. Dabei handelt es sich sicherlich nicht um hausgemachte Probleme der Kommunen selbst; denn der Rechnungshof Rheinland-Pfalz hat bereits 1997 in seinem Komunalbericht darauf hingewiesen, dass die Kommunen im Gegensatz zum Land einen strikten Sparkurs fahren.

(Kramer, CDU: Genau!)

Das sollten Sie sich einmal merken. Die Kommunen fahren einen strikten Sparkurs gegenüber dieser Landesregierung!

(Beifall der CDU)

Wir haben immerhin noch 680 Kommunen, die einen unausgeglichenen Haushalt haben. Ein Drittel aller Kommunen in Rheinland-Pfalz hat keinen ausgeglichenen Haushalt. Dass es nicht noch mehr sind, hängt einzig und allein damit zusammen, dass die Kommunen vor Ort sparen und effizient und wirtschaftlich arbeiten.

Meine Damen und Herren, die Steuereinnahmen des Landes stiegen beispielsweise von 1990 bis 1998 um 32,19 %. Das ist auch eine interessante Zahl. Gleichzeitig nahmen die kommunalen Steuereinnahmen lediglich um 19,23 % zu. Finanzminister Mittler bemüht sich, in der Öffentlichkeit immer noch das Gegenteil zu vermitteln. Meine Damen und Herren, das ist unredlich.

(Ministerpräsident Beck: Wer wollte denn die Gewerbesteuer streichen?)

Das ist unredlich und fahrlässig zugleich, meine Damen und Herren!

(Beifall der CDU -
Ministerpräsident Beck: So ein unredliches Gerede!)

Tatsache ist einfach, dass die Länder seit 1997 mehr Steuern einnehmen als der Bund. Dass die Länder nach der Verfassungslage für die Kommunen zuständig sind, brauche ich nicht besonders zu betonen. Deswegen haben sie ihrer Aufgabe nachzukommen.

(Kramer, CDU: Aufklärung tut Not! -
Ministerpräsident Beck:
Das ist wohl wahr!)

An Dreistigkeit nicht zu übertreffen ist jedoch, dass die Landesregierung den Kommunen vorhält, es gehe ihnen zunehmend besser. Dies reicht anscheinend schon aus, um am Finanzausgleich zu drehen und ihn zu Lasten der Kommunen schlechter zu stellen.

Ich nenne jetzt eine interessante Zahl. 350 Kommunen haben einen Antrag mit einem Antragsvolumen von insgesamt 517 Millionen DM aus dem Ausgleichsstock gestellt. Der Ausgleichsstock bedeutet im Grunde genommen eine Sozialhilfe für die Kommunen. 500 Millionen DM betragen ein Sechstel des gesamten Finanzausgleichs von 3 Milliarden DM. Von den Kommunen stellt also im Grunde genommen ein Sechstel einen Antrag auf Sozialhilfe. Da sehen Sie, wo wir hingekommen sind.

(Beifall der CDU)

In den Koalitionsvereinbarungen 1991 und 1996 haben die beiden Regierungsparteien vereinbart, die allgemeinen Zuweisungen zu stärken, eine Vorstellung, zu der es eigentlich nur Zustimmung von allen Seiten gegeben hat. Auch der Landesrechnungshof hatte dies 1996 in dieser Form bereits als Notwendigkeit angesehen. Was daraus geworden ist, sehen wir in diesem Doppelhaushalt. Im Jahr 2000 sind die allgemeinen Zuweisungen auf sage und schreibe 59,8 % abgesenkt worden, im Jahre 2001 bleiben nur noch 58,9 %. Ich will es einmal verdeutlichen. Ziel war ein Verhältnis von 70 zu 30 bei allen hier im Hause. Dies sollte irgendwann erreicht werden. 1991 lag das Verhältnis immer noch bei 65,7 % zu 34,3 %. Mittlerweile sind wir unter die 60 % abgerutscht. Dies ist die Leistung, mit der sich diese Landesregierung im Moment gegenüber den Kommunen brüsten kann.

(Beifall bei der CDU -
Kramer, CDU: Unglaublich!)

Diese Entwicklung wird noch schöngeredet und verteidigt. Entsprechende Aussagen in Bezug auf das Verhältnis von Zweckzuweisungen und allgemeinen Zuweisungen sind sogar von Ihren eigenen Parteimitgliedern in den Kommunen nicht mehr verstanden worden, Herr Minister.

(Staatsminister Mittler:
Die begrüßen das!)

- Wo kommen Sie denn hin? Entschuldigung, waren Sie einmal vor Ort und haben mit denen diskutiert?

(Staatsminister Mittler: Ständig!)

Das würde mich einmal interessieren, Herr Minister.

(Staatsminister Mittler: Auch
in Ihrem Landkreis!)

- Ach, in unserem Landkreis, erzählen Sie doch kein Zeug.

(Zuruf des Staatsministers Mittler)

- Genau das hat Minister Zuber auch immer gesagt. Als Bürgermeister und Landrat hat er alles sehr viel anders gesehen. Aber darauf brauche ich nicht einzugehen.

(Beifall der CDU)

Selbstverwaltung braucht keinen Vormund und schon gar keine goldenen Zügel. Sie wissen schon vor Ort, was sie machen und was machbar und notwendig ist.

(Schwarz, SPD: Das bezweifle
ich ganz stark!)

Herr Innenminister, deswegen fordern wir Sie auf, geben Sie den Gemeinden, Städten und Landkreisen das ihnen zustehende Geld, damit sie selbst über Investitionen, die getätigt werden müssen, entscheiden können.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ein interessanter Punkt ist der Kommunale Rat. Zum einen wird er oft mit nebensächlichen Dingen befasst. In entscheidenden Fragen werden die Beschlüsse von der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen nur zur Kenntnis genommen, aber niemals berücksichtigt. Anhörungen, die bei den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt wurden, werden im Kommunalen Rat wiederholt. Das führt zur Langeweile und zum Frust und führt natürlich auch zu schwindender Teilnahmebereitschaft vonseiten der Mitglieder. Das wird dann letztendlich wieder kritisiert.

Dann brüstet sich der Herr Innenminister, er habe in den letzten drei Jahren 170 Tagesordnungspunkte abgehandelt. Herr Minister, die Masse macht es nicht.

(Beifall der CDU)

Die Mitglieder des Kommunalen Rats beklagen einfach die mangelnde Umsetzung der wichtigsten Beschlüsse. Der Innenminister fühlt sich offensichtlich immer weniger als Repräsentant des Kommunalen Rats. Es ist deshalb zwingend notwendig, dass sich dieses Gremium einen eigenen Vorsitzenden wählen kann.

(Creutzmann, F.D.P.: Ach ja!)

So, wie die Landesregierung die Dinge betreibt, ist der Kommunale Rat ohne Initiativrecht ein Papier tiger. Meine Damen und Herren, das Gremium in dieser Form können Sie sich sparen. Kein Kommunalpolitiker wird diesem Gremium in dieser Form eine Träne nachweinen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall der CDU -
Creutzmann, F.D.P.: Herr Schnabel,
beantragen Sie die Abschaffung! -
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

- Unter normalen Umständen geht jeder dort gern hinein, aber unter diesen Umständen nicht, lieber Herr Kollege Pörksen. Die kürzlich beschlossene Organisationsänderung der Landesverwaltung - darüber könnte man jetzt ein abendfüllendes oder morgenfüllendes Programm bestreiten -

(Pörksen, SPD: Na dann mal los!)

wird nicht nur in der derzeitigen Umstellungsphase, sondern auch mit Sicherheit auf Dauer große Probleme bereiten. Wir sehen, wie die Entwicklung im Moment in Koblenz, Neustadt und Trier läuft. Es ist nicht verwunderlich, die breite Basis hier im Landtag würde nicht eingeschaltet. Gegen den Rat objektiver Experten wurde ein Gebilde geschaffen, bei dem es einfach unklug war, dies in dieser Form zu organisieren.

(Mertes, SPD: Das sind doch alles die Schlachten von gestern, Herr Kollege!)

So nach und nach wird eigentlich jetzt erst richtig klar, welche Landesämter alle davon betroffen sind. Das wusste am Anfang gar keiner so richtig.

(Mertes, SPD: Aber nur, wenn man nicht lesen und schreiben kann!)

- Doch, da kann man schon lesen und schreiben. Gehen Sie bitte einmal zu den einzelnen Landesämtern und unterhalten sich mit den Leuten. Das war denen genauso wenig klar wie gerade Ihnen, Herr Mertes. Sie wussten doch gar nicht, was Sie machen.

(Mertes, SPD: Fragen Sie einmal die Weihnachtsgans, was sie von Weihnachten hält!)

Sie wussten nicht, was Sie da machen. Für Sie war immer schon der Weg das Ziel. Das sollten Sie sich einmal merken. So ist das eben, wenn man eine Auflösung der Bezirksregierung beschließt und etwas organisiert, ohne die Auswirkungen genau zu kennen. Da haben Sie Filialen bei der Schulaufsicht gebildet, Filialen bei der Kommunalaufsicht, weitere Entscheidungsebenen, die eigentlich niemand so wollte. Erkundigen Sie sich einmal im Bereich der Schulaufsicht, wie es derzeit da draußen läuft. Gehen Sie doch einmal nach Trier, Koblenz und Neustadt.

(Mertes, SPD: Dort gehe ich immer hin! - Staatsminister Zuber: Wann waren Sie dort?)

- Es kommt darauf an, wohin.

(Mertes, SPD: Aber nur, um sich Klagen anzuhören und nicht, um Veränderung zu schaffen!)

- Ich gehe mit Sicherheit genauso oft hin wie Sie im Vorfeld. Das glaube ich Ihnen schon.

(Beifall der CDU)

Sie waren nur dort, um Schönwetterreden zu halten und um die Direktoren einzuführen. Das hätte jeder von uns auch gekonnt, Entschuldigung.

(Beifall bei der CDU - Dr. Weiland, CDU: Genau! - Mertes, SPD: Präsidenten!)

Sie haben Entscheidungskompetenzen von der Aufgabe so weit weggelegt wie es nur geht, Weinbau, Forstwirtschaft, um nur einige zu nennen.

(Dr. Weiland, CDU: Obwohl er es gut gemacht hat!)

- Das mag sein, das macht er immer gut, das ist überhaupt keine Frage. Bei solchen Anlässen kann man immer glänzen.

Die Zeitachse für die Umsetzung beträgt 15 Jahre. Das hat auch noch niemand so richtig irgendwo gesehen, wenn eine Umorganisation gemacht wird.

(Mertes, SPD: So lange wollen wir es noch machen!)

Ich habe das noch nirgendwo gehört. Dann sagt der eine, wir sparen 600 Leute ein, der andere sagt, wir sparen 800 Leute ein. Dann stehen in unserem Haushaltsplan, also im Einzelplan 03, nur Leerstellen. Es steht überhaupt nichts über diese neue Organisationsform. Wir sollen die Entwicklung in irgendeiner Form nachvollziehen. Hier bleiben Haushaltswahrheit und Haushaltssicherheit nach dem Haushaltsgesetz völlig auf der Strecke.

(Beifall der CDU - Billen, CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einige Sätze zu weiteren Punkten sagen, bei denen Sie den Kommunen einfach das Geld vorenthalten und aus der Tasche ziehen.

(Pörksen, SPD: Schon wieder, das hast du doch schon gesagt!)

Die Zahl der Asylbewerber ist in Rheinland-Pfalz seit 1992 von 19 000 auf 4 000 zurückgegangen. Entscheidend ist sicherlich das Asylbewerberleistungsgesetz, gegen das die SPD immer war, wie wir wissen. Durch das Landesaufnahmegesetz sind letztendlich die Leistungen um 40 Millionen DM zurückgegangen. Weitere 15 Millionen DM folgen im Jahr 2001. Das ist alles ganz positiv für die Kommunen, nur müssen sie einen Teil der Kosten systemwidrig zahlen. Wir haben vor zwei Jahren zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Zuweisungen für

die Asylbewerber um 15 % abgesenkt wurden, auch eine „kommunalfreundliche“ - in Anführungszeichen - Haltung dieser Landesregierung. Genauso „kommunalfreundlich“ - in Anführungszeichen - ist der Wegfall der Zuweisungen an die kommunalen Gebietskörperschaften wegen der außergewöhnlichen Belastungen infolge der Eingliederung von Spät-aussiedlern in Höhe von 1,5 Millionen DM.

(Pörksen, SPD: Das hat doch die alte Bundesregierung gemacht!)

Der Landkreis Rhein-Hunsrück hat unter der Hand 250 000 DM weniger bekommen, keiner hat darüber geredet. Vor Ort müssen die Aufgaben erledigt werden. So machen Sie Politik für die Kommunen vor Ort:

(Kramer, CDU: Gegen die Kommunen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die noch vor wenigen Monaten prognostizierten Mehreinnahmen im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleichsgesetz werden nun durch Befrachtungen und die Steuerreform des Bundes ganz bestimmt nicht eintreten. Es ist eine ganz interessante Entwicklung. Sie haben gesagt, es gibt 80 Millionen DM mehr. Im Gegenteil, die Kommunen werden nicht entlastet. Sie werden mit Sicherheit zusätzlich belastet. Alle unsere Bedenken gegen dieses damalige Finanzausgleichsgesetz werden leider jetzt noch übertroffen. Wichtige Anpassungen des Finanzausgleichsgesetzes lassen weiter auf sich warten.

(Pörksen, SPD: Welche Bedenken waren das denn?)

Die Neuregelung des Soziallastenansatzes ist längst überfällig. Ich wollte das nur noch stichwortartig einmal sagen. Hier versteckt sich der Innenminister nach wie vor hinter fehlenden statistischen Daten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was Sie da mit dem Finanzausgleichsgesetz gemacht haben, ist ein Herumdoktern an Symptomen, nicht mehr und nicht weniger. Es ist eine Umverteilung von steuerschwachen Gemeinden zu steuerstarken Gemeinden.

Sie können es sich doch einmal anschauen. Sie wissen doch, dass Ludwigshafen und Koblenz Millionen mehr bekommen. Ich gönne es ihnen. Am Ende sind die Schlüsselzuweisungen bei den Kommunen vor Ort weniger geworden, sodass die Landkreise ihre Zuweisungen bzw. ihre Umlage erhöhen mussten. Das wissen Sie doch alles, das brauche ich Ihnen nicht zu erzählen.

(Mertes, SPD: Das ist doch nicht wahr! - Pörksen, SPD: Welcher Kreis hat die Umlagen erhöht?)

- Alzey-Worms, wo ich herkomme, hat zum Beispiel erhöhen müssen, weil es nicht anders ging. Dann haben auf der anderen Seite die Verbandsgemeinden gesenkt. - Auf jeden Fall

werden die 80 Millionen DM, die Sie eingerechnet haben, nicht kommen. Das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, all dies wird von Ihnen unter Kommunalfreundlichkeit verbucht. Ich kann' Sie eigentlich nur auffordern: Geben Sie den Gemeinden, Städten und Landkreisen das Geld, das sie vor Ort für ihre Arbeit brauchen, damit sie Luft zum Atmen haben, damit Sozialpolitik vor Ort wieder Spaß macht. Ansonsten wird Selbstverwaltung zur Farce, zur Makulatur.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht Herr Abgeordneter Pörksen, SPD.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushalt des Ministeriums des Innern und für Sport ist entgegen den Ausführungen des Kollegen Schnabel von eben ein Ausdruck solidarischer Haushaltspolitik und lässt gleichzeitig Raum für die Fortentwicklung der Verwaltungsmodernisierung, der Konversion, der Polizei, der ehrenamtlichen Tätigkeit im Sport, im Brand- und im Katastrophenschutz sowie in vielen anderen Bereichen. Die starken Worte der Kolleginnen und Kollegen der CDU überall im Land, wenn es um die Beratung der Kreis- und Stadthaushalte geht, bezüglich der angeblich fehlenden Kommunalfreundlichkeit der Landesregierung stellen dabei aus unserer Sicht lediglich den untauglichen Versuch dar, die Wirklichkeit durch falsche, halbwahre oder aus dem Zusammenhang gerissene Angaben zu verzerrn. Dies ist gerade auch wieder gemacht worden. Ich komme darauf zurück.

(Beifall der SPD - Kramer, CDU: Sie haben keine Ahnung!)

- Hören Sie doch einmal zu, Herr Kollege! Sie können gleich herkommen und eine - wie heißt das neue Wort? - Intervention machen.

Ein paar klare Worte zum Verhältnis von Kommunen und Land. Beide bilden - das wissen Sie genauso gut wie wir - eine so genannte Schicksalsgemeinschaft in guten, aber auch in schlechten Zeiten.

Jetzt muss und will das Land sparen. Ich habe gestern eine Rede Ihres Vorsitzenden gehört. Er hat die ganze Zeit vom Sparen geredet, um unsere nachfolgenden Generationen nicht unangemessen zu belasten. Das gilt in gleicher Weise aber

auch für die Kommunen. Darin kommunalfeindliches Verhalten zu sehen, stellt die Sache auf den Kopf, ist reine Polemik.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Aber kommunalfreundlich ist das auch nicht, Herr Pörksen!)

- Ich komme darauf, Frau Kollegin. -

Wie definieren Sie eigentlich Verantwortung? Das ist die Aufgabe der Interessenvertreter einzelner Spitzenverbände - ich habe hier fast Herrn Steenbock reden hören -, aber dies kann und darf im Parlament nicht die alleinige Grundlage für Entscheidungen sein. Die Ursache für die unausgeglichenen Kommunalhaushalte sind doch nicht vorenthalte Mittel des Landes, sondern die zu Zeiten der CDU geführten Bundesregierung explosionsartig gestiegenen Haushalte 04 und 05.

(Beifall der SPD -
Bischel, CDU: Endlich wissen die das! -
Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

- Sie wissen das doch, Herr Kollege Schmitt. - Das ist keine Schuldzuweisung, das ist eine Feststellung. Aber wenn Sie die Feststellung schon nicht mehr zur Kenntnis nehmen; dann tut es mir Leid. Dann hat es auch gar keinen Sinn, darüber zu diskutieren.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

- Herr Kollege Schnabel, Sie sitzen doch genauso lange wie ich in einem kommunalen Parlament.

(Schnabel, CDU: Länger!)

- Möglicherweise auch länger; das ehrt Sie. - Dann wissen Sie auch ganz genau, in welcher Zeit die Einzelpläne 04 und 05 in großem Umfang angestiegen sind. Das war nicht zu Zeiten vor 1982.

(Beifall der SPD)

Denken Sie darüber nach! Wir müssen über die Ursachen reden und dürfen nicht so tun, als ob das Land den Kommunen Geld weggenommen hätte und sie deswegen im Defizit seien. Das ist doch Unsinn.

(Schnabel, CDU: Das Land hat doch noch immer mehr gekriegt!)

- Diese Leier habe ich schon seit neun Jahren von Ihnen gehört. - Es sind doch keine Schuldzuweisungen, sondern nackte Feststellungen. Wenn die Bundesregierung - das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen - bei ihren Bemühungen, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, Erfolg hat, schlägt

das unmittelbar auf die Haushalte der Kommunen durch. Deswegen würde ich dazu gern ein paar nette Worte von Ihnen hören.

(Schmitt, CDU: Dann warten wir einmal ab!)

Ich möchte Sie nicht mit Zahlenkolonnen bombardieren. Ich nehme an, dass der Herr Innenminister nachher eine Reihe von Zahlen nennen wird. Aber ein paar Zahlenangaben sind schon nötig, nur zur Kenntnis. Ob Sie sie nachher übernehmen, ist eine andere Frage.

Die Landeszuweisungen in Rheinland-Pfalz - das können Sie sogar nachlesen, wenn Sie wollen; wenn Sie nicht wollen, lassen Sie es - sind seit 1991 um 40 % gestiegen. Das verstehen Sie wahrscheinlich auch. In den übrigen Ländern sind es im Schnitt 22 % gewesen.

(Beifall der SPD -
Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Hören Sie zu: Das Land beteiligt sich im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern mit 50 % bei den überörtlichen Sozialhilfeausgaben.

(Schnabel, CDU: Gesundheitswesen!)

Es geht weiter: Das Land hat im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern 2 % der Grunderwerbsteuer bei den Kommunen belassen, obwohl die Belastungen des Landes höher sind als die der Kommunen.

(Beifall der SPD -
Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Ist das kommunalfeindlich? Der Verbundsatz bleibt - wie zugesagt - bei 20,25 %, obwohl es angesichts der finanziellen Situation des Landes Grund gäbe, darüber nachzudenken, ihn zu senken. Ist das kommunalfeindlich?

In Rheinland-Pfalz stiegen die kommunalen Investitionen, über die gestern schon geredet worden ist, in den letzten acht Jahren dank starker Unterstützung des Landes - Sie können die Zahlen auch abrufen, wenn Sie wollen - um über 12 %.

(Schweizer, SPD: Das wollen sie doch nicht!)

In den anderen Bundesländern sanken sie um mehr als 13 %. Das sind Zahlen, an denen Sie doch nicht vorbeigehen können. Aber ich glaube, es nützt nichts, das zu sagen.

(Beifall der SPD)

Rheinland-Pfalz beteiligt die Kommunen mit 20,7 % an den gesamten Steuereinnahmen. Im Durchschnitt der Länder sind es 19,7 %. Ist das kommunalfeindlich?

Bei den Schlüsselzuweisungen lag das Land Rheinland-Pfalz 1998 mit einem Plus von fast 10 % auf einem Spaltenplatz. In Bayern sanken sie; Sie rufen doch immer so nach Bayern. Ist das kommunalfeindlich?

Natürlich hat uns Innenpolitiker die Hereinnahme der Schulbaummittel in den kommunalen Finanzausgleich nicht gefreut. Das bestreiten wir auch nicht, und wir haben darüber geredet. Aber ich denke, wenn es aus der Gesamtsituation heraus erforderlich ist, dann müssen wir das mittragen. Das tun wir auch; denn was wäre die Konsequenz gewesen?

Es ist auch typisch für Sie. Sie stellen den Entschließungsantrag, diese Millionen nicht aus dem kommunalen Finanzausgleich zu holen. Sie stellen aber keinen Antrag, wo sie denn herkommen sollen.

(Beifall der SPD)

Wo ist denn der Antrag zum Einzelplan 15? Herr Zöllner wird sich freuen, wenn Sie ihm 100 Millionen DM jährlich aus dem Haushalt herausholen und nichts dazugeben würden. Wie soll das gehen? Ich finde, da bleiben Sie mindestens auf halbem Weg stecken, wenn man es vornehm ausdrückt. Man könnte es auch anders ausdrücken.

(Heiterkeit bei der SPD - Schnabel, CDU: Das ist nicht unsere Aufgabe!)

Eine Kürzung der Investitionen, das kann wohl nicht richtig sein, gerade bei den Kommunen, in denen sich jede Mark vervielfacht, wenn sie vom Land kommt.

Einsparungen im Personalbereich zum Beispiel der Polizei? Sie haben einen Entschließungsantrag gestellt, die Kosten zu erhöhen - also dort wohl auch nicht. In den restlichen Bereichen des Innenministeriums ist beim Personal wohl kaum etwas zu streichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen haben wir für uns die etwas herbe Pille der Hereinnahme der Schulbaummittel akzeptiert.

Die Frage der Steuermehreinnahmen, die im letzten Jahr eingegangen sind, hat der Finanzminister völlig zu Recht zunächst einmal beiseite gelegt, weil sonst über einen Nachtragshaushalt - das müssten Sie auch wissen - die Kommunen nicht mit 37 Millionen DM mehr zu rechnen hätten, sondern mit 80 Millionen DM weniger. Auch das muss man hier ansprechen. Das ist bedingt durch die zu erwartenden Steuerminderereinnahmen; denn die treffen natürlich auch die Kommunen. Das ist völlig klar. Das müssten Sie im Nachtrag mit berücksichtigen. Was würde dann passieren? Sie würden den Kommunen 50 Millionen DM weniger geben. Von daher meine ich, dass von Kommunalfeindlichkeit im Landeshaushalt wahrhaft keine Rede sein kann.

(Beifall der SPD)

Ein weiterer Beweis kommunalfreundlichen Verhaltens ist mit Sicherheit die Konversionspolitik. Weitgehend auf sich allein gestellt, ohne Förderung des Bundes, teilweise mit Unterstützung der EU, wurde seit 1991 eine Vielzahl von Projekten in den Kommunen initiiert, gefördert, finanziert und mitfinanziert. Ca. 1,8 Milliarden DM hat allein das Land dafür aufgebracht.

Vor wenigen Tagen ist die Antwort auf die Große Anfrage der SPD zu diesem Thema durch das Ministerium des Innern und für Sport vorgelegt worden - ein beredtes Zeugnis für den Erfolg der Konversionspolitik des Landes. Wir werden sicherlich Gelegenheit haben, im Rahmen einer Plenarsitzung in der nächsten Zeit über diese Große Anfrage und ihre Antwort umfassend zu reden. Aber ein Ergebnis steht heute schon fest: dass es noch vieler weiterer Anstrengungen bedarf, um die Umwandlung militärischer in zivile Arbeitsplätze zu ermöglichen.

Wir müssen diesen Beitrag aber leisten, da dies gerade in strukturschwachen Gebieten - teilweise mit Monostruktur - unumgänglich ist. Neben den bereits bestehenden Konversionsprojekten in vielen Bereichen unseres Landes, deren Größenordnung der Antwort zu entnehmen ist, werden weitere Konversionsgebiete hinzukommen, zum Beispiel, auch gestern schon angesprochen, wie angekündigt, Bad Kreuznach. Kommunen wie diese Stadt sind nicht in der Lage, mit den Folgen des Abzugs des Militärs allein fertig zu werden. Neben dem Wegfall vieler Arbeitsplätze treten weitere Probleme hinzu wie die Freigabe hunderter von Wohnungen in einer Zeit weitgehend gesättigten Wohnungsmarkts, Vermarktung teilweise kontaminierte Flächen, Wegfall von Kaufkraft und so weiter.

Wir unterstützen deshalb die Landesregierung uneingeschränkt bei ihren Bemühungen, die Konversionspolitik einschließlich der zur Verfügungstellung umfangreicher finanzieller Mittel fortzusetzen. Dies wird sowohl wegen des enger werdenden Spielraums, aber auch wegen des Wegfalls von EU-Mitteln in einer Reihe von Konversionsgebieten nicht gerade leichter. Hinzu tritt in vielen Kommunen die so genannte zivile Konversion, das heißt, das Freiwerden größerer Flächen von Post und Bahn, die einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden müssen. Wer glaubt, dass die Verhandlungen mit Post und Bahn seit der Privatisierung einfacher geworden sind, der irrt sich gewaltig.

Wir verschweigen natürlich auch Rückschläge und Scheitern von Konversionsbemühungen nicht. Sie sind fast naturgegeben, wie zum Beispiel bei den Panzerwerken.

(Jullien, CDU: Naturgegeben!)

Aber gerade das Beispiel in Mainz zeigt, dass durch die erhebliche finanzielle Unterstützung des Landes hunderten von Arbeitnehmern und ihren Familien Lohn und Brot über einen

längerem Zeitraum gesichert worden ist. Ich denke, das ist auch ein ganz wichtiger Gesichtspunkt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Leider ist der Kollege Rieth nicht da. Fast schon typisch war für mich die Äußerung des Kollegen Rieth auf die Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion. Was sagt er? Bei uns - also bei der SPD, wahrscheinlich auch bei der F.D.P., das hat er nicht so ausgedrückt, ich weiß es nicht - regiere immer noch die Angst, wenn Militär weggehe, und konzeptionslos sei die Landesregierung. Sehr einfallsreich, aber er hatte anscheinend nicht viel Zeit, darüber nachzudenken. Was ist seine Antwort? Friedensakademie. Da sind die Leute begeistert, wenn sie das hören. Wer soll da eigentlich arbeiten? Ich komme darauf zurück. Wenn Menschen - das richten Sie Ihrem Kollegen Rieth bitte aus - wegen des Abzugs von Militär Angst um ihren Arbeitsplatz haben, dann haben wir durchaus Verständnis dafür. Wir lassen sie in ihrer Angst nicht allein. Wir gaukeln ihnen auch nichts über eine Friedensakademie vor.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Was hat das mit der Friedensakademie zu tun, Herr Pörksen?

Zuruf der Abg. Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Vermutlich wollen Sie da ein paar Leute unterbringen, sonst macht das doch keinen Sinn. Das ist doch keine Arbeitsplatzbeschaffung. Wir sorgen für Arbeitsplätze. Frau Grützmacher, lesen Sie die Antwort durch, dann werden Sie feststellen, wie richtig das ist, was ich hier sage. Der Beweis liegt doch auf dem Tisch. Wir werden sehr eingehend darüber sprechen.

Lassen Sie mich zur Verwaltungsmodernisierung wechseln.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das ist sein Lieblingsthema!)

Herr Kollege Schnabel hat sich schon dazu geäußert. Die Abschaffung der Bezirksregierung war das Thema der letzten zwei Jahre. Wir haben in einer Reihe von Sitzungen der Enquete-Kommission viel Zeit damit verbracht.

(Schnabel, CDU: Leider!)

- Da haben Sie Recht, leider. Wissen Sie, warum das gemacht worden ist? Doch nur zur Verhinderung der ganzen Angelegenheit. Sie haben es nicht erreicht, aber jetzt müssen Sie sich mit dem Ergebnis auseinander setzen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Haben Sie nicht die Enquete-Kommission
mit beantragt?)

- Frau Kollegin Thomas, vor Ihrer Leistung in diesem Bereich habe ich große Hochachtung. Das sage ich mit allem Ernst und nicht scherhaft gemeint. Auch wenn Sie mir es nicht glauben wollen, es ist so. Zunächst möchte ich noch einiges zu einer sehr erfolgreich durchgeföhrten - das war das Vorbild - Modernisierung der Vermessungs- und Katasterverwaltung sagen. Daraüber verlieren Sie kein Wort. Was haben Sie da für einen Popanz aufgebaut, 20 von 41 Ämtern würden abgebaut. Was ist heute? Das läuft erfolgreich. Die Leistungen sind besser. Die Einnahmen sind größer.

(Beifall der SPD)

Darauf muss man auch einmal verweisen. Wir setzen die Unterstützung in diesem Bereich durch weitere Mittel für EDV fort.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

- Ich rede über den Haushalt. Dazu steht etwas drin. Wir werden die Beschäftigten, die einen wesentlichen Beitrag zu dem Erfolg geleistet haben und im Wesentlichen im mittleren Dienst beschäftigt sind, durch die Möglichkeit der Stellenanhebung - 80 Stellen - und die maßvolle Öffnung des Einstellungskorridors dafür in entsprechender Weise belohnen, wie ich denke.

Ich habe gesagt, über die Neuorganisation ist sehr viel in Ausschüssen hier im Hause und in der Enquete-Kommission gestritten worden. Sie wird umgesetzt und schon bald auf dem Prüfstand stehen. Sie steht sogar schon auf dem Prüfstand. Als ich meine Rede schrieb, habe ich gedacht, demnächst werden die ersten Anträge kommen. Dabei habe ich übersehen, dass der erste schon da ist. Sie sind noch nicht ganz in Koblenz, Neustadt und in Trier, da gibt es schon die erste Anfrage der CDU-Fraktion, was eigentlich mit der Organisationsumsetzung sei, auf dem Tisch. Ich finde das fast schon lächerlich. Hat man nicht einmal mehr ein paar Wochen Zeit, um zu warten, bis sie alle eingezogen sind? Fällt Ihnen nichts anders ein als blöde Fälle mit Akten dort? Das ist doch keine Auseinandersetzung mit dem Thema.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Das sind doch Kinderspielchen und keine ehrliche Auseinandersetzung mit der Frage, wie ich die Landesverwaltung modernisiere. Das ist doch geradezu lächerlich, was Sie hier betreiben. Da könnten Sie meines Erachtens in dieser Frage schon etwas ernsterhafter sein. Natürlich ist die Phase der Umsetzung nicht abgeschlossen. Wie viele Gespräche müssen geführt werden? Sie waren doch selbst einmal Personalrat, Herr Kollege Schnabel.

(Schnabel, CDU: Sehr richtig!
Ich bin stolz darauf!)

Dann wissen Sie doch, welche Diskussionen man mit dem Personalrat führen muss, wenn man die Sache ordentlich machen will.

(Schnabel, CDU: Vorher!)

Man kann sie auch einfach herüberziehen. Das kann man machen, aber mit welchem Ergebnis?

(Beifall der SPD -)

Schnabel, CDU: Nicht, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist!)

- Herr Kollege Schnabel, wir kennen uns lange genug. Sie wissen ganz genau, wie schwierig solche Dinge sind. Sie haben sie bei der Post in den letzten Jahren nicht mehr miterlebt. Ich glaube, das ist ein Glück für Sie. Auch damals war es nicht immer einfach. Die Verwaltung hat sich im Verhältnis von vor 15 Jahren nicht wesentlich geändert. Das wollen wir gerade ändern. Es wäre eigentlich hilfreicher, wenn Sie uns ein bisschen helfen würden, als wenn Sie meinen, uns Knüppel zwischen die Beine werfen zu müssen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der F.D.P.)

Jetzt gibt es die Diskussion über die Frage, ob das verfassungsrechtlich bedenklich sei. Das haben Sie gestern gesagt. Vorgestern stand in der Zeitung, es sei verfassungswidrig. Frau Kollegin Thomas, ich meine, wir sind auf dem richtigen Weg.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nein, nein! Das müssen Sie richtig lesen!)

Es ist nur noch bedenklich. Demnächst ist es wahrscheinlich verfassungsrechtlich einwandfrei. Wir sind dieser Auffassung. Aber es ist doch nur vernünftig. Man muss doch auch einmal etwas Vernünftiges machen und nicht nur fragen:

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was ist denn vernünftig? Ich weiß nicht,
wo Sie da Vernunft sehen können!
Ich kann gar nichts im
Haushaltsplan sehen!)

Ist das eigentlich mit der Verfassung hundertprozentig in Einklang zu bringen? Man kann natürlich immer jede Frage verfassungsrechtlich für bedenklich halten. Es ist völlig vernünftig, das in Stufen zu machen, wie es vorgeschlagen wird, wie es im Haushalt steht, und mit der Zusage, das Parlament wird beteiligt. Was wollen Sie denn eigentlich? Das ist doch das Wichtigste, dass wir bei der ganzen Angelegenheit beteiligt werden, und nicht, dass irgendwelche Nummern im Haushalt stehen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Mit den Nullnummern - auch das lassen Sie mich noch kurz sagen - haben wir gestern etwas Schönes erlebt. Das wollen wir nicht dauernd wiederholen; denn wenn wir das in den Haushalt reingeschrieben hätten, dann wären Sie die ersten, die gesagt hätten: Aha, da steht etwas drin, und was ist jetzt

wirklich, weil sich kurzfristig etwas ändert? - Dann haben wir noch mehr Anfragen. Ich weiß nicht, ob das vernünftig gewesen wäre.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wissen Sie, das ist eigentlich Aufgabe
des Parlaments!)

Ich meine, es ist ein vernünftiger Weg. Ein weiterer vernünftiger Weg ist, sehr viel in die Kommunikationstechniken hineinzustecken, weil man dann Verwaltung auch echt modernisieren kann. Auf dem richtigen Weg sind wir.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist doch kein Problem!)

Lassen Sie mich zu einem weiteren wichtigen Thema kommen, dem Sport. Herr Kollege Schnabel hat sich sehr auf die Kommunalpolitik reduziert. Herr Kollege, das ist aber im Grunde Einzelplan 20. Gut, aber wir reden über den Kommunalminister. Ich erspare mir, etwas zum Kommunalen Rat zu sagen.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

- Ich erspare mir das wirklich. Herr Kollege Schnabel, wir sind also beim Sport. Dazu sagen Sie nichts, weil Sie dazu nichts Negatives sagen können. Das ist fast schon ein Lob, wenn Sie nichts Negatives sagen. Fassen Sie es einmal so auf. Der Sport hat auch bei uns hohe Wertschätzung. Die umfangreiche ehrenamtliche Tätigkeit tausender von Sportfunktionären in unterschiedlichsten Sportarten ist nur möglich, wenn neben der Bereitschaft des Einzelnen, ein derartiges Amt zu übernehmen, die finanzielle Grundausstattung gewährleistet ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der F.D.P.)

Das Land hat deshalb in einem Vertrag mit dem Landessportbund den pauschalen Aufwendungsersatz von den Wettumsätzen abgekoppelt und für 2000/2001 jeweils 21,5 Millionen DM bzw. 21,6 Millionen DM festgesetzt.

Die Mittel für den Behindertensport und des DLRG wurden angehoben, die Mittel für die Projektförderung geringfügig reduziert. Die Führungsspitze des Landessportbundes - ich würde gern aus diesem Gespräch zitieren, aber das will ich nicht, weil ich denke, die Gespräche sind nicht öffentlich, sondern persönlich geführt, aber ich glaube, das kann ich sagen - hat sich anlässlich des Gesprächs mit Vertretern der Fraktionen ausdrücklich

(Kuhn, F.D.P.: Richtig!)

- bei Ihnen sicherlich auch - für die Bereitschaft der Bereitstellung der Mittel bedankt und den hohen Stellenwert, den der Sport bei uns genießt, ausdrücklich anerkannt.

(Dr. Schiffmann, SPD: Hört! Hört!)

Sie kennen die handelnden Personen. Das muss ich gar nicht beschreiben. Wir kennen die Probleme der großen, aber auch der kleinen Sportvereine bei der Besetzung von Ehrenamtlichen sowie den Einsatz von Übungsleitern. Deswegen begrüßen wir ausdrücklich die Gesetzesentscheidung des Bundes, durch die die Übungsleiterpauschale um 50 % auf 300 DM monatlich angehoben und der Kreis wesentlich ausgeweitet worden ist.

(Beifall bei der SPD)

- Jetzt können Sie auch einmal klatschen. Dazu kommt die Möglichkeit der Vereine, ab dem 1. Januar 2000 selbst Spendenquittungen auszustellen, um den umständlichen Weg über die Gemeindeverwaltung unnötig zu machen. Gemeinsam mit der Finanzverwaltung muss aber dafür gesorgt werden - ich glaube, das ist in unserer Zeit besonders wichtig -, dass das Verfahren für die Kassierer einigermaßen einfach zu handhaben ist und nicht weiterer überflüssiger Papiergekrieg entsteht. Dabei ist selbstverständlich schon aus Schutz für die Vereinsvorstände vor Verwicklungen im Zusammenhang mit Spenden auf ein zweifelsfreies Verfahren Wert zu legen.

Probleme bereitet den Vereinen immer noch die Handhabung der 630-DM-Verträge, insbesondere hinsichtlich der Sozialversicherung. Die Richtigkeit der grundsätzlichen Änderung bei den 630-DM-Verträgen wird übrigens nicht infrage gestellt.

Eine interministerielle Arbeitsgruppe soll sich mit Vertretern des Sports darum bemühen, eine vernünftige Regelung zu entwickeln, die auch auf andere Vereine und Bereiche ausgedehnt werden kann.

Die Bedeutung des Ehrenamts, von der Landesregierung in den letzten Jahren vielfach zum Ausdruck gebracht - vom Kollegen Kramer wurde immer wieder versucht, so ein bisschen daran herumzukratzen, was ihm aber nicht gelingt -, findet ihren haushaltsmäßigen Niederschlag auch in der Erhöhung der Mittel zur Förderung des Ehrenamts. Durch eine personelle Verstärkung soll die Beratung von Vereinen, Verbänden und Initiativen intensiviert und die Ehrenamtsbörse weiter vorangebracht werden.

Die Förderung der Feuerwehren - Herr Kollege Schnabel, auch das ist ein schönes Thema für uns - in unserem Land wird auf hohem Niveau fortgesetzt. Wie in den vergangenen Jahren fließt die Feuerschutzsteuer in unveränderter Höhe dem Feuerwehrwesen zu, während diese zum Beispiel in Hessen drastisch zurückgeführt wird.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P. -
Schnabel, CDU: Das war
schon immer so!)

- Ja. Schauen Sie einmal über die Grenzen.

So können die vielen Investitionen der Kommunen - ich rede über das, was im Haushalt steht - für Feuerwehrfahrzeuge

und Feuerwehrhäuser entsprechend unterstützt werden. Wir setzen auch das Beschaffungsprogramm für Schutzkleidung fort. Ich denke, das ist etwas sehr Wichtiges; denn viele unserer ehrenamtlichen Feuerwehrleute, Frauen und Männer, tun einen schweren ehrenamtlichen Dienst, der weit über die Brandbekämpfung hinausgeht:

(Beifall bei SPD und F.D.P. und
vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es ist unsere Aufgabe, dass sie für ihre Arbeit bestens ausgebildet und ausgerüstet sind; denn sie riskieren Leib und Leben bei dieser Arbeit. Jahrelang wurde ihnen eine Verbesserung der Ausbildung versprochen. Herr Kollege Schnabel, auch das kennen Sie. Gemacht wurde nichts. Wir haben sie mit der neuen Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Koblenz auf dem Asterstein mit einem Aufwand von fast 40 Millionen DM verwirklicht.

Im Rahmen der Ausbildung und Betreuung an dieser Schule wird auch - Frau Kollegin Grützmacher - die psychologische Nachbetreuung von Feuerwehrleuten nach besonders schweren, insbesondere seelisch belastenden Einsätzen intensiviert. Dem Wunsch des Feuerwehrverbandes wird gefolgt. Sie bekommen mehr Geld für den Verband, und es wird für die Jugendfeuerwehr Geld eingesetzt, damit der Wechsel von der Jugendfeuerwehr zu der normalen Feuerwehr besser läuft als heute. Heute gehen nur 10 % der Jugendfeuerwehrleute in die normale Feuerwehr. Das ist ein Prozentsatz, der viel zu gering ist.

Im Bereich des Katastrophenschutzes, des Rettungsdienstes und der zivilen Verteidigung heben wir die Ansätze für Investitionen erheblich an. Das ist ein Bereich, aus dem sich der Bund Zug um Zug zurückgezogen hat.

Sie können deshalb nicht ernsthaft sagen, dass die Landesregierung nur das hohe Lied der Ehrenamtlichkeit in Sonntagsreden singt, sondern anhand des Haushalts ist nachzulesen, dass sie in sehr großem Umfang dafür sorgt, dass die Rahmenbedingungen stimmen.

Dass noch mehr wünschenswert ist, ist doch völlig klar. Das sehen wir auch so. Das wird keiner bestreiten. Aber es wird allgemein anerkannt - dies ist auch nicht wegzudiskutieren -, dass die Regierung ihren Handlungsspielraum voll ausnutzt.

Erfreulich ist sicherlich der Rückgang der Kosten für die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina und aus dem Kosovo. Wir halten daran fest, dass die Bürgerkriegsflüchtlinge bis auf Ausnahmen in ihr Heimatland zurückkehren müssen, sobald es die Verhältnisse zulassen. Über letztere Frage zu entscheiden, ist uns nur beschränkt möglich. Entscheidend ist die Klärung durch den Bund.

Auf eine einheitliche Handhabung entsprechend den Vereinbarungen der Innenministerkonferenz in allen Bundeslä-

dern legen wir großen Wert. Dies gilt auch für die erleichterte Einbürgerung, deren beabsichtigte Einführung vor genau einem Jahr hohe Wellen schlug und jetzt offensichtlich wieder Wellen schlägt.

Wir unterstützen Innenminister Zuber bei seinem Einsatz zur Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber durch den Bund, der dies angekündigt hat. So können die Kommunen Sozialhaushalte entlasten. Wichtiger aber ist, dass Asylbewerber ihr eigenes Geld verdienen können und nicht mehr in ihren „Buden“ herumsitzen müssen.

Walter Zuber hat Recht, wenn er sagt, dass so fremdenfeindlichen Parolen der Boden entzogen werden kann. Bei der Umsetzung muss aber darauf geachtet werden, dass die Hürden nicht so hoch gesetzt werden, dass es gar nicht möglich sein wird, Asylbewerber arbeiten zu lassen.

Die Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige in Ingelheim wird zurzeit hergerichtet - die Grünen haben einen Antrag gestellt, dies zu streichen - und soll - wie bekannt - nach Fertigstellung gemeinsam mit dem Saarland betrieben werden. Sie ist leider entgegen Ihrer Auffassung, Frau Grützmacher, nicht verzichtbar, wenn man diesen Personenkreis nicht in Vollzugsanstalten unterbringen will, wo er nicht hingehört.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und die anderen Landesunterkünfte?)

Mit diesen ernsten, für uns manchmal schwierigen Fragen möchte ich meine Ausführungen beenden.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt des Ministeriums des Innern und für Sport - Einzelplan 03 - sowie den Begleitanträgen, die von uns gestellt worden sind, zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Herr Kollege Bischel hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Pörksen - auf diese Ausführungen möchte ich eingehen - hat davon gesprochen, dass die CDU zum Beispiel keinen Antrag gestellt hätte, wo es um die Schulbaumittel geht, die Herausnahme aus dem kommunalen Finanzausgleich, und hätte nicht vorgeschlagen, an welcher anderen Stelle die entsprechende Einsparung zu erfolgen hat.

Da ich weiß und dies auch Bestandteil der Beratungen des letzten Doppelhaushalts war, dass die Koalitionsfraktionen offensichtlich dieses Spielchen wieder spielen wollen, wird es in den nächsten Beratungen der einzelnen Haushalte immer wiederkehren, dass die CDU da und dort usw. keinen Antrag gestellt hat, für den eine spezielle Deckung nicht vorhanden war.

(Schweitzer, SPD: So ist es!)

Offensichtlich ist es notwendig, dass man Ihnen dies noch einmal erklärt, wenn Sie es nicht zur Kenntnis nehmen wollen: Die CDU hat, dies entnehme ich - Herr Kollege Mertes, das ist meine Vorbereitung - der Rede des Herrn Kollegen Jullien zum Haushalt, --

(Heiterkeit bei der SPD)

- Sehen Sie, so gut bin ich vorbereitet.

-- 82 Anträge gestellt. Diese Anträge umfassen ein Einsparvolumen von 377 DM.

(Heiterkeit bei der SPD -
Mertes, SPD: Typisch Jullien'sche
Rechnung!)

- 377 Millionen DM. Es ist wunderbar, wie man Ihnen mit kleinen Sachen Freude bereiten kann.

Diesen stehen 300 Millionen DM Mehrausgaben entgegen. Es sind also 377 Millionen DM zur Einsparung vorgeschlagen, lediglich 300 Millionen DM zur Ausgabe.

Meine Damen und Herren, es kann überhaupt nicht Aufgabe einer Opposition sein, einen völlig veränderten Landeshaus- halt vorzulegen.

(Beifall des Abg. Schnabel, CDU)

Meine Damen und Herren, Sie von der SPD haben sich 40 Jahre lang im Landtag Rheinland-Pfalz darüber beklagt, dass Sie nicht in der Lage waren, einen völlig veränderten Landeshaus- halt gegenüber der Landesregierung vorzulegen. In dieser Situation sind wir jetzt. Ich weiß, Sie leiden an Gedächtnisschwund. Das merkt man öfter einmal.

Meine Damen und Herren, aber Sie müssen aufhören, so zu tun, als wenn Sie bei der Gestaltung des Haushalts die Größten wären; denn was Sie bei den Haushaltsberatungen geboten haben, war unter jedem Niveau.

Meine Damen und Herren, Sie dürfen auch nicht annehmen, dass der Haushalt, der von der Landesregierung vorgelegt wurde, genau und exakt dem entspricht, was man von einer Landesregierung erwarten kann. Ich erinnere nur einmal, dass über 300 Millionen DM globale Minderausgaben von der Landesregierung veranschlagt wurden und sie nicht in der La-

ge war, uns zu sagen, an welchen gravierenden Stellen tatsächlich Einzelmaßnahmen eingespart wurden.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, das ist die Crux. Sie wollen sich hier hinstellen und anderen vorhalten, Sie hätten diesen oder jenen Antrag nicht gestellt. Hören Sie auf mit Ihrer Großtuerie. Es steht Ihnen nicht zu Gesicht.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es erwidert Herr Pörksen.

Abg. Pörksen, SPD:

Herr Kollege Bischel, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie relativ wenig zu dem gesagt, was ich gesagt habe, sondern allgemein geredet.

(Beifall bei der SPD -

Dr. Schiffmann, SPD: So ist es!)

Ob das die Grundlage für die Interventionsregelung ist, weiß ich nicht.

Wenn Sie sich auf die Zahlen des Kollegen Jullien verlassen, dann sind Sie nach meiner Auffassung weitgehend verlassen. Das ist Ihr Problem.

Sie hätten doch nur eins machen brauchen. Wo wollen Sie die Schulbaumittel hinsetzen?

(Schweitzer, SPD: So ist es!)

Dann sagen Sie, aus dem Einzelplan 20 heraus und in den Einzelplan 15 hinein. Diese Operation ist ganz einfach. Aber dann tun Sie dies auch und sagen Sie nicht: Irgendwelche globalen Sparauflagen.

(Beifall bei der SPD -

Zurufe aus dem Hause)

- Ich weiß auch, was Sie alles eingespart haben.

(Beifall bei der SPD)

Dann müssen Sie ehrlich zum ersten Schritt stehen und nicht den ersten Schritt machen und beim zweiten Schritt verlassen Sie - - -

(Jullien, CDU: Sie begreifen das einfach nicht!)

- Ach, dass Sie mir das gerade sagen müssen, vielen Dank, Herr Jullien. Ich bin begeistert über Ihre Reden, aber nicht weil sie so gut sind, sondern weil es immer dieselben sind.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Präsident Grimm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn hier im Parlament über die Finanzen der Kommunen und über den kommunalen Finanzausgleich gesprochen wird - das haben wir im letzten halben Jahr mehrfach gemacht -, dann fallen von Regierungssseite die Worte „kommunalfreundlichstes Land“. Heute allerdings habe ich einen Unterschied bemerkt. Herr Pörksen war nur in der Lage zu sagen, man kann das Verhalten der Landesregierung nicht als kommunalfeindlich bezeichnen.

(Pörksen, SPD: Freundlich!)

- „Nicht als kommunalfeindlich“, haben Sie gesagt.

(Pörksen, SPD: „Ist das kommunalfeindlich“, habe ich gefragt!)

- Genau, aber ich habe nicht gehört, dass Sie gesagt haben, es sei kommunalfreundlich.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das konnte ich nicht mehr hören.

(Pörksen, SPD: Das wollten Sie nicht hören, das passt nicht zu Ihrer Rede!)

Dazu konnten Sie sich nicht mehr versteifen, nachdem dieser Haushaltssplan vorgelegt wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Pörksen, SPD: Soll ich es Ihnen vorlesen!)

Meine Damen und Herren, ich will jetzt nicht zu den Zahlen, die von Herrn Schnabel und Herrn Pörksen genannt wurden, noch einige hinzufügen. Ich glaube, das haben wir in dem letzten halben Jahr ausreichend gemacht. Wir haben über den Schuldenstand der Kommunen, über die Entwicklung der Verschuldung usw. diskutiert. Wir haben die Unterschiede gesehen, dass die Landesregierung gern auf den Aufwärts-trend in der Entwicklung in den letzten Jahren hinweist. Sie

muss durchaus auch anerkennen, dass es eine Vielzahl von Kommunen gibt, die aus diesem Trend herausfällt. Deswegen kann sie nicht von der einheitlichen Finanzsituation der Kommunen im Land sprechen.

Ich glaube, ein Aspekt sollte in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden. Wenn wir über die Verschuldung der Kommunen sprechen, dann wird in diesem Haus meistens von der Verschuldung der kommunalen Haushalte gesprochen. Bei der Diskussion über den Kommunalbericht des Rechnungshofs aus dem letzten Jahr - sowohl in der Rechnungsprüfungskommission, glaube ich, als auch hier ist es sehr kurz angesprochen worden - ist darauf hingewiesen worden, dass es natürlich wichtig ist, die Gesamtverschuldung der Kommunen zu sehen, weil die Kommunen nicht anders als das Land handeln. Auch sie haben Betriebe, GmbHs, Eigenbetriebe, Krankenanstalten. Wenn Sie die Verschuldungsentwicklung betrachten, dann sehen Sie, wie die Verschuldung permanent nach oben steigt, weil diese Eigenbetriebe Kredite und Darlehen aufnehmen, die im Haushalt schon gar nicht mehr auftauchen.

(Mertes, SPD: Das ist doch auch logisch!)

- Ja, aber das muss man betrachten, wenn man über die Finanzsituation der Kommunen spricht.

(Mertes, SPD: Entschuldigung, was hat das Wasserwerk mit dem Haushalt zu tun?)

- Natürlich hat das etwas mit dem Haushalt, mit der Verschuldung und mit dem Hintergrund zu tun.

Meine Damen und Herren, ich nenne noch einen weiteren Gedanken, der bisher nicht angesprochen wurde, weil die Argumentation der Landesregierung war, dass es bei den Zweckzuweisungen diesen Makel gegeben hätte, dass die Schulbaumittel wieder mit hineingenommen wurden und damit die Kommunen belastet würden. Das gilt übrigens auch für die Musikschulen. Im letzten Doppelhaushalt hat man es bei den Zuschüssen für die Kindertagesstätten und mit den Zuweisungen für Konversionsliegenschaften auch so gemacht. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die Kommunen im kommenden Jahr einen Ausgleich innerhalb der Zweckzuweisungen erfahren, weil es aus diesem Jahr Reste von den Zuschüssen für Kindertagesstätten gäbe. Ich frage mich - das habe ich auch in den Ausschüssen gefragt -, wie es zu diesen Fehleinschätzungen beim letzten Doppelhaushalt kam. Das konnte mir keiner beantworten. Es war so, dass im letzten Doppelhaushalt ein beträchtlicher Anstieg veranschlagt wurde. Nach dem Abschluss von 1999 wurden plötzlich 28 Millionen DM weniger für Zuweisungen an Kindergärten ausgegeben. Bei den Zuweisungen für Horte sind es auch noch einmal 11 Millionen DM Minderausgaben. Das wollen Sie als Rest bereitstellen. Ich will nur auf die Dis-

kussion von gestern hinweisen, die Landesregierung hätte 70 Millionen DM bei den Ausgaben eingespart. Im Jahr 1999 sagen wir, wo Sie eingespart haben, bei den Zuweisungen für die Kindergärten und Horte.

(Zuruf von der SPD: Ist doch gar nicht eingespart!)

- Ja, natürlich; wenn Sie dort fast 40 Millionen DM weniger ausgegeben haben, macht das schon mehr als die Hälfte der 70 Millionen DM aus. Dann müssen Sie sagen, in welchen Bereichen das geschieht und ob Sie das wirklich eingespart haben oder ob Sie das im letzten Doppelhaushalt zu hoch veranschlagt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das muss man schon mit betrachten. Das konnte im Fachausschuss nicht geklärt werden und auch nicht in nachgereichten Vorlagen.

Meine Damen und Herren, die Vorlage des kommunalen Teils dieses Haushalts ist tatsächlich nicht kommunalfreundlich. Den Kommunen werden mehr Belastungen aufgedrückt. Das ist so. Das kann die Landesregierung noch nicht einmal in Frage stellen. Das hat sie sowohl bei der Einbringung als auch bei der Diskussion schon zugegeben.

Ich komme zum nächsten Punkt, Verwaltungsreform.

(Pörksen, SPD: Der Bund entscheidet!)

- Ja, auf den Bund kann man immer schön die Verantwortung schieben, wenn man selbst die Verantwortung vor dem eigenen Haus nicht sehen will.

(Pörksen, SPD: Ich schiebe doch gar nicht, aber man muss es doch sehen!)

Herr Pörksen, ich glaube, die letzten drei Wochen sind Sie durch das Land gereist, waren unterwegs und haben die Erfolge der ersten drei Wochen nach dem Umsetzungsdatum der Verwaltungsreform inspiert. Ich weiß nicht, wie Sie sonst zu der Behauptung kommen, das ist doch bereits alles erfolgreich mit der Integration der verschiedenen Behörden passiert.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

- Doch, natürlich haben Sie das gesagt.

(Pörksen, SPD: Sie müssen ein bisschen Zeit lassen!)

- Auf einmal. Aber Sie haben nach drei Wochen schon den Mut, den Erfolg zu verkünden. Lassen Sie sich Zeit und über-

prüfen es. Lassen Sie sich auch einmal so viel Zeit, genau hinzuschauen, wie die Landesregierung die Umsetzung macht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich muss gar nichts von dem zurücknehmen, was in der Presse stand. Ich habe auch gestern gesagt, für uns ist die Veranschlagung und die Umsetzung der Landesverwaltungsreform in diesem Doppelhaushalt verfassungswidrig.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

- Das ist so. Schauen Sie sich die Begründung des Verfassungsgerichtshofs auf die Klage der CDU von 1997 an. Darin wird ganz deutlich gesagt, im Prinzip dürfen nur für unvorhersehbare Ausgaben eine solche Veranschlagungspraxis ergriffen werden. Was Sie machen, Sie veranschlagen in diesem Doppelhaushalt 600 Millionen DM in einem Globalbudget.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Nichts anderes ist es, was Sie gemacht haben. Ansonsten haben Sie Nullnummern veranschlagt.

(Bischel, CDU: So ist es! -
Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Ich kritisiere schon gar nicht mehr das Konzept. Das haben wir hier lange genug gemacht. Aber wenn Sie das Konzept nicht ausfüllen können, wenn Sie das haushaltsmäßig nicht umsetzen können und wenn die SPD-Fraktion und die F.D.P.-Fraktion noch eines draufsetzen und sagen: Wir können zwar jetzt noch nicht sagen, wer wohin geht, wir können jetzt noch nicht sagen, wer welche Mittel verteilt, wer welche Aufgaben ausübt und wer wie viel Geld dafür braucht, aber wir können jetzt schon sagen, dass wir 100 Stellen weniger besetzen - das steht in Ihrem Änderungsantrag -, wir machen eine Sperre, dann toppt das das Ganze noch einmal, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD -
Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann sagt Herr Pörksen, Beteiligung wäre das Wichtigste. Natürlich legen wir Wert auf Beteiligung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen:

(Mertes, SPD: Auch das Parlament!)

Ich bin Parlamentarierin. Ich will auch beteiligt werden.

(Mertes, SPD: Sie werden
doch beteiligt!)

Ich habe bei dem Gesetz zur Landesverwaltungsreform gesagt, der Paragraph, der den Haushalt für die Landesverwal-

tung mit dem durchlaufenden Haushalt regelt, war noch der beste Paragraph im ganzen Gesetz.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Aber wenn Sie den benutzen und sagen, wir geben nicht nur die Bewirtschaftung nach unten, sondern wir geben dem Parlament zunächst einmal überhaupt keinen Einblick in die Gestaltung und in die Art und Weise, wie wir unsere Reform umsetzen, dann kann ich nur sagen, das trägt nicht. Das ist verfassungswidrig. Sie haben die Möglichkeit gehabt, es natürlich konkreter zu fassen, Herr Zuber.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

- Sie haben auf Anfragen des Abgeordneten Bischel und auf andere Anfragen in den Haushaltsberatungen gesagt: Das entsprechende Konzept wurde mit den Personalvertretungen abgestimmt. - Meine Güte, wenn Sie es abgestimmt haben, dann können Sie doch sagen, wer und wie viel Personal wohin geht. Sie können sagen: Über 10 % wissen wir noch nicht Bescheid. - Dann macht man für diese 10 % einen Topf und sagt, diese verteilen wir nachträglich.

(Pörksen, SPD: Die Anfrage kann
ich jetzt schon sehen!)

Stattdessen machen Sie das für ein Gesamtvolumen von 600 Millionen DM - das geht so nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen fordern wir Sie auch auf, einen Nachtragshaushalt im Jahre 2001 vorzulegen, um genau das nachzuholen, was Sie versäumt haben. Es genügt mir keine Zustimmung bei den wesentlichen Änderungen durch den Haushalts- und Finanzausschuss, sondern ich bin der Meinung, das Parlament ist verpflichtet, sich sehr genau anzuschauen, wie die Umsetzung erfolgt. Das ist meiner Meinung nach auch der erste Prüfstand für Ihre Verwaltungsreform. Dann könnten Sie genau darlegen, wann Sie es umsetzen, wo es tatsächlich Einsparmöglichkeiten zum Beispiel für Personal gibt. Dann müssen Sie nicht mit 100 Personalstellen-Sperren herumlaufen. Das wäre der erste Prüfstein. Aber daran sind Sie nicht interessiert.

(Glocke des Präsidenten)

Genau das wollen Sie eigentlich vor der Landtagswahl vermeiden, dass man über dieses Thema noch einmal diskutiert und hinschaut. Darum werden Sie nicht herumkommen.

(Pörksen, SPD: Unterschätzen
Sie sich selbst!)

Herr Pörksen, ich glaube, es ist Aufgabe eines Parlamentärs, Anfragen zu stellen. Es gab schon Anfragen zur Organisationsentwicklung in der Landtagsverwaltung, und zwar

schon bevor sie überhaupt eingesetzt war. Das halte ich für richtig; denn man muss natürlich die Pläne verfolgen und nicht erst hinterher alles abklappern.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich ertheile der Abgeordneten Frau Grützmacher das Wort.

(Pörksen, SPD: Sie intervenieren bei
Ihrer eigenen Vorsitzenden? -
Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nein, ich habe keine blaue Karte gezeigt, damit das allgemein klar ist.

Präsident Grimm:

Es handelt sich nicht um eine Kurzintervention, sondern es ist sozusagen die Fortsetzung des Beitrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Pörksen, SPD: Gut, weiter!)

Gibt es Einwände gegen diese Handhabung?

(Zurufe aus dem Hause: Nein!)

Gut, bitte schön, Frau Grützmacher.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich war auch etwas überrascht, weil ich davon ausgegangen bin, dass wir in mehreren Runden verhandeln. Weshalb soll aber nicht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die nächste Runde einläuten?

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch überhaupt nicht tragisch. Das ist doch alles in Ordnung.

(Mertes, SPD: Vielleicht wird
es dann deutlicher! -

Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das machen wir jetzt zur Tradition!)

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Inneministers weist deshalb ein so enormes Volumen aus, weil er vor allem

ein Haushalt ist, in dem die Polizei angesiedelt ist. Das bedeutet natürlich einen riesigen Personalaufwand.

Bisher hat die Polizei in Rheinland-Pfalz - das muss man einmal sagen - vor allem davon profitiert, dass die SPD-Regierung und Herr Zuber immer wieder versucht haben, seit Beginn der Legislaturperiode, seit dem Jahr 1991, ein bisschen Hase und Igel mit der CDU zu spielen. Immer wenn die Befürchtung aufkam, dass die CDU im Bereich Innere Sicherheit aktiver wurde,

(Abg. Pörksen, SPD: Ick bin all doar!)

rief Herr Zuber - sehr richtig -: Ick bin all doar. - Die SPD hat dadurch immer wieder versucht, der CDU in diesem Bereich den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wir sind der Meinung, dass das manchmal ein bisschen zu weit ging.

Aber,

(Pörksen, SPD: Jetzt kommt's!)

Herr Zuber, Ihnen ist jetzt Ihr Widerpart abhanden gekommen.

(Staatsminister Zuber: Wer?)

- Ihr Widerpart im Bereich der Inneren Sicherheit ist Ihnen abhanden gekommen;

(Pörksen, SPD: Ja?)

denn keine Partei hat sich stärker und dauerhafter in dem Bereich Innere Sicherheit diskreditiert als die CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gerade dieser Law-and-order-Mensch Kanther, der so gnadenlos und

(Zurufe aus der CDU: So ein Quatsch!)

mit so viel moralischem Apolomb den kleinen Ladendieb verfolgt hat, der Obersauber Mann der CDU, so wie es gestern ---

(Zurufe der Abg. Mertes, SPD,
und Bischel, CDU -
Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich weiß, dass es für Sie sehr schmerhaft ist, dass Ihnen das Thema abhanden gekommen ist.

(Bischel, CDU: So ist es!)

Sie haben jahrelang daran gearbeitet, als Garant für die Innere Sicherheit und für Law and order dazustehen. Das ist Ihnen

völlig abhanden gekommen. In dieser Hinsicht glaubt Ihnen kein Mensch mehr etwas. Wenn Sie das Wort Innere Sicherheit noch einmal in den Mund nehmen, ist Ihnen das Hohngeächter der ganzen Republik gewiss. Das kann ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Unruhe bei der CDU)

Das Problem ist auch, wie das Ganze auf den kleinen Mann und die kleine Frau auf der Straße wirkt.

Jetzt komme ich auf unseren Haushalt zurück. Wie wirkt das vor allem auf die Polizistinnen und Polizisten, die in diesem Land und in den anderen verschiedenen Bundesländern ihre Arbeit erledigen müssen? Von Polizistinnen und Polizisten erwarten wir ein hohes Maß an Rechts- und Unrechtsgefühl und verlangen eine besondere Rechtstreue von ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wie muss es auf diese Menschen wirken, wenn Altkanzler Kohl immer noch tagtäglich Verfassungsbruch begeht,

(Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

indem er sich weigert, den Artikel 21 ---

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU -
Unruhe im Hause)

Wir haben die Politik des Innenministers im Bereich der Polizei immer unterstützt. In dieser Hinsicht hat es nie etwas anderes gegeben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir haben in Rheinland-Pfalz immer gesagt, dass wir eine gut ausgebildete und gut bezahlte Polizei benötigen.

(Pörksen, SPD: Natürlich ist
das auch richtig!)

Das haben wir immer wieder gesagt.

(Zurufe der Abg. Pörksen, SPD,
und Bischel, CDU)

- Sie verwechseln das vielleicht mit dem Verfassungsschutz, Herr Pörksen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht den Bereich der Polizei beim Ministerium des

Innern und für Sport auf dem richtigen Weg. Das haben wir auch schon vor zwei Jahren gesagt.

(Pörksen, SPD: Jetzt wird
es gefährlich!)

In einem demokratischen Rechtsstaat muss eine Polizei gut ausgebildet sein. Gerade weil sie in Grundrechte von Menschen eingreift, muss sie eine besondere Sensibilität für Recht und Unrecht haben. Sie muss eine profunde Kenntnis der Grundrechte haben und ein hohes Maß an Selbstdisziplin besitzen. Wir sind der Meinung, dass eine Fachhochschulausbildung, wie sie von dieser Landesregierung eingeführt wurde,

(Pörksen, SPD: Sehr gut!)

und die sich daraus ergebende zweigeteilte Laufbahn für die Polizei die notwendige Voraussetzung dafür sind.

Ferner unterstützen wir auch das Vorhaben, zusätzliche Stellen für die Polizei zu schaffen, und die Bemühungen des Innenministers im Bereich der Beförderungen, die durch die Einführung der zweigeteilten Laufbahn außerordentlich kompliziert geworden sind. Dennoch stützen wir die Bemühungen des Ministeriums, Härten und Ungerechtigkeiten zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, bezüglich der Gespräche über die Polizei haben wir zwei Punkte, die uns am Herzen liegen, herausgehört. Zum einen ist das die Altersteilzeit für Polizeibeamtinnen und -beamte im Wechselschichtdienst. Die besondere Belastung der Polizistinnen und Polizisten im Wechselschichtdienst wird allgemein anerkannt. Deshalb sollte die Landesregierung unserer Meinung nach prüfen, unter welchen Voraussetzungen für diese Beamten - freiwillig - die Altersteilzeit ab 50 möglich sein kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Pörksen, SPD: 50? Geht doch nicht!)

- Herr Pörksen, wenn man bedenkt, dass das Pensionsalter von Polizistinnen und Polizisten bei 60 Jahren liegt und das Durchschnittsalter, mit denen Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand gehen, bei 58 Jahren liegt, dann muss für diese Maßnahme, die der Gesunderhaltung der Polizistinnen und Polizisten dient, Geld eingesetzt werden. Diese Maßnahme muss bezahlbar sein.

Der zweite Änderungsantrag, den wir im Bereich der Polizei unterstützen wollen, nimmt sich etwas stärker der Polizistinnen an. Der Frauenanteil in der Polizei ist in der letzten Zeit ständig gestiegen. Das halten wir auch für richtig. Herr Zuber, wer A sagt,

(Bruch, SPD: Muss auch Frau sagen!)

muss auch B sagen. Wenn Sie stolz darauf sind, dass mehr Frauen in den Polizeidienststellen beschäftigt sind, dürfen Sie

die einzelnen Dienststellen dafür natürlich nicht bestrafen; denn wenn eine Polizistin in Mutterschutz und hinterher im Erziehungsurlaub ist,

(Pörksen, SPD: Das ist der Fluch der guten Taten, Frau Kollegin!)

wird die Stelle erst einmal nicht wieder besetzt. Dadurch wird die Dienststelle also benachteiligt. Wir haben im Ausschuss gehört, dass sich immerhin 90 von 867 Beamtinnen der Schutz- und Kriminalpolizei im Erziehungsurlaub befinden. Wir schlagen vor, einen Stellenpool zu schaffen, der diese Personalengpässe, die durch den Erziehungsurlaub verursacht werden, verhindern kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich können von diesem Pool auch Männer, die in den Erziehungsurlaub gehen, profitieren. Das wollte ich einmal nebenbei sagen.

(Beifall des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, weiterhin kritisch stehen wir dem großen Ausgabenbereich des Verfassungsschutzes gegenüber. Ich will nicht alle Argumente von vor zwei Jahren wiederholen,

(Pörksen, SPD: Die sind auch nicht besser!)

aber nur so viel: Wenn sich der Verfassungsschutz mit seiner neuen Aufgabe, Bekämpfung des Rechtsextremismus, zu legitimieren versucht, so greift das unserer Meinung nach viel zu kurz. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Wort und Tat muss offen und selbstbewusst mit demokratischen Mitteln geführt werden und nicht durch eine im Geheimen wirkende Behörde. Deshalb wollen wir

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

als ersten Schritt in die neue Richtung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus 20 Stellen - dazu haben wir einen Änderungsantrag gestellt - aus dem Verfassungsschutz in eine Dokumentationsforschungsstelle umsetzen,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil nach unserer Meinung besonders durch die Veränderung der Informations- und Kommunikationsmittel neue Möglichkeiten im Kampf gegen den Rechtsextremismus geschaffen werden müssen.

Meine Damen und Herren, jetzt komme ich auf die Bereiche Asylbewerber, Ausländer und Integration zu sprechen, die auch im Innenausschuss eine Rolle gespielt haben. Im letzten

Jahr haben alle vier Fraktionen umfangreiche Anträge zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern - wir haben auch Flüchtlinge dazu gesagt - gestellt. Sie sind zwar noch nicht endgültig beschlossen, aber der Wille des Parlaments, sich in dem Bereich mehr zu engagieren, ist deutlich geworden. Dieser Wille müsste sich eigentlich auch in dem Haushalt des Innenministers niederschlagen, aber leider ist dort Fehlanzeige zu vermelden. Es gibt sogar deutliche Hinweise darauf, dass die alte Ausländerpolitik, die von Abwehr und Ausgrenzung gekennzeichnet ist, weiter verschärft wird.

(Pörksen, SPD: Bei uns?
Wissen Sie das wirklich?)

- Herr Pörksen, ich erkläre es Ihnen. Wir sehen zum Beispiel bei der Unterstützung der Kommunen bei der sehr schwierigen Aufgabe der Integration von Aussiedlerinnen einen großen Rückschritt. Die CDU hat schon darauf hingewiesen. Das Innenministerium hatte in den letzten Jahren wenigstens 2 Millionen DM bzw. 1,5 Millionen DM eingesetzt, um die Kommunen bei dieser wirklich schwierigen Aufgabe zu unterstützen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Jetzt wird der Titel einfach gestrichen, und zwar aus finanziellen Erwägungen, wie es im Ausschuss hieß.

Meine Damen und Herren, alle diejenigen, die in Regionen wohnen, die einen starken Zuzug von Aussiedlerinnen haben, wissen sehr genau, wie problematisch die Integration gerade hier ist. Die Gemeinden, die die Unterstützung brauchen und bisher bekommen haben, sind nicht Gemeinden aus den Ballungszentren, sondern das so genannte „platte Land“, zum Beispiel Birkenfeld, der Rhein-Hunsrück-Kreis und der Landkreis Daun. Diese haben bisher von diesen nicht sehr großen Zuschüssen profitiert. Wir möchten, dass das weiter geschieht, damit dort nicht gekürzt werden muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in einem zweiten Bereich, der heute schon angesprochen wurde und für die Integration von Flüchtlingen sehr wichtig ist, versagt die Landesregierung den Kommunen die Unterstützung, die für eine richtige Arbeit notwendig ist. Das betrifft zum Beispiel die Erstattung an die Gemeinden nach dem Landesaufnahmegesetz.

Auf der Landesebene werden die Zuschüsse ständig heruntergefahren, und zwar nicht nur absolut - das haben wir schon gehört -, sondern auch, was die einzelnen Flüchtlinge angeht. Damit beschwört man natürlich die Gefahr herauf, dass die Kommunen diese Flüchtlinge nur noch als Kostenfaktor sehen, den sie so schnell wie möglich loswerden wollen.

Meine Damen und Herren, dabei ist die Aufnahme von Flüchtlingen eine Daueraufgabe. Diese wird uns nicht nur in Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren und Jahrzehnten begleiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Die Europäisierung der Flüchtlingspolitik hat längst begonnen. Ich erinnere an Tampere. Ich erwarte, dass auch die rheinland-pfälzische Landesregierung reagiert. In Tampere wurde beschlossen, dass die Staaten der Europäischen Union für eine - ich zitiere - „uneingeschränkte und all umfassende Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention in ihren Ländern zu sorgen haben“. Hier liegen große Defizite.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

- Ja, alle Länder haben Nachholbedarf - das ist richtig -, aber auch Rheinland-Pfalz.

Herr Zuber, die Hauptaufgabe besteht doch darin, dass die Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz auf der Grundlage und den Grundsätzen der Genfer Flüchtlingskonvention neu vorortet wird, und zwar weg von dieser bürokratischen Verwahrung und der diskriminierenden Ausgrenzung und hin zur Integration, menschenwürdigen Behandlung und gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Meine Damen und Herren, diese Aufgabe kann nur auf kommunaler Ebene erfüllt werden. Darum brauchen die Kommunen eine stärkere Unterstützung vom Land, wie wir es in unserem Antrag fordern.

Ich komme zu dem letzten und schäbigsten Kapitel des Haushalts des Innenministers.

(Pörksen, SPD: Bitte?)

Das ist die Frage der Landesunterkunft, des Abschiebekomplexes in Ingelheim.

(Pörksen, SPD: Schäbig nennen
Sie das?)

Herr Zuber, es ist zynisch, wenn Sie auf der einen Seite den Kommunen Mittel für einen humanen Umgang mit Flüchtlingen verweigern und auf der anderen Seite mit der Begründung, dass die Kommunen mit der Aufnahme von Flüchtlingen überfordert sind, für teures Geld eine so genannte Landesunterkunft bauen. Der ganze Komplex Landesunterkunft ist ein gravierender Rückschritt in der rheinland-pfälzischen Flüchtlingspolitik.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Staatsminister Zuber -
Pörksen, SPD: Sie sind hier nicht auf
dem Marktplatz von Landau!)

- Herr Zuber, dabei hätten Sie doch einfach nach Nordrhein-Westfalen und Lübbecke gehen können. Dort hat man nämlich mit einer ganz ähnlichen Einrichtung sehr negative Erfahrungen gemacht. Die Unterkunft in Lübbecke war ein Jahr geöffnet und ist seit zwei Monaten geschlossen. Für diese Schließung gab es viele Gründe.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hören Sie doch einmal zu, Herr Pörksen!)

Es hat dort Anfang 1999 einen Selbstmord gegeben. Darüber hinaus gab es dort ständig Nationalitätenkonflikte. Ferner waren in dieser Landesunterkunft manchmal Leute, die schon sieben oder acht Jahre in Nordrhein-Westfalen gelebt und Kinder in der Schule hatten. Das ist eine Zusammenfassung und Isolierung von Menschen, wie wir sie überhaupt nicht unterstützen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir fordern die Landesregierung auf, die Notunterkunft - das ist der Bereich, in dem sich im Moment die bosnischen und die Kosovo-Flüchtlinge befinden -, das Ausreisezentrum, wie das so schön heißt - das ist die Unterkunft, in der Flüchtlinge, die die Kommunen nicht mehr haben wollen, untergebracht werden -, und das Abschiebegefängnis rückgängig zu machen, auch wenn die dritte Einrichtung vom Gesetz her nicht rückgängig gemacht werden kann, damit wir zu einer akzeptierenden Flüchtlingsarbeit vor Ort kommen. Das Geld, das dort hineingesteckt wird - das sind immerhin jedes Jahr 20 Millionen DM -, soll für unterstützende und akzeptierende Flüchtlingsarbeit vor Ort eingestellt werden. Das ist notwendig. So stellen wir uns eine humane und menschliche Flüchtlingspolitik im Land vor.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegensatz zu dieser Landesunterkunft müssen wir einmal sehen, wie viel für die Nichtregierungsorganisationen, die einen sehr wichtigen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen leisten, ausgegeben wird. Diesen steht zum Beispiel ein Finanzvolumen - das ist allerdings im Ressort der Staatskanzlei - von 224 000 DM zur Verfügung. Das ist unserer Meinung nach viel zu wenig. Wir fordern eine dringende Aufstockung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir es mit der Stärkung der Integrationspolitik ernst meinen - das ist etwas, was alle vier Fraktionen im Parlament deutlich gemacht haben -, muss ein deutlicher Perspektivenwechsel stattfinden. Integrationsarbeit muss endlich auch als Querschnittsarbeit begriffen werden, die im Wirtschaftsausschuss, im Kulturressort, im Innen- und Bildungressort; im Sozial- und im Jugendressort angesiedelt ist und in vielen anderen einzelnen Haushaltstellen berücksichtigt werden

muss. Es ist wohl eine Binsenwahrheit, dass gerade Querschnittsaufgaben außerordentlich schwierig zu bewältigen sind.

Meine Damen und Herren, dazu reichen die Kapazitäten, die Kompetenzen und auch der finanzielle Aufwand der Ausländerbeauftragten, bei weitem nicht aus. Wir fordern die Landesregierung auf, eine Leitstelle für integrative Migrations- und Flüchtlingsarbeit zu schaffen; denn nur eine solche Institution ist in der Lage, die Ansprüche, die auch in dem Antrag der SPD- und der F.D.P.-Fraktion an eine Integrationspolitik gestellt werden, zu erfüllen.

Meine Damen und Herren, wie viel menschlicher und freundlicher sähe Rheinland-Pfalz aus, wenn wir die ominösen 20 Millionen DM nicht in eine graue und entwürdigende Isolierungs- und Abschottungsmaschinerie stecken würden, wie sie nun einmal die Landesunterkunft darstellt, sondern in eine Institution wie in eine Leitstelle für Integration, die mit vielfältigen Aktivitäten und hoher Kompetenz das friedliche Zusammenleben aller Menschen in Rheinland-Pfalz fördert.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich Gäste im Landtag, und zwar die Klasse 10 a der Schiller-Realschule Frankenthal, die 10. Klasse der Realschule Wörstadt, Schülerinnen und Schüler des Stefan-George-Gymnasiums Bingen sowie die Klassen 9 b und 10 der Geschwister-Scholl-Hauptschule Kaiserslautern. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Jürgen Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schnabel hat in seiner Rede für die Fehlbeträge der Kommunen nur das Land und den Bund verantwortlich gemacht. Von der Verantwortlichkeit der Kommunen und der kommunalen Selbstverwaltung habe ich wenig gehört. Wir stellen immer wieder fest, dass es auch in den CDU-Bundesregierungen Verlagerungen zulasten der Kommunen gegeben hat.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Ich habe Ihnen bei der Rede zum kommunalen Finanzausgleich schon damals vorgehalten, dass es auch unter CDU-Landesregierungen permanent eine Verschlechterung der allgemeinen Zuweisungen zugunsten der Zweckzuweisungen

gegeben hat. Dies ist nichts Neues, meine Damen und Herren! Insofern verstehe ich das Klagen der CDU überhaupt nicht.

(Schnabel, CDU: Absolut nie! -
Schweitzer, SPD: Aber natürlich!)

Herr Kollege Pörksen hat Ihnen widerlegt, es wird auch in seiner Rede nachzulesen sein, dass das Land weiterhin kommunalfreundlich ist. Das heißt aber nicht, dass auch die Kommunen sparen müssen. Wir müssen das auch einmal individuell sehen, Herr Kollege Schnabel. Ich trage im Landkreis Ludwigshafen die Verantwortung mit. Wir haben dort eine freie Finanzspitze von 9 Millionen DM im Haushalt 1999 und auch im letzten Haushalt ausgewiesen bei einer Kreisumlage, die sehr moderat ist. Herr Kollege Pörksen, das hängt aber auch ein wenig mit der Struktur zusammen, weil wir weniger Kosten im Sozialhilfebereich haben, weil wir um die Städte herum liegen. Wir haben eine gute Struktur. Aber wir investieren, was sehr wichtig ist, gerade auch im Bereich Freizeit und Sport. Wir werden mit Hilfe des Landes eine Sanierung des Hallenbads in Mutterstadt im nächsten Jahr vornehmen, die uns immerhin 15 Millionen DM kosten wird. Das heißt, es gibt auch Kommunen und Landkreise, die ordentlich mit ihren Finanzen umgehen und nicht immer klagen müssen, wenn der Bund oder das Land irgendwelche Einschränkungen machen.

(Zurufe von der CDU)

Ich sehe gerade die Kollegin Ebli aus Hanhofen. Es nutzt gar nichts, wenn Sie der Gemeinde Hanhofen die allgemeinen Zuweisungen erhöhen. Sie hat viel mehr, wenn sie investieren muss, wenn das Land ihr hilft und entsprechende Investitionsmittel bereitstellt. Wir sollten aufhören, immer wieder zu klagen.

Ich sage Ihnen auch, Herr Kollege Schnabel, wenn das eintritt, was die Bundesregierung vorhat - ich habe dies von diesem Pult aus schon einmal erwähnt -, dass die Abschreibungstabellen verlängert werden, es gibt keine Anzeichen dafür, dass dies nicht der Fall ist, dann wird das 14 Milliarden DM Mehreinnahmen bringen und direkt bei den Kommunen mit einem Drittel landen, weil bei gleichem Hebesatz keine Verkürzung der Gewerbesteuer eintritt. Also wir müssen abwarten, wie sich die finanzielle Entwicklung der Kommunen darstellen wird. Dann sollten wir reden.

Meine Damen und Herren, die Kollegin Thomas hat immer wieder und auch gestern - die Union macht das genauso - die Verschuldung beklagt. Frau Thomas, eine Verschuldung ist per se noch gar nichts Schlechtes, --

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

- Herr Kollege Jullien, das müssen Sie auch wissen.

-- wenn das Geld, das aufgenommen wird, investiert wird und wenn aus diesen Investitionen Erträge entstehen. Frau Kollegin Thomas, insofern können Sie einfach nicht die so ge-

nannten GmbHs und die Stadtwerke mit einbeziehen, auch die Krankenhäuser nicht. Dort entstehen wieder Einnahmen bei den Investitionen und damit auch Erträge. Damit könnte sogar, aber das sollten Sie einmal nachlesen, der Leverage-Effekt den Kommunen zugute kommen.

Meine Damen und Herren, der Haushalt des Innenministeriums dokumentiert drei Schwerpunkte, die für die F.D.P.-Fraktion für die Zukunft unseres Landes von besonderer Wichtigkeit sind:

1. Innere Sicherheit weiter verbessern,
2. Verwaltung weiter modernisieren,
3. Ehrenamt weiter stärken.

Die erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung in Rheinland-Pfalz muss als Schwerpunkttaufgabe dieser Landesregierung fortgeführt werden. Die Reform der Organisationsstruktur der Polizei sowie die Reform der Bereitschaftspolizei, die Ausbildungsreform, die Personalverstärkung, trotz finanziell schwieriger Zeiten, sowie die Ausstattung mit modernster Kommunikationstechnik haben in Rheinland-Pfalz zu mehr Effizienz und damit zu mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes geführt.

Die objektive Sicherheitslage hat sich nachhaltig verbessert, wie sich anhand der polizeilichen Kriminalstatistik des Landes Rheinland-Pfalz ablesen lässt. Im Jahr 1998 nahm die Zahl der polizeilich erfassten Straftaten gegenüber dem Jahr 1997 um 1,4 % von 266 507 auf 262 745 ab. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies also einen Rückgang um 3 762 Straftaten.

Konträr mit dem Rückgang der Straftaten hat sich die Aufklärungsquote von Straftaten gegenüber dem Jahr 1997 gesteigert. Der rheinland-pfälzischen Polizei ist es gelungen, die Aufklärungsquote um 2,8 Prozentpunkte von 53,8 % im Jahr 1997 auf insgesamt 56,6 % im Jahr 1998 zu steigern. Somit wurden 148 762 Straftaten aufgeklärt, das waren 5 488 mehr als im Jahr 1997.

Meine Damen und Herren, die gegenüber dem Bund mit 52,3 % weit über dem Durchschnitt liegende Aufklärungsquote ist ein deutlicher Beweis dafür, dass der von der Landesregierung eingeschlagene Weg in puncto Optimierung der Inneren Sicherheit richtig ist.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Durch die Reform der Polizeiorganisation und die Verbesserung der Ausrüstung unserer Beamten wurde und wird die Ermittlungsarbeit der Polizei vereinfacht, was sich letztendlich ebenfalls in den auch im Landesdurchschnitt weit vorne liegenden Aufklärungsquoten widerspiegelt.

So betrug die Aufklärungsquote in den alten Bundesländern im Jahr 1998 mit Gesamt-Berlin rund 52,6 % und die in den

neuen Bundesländern 51,2 %. Rheinland-Pfalz weist also eine um 4 Prozentpunkte bzw. 4,5 Prozentpunkte bessere Aufklärungsstatistik als die alten bzw. neuen Bundesländer auf. Herr Zuber, Ihnen dafür einen herzlichen Dank für Ihre Arbeit, auch für die Arbeit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Frau Grützmacher, wenn der Kollege Zuber immer vorne ist, wenn die CDU etwas beantragt, dann finden wir das richtig, weil das der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes dient. Dies können wir nur unterstützen.

Diese erreichten Ergebnisse können in den Folgejahren jedoch nur dann gehalten werden bzw. nach Möglichkeit verbessert werden, wenn sich die Bundesregierung auch in Zukunft an der Finanzierung der Ausrüstung der Bereitschaftspolizeien der Länder beteiligt. Nur so können wir ausschließen, dass unsere Beamtinnen und Beamten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf der Straße keiner Gefahr ausgesetzt werden. Deren Leben und Gesundheit stehen an erster Stelle, Kompromisse wollen und können wir keine eingehen.

Wichtig dabei ist, dass das Land Rheinland-Pfalz in den beiden Haushaltsjahren 2000/2001 jeweils 200 Polizeianwärterinnen und -anwärter des gehobenen Dienstes einstellen wird. Darüber hinaus ist jedoch auch zu überlegen, meine Damen und Herren - deswegen auch gestern mein Zwischenruf -, ob durch Effizienzsteigerung die polizeiliche Arbeit verbessert werden kann. Hier wurde nämlich gesagt: Schule und Polizei wären herauszunehmen. Auch bei der Polizei, davon sind wir überzeugt, kann durch Umorganisation, durch Abbau der Bürokratie noch mehr Effizienz erreicht werden. Meine Damen und Herren, daran müssen wir arbeiten. Deshalb muss die Funktionsanalyse fortgeführt werden; neue Angestelltenstellen zur Entlastung der Vollzugspolizei und zur Verstärkung in den Schichten sind zu schaffen, damit die polizeiliche Präsenz vor Ort gestärkt werden kann.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Motivation und Engagement der Polizeibeamtinnen und -beamten ist durch die Möglichkeit von Beförderungen weiterhin zu unterstützen. Motivation hängt nicht immer nur mit Geld zusammen, aber wenn die Chance besteht, durch gute Arbeit auch Fortkommensmöglichkeiten zu haben, dann ist es sicher auch ein Teil der Motivation. Deshalb wird diese Landesregierung dies auch fortsetzen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Die F.D.P.-Fraktion unterstützt mit Nachdruck die Forderung der Polizei, den Erwerb der Fachhochschulreife auf externe Ausbildungseinrichtungen zu verlagern. Damit werden Polizeibeamtinnen und -beamte für ihre eigentliche Tätigkeit freigesetzt, um mehr Straftaten aufzuklären zu können. Darauf hinaus ist zu prüfen, inwieweit die Berichtspflichten

- dies habe ich schon erwähnt - reduziert werden können. Bürokratie darf die Polizei nicht von ihrer eigentlichen Aufgabe der Verbrechensbekämpfung abhalten.

(Beifall bei der SPD)

Wie bereits dargelegt, liegt die Aufklärungsquote in Rheinland-Pfalz erfreulicherweise über dem Bundesdurchschnitt. Deshalb möchte die F.D.P.-Fraktion an dieser Stelle den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unseres Landes ein herzliches Dankeschön für ihre Arbeit aussprechen, die auch unter Einsatz der persönlichen Unversehrtheit oftmals geleistet werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Die Steigerung der Aufklärungsquote hat, gekoppelt mit der Abnahme der Straftaten, zur Folge, dass sich das Risiko, in Rheinland-Pfalz Opfer einer Straftat zu werden, stetig verringert. Dies müssen wir einmal ausdrücklich festhalten.

(Pörksen, SPD: So ist es!)

Vor allem rheinland-pfälzische Straßen sind sicherer geworden. So ist die Straßenkriminalität um 10 % zurückgegangen und liegt damit ebenfalls weit unter dem Bundesdurchschnitt.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Ich verstehe den Kollegen Schnabel, dass er nur kritisiert. Aber es wäre auch einmal angebracht, ein kleines Danke-schön an die Beamteninnen und Beamten dieses Landes zu sagen, die mit ihrer exzellenten Arbeit zu diesen Zahlen beige-tragen haben.

(Schnabel, CDU: Das tue ich jede Woche! -

Pörksen, SPD: Ist das wahr?

Das glaube ich dir nicht!)

Besorgniserregend ist für uns jedoch der Anstieg der Tatver-dächtigen unter 21 Jahren um 1,7 Prozentpunkte auf insge-samt 27,2 %, wobei gerade in diesem Bereich der Anteil der unter 14-Jährigen stetig wächst. Die Zahl der tatverdächtig ermittelten Kinder beläuft sich insgesamt auf 6 297 und hat damit gegenüber 1997 mit 5 362 Tatverdächtigen um 935, das heißt um 14,8 %, zugenommen.

6,1 % der Tatverdächtigen in Rheinland-Pfalz sind demnach Kinder unter 14 Jahren. Berücksichtigt werden muss dabei zwar grundsätzlich, dass auch die Bevölkerung dieser Alters-gruppe gegenüber 1997 um 0,4 % zugenommen hat, aber trotzdem sind diese Zahlen für uns besorgniserregend. Wir bitten die Landesregierung darum, diesem Problem ihr besonderes Augenmerk zu schenken und entsprechende Initia-tiven zu ergreifen.

Meine Damen und Herren, vorhin ist die Altersteilzeit der Po-lizei erwähnt worden. Ich bin sicher, dass diese Landesregie-

rung, dieser Minister, aber auch die sie tragenden Koalitions-fraktionen alles tun werden, um dieses Instrument so gut ein-zusetzen, dass wir dadurch auch eine höhere Effizienzsteige- rung bekommen werden. Nur dies kann der Sinn der Alters-teilzeit sein. Außerdem sollen damit neue Chancen für neue Beförderungsmöglichkeiten geschaffen werden. Meine Da-men und Herren, das werden wir in den nächsten beiden Jah-ren - darin bin ich mir sicher - intensiv verfolgen und eigene Vorschläge in Zusammenarbeit mit dem Ministerium unter-breiten:

Abschließend darf ich für die F.D.P.-Fraktion festhalten: Die Innere Sicherheit hat sich in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz weiter verbessert. Wir dürfen jedoch nicht auf dem er-reichten Stand stehen bleiben, sondern müssen den Versuch unternehmen, durch Neueinstellungen, aber auch durch Effi-zienzsteigerungen, das heißt durch eine Verbesserung der Arbeitsabläufe und Verringerung der Bürokratie, stetige Ver-besserungen der Aufklärungsquote zu erreichen.

Meine Damen und Herren, wenn es darum geht, die Verwal-tung weiter zu modernisieren, höre ich von den Grünen und übrigens auch von der CDU immer nur: nein, nein, nein!

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ach, das ist doch Unfug! Wir haben
einen Antrag gestellt! -

Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Nur ein Nein bei der Modernisierung der Katasterverwal-tung, nur ein Nein bei der Verwaltungsreform. Den Grünen ist der Formalismus wichtiger, meine Damen und Herren.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wer's glaubt, wird selig!)

- Ich verstehe Sie überhaupt nicht. Jede Reform, jede Verän-derung, auch in der Wirtschaft, braucht ihre Zeit und hat Vor-laufkosten. Gestern würde beklagt, alle müssten mit modern-ster Datentechnik ausgestattet werden: 40 Millionen DM! - Es sei unerhört, was dies alles kostet. Ich weiß gar nicht, wo Sie leben.

Sie müssten einmal draußen im Berufsleben und in der freien Wirtschaft sehen, wie sich so etwas abspielt. Wenn Sie dort eine Reform oder eine Strukturveränderung durchführen, werden Sie sehen, dass Sie zunächst einmal investieren müs-sen, dass Sie Geld in die Hand nehmen müssen, und danach haben Sie natürlich den Erfolg. Hier wird jedoch immer wie-der geklagt, und nach drei Wochen kommt die erste Anfrage, das hat noch nicht funktioniert, das ist alles ganz schlimm.

Meine Damen und Herren, das geht eben in Verwaltungen etwas anders. In der freien Wirtschaft würde man die Leute freisetzen. Dies wollen wir aber gerade nicht, sondern wir wollen Reformen sozialverträglich durchführen.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Bei sozialverträglichen Reformen entsteht immer Leerlauf, und am Anfang gibt es immer Probleme. Das ist überhaupt nichts Neues.

Die Koalitionsparteien SPD und F.D.P. haben sich in ihrer Koalitionsvereinbarung als einen ihrer Schwerpunkte die Verwaltungmodernisierung in Rheinland-Pfalz zum Ziel gesetzt. Wir wollen damit erreichen, dass durch moderne Strukturen die Mitarbeiter mehr Eigenverantwortung erhalten, Hierarchien abgebaut werden, mehr Effizienz in den Verwaltungen Einzug hält und dadurch auch Kosten eingespart werden. Diese Kosteneinsparungen sind kein Selbstzweck. Sie müssen dazu verwendet werden, dass mehr Geld in die Bildung und Ausbildung, in die Infrastruktur und in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes investiert werden kann.

Ein sehr gutes Beispiel für die Verwaltungmodernisierung ist die Reform der Vermessungs- und Katasterverwaltung in Rheinland-Pfalz.

(Pörksen, SPD: Sehr wahr!)

In diesem Bereich wurde in den zurückliegenden Jahren ein beispielgebender Reformweg eingeschlagen, der - meine Damen und Herren, Frau Thomas, meine Herren von der CDU, dies ist sehr wichtig - mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Katasterverwaltung verwirklicht worden ist.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Interessanterweise hat die Katasterverwaltung moderne Führungs- und Entscheidungsstrukturen der Wirtschaft aufgenommen. Wichtig dabei war, dass die Vermessungs- und Katasterverwaltung sich ein Leitbild erarbeitet hat. Nur mit einem Leitbild wissen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche Ziele wie und wann erreicht werden sollen.

„Durch bürgernahe und wirtschaftliches Handeln zeichnet sich unser Service aus. Die Zufriedenheit unserer Kunden ist unser Ziel.“

Meine Damen und Herren von der Opposition, das lesen Sie offensichtlich alles gar nicht. Diese Leitsätze finden sich in der Broschüre „Reform der Vermessungs- und Katasterverwaltung Rheinland-Pfalz“ wieder, die das Innenministerium im August 1999 herausgegeben hat.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Herr Schnabel, oder Sie wollen es nicht zur Kenntnis nehmen. Verdrängen ist auch eine Art. Das verstehe ich.

(Pörksen, SPD: Ich erinnere an die japanischen Affen!)

Diese Ziele zeigen, dass in eine moderne Verwaltung ein neues Denken Einzug hält. Mehr Motivation der Mitarbeiter

muss sich aber lohnen. Deshalb ist es richtig, dass im Doppelhaushalt 2000/2001 insgesamt 80 Stellenanhebungen im mittleren Dienst vorgesehen sind, meine Damen und Herren.

(Pörksen, SPD: Sehr gut! - Beifall bei der F.D.P. und des Abg. Pörksen, SPD)

Das heißt, wir wollen nicht nur die Verwaltung modernisieren, sondern wir wollen den Menschen, die dort arbeiten, auch eine Aufstiegschance geben. Wir wollen Hierarchien abbauen, und wir wollen mehr Effizienz erreichen.

Die F.D.P.-Fraktion ist sich deshalb sicher, dass auch die Reform und Neuorganisation der Landesverwaltung ein Erfolg werden wird. Mit der Auflösung der Bezirksregierungen und der Einrichtung der Struktur- und Genehmigungsdirektionen Nord und Süd sowie der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion wurde der Weg für eine moderne, funktional ausgerichtete Verwaltung geschaffen. Mit der Neuorganisation geht der Verzicht von Aufgaben einher, die schon bisher Fremdkörper im Aufgabenbestand der Bezirksregierungen waren, nämlich die Beihilfestellen und die Regierungskassen.

Die Verwaltungsaufgaben werden nach den Grundsätzen der inneren und verfahrensmäßigen Zusammengehörigkeit, also nach funktionalen Gesichtspunkten, zusammengefasst. Die Verwaltung wird durch die Einführung landesweiter Zuständigkeiten gestrafft. Was von einer Stelle aus geregelt werden kann, soll auch nur dort bearbeitet werden und nicht auf mehrere Stellen verteilt werden.

Der Aufgabenbestand der Landesverwaltung wird durch Aufgabekonzentration auf wenige Behörden zusammengeführt.

(Schnabel, CDU: Ach, wenige?)

Meine Damen und Herren, sage und schreibe 30 Sonderbehörden werden in die neue Behörde integriert. Hierdurch wird auf Verwaltungsebenen verzichtet und zugleich zur Verbesserung der Qualität des Verwaltungshandelns Fach- und Vollzugskompetenz zusammengeführt.

Die neuen Behörden werden erheblich gestärkt. Dies geschieht unter anderem auch dadurch, dass sie die Stellen und Haushaltssmittel aufgabenbezogen und eigenverantwortlich bewirtschaften. Aber die Fraktion der Grünen stellt sich hierhin und beklagt das alles natürlich. Das ist sehr schlimm, da muss ein Haushaltstitel her, in dem genau alles vorgeschrieben werden muss, wie alles zu regeln ist. Meine Damen und Herren, die Organisationswut der Grünen macht auch vor den Verwaltungen nicht Halt. Deswegen können wir dies nur ablehnen.

Die F.D.P.-Fraktion bittet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neuen Landesverwaltung, sich an der Umsetzung der Neuorganisation tatkräftig zu beteiligen und sich auch per-

söhnlich einzubringen. Eine Neuorganisation ist kein Selbstzweck. Sie dient den Menschen, damit diese eigenverantwortlich ihre Aufgaben bewältigen können.

(Pörksen, SPD: Sehr wahr!)

Schlanke Verwaltungen stärken die Eigenverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und führen letztendlich dazu, dass durch mehr Effizienz Verwaltungskosten eingespart werden können.

Die durch die Reform und Neuorganisation der Landesverwaltung eingesparten Mittel müssen für Zukunftsinvestitionen in unserem Land bereitgestellt werden, damit durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze die Finanzkraft dieses Landes gestärkt wird und es in die Lage versetzt wird, seinen Pensionsverpflichtungen auch in Zukunft - dies betone ich auch im Interesse dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - nachkommen zu können. Deshalb hat die F.D.P.-Fraktion mit Nachdruck die Reform und Neuorganisation der Landesverwaltung gefordert. Wir sind sicher, dass die jetzt eingeleitete Verwaltungsreform erfolgreich umgesetzt wird.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, das Ehrenamt weiter zu stärken, ist eine weitere Herausforderung. Die Landesregierung hat sich als einen weiteren Schwerpunkt ihrer Arbeit zum Ziel gesetzt, das Ehrenamt weiter zu stärken.

(Pörksen, SPD: Kramer, pass auf jetzt!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, dies geschieht nicht nur ideell, was Sie immer beklagen, sondern auch materiell. Trotz des strengen Sparkurses wird die Förderung des Sports in Rheinland-Pfalz auf hohem Niveau gehalten.

Von 1993 bis 1999 stiegen die Unterstützungen für den Landessportbund mit seinen angeschlossenen Organisationen von 16,7 Millionen DM auf über 21 Millionen DM. Der Doppelhaushalt 2000/2001 sieht nunmehr eine weitere Steigerung der Förderung auf 21,5 Millionen DM im Jahr 2000 und 21,6 Millionen DM im Jahr 2001 vor. Hinzu kommt, dass die Ansätze für die Zuschüsse an den Behindertensportverband und an die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft genauso erhöht werden wie die zweckgebundene Sporthilfe.

Der Sportstättenbau - ich betone dies - wird in bisherigem Umfang fortgeführt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Anhebung der Zuschüsse zur Stärkung des Ehrenamts, um dem damit zunehmenden Bedarf an Beratung, Begleitung und Unterstützung auf Landesebene und im kommunalen Bereich Rechnung zu tragen, ist ein weiterer Mosaikstein im Bemühen der Landesregierung, das Ehrenamt zu fördern.

Die F.D.P.-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass im Steuerbereinigungsgesetz 1999 die so genannte Übungsleiterpauschale von derzeit 200 DM pro Monat um 50 % auf 300 DM angehoben wurde. Leider mischt sich in die Förderung des Ehrenamts ein kleiner Wermutstropfen durch die Neuregelung des so genannten 630-Mark-Gesetzes. Diese Neuregelung hat das Land Rheinland-Pfalz nicht zu vertreten. Die Landesregierung hat dies abgelehnt. Ziel muss es nun sein, sich im Rahmen der Möglichkeiten weiter dafür einzusetzen, dass zumindest ein ehrenamtsfreundlicher Vollzug des 630-Mark-Gesetzes eingeführt wird. Den ehrenamtlich geführten Vereinen ist der hohe Verwaltungsaufwand bei der Erfassung und Abmeldung der vom Gesetz betroffenen Tätigkeiten nicht weiterhin zuzumuten.

Neben der Sportförderung sieht die F.D.P.-Fraktion einen weiteren Schwerpunkt in der bedarfsgerechten Ausstattung unserer Rettungsdienste. Dabei spielt die Förderung des Feuerwehrwesens als Teil der Inneren Sicherheit eine besondere Rolle. Ich darf auf die ausführlichen Ausführungen des Kollegen Pörksen verweisen, der dies gesagt hat. Insbesondere ist hier erwähnenswert, dass gegenüber dem Haushaltsentwurf die Fördermittel für den Landesfeuerwehrverband und die Jugendfeuerwehr erhöht wurden. Dadurch wird es möglich, dass die Jugendarbeit der Feuerwehr intensiviert werden kann.

Meine Damen und Herren, die F.D.P.-Fraktion hält die Förderung der Jugendarbeit, sei es im Sportbereich, sei es bei den Verbänden, sei es bei Institutionen wie der Jugendfeuerwehr, für besonders wichtig. Jugendarbeit, wie sie von tausenden ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, bei denen wir uns bei dieser Gelegenheit sehr herzlich für ihre Arbeit bedanken wollen, praktiziert wird, ist für unser Gemeinwesen unerlässlich.

Wenn ich zu Beginn meiner Rede die steigende Jugend- und Kinderkriminalität beklagt habe, so können wir froh sein, dass in unserem Bundesland mit Unterstützung dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen Jugendarbeit betrieben wird, die auch als eine Prävention gegen mögliche Jugendkriminalität zu verstehen ist. Ich möchte dies auch vor der sehr jungen Zuhörerschaft betonen. In Sportvereinen und -verbänden werden nicht nur Teamgeist und soziales Verhalten tagtäglich praktiziert. Für viele Jugendliche ist die Betätigung in Sportvereinen und -verbänden auch ein Teil ihrer Freizeitbeschäftigung, was sie davon abhält, auf die „schiefe Bahn“ zu geraten.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Deshalb unterstützt die F.D.P.-Fraktion mit allem Nachdruck das ehrenamtliche Engagement in unserer Gesellschaft. Herr Minister, wir würden es begrüßen, wenn in einer landesweiten Stiftung ehrenamtliche Arbeit in unserem Land in einer neuen Form unterstützt werden könnte. Wir kennen die Überlegungen, die es in Ihrem Hause gibt. Wir wollen Sie ermuntern, da fortzufahren und dies nicht zurückzustellen. Wir

halten die Stiftung für eine gute Sache. Wenn auch das Land sparen muss, was wir alle wissen, dann statten wir eben diese Stiftung mit einem geringen Dotationskapital aus. Charme dieser Stiftung wäre es natürlich auch, dass dieses Kapital durch freiwillige Spenden immer wieder erhöht werden kann und wir dadurch die Möglichkeit haben, neue Formen der Unterstützung der ehrenamtlichen Tätigkeit zu schaffen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Abschließend darf ich für die F.D.P.-Fraktion festhalten: Diese Landesregierung wird mit dem uns vorgelegten Doppelhaushalt das Ziel, die Innere Sicherheit weiter zu verbessern, die Verwaltung weiter zu modernisieren und das Ehrenamt weiter zu stärken, erreichen. Die F.D.P.-Fraktion wird im Laufe des Haushaltsvollzugs diese Arbeit tatkräftig unterstützen und mit eigenen Vorschlägen und Impulsen einen Beitrag für ein sicheres und bürgerfreundliches Rheinland-Pfalz schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde, die Beiträge von Herrn Creutzmann sind wirklich der Inbegriff an Arroganz und Demonstration von parteipolitischen Scheuklappen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man mit Herrn Creutzmann über Verwaltungsreform diskutiert, fällt mir das besonders auf. So viele Möglichkeiten gab es noch nicht, er ist erst relativ spät in den Themenkreis eingegangen.

(Kramer, CDU: Spätberufener!)

Vorher war sein Kollege Mertin für diesen Bereich zuständig. Herr Creutzmann, ich will Ihnen einmal sagen, was das „Verdienst“ der F.D.P. war. Das einzige „Verdienst“ der F.D.P. war, diesen unseligen Auflösungsbeschluss in die Koalitionsvereinbarung hineinzubringen. Sie haben zweieinhalb Jahre Stillstand produziert; was die Verwaltungsreform angeht, weil Sie zweieinhalb Jahre gebraucht haben, diesen Auflösungsbeschluss mit irgendetwas Halbkonzeptionellem zu füllen. Zweieinhalb Jahre ist nichts passiert.

(Kuhn, F.D.P.: Das ist wirklich Unsinn!)

Ministerien, Bezirksregierungen und andere Behörden waren im Aufbruch. Es gab Konzepte, die in den Schubladen lagen.

Das ist alles blockiert worden. Sie haben heute von der PC-Ausstattung gesprochen. Ich sage Ihnen auch, wenn Sie diesen Beschluss nicht in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben hätten, wenn Sie nicht alles blockiert hätten, dann hätten Sie diese PC-Ausstattung der Behörden zweieinhalb Jahre früher umsetzen können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Woran liegt es denn, dass Sie jetzt auf einmal das Geld in die Hand nehmen? Weil Sie vorher nichts draufhatten und keine Vorstellung davon hatten, wie es umgesetzt werden soll. Das ist mein erster Punkt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU)

Sie waren davon getrieben, einen bombastischen Strukturumbau zu machen, statt tatsächlich Aufgabenkritik zu üben und Aufgaben umzugestalten. Da hätten Sie in zweieinhalb Jahren mehr hinbekommen als das, was Sie heute nach drei Wochen vorlegen und was Herr Pörksen so lobt. Das war mein zweiter Punkt.

Wenn man den Anspruch des Parlaments auf die Vorlage eines kompletten Haushaltspans und den Anspruch auf die Möglichkeit des Einblicks, wie die Landesregierung eine Reform, die sie als Jahrhundertreform darstellt, auf den Weg bringen will, als Formalismus bezeichnet, dies noch in Person und in Kombination, dass Sie Schatzmeister der F.D.P. sind, dies zumindest waren,

(Creutzmann, F.D.P.: Immer noch!
Ich bin auch stolz darauf!)

dann frage ich mich, wie Sie Ihre Haushaltsgestaltung machen. Wenn Sie unsere Kritik als Formalismus abtun, dann glaube ich, leisten Sie dem Parlament keinen guten Dienst. Sie geben auch einen tiefen Einblick darin, wie Sie Haushaltswirtschaft betreiben.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Es erwidert der Abgeordnete Creutzmann.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Thomas, ich bin weiterhin Schatzmeister. Ich bin stolz, Schatzmeister dieser Partei zu sein. Ich bin seit 1983 Schatzmeister.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Zurzeit ein gefährliches Amt!).

In unserem Rechenschaftsbericht können Sie nachlesen, wie ordentlich unser Landesverband geführt wird. Das wird auch weiterhin so sein. Bei uns gibt es keine schwarzen Kassen.

(Schnabel, CDU: Vorsicht!)

Ich weiß nicht, wo es diese gibt. Immer diese bösartigen Dinge da, irgendwelche Verdächtigungen in den Raum zu stellen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach ja, das müssen Sie sagen!)

Sie können versichert sein, ab dem 1. Januar 1994, seit es also dieses neue Parteiengesetz gibt, gibt es keine Spende und keinen Beitrag in diesem Landesverband Rheinland-Pfalz, der nicht mit einem Namen hinterlegt ist, weil wir Spendenquittungen zentral von Bonn ausstellen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Habe ich Sie zu diesem Bekenntnis
aufgefordert?)

- Da können Sie etwas lernen, meinen Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU)

Frau Thomas, ich komme aber nun zur Verwaltungsreform. Es ist immer wieder das Gleiche. Alle Ihre Prophezeiungen, die Sie hier von dem Rednerpult aus abgegeben haben, sind noch nie eingetreten und werden auch nicht eintreten. Dies wird auch mit der Verwaltungsreform so sein.

Als wir die Koalitionsverhandlungen geführt haben, war uns relativ schnell klar, dass wir dies nicht einfach so in einer Koalitionsvereinbarung herunterschreiben können, so locker vom Hocker. Was hätten Sie denn von der Opposition gesagt, wenn wir es getan hätten? Murks, Schnellschuss, meine Damen und Herren!

Dann hat sich diese Landesregierung externen Sachverständigen und hoher Erfahrung von Verwaltungsexperten bedient. Professor Böhret war in dieser Kommission. Es gab auch Leute aus der Wirtschaft. Man hat dann überlegt, wie man eine Verwaltungsreform machen kann, die sich auch auf Dauer trägt. Meine Damen und Herren, es ist eine Strukturreform. Dass Ihnen das alles nicht in den Kram passt, das kann ich verstehen.

(Schnabel, CDU: Warum? -
Weitere Zurufe von der CDU)

- Das kann ich alles verstehen. Natürlich, es kann doch nicht im Interesse der Opposition sein, dass wir etwas Gutes machen. Dann hätten Sie doch nichts mehr zu kritisieren.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Ihr Wahlkampf im Jahr 2001 würde doch in sich zusammenfallen. Sie müssten doch Plakate kleben und sagen: Diese Landesregierung hat es geschafft, die Verwaltung zu modernisieren und diese Mittel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes einzusetzen. Das tut natürlich weh, und deswegen reden Sie hier von diesem Pult aus alles madig. Frau Thomas ist dafür ein Beispiel.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Sie werden genau so mit Ihren Prophezeiungen scheitern, wie Sie bisher gescheitert sind. Dieses Land wird zukunftsfähig gemacht. Dafür haben die Koalitionsfraktionen und diese Landesregierung die Kraft. Wir werden auf diesem Weg fortfahren.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich für die CDU-Landtagsfraktion einige Bemerkungen zum Polizeibereich in diesem Haushalt machen.

Herr Ministerpräsident, wir haben gestern sehr genau hingehört, als Sie Ihre Einlassung zu den Bemerkungen unseres Fraktionsvorsitzenden gemacht haben,

(Pörksen, SPD: Das war sehr kleinkariert!)

als er über die Finanzierung, die Einstellungs-, aber auch die Beförderungssituation der Polizei gesprochen hat. Sie haben in einem Halbsatz, den Sie dann mit etwas anderem beendet haben, gesagt, diese Apostrophierung hätte die Polizeireform nicht verdient. Herr Kollege Böhr hat überhaupt nicht über die Polizeireform gesprochen, sondern über ganz andre Dinge.

(Pörksen, SPD: Das war aber
ein Zusammenhang! -
Bruch, SPD: Doch, doch!)

Sie selbst sind auf die anderen Dinge, die in diesem Lande wirklich wichtig sind, überhaupt nicht eingegangen.

(Beifall der CDU -
Pörksen, SPD: Es war das Beispiel mit
dem Polizisten, der an der Sparkasse
vorbeigefahren ist!)

Meine Damen und Herren, das wirft ein bezeichnendes Bild auf die Anträge, die vonseiten der Regierungsfraktionen vor-

gelegt worden sind. Herr Kollege Creutzmann, Sie haben einen netten Vortrag über die Kriminalstatistik und andere wichtige Dinge gehalten.

(Pörksen, SPD: Alles wichtig!)

Ich stimme Ihnen in dem einen oder anderen auch zu, zum Beispiel, was die Belastung der Beamten hier im Land und überhaupt in der Bundesrepublik anbelangt, was die Gefährlichkeit ihrer Aufgabenerfüllung anbelangt. Wenn man jetzt an den Todesfall und die Verletzungen in Hessen denkt, dann wird es einem schon Angst um die Beamten.

Aber es gibt andere Dinge wie zum Beispiel Effizienzsteigerung. Ich bringe nachher noch einen anderen schönen Begriff. Es fehlt nur, dass Sie sagen, wir bräuchten Qualitätssteigerung. Dann muss ich schon sagen: Sie haben das eigentliche Problem, um das es bei diesen Haushaltsberatungen geht und um das es auch bei den Beratungen - Herr Bruch, Sie werden es nachher sicher für die Regierungsfraktionen sagen - gegangen ist, nicht erwähnt. Bei dem, was Sie dann im Haushalts- und Finanzausschuss beantragt haben, ging es um andere Dinge.

Ich darf einmal ganz kurz ein paar Dinge aufzählen, was in dem ersten Haushaltsentwurf, den Herr Zuber vorgelegt hat, gefehlt hat und woran es in diesem Land bei der Ausstattung der Polizei fehlt. Das betrifft die Beamten genauso wie die sächliche Ausstattung, aber auch die Arbeit der Polizei. Es fehlt nämlich - das ist ein Punkt, den Christoph Böhr in den letzten Monaten oft erwähnt hat - an einer vernünftigen Einstellungspolitik.

(Pörksen, SPD: Wie bitte?)

Sie wissen alle, dass wir, wenn wir so weitermachen, in einigen Jahren weniger Polizeibeamte in diesem Land haben werden, als wir sie vor einigen Jahren hatten. Sie wissen alle, dass die Funktionsanalyse fortgeführt worden ist. Sie ist langsam, schleichend eingeschlafert worden, und die Dinge, die versprochen worden sind, sind nicht eingehalten worden.

Wir haben einen Bedarf an Angestellten, an Verwaltungsangestellten in diesem Bereich. Wir hatten sie im alten Doppelhaushalt vorgesehen; sie sind leider aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt worden. Wir haben einen Beförderungsstau vor allem bei den Leuten, die immer noch nach A 8 besoldet werden.

(Pörksen, SPD: Warum denn wohl?)

Da muss vieles getan werden. Wir brauchen auch Beförderungsstellen für die Leute, die nach A 11 angehoben werden müssen, um noch etwas von der besseren finanziellen Ausstattung zu haben, wenn sie in Pension gehen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen - das ist ein Argument, das in den letzten Monaten häufig gebracht worden ist -,

dass es angeblich sehr viele Beförderungen gegeben hat und dass es der Polizei im Land sehr viel besser geht. Allerdings muss man sehen, dass die Polizeibeamtinnen und -beamten diese Verbesserungen alle selbst finanziert haben. Entweder waren die Verbesserungen aufkommensneutral - von A 9 nach A 10 hat es nicht viel Geld gekostet -, oder die Beamten mussten das durch verringerte Einstellungszahlen irgendwie mit finanzieren und die Arbeit, die immer noch vorhanden ist, mit leisten.

Wie man dann diese Geschichte mit weniger Personal vor Ort oder im Grunde genommen überall lösen will, gibt eine Antwort des Ministers auf Kleine Anfragen vieler meiner Kolleginnen und Kollegen wider.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Grimm:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Creutzmann?

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Er kann sich vielleicht nachher melden; denn sonst reicht mir meine Zeit nicht. Ich habe meinem Kollegen noch fünf Minuten versprochen.

Da heißt es nämlich, dass man mit Arbeitszeitflexibilisierungen auf die dokumentierte schlechte Ausstattung vor Ort, auf die Krankheitsstände, auf die Leute, die sich in der Weiterbildung befinden, eingehen soll.

Ich möchte die Gelegenheit nicht versäumen, Ihnen zu sagen, was Arbeitszeitflexibilisierung heißt. Das heißt nämlich, dass man abgehen will vom Fünf-Schichten-Wechseldienst, einer sozialen Verbesserung, die Kurt Böckmann als Innenminister in diesem Land eingeführt hat. Man will zum Vier-Schichten-Wechseldienst zurückkommen und damit auch die Arbeitsverhältnisse für die Beamtinnen und Beamten vor allem in den Inspektionen verschlechtern.

Meine Damen und Herren, das bedeutet vor allem in den Regionen wie der Westpfalz und Trier, wo sehr viele lebensältere Beamte tätig sind, bestimmt keine Erleichterungen. Herr Creutzmann, wenn Sie dann von Motivation sprechen, dann müssen Sie auch schon etwas zu diesen Fragen sagen und nicht nur ein schönes Lob dafür aussprechen, dass die Statistik im Augenblick so gut aussieht.

(Beifall der CDU -
Creutzmann, F.D.P.: Die war gut,
die Statistik!)

Es gäbe noch viel zu sagen. Ich denke, was die Einstellungszahlen anbelangt, darf ich einfach einmal den Fraktionsvor-

sitzenden der F.D.P. zitieren. Er hat gesagt, dass das, was von den Regierungsfraktionen im Haushalt beantragt worden ist - es ist auch ein Antrag von uns dabei -, angesichts der Tatsache, dass die Altersstruktur bei der Polizei eine Ruhestandswelle hervorrufen werde, noch gerade das Notwendige sei. Hier steht noch: „warnt Fraktionsvorsitzender Kuhn“. Ich denke, Sie hätten ruhig auch einen Satz dazu sagen können.

Zu der Dokumentation, dass dieser Haushalt insgesamt, was die Polizei anbelangt, nicht gut ausgestattet war, zumindest als es von Herrn Zuber so vorgestellt worden ist, auch noch ein Zitat, vielleicht von Ihnen, Herr Bruch. Sie haben gesagt, zum Glück sei das, was darin gestanden habe, Schnee von gestern. - Das war natürlich auch eine Sparaufgabe, die hier erfüllt worden ist. Sie haben in Ihrem Entschließungsantrag entsprechende Änderungen vorgenommen, die sich in großen Teilen mit dem decken, was wir beantragt haben. Ich denke, die Polizei im Land hat es verdient, dass wir gemeinsam positive Veränderungen hervorbringen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Für die SPD-Faktion erteile ich Herrn Abgeordneten Karl Peter Bruch das Wort.

Abg. Bruch, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die SPD-Faktion will ich zum Bereich der Inneren Sicherheit drei Bemerkungen machen. Ich gestatte mir eine Vorbermung. Die Situation zur Altersteilzeit ist etwas, Frau Grütmacher, was uns in der Koalition schon seit längerer Zeit umgetrieben hat, den Kollegen Creutzmann und mich, und zwar aus ganz einfachen Überlegungen heraus. Zum einen können wir die Polizei nicht ausschließen, zum anderen haben wir gerade in der Westpfalz und im Bereich von Trier Gegenden, wo die Altersteilzeit greifen könnte. Insoweit werden wir Ihren Antrag zumindest im Ausschuss noch einmal beraten und ihm insoweit auch zustimmen.

Die zweite Überlegung war, wie wir bei der Sicherheit explizit wieder zu einer Linie kommen können, Frau Kohnle-Gros, dass die Opposition wieder konstruktiv mitarbeitet und sich nicht verweigert, wie wir es früher über lange Zeit hatten. Die CDU-Faktion hat in früheren Zeiten, als ich in der Opposition für die Innere Sicherheit gesprochen habe, darauf bauen können, dass wir eine konstruktive Mitarbeit leisteten. Ich kann nicht sehen, dass explizite Kleine Anfragen, die Auskunft über die Stärke zur Nachtzeit begehren, das Sicherheitsgefühl und damit auch die gemeinsame Verantwortung der Opposition im Endeffekt stärken.

(Beifall der SPD -
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Meine Damen und Herren, zu den drei Bemerkungen, die ich machen will. Die erste Bemerkung ist: Wir haben die objektive Sicherheitslage zu beachten. Die objektive Sicherheitslage ist in diesem Land nicht gut, sie ist hervorragend.

(Beifall der SPD)

Wir haben Aufklärungsquoten, von denen wir vor Jahren nicht haben träumen können. Solch gute Aufklärungsquoten haben wir jetzt. Wir haben Veränderungen im Bereich der Jugendkriminalität vorgenommen. Wir haben zum Beispiel, weil viel in dem Bereich der Technik angegangen ist, mit dem genetischen Fingerabdruck beim Landeskriminalamt federführend eine Einrichtung geschaffen; die sich bundesweit sehen lassen kann. Ich denke auch, bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität sind wir weit vor anderen Ländern. Ich sage das nicht mit Blick darauf, dass wir nachlassen könnten oder mit Arroganz. Ich sage: Es war notwendig, und wir haben die Notwendigkeit sehr früh erkannt und sie auch umgesetzt.

Meine Damen und Herren, Frau Kohnle-Gros, ich hätte nicht so gern, dass das Beispiel von Herrn Böhr, von dem er nicht näher beschrieben hat, wo es denn war, in der Frage der Neuorganisation weiter betrieben wird. Dass es da und dort in der Organisation Schwierigkeiten gibt, das ist bei der besten Organisation so. Sie sollten langsam zurückkommen auf die Gemeinsamkeit, die wir früher hatten.

Die Neuorganisation der Polizei hat sich bewährt. Das sagt jeder, der in der Polizei Verantwortung trägt,

(Beifall der SPD)

egal, welches Parteibuch er hat.“

Meine Damen und Herren, ich möchte eine zweite Bemerkung machen, weil mir das wichtig ist und es auch bei der Polizei immer wieder ins Gedächtnis gerufen worden ist.

(Dr. Weiland, CDU: Sie wollen doch gar keine Gemeinsamkeit!)

- Das gilt auch für Sie, Herr Kollege Weiland. Das subjektive Sicherheitsgefühl weicht ab von der objektiven Sicherheitslage. Das ist unser Problem. Es passiert viel, aber es stimmt nicht überein mit den objektiven Zahlen, die wir bundesweit haben. Es gibt weniger Verbrechen, und mehr Verbrechen werden in den Medien dargestellt. Das ist unser Problem. Damit werden Bürgerinnen und Bürger sagen: Bei mir könnte aber auch etwas passieren. - Das hat damit zu tun, dass wir dann Fragen haben, die mit der Präsenz der Polizei zusammenhängen.

Meine Damen und Herren, hier hat die Koalition angesetzt. Das Einzige, was wirklich kritisierungswert ist, ist nämlich die Frage, wie die Schichtstärke im Wechselschichtdienst zurzeit aussieht. Das ist gegenwärtig die entscheidende Frage. Alle

anderen Fragen haben wir gelöst. Wenn man diese Frage stellt, gibt es zwei Antworten. Wir führen nach wie vor die Fachhochschulausbildung durch. Wir haben 500 Polizeibeamtinnen und -beamte aus dem Wechselschichtdienst herausgenommen, die wir auf die Schule geschickt haben. Diese werden wir auch zurückbekommen. Wir haben auch Veränderungen in der Organisation vorgenommen, wodurch Beamte jetzt woanders Dienst machen und damit den Wechselschichtdienst auch entlasten. Trotz allem bleibt, wir müssen in der Präsenz etwas tun. Folgerichtig hat die Koalition die Anträge gestellt, die Sie beschrieben hat. Ich brauche Sie nicht zu wiederholen, ich nenne nur die Schwerpunkte, meine Damen und Herren.

Wir haben uns einmal darauf verständigt - nicht mit der Opposition, weil sie das damals 1991 nicht könnte -, dass wir eine Polizeistärke von etwa 10 000 Polizeibeamtinnen und -beamten in diesem Land haben.

(Dr. Weiland, CDU: Haben Sie sich mit sich selbst verständigt? -
Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege Weiland, wissen Sie, ich versuche, eine Brücke zu bauen, weil ich der Meinung bin, Innere Sicherheit kann nicht ein parteipolitisches Streitthema sein. Das werden die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht verstehen. Sie wollen, dass wir für die Sicherheit etwas tun, nicht nur für die Sicherheit streiten, und zwar besserwisserisch, wie Sie das immer tun.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Wir haben dann 200 zusätzliche Stellen pro Jahr - das sind 400 in diesem Doppelhaushalt - per se vorgesehen.

(Billen, CDU: Nicht nur reden, etwas tun!)

Jetzt kommt die Frage, was machen wir denn mit den Stellen, die wir nicht besetzen können, zum Beispiel diese berühmte Poollösung, die wir schon einmal hatten? Wir haben gesagt, wir können das nicht - Entschuldigung - auf Frauen beschränken, sondern wir müssen das insgesamt sehen und haben deshalb 25 dazugenommen. Das heißt, 450 und direkt 25 und 25 und 50 Angestelltenstellen.

Meine Damen und Herren, wir sind bis an den Rand dessen gegangen, was wir tun konnten, weil wir die Verantwortung sehen, direkt die Polizeipräsenz zu stärken. Das tun wir. Von daher gesehen denke ich, wenn ich die Technik mit über 50 Millionen DM noch hinzufüge: Wir sind bei der Polizei in Rheinland-Pfalz so gut ausgestattet wie nie zuvor.

(Beifall bei SPD und F.D.P. -
Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Das gilt personell, technisch, bei den Kraftfahrzeugen und räumlich. Es gibt keine einzige Sperrholzdienststelle mehr in diesem Land, die wir jahrelang hier beschrieben haben.

Ich habe eine letzte Bemerkung. Ich glaube, mit dieser Arbeit der Koalition, mit dieser Landesregierung, mit diesem Innenminister ist die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes in guten Händen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Herr Creutzmann, Sie haben das Wort.

Abg. Creutzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte noch zwei Anmerkungen zur Frau Kollegin Kohnle-Gros machen. Natürlich könnten wir - wir würden uns das alle wünschen - immer noch mehr und immer noch mehr machen. Aber eine verantwortungsvolle Politik spiegelt sich in Zeiten knapper Mittel auch dergestalt wider - das Ziel dieser Landesregierung ist, die Neuverschuldung bis zum Jahr 2008 auf Null herunterzufahren -, dass wir natürlich mit den knappen Ressourcen sparsam umgehen. Deswegen müssen wir uns überlegen, wie wir mehr Effizienz in diesen Bereich hereinbekommen, und nicht, wie wir da und dort noch etwas draufsatteln können. Das ist nicht finanzierbar.

Frau Kollegin Kohnle-Gros, ich habe noch eine abschließende Bemerkung. Ich habe gehört, die Polizeistärke in Rheinland-Pfalz sei in den Jahren 1987 bis 1991, also unter einer CDU/F.D.P.-Landesregierung - ich sage das bewusst - um 351 Polizedienststellen abgebaut worden.

(Mertes, SPD: In guten Zeiten!)

Meine Damen und Herren, wir werden dafür Sorge tragen, dass wir keinen Abbau bekommen, sondern dass wir mindestens das halten können. Wenn es finanziell machbar sein wird und wir etwas zulegen können, dann werden wir das auch tun.

(Schnabel, CDU: Da hatten wir auch weniger Einwohner! -
Pörksen, SPD: Ach diese drei Einwohner!)

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Ernst das Wort.

Abg. Ernst, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich empfinde es als peinlich, wie Wochenende für Wochenende Versprechungen gemacht werden. Dieser Satz stammt nicht von mir, aber ich teile die Ansicht des Präsidenten des Deutschen Sportbundes, Manfred von Richthofen, zum Thema „Ehrenamt im Breitensport“.

Meine Damen und Herren, klar ist, das Ehrenamt lebt von Taten und nicht von Worten. Wie sieht die Situation im Sport und im Ehrenamt aus?

(Pörksen, SPD: Jetzt zitieren Sie einmal
- Herrn Sterzenbach!)

Meine Damen und Herren, 50 % aller Mitglieder in deutschen Sportvereinen nehmen nur noch passiv am Vereinsleben ihrer Sportvereinigung teil. So lautet die Aussage des Hamburger Soziologen Professor Klaus Heinemann.

(Staatsminister Zuber: Die Schuld der Landesregierung von Rheinland-Pfalz!)

Die Vorstände von Vereinen sind immer schwieriger zu besetzen. Jugendliche - wenn sie ein Ehrenamt bekleiden und übernehmen - tun dies nur über einen begrenzten Zeitraum. Zur Ursachenforschung möchte ich zuerst einmal die Taten unserer Landesregierung beleuchten. Im Juni 1998 habe ich die Landesregierung gefragt: Wer ist in Gebietskörperschaften für den Sport zuständig? Gibt es Adressenlisten? Ist die Landesregierung der Auffassung, dass eine landesweite Erhebung über Ansprechpartner sinnvoll ist? - Der Grundtenor aller Antworten, aufwendige Umfragen sind im Hinblick auf den notwenigen Zeit- und Arbeitsaufwand nicht zeitgemäß. Die Adressenliste zentral zu erfassen, sei mit zu großem Aufwand verbunden. Außerdem funktioniere die Vereinsberatung ausgezeichnet. Punkt.

Meine Damen und Herren, jetzt mehr als ein Jahr danach verschafft sich die Landesregierung diese Datengrundlage auf zweifelhaftem Weg mit einer gigantischen steuerfinanzierten Umfrage, die dann Grundlage einer Werbekampagne in diesem Vorwahljahr sein soll. Jetzt plötzlich ist der Aufwand nicht mehr zu groß. Jetzt ist Aktionismus Trumpf.

(Pörksen, SPD: Können Sie einmal
sagen, was Sie meinen?)

Eine Hilfe wäre es, die Vereine von bürokratischem Aufwand und Nebenkosten zu entlasten.

(Beifall bei der CDU -
Pörksen, SPD: Eine schöne Sonntagsrede!
Wir haben Donnerstag, nicht Sonntag!)

Unglaublich ist in diesem Zusammenhang: Den Befragten wurde bei dieser Erhebung nicht einmal Gelegenheit gegeben, Forderungen und Ideen zu äußern.

Meine Damen und Herren, auch alle bisherigen Anträge der CDU-Fraktion im Landtag zur Förderung des Ehrenamtes sind von SPD und F.D.P. abgelehnt worden.

(Pörksen, SPD: Quark!)

So wird es auch unserem Haushaltsbegleitantrag zu Schulungs- und Qualifikationsmaßnahmen für ehrenamtliche Tätigkeiten mit Sicherheit gehen.

(Pörksen, SPD: Sind Sie Hellseher?)

- Allerdings hat der die große Chance - Herr Pörksen, jetzt hören Sie zu -,

(Pörksen, SPD: Ich höre immer
zu bei Ihnen!)

in nicht allzu ferner Zeit von Ihnen als der Vorschlag schlechthin aufgegriffen zu werden.

(Pörksen, SPD: Von mir?)

Dann werden nur die Worte „Ehrenamtliche Tätigkeit“ umformuliert in „Tätigkeit im Ehrenamt“, und schon ist eine ursprüngliche SPD-Idee geboren.

(Beifall bei der CDU -
Pörksen, SPD: Sie haben Fantasie!)

Meine Damen und Herren, ebenso dringend muss in diesem Haus auch über Veränderungen in der Vereinsbesteuerung nachgedacht werden. Dieses Steuerrecht ist nun einmal voller Sonderregelungen und legaler Schlupflöcher, die nur wenigen Fachleuten bekannt sind. Ich frage Sie: Kann dies den ehrenamtlichen Vorstandmitgliedern überhaupt noch länger zugemutet werden?

(Pörksen, SPD: Haben Sie bei meiner
Rede zugehört? Da waren Sie
noch gar nicht da!)

Eine Katastrophe schlechthin ist die Situation bei den 630-DM-Beschäftigungsverhältnissen im Sport. Völlig unwissend gibt sich der Sportminister dieses Landes in seiner Antwort auf meine Kleine Anfrage zu den Auswirkungen. Während

überall Sportvereine und Sportverbände Alarm schlagen, sieht die rheinland-pfälzische Landesregierung keine Gefahr für den Sport in Rheinland-Pfalz.

Herr Innenminister, sicher haben sie gedacht, für die Opposition ist die Antwort gut genug. Aber haben nicht auch unsere Sportvereine Anspruch auf ehrliche Antworten?

(Beifall bei der CDU)

Wie sollen Vereine in Zukunft überhaupt noch Mitarbeiter finden, die zum einen ehrenamtlich ihre Freizeit opfern, dafür noch vom Staat zur Kasse gebeten und dazu als Vorstände auch noch aufgrund der immer bürokratischer werdenden gesetzlichen Vorgaben persönlich im Risiko stehen? So droht in der Tat ein wichtiger Eckpfeiler des Ehrenamts wegzubrechen. Das kann mit Sicherheit nicht so gewollt sein. Dennoch tut die SPD alles, damit das so kommt.

(Pörksen, SPD: Jetzt begründen Sie das einmal!)

Für die weitere Zukunft stellt sich die Frage, ob ein Verein überhaupt noch ein Verein oder vielmehr ein Dienstleistungsunternehmen sein wird. Die Sport treibende Bevölkerung wird sich überlegen, ob sie bei kommerziellen Anbietern nicht ein individuelles Programm, allerdings dann für einen wesentlich höheren Beitrag, erhält.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das ist ein ganz anderes Problem!)

Die sozialen Aufgaben, vor allen Dingen die Einbindung unserer Jugendlichen, bleiben so mehr und mehr auf der Strecke.

Meine Damen und Herren, mit dieser Neuregelung zum 630-DM-Gesetz tritt die Landesregierung dem Ehrenamt die Füße weg, statt ihm auf den sicheren Stand zu verhelfen.

Themenwechsel. Meine Fraktion hat früh ihre Position zum Staatsziel Sport in der Landesverfassung bezogen. Der Sport soll als Staatsziel in unserer Verfassung aufgenommen werden. Dies entspricht der Rolle des Sports im gesellschaftlichen Leben und spiegelt damit die Verfassungswirklichkeit wider.

(Dr. Schiffmann, SPD: Da haben wir einen guten Vorschlag gemacht!)

Meine Damen und Herren, in Zukunft muss auch die kostenfreie Nutzung der öffentlichen Sport-, Spiel- und Freizeiteinrichtungen sichergestellt bleiben. Wenn ich mir die Antwort des Innenministeriums auf die Frage vornehme, wie hoch die anfallenden Kosten für Unterhaltungsmaßnahmen sind, wo sich mittlerweile doch schon eine beträchtliche Zahl von Institutionen bereit erklärt hat, so heißt es dort - ich zitiere -: „Die Übernahme von Unterhaltungsmaßnahmen, zum Beispiel

Pflege- und Reinigungsarbeiten, erfolgt regelmäßig im Zusammenhang mit der Wahrnehmung eines Ehrenamts.“

Meine Damen und Herren, wenn ich das lese, kann einem schon Angst und Bange werden.

(Glocke des Präsidenten)

Der Sportförderung stehen bundesweit Kürzungen ins Haus. Ich sehe auch beim Ausfall des Schulsports, der um ein Vielfaches größer ist als der ebenfalls nicht geringe normale Unterrichtsausfall, Probleme bei Talentsichtung und Talentförderung.

Meine Damen und Herren, allerdings - dies sage ich in aller Klarheit, und damit komme ich zum Schluss - können Hilfen nicht nur mit Geld gleichgesetzt werden. Es muss vor allem in den Köpfen der Menschen die Einstellung zu ehrenamtlicher Tätigkeit erreicht werden. Für die anderen sich einsetzen, sich für eine Sache engagieren, das ist eigentlich die Aufgabe für uns alle.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Es spricht nun der Herr Innenminister.

Zuber, Minister des Innern und für Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Zitat unseres ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann, den ich seit meiner Jugend sehr verehre, beginnen. Er hat einmal gesagt: „Wer heuté nur für sich selbst sorgen will, verspielt mit der Zukunft anderer auch seine eigene.“

Dieser Satz hat bis zum heutigen Tag nichts an Gültigkeit verloren, er hat sogar - betrachtet man die Haushaltsslage der öffentlichen Hand - an Bedeutung gewonnen.

Mit unserem morgen zur Verabschiedung anstehenden Etat will die Landesregierung ihren Haushalt bis zum Jahr 2008 konsolidiert haben. Dass dies ein schmerzhafter Prozess sein wird, liegt in der Natur der Sache; denn Sparen heißt unter anderem, sich von liebgewonnenen und wünschenswerten Vorhaben zu verabschieden und zukünftig weniger Geld in der Kasse zu haben; dies fördert allerdings auch neue Ideen.

Meine Damen und Herren, so war Geldmangel in dem chronisch armen Preußen einer der Gründe für die Reform des Freiherrn vom Stein, die nahezu zeitgleich zur Allzuständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinden führte und sie damit vom staatlichen Zentralismus und seiner Gängelung befreite.

Je unmittelbarer, desto effektiver - dieser Leitsatz des Freiherrn vom Stein, damals aus der Not heraus geboren, ist bis zum heutigen Tag gültig. Diesem Leitsatz folgend fangen wir bei den dringend notwendigen Verwaltungsvereinfachungen bei uns selbst, das heißt, auf Landesebene, an.

Verwaltungsvereinfachung und Sparsamkeit bedeuten dabei nicht Qualitätsminderung. Im Idealfall folgt daraus eine Leistungssteigerung bei wesentlichen Aufgabengebieten.

Kostensparendes, effizientes und wirtschaftliches Denken wird deshalb ebenso künftig das Bild der modernen Verwaltung prägen wie Bürgerfreundlichkeit und Service. Dazu darf sich der öffentliche Dienst nicht als Obrigkeitsverwaltung verstehen, sondern er muss seinen Dienstleistungscharakter verstärken und in den Vordergrund stellen.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger sind für uns, sind für die Verwaltung unsere Kunden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Die Modernisierung unserer Verwaltung wird auch dazu beitragen, dass die Politik gestaltungsfähig bleibt und dass nicht länger die Zukunft der jungen Menschen „verfrühstückt“ wird.

Frau Abgeordnete Thomas, im Übrigen gab es keinen unseligen Auflösungsbeschluss. Die „Neuorganisation der Mittelinstantz“, die zum 1. Januar 2000 in Kraft getreten ist, ist ein ganz wesentlicher Schritt auf diesem Weg. Ich bin persönlich mehr denn je von seiner Sinnhaftigkeit überzeugt.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch die Neuorganisation entstehen erhebliche Synergieeffekte, die zur Beschleunigung von Verfahren führen und sich zudem günstig auf die Verwaltungskosten auswirken werden.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist Ihre Hoffnung!)

- Dies werden Sie sehen,

Wir gehen davon aus, dass durch den sozialverträglichen Abbau von etwa 750 Stellen - Frau Abgeordnete Thomas, es gibt auch keine Diskussion über die Zahl - über einen Zeitraum von 15 Jahren weit mehr als 400 Millionen DM eingespart werden können. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass wir haushaltsmäßig - Frau Abgeordnete Thomas, da komme ich auf Ihre Kritik zurück - die Umsetzung von Stellen und Mitteln der ehemaligen Bezirksregierungen aufgrund der sich aus der Neuorganisation ergebenden neuen Haushaltstrukturen nur schrittweise erreichen. Dies hängt vor allen Dingen

damit zusammen - darüber habe ich berichtet -, dass das Personalkonzept wegen der in dem Gesetz zugesicherten Sozialverträglichkeit - dies war uns gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein wichtiges Anliegen - erst vor kurzem - dies wissen Sie - unter Beteiligung des Hauptpersonalausschusses weitestgehend fertiggestellt werden konnte.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Eine Umsetzung von Stellen und Mitteln zum Haushaltsjahr 2000 war daher nicht möglich.

Die haushaltsmäßige Umsetzung der Neuorganisation habe ich im Ausschuss erläutert. Ich will dies allerdings auch hier in der Öffentlichkeit noch einmal tun. Sie erfolgt in drei Schritten. Zunächst werden in fachspezifischen Einzelplänen neue Leerkapitel und Leertitel veranschlagt. Dies haben Sie zur Kenntnis genommen.

Im Haushaltsjahr 2000 wird in einem zweiten Schritt die Be-wirtschaftungsbefugnis von Mitteln und Stellen des Kapitels 03 03 auf die Direktionen sowie auf weitere, insoweit von der Neuorganisation betroffene Dienststellen übertragen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2001 werden schließlich die Mittel und Stellen vom Kapitel 03 03 in die jeweiligen Einzelpläne umgesetzt und entsprechend dann auch im nächsten Doppelhaushalt 2002/2003 ausgewiesen.

Natürlich hätten wir uns eine frühere Lösung gewünscht, auch ich persönlich. Insoweit habe ich ein gewisses Verständnis für Ihre Ausführungen. Aber aus den dargelegten Gründen war die Übergangsregelung für diesen zur Verabschiebung anstehenden Doppelhaushalt unvermeidbar.

Mit dem von den Regierungsfraktionen eingebrochenen Änderungsantrag, wonach die Umsetzung der Mittel und Stellen zum 1. Januar 2001 der Zustimmung des Haushalt- und Finanzausschusses bedarf, ist im Übrigen die Beteiligung des Parlaments auch an der haushaltsmäßigen Umsetzung sicher gestellt.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Mit dem Startschuss zum 1. Januar 2000 ist diese Reform jedoch nicht abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, natürlich ist es - dies liegt in der Natur der Sache - auch eine Zeit, in der es Anlaufschwierigkeiten gibt. Daraus habe ich nie einen Hehl gemacht.

Die Arbeitsstrukturen und die Arbeitsabläufe unterliegen im Übrigen einer ständigen Überprüfung mit dem Ziel, für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden das Optimale herauszuholen.

Über den Erfolg dieser Reform wird nicht am 20. Januar dieses Jahres entschieden. Über den Erfolg dieser Reform wird auch nicht am 20. Juli dieses Jahres entschieden werden.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über den Erfolg der Reform werden wir uns sinnvollerweise in einem Jahr unterhalten.

Zusammen mit der Reform der Polizeiorganisation und der Reform in der Vermessungs- und Katasterverwaltung haben wir allein im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und für Sport in kürzester Zeit drei zukunftsweisende Projekte verwirklicht;

(Beifall des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

deren Erfolge unübersehbar sind bzw. sein werden.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Im Übrigen gilt das Gleiche auch für die notwendige Zusammenlegung von Rettungsleitstellen. So wurden die vier rechtsrheinischen Landkreise in Rheinland-Pfalz zu einem großen Rettungsdienstbereich zusammengelegt. Modernste Kommunikationsmittel ermöglichen dies. Darüber hinaus sind bzw. sollen landesweit integrierte Rettungsleitstellen eingeführt werden, um weitere Einsparungen durch die daraus resultierenden Synergieeffekte zu erzielen. Ich bin einmal auf die Haltung der Opposition gespannt, wenn wir dieses Reformvorhaben vorlegen.

(Ministerpräsident Beck: Wie immer!)

Eine der Innovationen, die längerfristig Geld einsparen und günstige Standortbedingungen schaffen, um zukunftsorientierte Technologiebetriebe und innovativunternehmen anzusiedeln, ist das rlp-Netz.

In Zusammenarbeit mit der Telekom haben wir ein leistungsstarkes Hochgeschwindigkeitsdatennetz mit einer Vielzahl von Endstellen bis in die Fläche hinein geschaffen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Damit verfügt Rheinland-Pfalz - Sie sollten endlich aufhören, sich als Märchenerzählerinnen und Märchenerzähler zu verhalten - über die technische Plattform, die für die Multimedia-Ansprüche eines modernen Landes im Verwaltungs-, Wirtschafts- und Wissenschaftsbereich erforderlich ist.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Entsprechend moderne Technologie wird auch im Bereich der Inneren Sicherheit eingesetzt. So wurden alle rheinland-pfälzischen Polizeidienststellen mit über 4 000 Computern

ausgestattet und landesweit über das rlp-Netz miteinander verbunden. Damit wird die Voraussetzung für einen bundesweiten Fahndungsverbund der Polizeien geschaffen. Auch hier ist Rheinland-Pfalz führend.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Allein in dieses zukunftsweisende Projekt hat die Landesregierung mehr als 50 Millionen DM investiert. Im kommenden Doppelhaushalt werden wir diesen Ausstattungsstand halten und in Teilbereichen verbessern können, sodass die Polizei - dies sollte in der generellen personellen Diskussion auch einmal bewertet werden - auch in erheblichem Maße von Büro-tätigkeiten entlastet und Freiraum für die Sicherheitsarbeit gewonnen werden kann.

Auch in der Aus- und Fortbildung soll die Technik vermehrt zum Einsatz kommen. So denken wir an den Einsatz von Verfahren computerunterstützenden Lernens, mit denen man Fortbildungsinhalte direkt am Arbeitsplatz anbieten kann.

Die Landesregierung sieht es als ihre Pflicht an, die Polizeibeamtinnen und -beamten so auszustatten, dass sie auch in Extremsituationen effektiv handeln können. Rheinland-Pfalz hat bislang als einziges Bundesland seine Polizei mit Deformationsgeschossen ausgestattet, die nicht nur der Sicherheit der Beamteninnen und Beamten dienen, sondern auch das Verletzungsrisiko für unbeteiligte Personen minimiert.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Diese Maßnahmen stehen in einer ganzen Reihe mit vielen Innovationen und Reformen, die wir im Bereich der Inneren Sicherheit seit dem Jahr 1991 eingeführt haben. Auf die Details kann ich verzichten. Sie sind bereits in der Diskussion von Herrn Kollegen Bruch genannt worden. Insoweit bedarf es keiner Wiederholung.

Meine Damen und Herren, wir haben durchaus dafür gesorgt, dass man bei uns nicht nur gut, sondern auch sicher leben kann. Sichtbar wird diese Leistung bei dem für jeden messbaren Kriterium, nämlich der Aufklärungsquote. Die Beamteninnen und Beamten der rheinland-pfälzischen Polizei haben diese Quote Jahr für Jahr in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert. Ich kann darauf verzichten, die Zahlen zu nennen. Ich kann nur die erfreuliche Mitteilung machen, dass wir auch im Jahr 1999 erneut eine Steigerung der Aufklärungsquote haben werden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich stelle auch - zugegebenermaßen - mit ein wenig Stolz fest, Rheinland-Pfalz ist bundesweit eines der sichersten Länder.

(Dr. Weiland, CDU: Wunderbar!)

Erfreulich ist auch, dass im letzten Jahr die Anzahl der Straftaten einhergehend mit der erneuten Steigerung der Aufklärungsquote erstmals seit Jahren gesunken ist.

Meine Damen und Herren von der CDU, Erfolg schlägt jede Kritik.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Hören Sie deshalb bitte auf - es ist eben in der Diskussion schon einmal darauf hingewiesen worden -, den rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürgern Angst zu machen. Sie glauben es sowieso nicht.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig! -
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Sorgen Sie stattdessen gemeinsam mit mir dafür,

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Haben sie doch gar nicht gesagt!)

dass die Zahl der Präventionsräte in Rheinland-Pfalz ansteigt.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir haben 53. Wenn Sie sich genauso aktiv an der Gründung solcher Präventionsräte betätigen, dann werden wir die Zahl im Land mehr als verdoppeln.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Wer hat das kritisiert?)

Meine Damen und Herren, auch der Verkehrssicherheitsarbeit misst die Landesregierung einen hohen Stellenwert zu. Ich erwähne die polizeiliche Verkehrserziehungsarbeit in den Kindergärten und Schulen deshalb, weil die rheinland-pfälzische Polizei für diese ihre Arbeit in wenigen Tagen mit dem Kinderschutzauszeichnung des Deutschen Kinderschutzbundes ausgezeichnet wird.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich habe es zu Beginn erwähnt, die Landesregierung beabsichtigt, bis zum Jahr 2008 ihren Haushalt ohne neue Kredite ausgleichen zu können. Dazu ist es notwendig, dass wir auch im Bereich der Inneren Sicherheit neue Wege gehen und gleichzeitig das hohe Maß an Sicherheit in unserem Land weiterhin gewährleisten.

Deshalb begrüße ich den Entschließungsantrag der Regierungsfraktionen, die Polizeiausbildung zu reformieren.

Ziel einer solchen Ausbildungsreform ist es, verstärkt Kräfte für den Polizeivollzugsdienst freizusetzen. Im Übrigen bin ich dankbar für die vorgesehenen Personalerhöhungen, die zur rechten Zeit kommen.

Mit dem kommenden Doppelhaushalt wird auch das hier angesprochene Problem der so genannten „alten Obermeister“ weitestgehend gelöst werden. Ein Stellenpool zum Ausgleich von Personalausfällen wird helfen, die Vertretungsproblematik in den einzelnen Dienststellen in den Griff zu bekommen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, Sie sollten die Sicherheitslage weniger dramatisieren. Sie sollten besser mit uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Sicherheitslage realistischer eingeschätzt wird und dass die Schere zwischen der objektiven Sicherheitslage und der subjektiv empfundenen Sicherheitslage mehr zusammengeht, als dies bislang der Fall ist. Also helfen Sie mit, dass wir die Zahl der Präventionsräte in Rheinland-Pfalz steigern.

Meine Damen und Herren, ein Leben in Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden ist genauso ein unverzichtbarer Bestandteil für eine hohe Wohn- und Lebensqualität wie vielfältige Bemühungen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die sich für ein reiches Innenleben in unseren Gemeinden einzusetzen.

Sie sind es, die sich uneigennützig für die Gemeinschaft die Zeit nehmen, und dies zusätzlich zu ihren täglichen Aufgaben in Beruf, Familie und Schule. Die Schule nenne ich deshalb, weil es mir immer wieder großen Spaß bereitet, wie viele junge Menschen entgegen anders lautender Meldungen nach wie vor bereit sind, sich für die Allgemeinheit einzusetzen. Dafür danke ich bei dieser Gelegenheit sehr herzlich.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Dank sagen darf ich auch an die große Bürgerinitiative Feuerwehr, an alle die vielen Menschen, die sich in den Katastrophenhilfsorganisationen, Hilfsorganisationen engagieren. Auf Ihre Arbeit und auf die Arbeit in und mit der Jugend ist Verlass. Darauf ist der Innenminister ebenfalls ein bisschen stolz; in aller Bescheidenheit darf ich dies sagen.

Das ehrenamtliche Engagement lebt von dem Ideenreichtum der Menschen. Insbesondere gibt es auch kaum einen gesellschaftlichen Bereich, in dem das freiwillige Bürgerengagement nicht für eine Verbesserung des kulturellen, sportlichen oder gesellschaftlichen Angebots sorgt.

Vieles wäre zu besprechen und zu erwähnen. Aus Zeitgründen konzentriere ich mich auf den Sport. Heute sind bereits 1 488 000 Bürgerinnen und Bürger in den 6 162 Sportvereinen unseres Landes tätig, also 37 % der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Die Landesregierung steht weiter zu ihrer Verpflichtung einer Sportförderung, die über den reinen Sportzweck hinaus wichtige Ziele im Bereich der Jugend-, Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik zu erreichen hilft.

Herr Abgeordneter Ernst, Sie sollten kein Märchen verbreiten.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Diese Landesregierung und die sie tragenden Parteien haben sich wesentlich dafür eingesetzt, dass der Sport als Staatsziel in unsere rheinland-pfälzische Verfassung aufgenommen wird.

(Beifall der SPD und der F.D.P.
Pörksen, SPD: So war das!)

Es war also anders, als Sie das von diesem Pult aus dargestellt haben.

(Pörksen, SPD: Märchenerzähler!)

Auch wenn im Haushalt für die Jahre 2000 und 2001 nicht alle Wünsche des Sportbundes berücksichtigt werden konnten, ist festzustellen, dass der Sport sogar mit einem kleinen Zuwachs in den Jahren 2000 und 2001 rechnen kann, wobei für mich die Erhaltung der Haushaltssätze für die Ausbildung und Vergütung von Übungs- und Organisationsleitern und dass die ansonsten bewährten Programme des Landessportbundes, seiner Verbände und Vereine im Breitensport, im Behindertensport und im Leistungssport auch in den kommenden Jahren auf hohem Niveau gehalten werden können, besonders wichtig ist.

(Vereinzelt Beifall bei SPD
und F.D.P.)

Insbesondere weise ich auf die Erhöhung der Mittel beim Behindertensportbund und bei der Sportjugend hin. Darüber hinaus weise ich auf das Sonderprogramm für Vereine mit eigenen Sportanlagen in Höhe von 2,5 Millionen DM hin. Mit diesem Programm kann jährlich ca. 100 Vereinen wirksam geholfen werden.

Meine Damen und Herren, rund 34 % der bundesdeutschen Bevölkerung sind freiwillig in Projekten, Initiativen, Vereinen oder Verbänden für die Gemeinschaft aktiv. Das sind in Rheinland-Pfalz weit über 1 Million Menschen. Ohne sie wäre unsere demokratische Gesellschaft nicht lebensfähig. Die Landesregierung sieht es deshalb als eine wichtige Aufgabe an, gemeinsam mit allen Beteiligten Erfolg versprechende Zukunftswegs zur Fortentwicklung der Rahmenbedingungen auszuloten, innerhalb derer sich das selbstbestimmte und eigenverantwortliche Engagement entfalten kann. Auch in den kommenden Jahren werden wir uns - in der Kürze der Zeit kann ich das nicht im Detail darstellen - mit aller Intensität um die Förderung des Ehrenamts kümmern. In diesem Zusammenhang benötigen wir keinen Nachhilfeunterricht.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Die Kommunalpolitik lebt in besonderem Maße von der Kenntnis und von der ehrenamtlichen Mitarbeit der Menschen vor Ort. Ich habe bereits generell darauf hingewiesen. Neue Ideen werden so zu Plänen und Arbeitsvorhaben, die das Zusammenleben in der Gemeinschaft weiter verbessern sollen. Große Projekte sprengen jedoch oftmals die finanziellen Möglichkeiten der Städte und Gemeinden.

Ich sage noch einen Satz zu der meines Erachtens völlig überholt Diskussion über das Verhältnis zwischen allgemeinen Zuweisungen und Zweckzuweisungen. Das Verhältnis 70 zu 30 ist eine Illusion, und das wird auch eine Illusion bleiben. Ich frage mich,

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

was es einer Gemeinde nützt, die 4 000 DM oder 5 000 DM mehr allgemeine Zuweisungen bekommt. Damit wird sie größere Vorhaben, die notwendig sind, in der Gemeinde nicht realisieren können.

(Pörksen, SPD: So ist es!)

Sie kann solche Projekte allerdings realisieren, wenn sie entsprechende Landeszuschüsse - beispielsweise aus dem Investitionsstock - erhält.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir sollten diese Gespensterdiskussion aufgeben.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Meine Damen und Herren, ich nenne das Stichwort finanzielle Lage der Kommunen. Die Situation der Kommunalfinanzen lässt sich am besten an der Entwicklung der unausgeglichenen Haushalte bzw. an der Summe der Fehlbeträge darstellen.

(Dr. Weiland, CDU: Nur Sprüche!)

Das ist vorhin gesagt worden. Es ist ergänzend darauf hinzuweisen, dass die Gesamtsumme der Fehlbeträge im Jahr 1998 gegenüber dem Jahr 1997 zurückgegangen ist, und zwar ---

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

- Hören Sie doch zu, Herr Kollege Schnabel! Die Gesamtsumme, lieber Herr Kollege Schnabel, ist von 887 Millionen DM auf 564 Millionen DM zurückgegangen. Bei allen Gebietskörperschaftsgruppen ist eine deutliche Verbesserung der Haushaltsslage zu erkennen. Das hat eine Reihe von Ursachen, zum Beispiel eine geringere Steigerung der Personalausgaben, Stagnation beim laufenden Sachaufwand, Verringerung der sozialen Leistungen, Verringerung der Zinsausgaben und die Zunahme der allgemeinen Zuweisungen des Landes. Dieser Trend hat sich auch im Jahr 1999 nach den bislang vorliegenden Ergebnissen fortgesetzt. Auch im Jahr 1999 kann mit einer weiteren Reduzierung der Zahl der Gemeinden mit unzureichenden Haushalten und einem Abbau der Fehlbeträge gerechnet werden.

(Vereinzelt Beifall bei SPD
und F.D.P.)

Auch die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Steuerschätzung vom 5. November geben Anlass zur Hoffnung, dass sich die Lage der öffentlichen Haushalte weiter verbessern wird.

Hauptsache verehrter Herr Kollege Schnabel, Sie haben sich dabei auf einen Punkt konzentriert. Die in den vergangenen Jahren entstandenen kommunalen Finanzprobleme waren konjunkturelle Schwächen. Die Sonderlasten im Zuge der deutschen Einheit finden bei Ihnen nicht statt.

(Zuruf des Abg. Schnabel, CDU)

Die Einnahmenausfälle aufgrund der Inanspruchnahme steuerlicher Sonderabschreibungsmöglichkeiten sowie der rasanten Anstieg der Sozialhilfeausgaben, der erst durch das Einsetzen der Pflegeversicherung gedämmt werden konnte, bei diesen Faktoren handelt es sich - das vergessen Sie immer wieder - um gesamtstaatliche Entwicklungen, die nur auf Bundesebene maßgeblich beeinflusst werden können und die sich einer wesentlichen Beeinflussung durch die Landespolitik entziehen.

(Pörksen, SPD: So ist es!)

In dieser Situation konnten durch die beachtlichen Unterstützungsleistungen des Landes an unsere Kommunen im Ergebnis nur - wenn auch vergleichsweise erfolgreich - Symptome bekämpft werden. Mangels Zeit kann ich nicht im Detail darauf eingehen.

Ich will aber noch folgende Zahlen nennen. Die Leistungen des Landes an die Kommunen innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs sind von 1997 auf 1998 um rund 7,3 % angewachsen und von 1998 auf 1999 um 3,9 % gestiegen. Auch dies gehört zur Wahrheit und Klarheit.

Meine Damen und Herren, im Übrigen geht es bei unserer Politik nicht um Sparen um des Sparsens willen, sondern es geht darum, dass keine Wohltaten, auch keine Wohltaten an die Gemeinden, auf Pump verteilt werden sollen,

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

auf Pump zulasten nachfolgender Generationen, die dann die Schulden zu bezahlen hätten. Die Konsolidierungsent-scheidungen der Landesregierung dienen dem Ziel, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern und damit auch die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen in Rheinland-Pfalz sicherzustellen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es ist also nur ein finanziell gesunder Landshaushalt in der Lage, dauerhaft zukünftig den Kommunen eine gute Finanzausstattung zu sichern. Auch das wird in den vor uns liegenden Jahren unsere Aufgabe und Verpflichtung sein.

Im Übrigen hilft das Land seinen Kommunen auch im erheblichen Maße im Bereich der Konversionspolitik. Zusammen mit den Kommunen sind wir stolz darauf, dass wir es aus eigener Kraft geschafft haben, Projekte wie den Umwelt-Campus Birkenfeld, die Umnutzung der Holtzendorff-Kaserne in Kaiserslautern, die Konversionsstrategie für den Raum Bad Sobernheim-Pferdsfeld, die Entwicklung des Flugplatzes Zweibrücken oder den Hahn - um nur einige der Großprojekte zu nennen - auf einen guten Weg zu bringen.

Es zeigt sich, dass sich der Strukturwandel interregional beschleunigt. Insofern müssen neben den Maßnahmen der militärischen Konversion auch zivile Konversionsmaßnahmen durchgeführt werden. Diese beschränken sich weitestgehend auf die Verwertung vieler Bahn-, Post- und Gewerbebran-chen. Hinzu kommen neue Bedarfe, um die Innenstädte insgesamt stabilisieren zu können. Das Programm „Die soziale Stadt“ ist mit Bundeshilfen ein erster Schritt in diese Rich-tung.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Der Doppelhaushalt 2000/2001 - Einzelplan 03 - ist ein Haushalt, der Schwerpunkte setzt - Beispiel: Innere Sicherheit -, der Kräfte bündelt - Beispiel: Verwaltungsmodernisierung -, der Bürgereengagement stärkt - Beispiel: Ehrenamt - und Zukunftsop-tionen öffnet - Beispiel: Nutzung neuester Technik -.

Wir sind für die Zukunft gerüstet. Gehen wir sie gemeinsam an.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Pörksen, SPD: Sehr gut!)

Präsident Grimm:

Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Einzelplan nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Bevor ich den nächsten Einzelplan aufrufe, begrüße ich wei-tre Gäste im Landtag, und zwar Schülerinnen und Schüler der Kooperativen Gesamtschule Herxheim, die 12. Jahrgangs-stufe des Hans-Purrmann-Gymnasiums Speyer sowie Schüle-rinnen und Schüler der Augustin-Violett-Schule für Taub-stumme Frankenthal. Außerdem kündige ich bereits jetzt - das würde nachher vielleicht untergehen - die Klassen 9 b und 10 der Geschwister-Scholl-Hauptschule Kaiserslautern an. Seien Sie alle herzlich im Landtag begrüßt!

(Beifall im Hause)

Ich rufe auf:

Einzelplan 09
- Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen -

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lutz Frisch das Wort.

Abg. Frisch, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Kritik der CDU am Haushaltsentwurf insgesamt gilt auch für den Einzelplan 09 - Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen.

Die letzten Jahre waren von gravierenden Entscheidungen gegen die Familien und die Kinder, zum Beispiel die Abschaffung des Landesfamiliengeldes und die Verlagerung von 2,5 % der Personalkosten für die Kindertagesstätten auf die Eltern, geprägt. Es gibt keinen neuen Spielraum und keine Schwerpunktsetzungen. Im Gegenteil, auch künftige Haushalte sind stärker belastet. Beispiel dafür sind die Investitionen für die Kindertagesstätten. Wenn wir diejenigen für die kommunalen und für die freien Träger addieren, brauchen wir im Jahr 2000 eine Verpflichtungsermächtigung für die Zukunft von 12,25 Millionen DM und für das Jahr 2001 von 8 Millionen DM.

Daraus lässt sich nur ein Schluss ziehen: Die Haushaltssätze für 2000 und 2001 geben keineswegs die Antwort auf aktuelle Anträge und Bedürfnisse der Kommunen oder der freien Träger, sondern sie wiegeln vergangene Zusagen ab. - Daraus ergibt sich die Gefahr: Wer jetzt keinen Kindergarten hat, der baut sich keinen mehr. - Vielleicht ist das sogar gewollt.

(Bruch, SPD: Sie haben
aber alle einen!)

In jedem Fall trifft der Spruch Gorbatschows zu: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

- Herr Kollege Bruch, das ist leider nicht so, dass alle einen haben. Dann würden gar keine Anträge mehr eingehen. Wir haben doch eine Kleine Anfrage gestellt. Es gab mindestens noch 20, die nicht bedient worden sind.

Herr Bruch, Sie müssten diese einmal lesen.

(Beifall der CDU -
Bruch, SPD: Sie sind hinter der Zeit!)

- Nein, es hilft nichts, dass Sie sich etwas vormachen. Sie müssen sich der Wirklichkeit stellen, Herr Bruch.

(Bruch, SPD: Nein, ich mache mir
nichts vor! Wir haben ein
anderes Problem!)

Meine Damen und Herren, trotzdem singt die Landesregierung unverdrossen das Lied vom kinderfreundlichen Rheinland-Pfalz. Unter diesem Stichwort werden 1 Million DM mit der Gießkanne über das Land verstreut, damit überall die Pflänzchen der Zufriedenheit mit der Landesregierung sprühen können.

Der Ansatz für die Dokumentations- und Öffentlichkeitsarbeit, mit 200.000 DM jährlich eigentlich schon gut dotiert, soll im Jahr 2000 auf fast eine halbe Million DM verdoppelt werden. Die Begründung lautet: für das kinderfreundliche Rheinland-Pfalz und den Kulturstandort Rheinland-Pfalz. Bei der Kultur - das gebe ich gern zu - ist es nicht notwendig, für den Standort Rheinland-Pfalz zu werben, und zwar deswegen, weil wir zum Beispiel mit dem „Kultursommer“ und der „Villa Musica“ Institutionen haben, die für das Land werben.

Frau Ministerin, wenn Sie das als Lob verstehen wollen, es ist auch so gemeint.

Anders sieht es bei der Kinderfreundlichkeit aus. Hier gibt es das Problem nicht, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz die Politik der Landesregierung nicht kennen, sondern es besteht darin, dass die Landesregierung de facto zu wenig für Kinder und junge Menschen tut.

Frau Ministerin, deshalb bekommen Sie keine Zustimmung, auch wenn Sie noch so viel Propaganda für diesen Bereich machen.

(Beifall der CDU)

Ich komme zu einem weiteren Thema. Das Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen - ausgenommen das Finanzministerium - stellt einen Rekord bei den globalen Minderausgaben auf, nämlich für das Jahr 2000 rund 5 Millionen DM und für das Jahr 2001 rund 8 Millionen DM. Dieser Mittelansatz führt zu einer Unterdeckung der Haushaltsguppe 5, sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst, von rund 2,5 Millionen DM im Jahr 2000 und 5,5 Millionen DM im Jahr 2001.

Herr Ministerpräsident, das können Sie im Haushalt nachlesen. Die Problemlösung dafür entspricht der Quadratur des Kreises. Wie kann man diese einem Ministerium zutrauen, in dem offensichtlich völlige Ratlosigkeit herrscht? Wie will man diese globale Minderausgabe bedienen? Nach der Ausschusssitzung steht fest, dass es nur die sehr vage Hoffnung gibt, vielleicht bei der Erziehungshilfe Einsparmöglichkeiten zu mobilisieren.

Ein weiterer Punkt ist die neue zusätzliche Belastung der Kommunen. Es ist nicht so, wie der Herr Innenminister erklärt hat, dass man den Kommunen hilft, sondern man belastet sie zusätzlich. 3 Millionen DM für die Musikschulen, die bisher aus den Mitteln des Ministeriums geflossen sind, werden zukünftig aus dem Titel für den kommunalen Finanzausgleich genommen. Das wird durch eine Verschiebung innerhalb des Haushalts erreicht.

Zu den Zuweisungen für Theater und Orchester, die bisher ausgewiesen waren, kommen die Zuweisungen für die Musikschulen.

(Zuruf des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

- Herr Kollege Schiffmann, das ist für den Umgang dieser Landesregierung mit dem Haushalt symptomatisch.

Es gibt keinen Hinweis darauf, dass dieser Titel aus einem anderen Titel übernommen worden ist. Das heißt, dass zunächst einmal der Eindruck entsteht, dass es zusätzlich 3 Millionen DM für die Musikschulen im Land gibt. Ganz klein wird eine Anmerkung hinzugefügt: Es handelt sich um Zweckzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz. - Das heißt, die Mittel werden künftig aus dem Topf der Kommunen genommen. Über die Systematik - das gebe ich gern zu - könnte man reden, da es sich um Zuschüsse für kommunale Musikschulen handelt, die im Verband der Musikschulen Rheinland-Pfalz zusammengeschlossen sind.

Meine Damen und Herren, wenn man diesen Schritt tut, geht das nur dadurch, dass man den Topf zusätzlich füllt und nicht aus dem bisherigen Bestand für diesen Zweck zusätzlich etwas abknapst.

(Beifall der CDU)

Das ist das gleiche System, wie Sie es auch bei den Investitionen für die Schulen praktizieren. Dort ist natürlich der Betrag um ein Vielfaches höher. Hier geht es um Größenordnungen von etwa 100 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, geradezu ein Hammer ist die zusätzliche Belastung der Kommunen bei den Unterhaltsvorschussleistungen. Künftig muss ein Drittel der Unterhaltsvorschussleistungen - das bedeutet landesweit rund 20 Millionen DM pro Jahr - von den Kommunen übernommen werden. Land und Bund sparen jeweils in einer Größenordnung von 10 Millionen DM. Im ursprünglichen Haushaltsansatz war die Verlagerung für die Kommunen auf ein Sechstel der Gesamtsumme beschränkt.

Das Land beruft sich jetzt auf ein Gesetz, das Bundesrat und Bundestag beschlossen haben, in dem die Vorschussleistungen geregelt sind. Darin steht aber eindeutig, dass der Bund sich bereit erklärt, in Zukunft ein Drittel zu übernehmen und die restlichen zwei Drittel zuerst einmal Aufgabe der Länder sind.

Die Länder können angemessen von ihrem Anteil einiges an Lasten an die Kommunen übertragen. Es wäre vielleicht angemessen, wenn man das Sechstel, das ursprünglich beabsichtigt war, den Kommunen belassen hätte, das heißt, dass die Kommunen das aufbringen müssen; denn das ist auch der Sinn des Gesetzes. Es muss ein Anreiz für die Gemeinden geschaffen werden, diese Vorschussleistungen nachher durch die tatsächlichen Leistungen einzutreiben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Nur, bei dieser Regelung, die wir jetzt haben, entsteht natürlich ein Ungleichgewicht. Wenn wir sagen: Ein Drittel die Gemeinden, ein Drittel das Land, ein Drittel der Bund -, hat man

bei dieser Rechnung vergessen, dass die Gemeinden bisher schon durch die Personal- und die Sachleistungen für das Eintreiben dieser Leistungen natürlich gewaltig eingetreten sind und dass es gerecht wäre, wenn man das in die Gesamtrechnung mit einbeziehen würde. Das haben Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, versäumt.

(Beifall bei der CDU -
Zuruf der Staatsministerin Frau Dr. Götte)

- Frau Ministerin, wenn andere Länder das nicht besser machen, dann ist das für uns in Rheinland-Pfalz, weil wir alles so gut machen wollen, kein Beweis dafür, dass wir es genauso tun.

Meine Damen und Herren, ein eigenes Thema ist das Thema Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Das müssen wir immer wieder kritisieren, aber die Wirkung ist gleich null. Das ist, wie wir in der Pfalz sagen: Wie wenn man einem Ochs ins Horn setzt. -

(Hartloff, SPD: Wie Ihre Politik!)

Schwindlig wird man schon, wenn man die Positionen findet will, die sich zum Beispiel mit einem wirklich sinnvollen Anliegen, nämlich Multimedia, beschäftigen. Sie sind zum Teil gegenseitig deckungsfähig. Sie sind zum Teil so sibyllisch formuliert, dass man wirklich Nachhilfe braucht, um zu verstehen, wofür die Mittel ausgegeben werden sollen, hier ein paar 100 000 Mark, dort ein paar 100 000 Mark. Wer hat allein noch in diesem Haushalt den Überblick? Die Landesregierung hat schon zugegeben, dass sie ihn insgesamt überhaupt nicht hat.

Weiter zum Thema Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Wo kommen die 300 Millionen DM für Multimedia her? Diese Frage ist bis heute nicht beantwortet.

Weiter zum Thema Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Burgen, Schlösser, Altertümer, das ist eine Abteilung des Landesamts für Denkmalpflege, müssen aus Eintrittsgeldern zunächst einmal 1,5 Millionen DM für das ach so arme Finanzministerium erwirtschaften. Dieser Betrag in Höhe von 1,5 Millionen DM ist als Einnahmen und als Ausgaben im Haushalt verbucht. De facto waren aber die Einnahmen in 1998 in einer Größenordnung von 2,15 Millionen DM. Eine ähnliche Größenordnung gibt es auch für das Jahr 1999. Das heißt, gut eine halbe Million DM wird nach allem, was wir bisher wissen, zu wenig als Einnahmen und zu wenig als Ausgaben verbucht.

Weiteres Beispiel: Eintrittsgelder der Landesmuseen. Im Jahr 1998 und im Jahr 1999 ist ein Betrag in einer Größenordnung von einer halben Million DM eingegangen. Im Haushalt 2000 und 2001 sind an erwarteten Einnahmen 100 DM veranschlagt. Wenn wir beide Punkte addieren, dann kommen wir auf rund 1 Million DM. Selbst wenn Einnahmen und Ausgaben übereinstimmen, kann man von vornherein sagen:

Dieser Haushalt ist in einer Größenordnung von mindestens 1 Million DM allein wegen dieser beiden Positionen, die ich eben genannt habe, zu niedrig veranschlagt. Das Haushaltsvolumen entspricht nicht dem tatsächlichen Haushaltsvolumen.

Meine Damen und Herren, wenn wir gerade bei der Kultur sind, lassen Sie mich einige Anmerkungen machen. Ich sehe durchaus positive Ansätze, zum Beispiel für die Zukunftsperspektiven, der Umbau des Meisterhauses in Engers für die Landesmusikakademie. Dort wollen wir 2,5 Millionen DM in den nächsten vier Jahren investieren. Dieses Thema gehört natürlich auch wieder unter die Rubrik: Belastungen für die zukünftigen Haushaltjahre. Wir haben auch für die Jahre 2002 und 2003 schon Vorhaben, die dann von vornherein den Gestaltungsspielraum einengen. Das Gleiche gilt für die Vorbereitung des Antrags an die UNESCO für das Weltkulturerbe Mittelrhein. Dort sollen zwölfeinhalb Millionen DM in fünf Jahren investiert werden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es gilt auch, in gewisser Weise das Hohe Lied der Kulturstiftungen zu singen, die unabhängig von der Haushaltssituation - das ist gerade in der gegenwärtigen Situation besonders wichtig - Mittel zur Verfügung stellen, die aber eher vom gegenwärtigen Zinsniveau abhängig sind. Die Transparenz gegenüber dem Parlament ist verbessert worden, das gestehe ich gern zu. Was nach wie vor der Kritik unterliegt, ist die Frage der Mitwirkung des Parlaments bei der Verteilung der Mittel. Hier hat sich bis heute nichts bewegt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es bleiben noch andere offene Fragen, zum Beispiel die Zukunft des Hambacher Schlosses. Es bleibt auch eine weitere Kritik zumindest beim Dauerthema Arp-Museum, diese Kette von Pleiten, Pech und Pannen. Wir haben darüber im Dezember schon eine Debatte geführt, deswegen will ich nichts wiederholen. Aber einen Punkt muss ich noch herausarbeiten.

300 000 DM sind im Haushalt für das Jahr 2000 als Vorlaufkosten für das Arp-Museum eingeplant. Das ist sozusagen der Rest der vertraglich vereinbarten 1,5 Millionen DM. Die Frage stellt sich doch: Gilt denn diese Zusatzusage auch noch für die abgespeckte Form des Museums, nämlich für den Bahnhofsausbau? Selbst wenn man diese Frage bejaht, stellt sich eine neue Frage: Welchen Sinn macht ein Ansatz im Einzelplan 20 von jeweils 2 Millionen DM - zur „Verzinsung des der Kulturstiftung nach zuzuführendem Stiftungskapitals von 50 Millionen DM“? Das ist die Formulierung, die dort steht.

Im Ausschuss gab es eine Fülle von Unklarheiten im Ministerium über den Beginn der Zählung - im Jahr 2000 oder 2001? -, über den Adressaten - ist es die Stiftung Rolandseck, ist es die Kulturstiftung? - und die Form. Eine „gedachte“ Rendite eines „geistig“ angelegten Kapitals wurde dort formuliert, also auch hier offensichtlich Verwirrung. Es wäre wirklich, wenn

es eine öffentliche Sitzung gewesen wäre, sinnvoll, diesen Passus zu zitieren, er ist nämlich kabarettistisch. Es wird nicht vorhandenes Kapital sozusagen aktiviert. Dies wirft nicht vorhandene Zinsen für den Betrieb eines noch nicht vorhandenen Museums ab. Das ist eine wirklich virtuelle oder, soll ich besser sagen, wirre Welt!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Fakt ist, die Rahmenvereinbarung sieht vor, dass das Land 50 Millionen DM Stiftungskapital bereitstellt und die Erträge dann für den Betrieb des neuen Arp-Museums, also des Meier-Baus zur Verfügung stellt. Deswegen müssten Verhandlungen mit der Arp-Stiftung aufgenommen werden. Was gilt denn für die Ersatzlösung Bahnhof Rolandseck? Gibt es dann überhaupt noch eine Verpflichtung? Wenn es eine Verpflichtung gibt, in welcher Höhe besteht sie?

(Zuruf der Staatsministerin Frau Dr. Götte)

- Doch, Frau Ministerin, im Vertrag steht der Meier-Bau. Ich habe es extra noch einmal nachgelesen. Bitte tun Sie das auch.

Wenn noch eine Verpflichtung besteht, dann stellt sich doch die Frage: In welcher Höhe? -, nachdem wir nur noch ein Drittel der Ausstellungsfläche von der ursprünglichen Konzeption her haben. Falls ja, von welchem Zeitpunkt an entstehen diese Betriebskosten? Doch sicher nicht im Jahr 2000, wenn noch nicht einmal mit der Sanierung des Bahnhofs begonnen worden ist. Deswegen haben wir auch den Antrag auf Streichung dieser Mittel im Jahr 2000 und auf die Reduzierung auf die Hälfte im Jahre 2001 gestellt. Meine Damen und Herren, diese 3 Millionen DM sind in einem anderen Schwerpunkt, den die CDU-Fraktion in diesem Haushalt gesetzt hat, wesentlich besser angelegt, nämlich beim Thema „Tagespflege“, auf das meine Kolleginnen Frau Hammer und Frau Granold aus der Sicht der Familien- und der Frauenpolitik eingehen werden. Ich glaube, ich brauche es nicht eigens zu formulieren. Wir lehnen diesen Haushalt des Ministeriums für Kultur, Jugend, Familie und Frauen ab.

(Beifall bei der CDU -
Staatsministerin Frau Dr. Götte: Schade!)

Präsident Grimm:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Renate Pepper das Wort.

Abg. Frau Pepper, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, ich habe nach langen Jahren hier im Parlament einen kulturpolitischen Kollegen als Mitstreiter ein Stück verloren. Ich bedaue-

re das außerordentlich, Herr Frisch - weil wir in der Vergangenheit die wenigen Engagierten waren, die in diesem Hause Kultur als wichtiges ernst zu nehmendes Thema immer wieder vorangetrieben haben -, dass ausgerechnet Sie heute am Beispiel der Musikschulen eigentlich einen Kulturbegriff darlegen, der für mich unverständlich ist. Wenn Sie ausgerechnet auch als besonders Engagierter im Verband der Musikschulen sich darüber mokieren, dass im Haushalt klargestellt wird, dass das Engagement für Kultur im Musikbereich durchaus auch eine Gemeinschaftsaufgabe des Landes und der Kommunen ist, wenn dies nicht mehr in einem Haushalt dargestellt werden kann, finde ich das außerordentlich bedauerlich und schade.

(Vizepräsident Heinz übernimmt
den Vorsitz)

Sie haben immerhin erwähnt, dass wir mit dem Umbau des Meisterhauses in diesem Haushalt zusätzliche Mittel für diesen Bereich und die Qualitätssteigerung in diesem Bereich einsetzen. Aber Sie müssen sich wirklich einmal überlegen, ob es nicht an der Zeit wäre, den Kommunen klarzumachen, dass es nicht nur zu ihren Aufgaben gehört, sich um Abwasser oder sonstige Dinge zu kümmern, sondern dass Kultur Bestandteil ihres Engagements vor Ort sein muss. Ich glaube, dies sollten wir in Zukunft gemeinsam unterstützen.

(Frisch, CDU: Das ist es doch! -
Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in meinem Wahlkreis wohnt ein Maler mit seiner Lebensgefährtin und Partnerin, den ich außerordentlich bewundere und achte. Er heißt K. O. Götz. Er hat in seinem neuesten Buch „Erinnerungen 75 bis 99“ unter anderem geschrieben: „Die Spuren, die wir Maler auf dieser Welt hinterlassen, sind so wichtig oder so unwichtig wie die Moränen, die ein Gletscher auf seiner eisigen Wanderung hinterlässt.“

Wenn dies für die Malerei zutrifft, dann gilt es ebenfalls für alle anderen Sparten der Kunst. Für mich stellt sich die Frage - das muss ich mich nach Ihrem Vortrag besonders fragen - Gilt dies eigentlich auch für die Politik in dem Maße, wie es vielleicht nötig ist? -

Deswegen möchte ich heute nicht den Versuch unternehmen, das zu loben und hervorzuheben, was wir in diesem Land besonders seit 1991 verstärkt für die Kultur tun. Ich möchte auch nicht auf die vielen Entwicklungen hinweisen, die wir in dieser Zeit erlebt haben und auch weiterhin erleben. Ich möchte lediglich an einem Beispiel verdeutlichen, dass das Engagement für Kultur weitergehen muss, dass es die veränderten Bedingungen beachten muss und dass wir neue Pflänzchen entwickeln müssen; denn Kultur findet statt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Es gibt eine wunderschöne Überschrift in einer Zeitung vom 28. Dezember die lautet: „Der Sehnsuchtsblick der Dichter nach Mainz“. Es war auch ein Pfänzchen, als wir 1991 angefangen haben. Literatur fand eigentlich nur im Stillen statt, und sie wurde belächelt. Aber die Literatur hat sich heute zu einem außerordentlich starken Gewächs gemausert. Es gibt Literaturpreise, ein aktives Literaturbüro, das Künstlerhaus Edenkoben usw. Wir haben diese Wege in jedem Haushalt begleitet und Mittel zur Verfügung gestellt.

Das Gleiche gilt im Übrigen auch für Bibliotheken, die zum Teil ein bisschen angestaubt in diesem Lande unbeachtet ihr Dasein gefristet haben. Auch dort haben wir in den vergangenen Jahren durch einen Impuls, durch das Sonderprogramm „Büchereien und neue Medien“, wieder etwas in den Vordergrund gerückt und klargemacht, in diesem Bereich gibt es eigene Kräfte und eigene Entwicklungen, und es muss nicht immer mit Riesensummen verbunden sein.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Aber in der Politik gilt eben in besonderem Maße: Ausruhen können wir uns eigentlich nicht leisten. - Wie geht es also mit der Kultur weiter? Was gibt es in diesem Bereich Neues zu entdecken? Was bietet sich an?

Ich behaupte einmal, die Sehnsucht der Rheinland-Pfälzer, die Sehnsucht von uns, nach Zukunft hat auch im Kulturbereich immer und direkt etwas mit Medien zu tun. Meine Damen und Herren, die Förderung der Kultur findet in unserem Haushalt heute wieder einmal ohne Kürzungen statt. Das ist nicht selbstverständlich, aber absolut erfreulich. Wir haben einen Bereich, den es noch zu entdecken gilt und bei dem ich mit Recht darauf hinweise, dass es sich im Augenblick vielleicht noch um ein Stiefkind handelt. Ich spreche von der Filmkultur.

Meine Damen und Herren, ob in Mainz oder in Rheinland-Pfalz insgesamt, der Markt ist hungrig. Fernsehen, Videoclips, Filme, Internet & Co., alle brauchen Bilder, lebendige Bilder, Filme mit und ohne Musik, mit und ohne Sprache. Spätestens seit der Megafusion von AOL und Time Warner wissen wir und muss doch jedem von uns klar werden, dass das Zusammenwachsen von klassischen Medienunternehmen und dem Internet massive Auswirkungen auf Fernsehen, Film, Rundfunk, Literatur und Musik, also auf die Kultur, haben wird.

Deswegen ist Filmförderung ein Thema in Rheinland-Pfalz. Es ist nicht so, als wenn dort nichts passiert. Man muss einfach nur einmal genauer hinsehen, und dieses genaue Hinsehen muss vielleicht mit einem Impuls verbunden werden, dort etwas mehr und vielleicht etwas anders zu arbeiten. Meine Damen und Herren, die Diskussion darüber, ob Filmkultur denn überhaupt noch Kultur oder eher Wirtschaftsgut sei, überlasse ich gern anderen. Ich bin froh, dass im Kulturhaushalt 09 und im Haushalt 08 Ansätze vorhanden sind, die wir zusammenführen sollten. Meine Damen und Herren, Film ist natür-

lich beides, also kann Filmförderung meines Erachtens auch ohne weiteres in verschiedenen Einzelhaushalten dargestellt werden, ähnlich wie Multimedia.

Die Filmwirtschaft braucht kreativen, künstlerischen Nachwuchs, der sich nur entwickeln kann, wenn er vielfältig und unabhängig von wirtschaftlichen Erfolgswängen gefördert wird.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Es gibt doch die Kinos!)

- Ich komme noch dazu! Das gehört eben auch dazu, Frau Kohnle-Gros.

Filmemacher müssen wieder ermutigt werden, nicht nur in rationalen wirtschaftlichen Zusammenhängen zu denken, sondern sie und insbesondere der Nachwuchs müssen sicher sein, dass wir ihre Kreativität und ihr kulturelles Potenzial unterstützen und ihnen Chancen und Möglichkeiten zur Ausbildung, zum Experiment und zur kulturellen Betätigung geben werden.

(Beifall der SPD)

Ich glaube, dass es ähnlich wie 1991 mit der Idee des Kultursommers in diesem Bereich Ansätze gibt, die ich noch einmal erwähnen möchte. Im Einzelplan 09 haben wir den Film- und Drehbuchpreis. Wir haben eine jährliche Förderung des Filmbüros Rheinland-Pfalz. Der Kultursommer 2000 beschäftigt sich mit dem Film. Wir fördern Filmtheater, die ein kulturell ambitioniertes Filmprogramm anbieten. Die Stiftung Rheinland-Pfalz und das Wirtschaftsministerium fördern ebenfalls die Bereiche Film und Nachwuchsförderung. Im Kuratorium der Stiftung zeichnet sich nach der letzten Sitzung auch eine große Bereitschaft ab, sich mit diesem Thema verstärkt auseinanderzusetzen.

Der dritte Partner - ich habe es bereits erwähnt - ist das Wirtschaftsministerium mit den augenblicklichen Zuschüssen an die Filmförderungsanstalt für die Herstellung von Filmkopien für Filmtheater im ländlichen Raum. Im Rahmen des Programms „Medienfonds des Landes Rheinland-Pfalz“ sollen unter anderem Projekte von kleinen und mittleren Unternehmen gefördert werden.

Es gibt noch weitere Ansätze, aber ich möchte noch einen weiteren Partner hinzufügen, den wir in unserem Land haben. Ich spreche von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die ihren Kulturauftrag sehr ernst nehmen, sowie von Privatsendern, von kleinen kulturellen Pflänzchen wie K 3 und anderen Regionalsendern, die einerseits Bedarf haben und andererseits dies mit unterstützen wollen. Diese Szene insgesamt, die wir in Rheinland-Pfalz haben, sollten wir zusammenbinden. Wir sollten sie zusammenführen und ein Konzept für die nächsten Jahre entwickeln.

Hinzu kommt - nicht zu vergessen - der Bereich der Universität und der Fachhochschule. Auch diese haben sehr deutlich angezeigt, dass Interesse besteht, eine neue Pflanze in Sachen Kultur in Rheinland-Pfalz wachsen zu lassen.

Ich fasse zusammen:

Ich möchte - ich würde mich sehr freuen, wenn die anwesenden Vertreter der Fraktionen im Kulturbereich diese Initiative mit aufgreifen würden; ich weiß, dass meine Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P. dies tun werden -, dass in der Film- und Nachwuchsförderung die Weichen für die großen kulturellen Potenziale der Zukunft in Sachen Kultur gestellt werden. Wir haben qualifizierte Ansprechpartner, nämlich die öffentlich-rechtlichen Sender, die Ausbildungsstätten Uni- und FH-Bereich sowie neue Unternehmen in grenzüberschreitenden Bereichen von Film, Videoclip und Internet. Wir wollen dieses Thema in den nächsten Jahren angehen.

Meine Damen und Herren, ich habe nur einen Punkt aus dem Kulturbereich herausgegriffen, weil ich davon überzeugt bin, dass es nicht damit getan ist, sich auf dem auszuruhen, was man tut und was man erhalten kann. Kultur ist mutig, Kultur ist cool, und Kultur ist Zukunft. Es hat etwas damit zu tun, dass wir in diesem Land unter anderem auch eine Ministerin haben, die in dieser Beziehung offen, kreativ und mutig die Ideen, die wir als Parlamentarier an sie herantragen, mit umsetzt. Ich hoffe, dies wird in den nächsten Jahren weitergehen. Herr Frisch, ich würde mich freuen, wenn Sie in dieser Angelegenheit wieder zu uns stoßen würden.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich noch der Ordnung halber darauf hinweisen, dass in die Beratung des Einzelplans 09 auch Punkt 7 der Tagesordnung:

**Landesgesetz zu dem Vertrag zwischen dem Land
Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der
Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/5159 -
Erste Beratung**

mit einbezogen wird.

Ich darf Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler der 11. und 12. Klasse des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums Trier. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Dahm das Wort.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Pepper, wenn ich Sie richtig verstanden habe und Sie ernsthaft meinen, dass etwas Kritik an diesem Kulturhaushalt dazu führt, dass ein Verlust von kulturpolitischen Mitstreitern erfolgt, dann verlieren Sie vielleicht jetzt noch einen Mitstreiter, aber nicht nur mich alleine, sondern vielleicht auch andere Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

(Pörksen, SPD: Bei Ihnen ist der Verlust nicht so groß! -

Frau Pepper, SPD: Habe ich Sie vergessen? Das tut mir Leid!)

Plötzlich könnten Sie auch alleine dastehen. Ich würde das nicht so definieren wie Sie. Kultur muss kritikfähig bleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Das ist ein Satz, den Sie beherzigen sollten. Kultur und Kulturpolitik dürfen sich nicht in einem Lob von staatlicher Kulturförderung erschöpfen - im Gegenteil, die Kritik muss geschärfert werden.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Lieblingsprojekte von bestimmten Abgeordneten!)

Liebe Frau Pepper, wenn Sie ganz engagiert eine Lanze für die Filmförderung brechen, dann muss ich sagen, große Haushaltsbewegungen in diesem Doppelhaushalt hat es zu diesem Thema nicht gegeben. Wir sprechen in erster Linie über das, was im Haushalt der nächsten zwei Jahre steht. Hier kann ich wenig erkennen, dass die Filmförderung aus Sicht der Landesregierung einen Schwerpunkt darstellen soll.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit der Feststellung beginnen, Kultursommer ist nach wie vor auch aus unserer Sicht unterstützenswert. - Wir haben dennoch in der Vergangenheit bei vielen Besprechungen immer wieder auf Gefahren hingewiesen. Ich glaube, es ist auch unsere Rolle, dass wir ein erfolgreiches Instrument wie den Kultursommer kritisch begleiten und immer wieder hinterfragen, ob das Instrument scharf genug ist, ob das erreicht wird, was wir wollen. Es besteht nun einmal auch die Gefahr, dass ein breit gestreutes undifferenziertes Angebot und ein Überangebot gefördert werden und Quantität statt Qualität im Vordergrund steht. Daneben könnte eine dauerhafte und inhaltsorientierte Kulturpolitik auf der Strecke bleiben. Ich sage nicht, dass das so eingetreten ist. Ich sage nur, dass wir die Gefahr, die auch bei der Förderung im Kultursommer besteht, immer wieder kritisch sehen müssen.

(Staatsministerin Frau Dr. Götte:
Völlig richtig! Machen wir!)

- Das ist schön. Frau Dr. Götte, meine Damen und Herren, das Thema Musikschule hat in der Diskussion eine Rolle gespielt. Ich möchte deshalb auch darauf eingehen. Es gibt immerhin 45 Musikschulen in diesem Land: 42 000 Schülerinnen und Schüler besuchen diese Musikschulen. Es sind über 1 800 Lehrkräfte dort engagiert. Musikschulen gehören zur kulturellen Grundversorgung in diesem Land. Da sind wir uns einig. Wir wissen auch, dass der Etat aller Musikschulen zusammen über 60 Millionen DM bedeutet. Es ist schon darauf hingewiesen worden, die Eltern zahlen über 50 % der Beiträge, das Land nur 5 %. Wir sind also noch weit von dem Anspruch einer so genannten Drittelförderung entfernt, dass nämlich Eltern, Träger und das Land ein Drittel der Kosten und Aufwände übernehmen.

(Dr. Schiffmann, SPD: Wollen Sie das?)

Im Moment steht das Land bei 5 %. Es ist darauf hingewiesen worden, es sind noch nicht einmal originäre Landesmittel, sondern kommunale Mittel. Aus diesem Grunde haben wir einen Antrag gestellt, dass ein Aufwuchs für die Mittel der Musikschulen im Haushalt etatisiert wird, dies für ein Projekt, das den Musikschulen sehr am Herzen liegt, nämlich ein Corporate-identity-Projekt, in dem es heißt, dass die Musikschulen mehr zusammenwachsen, sich mehr als gemeinsame Einrichtung verstehen, auch als eine anerkannte Einrichtung.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das ist etwas anderes als eine Drittelfinanzierung!)

Wir unterstützen deshalb diesen Weg der Musikschulen und haben aus diesem Grund dafür Vorschläge gemacht, wie man in diesem Jahr als originäre Landesmittel diesen Musikschulen 450 000 DM zusätzlich zur Verfügung stellen kann.

Ein weiteres Thema ist das der Förderung der freien Theater. Wir haben in der Beratung im Kulturpolitischen Ausschuss darauf hingewiesen, dass es seit Jahren eine Ungleichbehandlung gibt. Die freien und privaten Theater bekommen keine Kostensteigerungen im Haushalt etatisiert - im Gegenteil, die Mittel bleiben gleich. Bei den kommunalen und städtischen Theatern werden diese Kostensteigerungen seit Jahren mit etatisiert. Ich bin allen Fraktionen dankbar, dass diese Argumente überzeugt haben und dass das Haus letztendlich gemeinsam mit allen Fraktionen dieses Anliegen unterstützt, dass die freien und privaten Theater auch in diesem Haushalt Jahr mehr Mittel zur Verfügung gestellt bekommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf das Thema Hambacher Schloss zu sprechen kommen, was bereits erwähnt wurde. Das Hambacher Schloss ist eine internationale Tagungsstätte, darüber sind wir uns einig. Es ist ein großes Symbol der Demokratie, darüber sind wir uns auch einig. Es muss aber eine Lösung für die Trägerschaft her. Der jetzige Träger, der Landkreis Bad Dürkheim, möchte nicht mehr Al-

leinbesitzer dieses Schlosses sein. Bund und Land haben es abgelehnt, mit in die Trägerschaft zu kommen.

(Staatsministerin Frau Dr. Götte:
Wir verhandeln noch weiter!)

Zunächst einmal wurde im Ausschuss die Auskunft gegeben, der Bund und das Land hätten es abgelehnt, in die direkte Trägerschaft mit einzusteigen. Sie wissen alle, die Besucherzahlen auf diesem Schloss sind dramatisch zurückgegangen, obwohl die Kulturstiftung hier allein 2 Millionen DM für eine neue Ausstellung investiert hat.

(Dr. Schiffmann, SPD: Das Wetter war letztes Jahr so schlecht!)

Der Erfolg ist aber ausgeblieben. Ich meine, das Land hat auf die falschen Visionäre gesetzt. Professor Dr. Grewenig, der diese Ausstellung konzipiert hat, hat dem Land und dem Hambacher Schloss keinen Gefallen getan. Das beweisen die rückgängigen Zahlen. Jetzt müssen nicht Visionen, jetzt müssen solide Lösungen her. Das Land ist wirklich aufgefordert, über eine Stiftungslösung nachzudenken, bei der auch die Landesregierung oder die Kulturstiftung Mitträger dieses Hambacher Schlosses werden. Ich hoffe, dass diese Fragen auch in Kürze gelöst werden. Die Zeit drängt. Jetzt können wir noch relativ unbeschwert über ein solches Thema reden, später, wenn die großen Probleme auf dem Schloss auftauchen, wird es zu ganz anderen Diskussionen kommen.

Lassen Sie mich am Schluss noch einige Sätze zum Arp-Museum sagen, was auch schon angesprochen worden ist. Das Arp-Museum hat in diesem Hause immer wieder zu großen Diskussionen geführt. Im Kulturhaushalt sind 2 Millionen DM über den Einzelplan 20 für ein Museum eingestellt worden, das - das hat mir vom Herrn Kollegen Frisch besonders gut gefallen - nichts anderes als ein virtuelles Museum in den nächsten zwei Jahren sein wird. Es gibt in diesem Museum nichts. Es gibt kein Personal, es gibt kein Betriebskonzept. Trotzdem gibt es 2 Millionen DM, die in diesem Haushalt für dieses virtuelle Museum eingestellt sind. Dafür haben wir in der Tat kein Verständnis. Wir möchten, dass diese Mittel umgeschichtet werden, dass sie denen zugute kommen, die in diesem Land auch die Kulturpolitik tragen, nämlich die freien und kleinen Kulturinitiativen in diesem Land. Wir möchten, dass wir endlich nicht nur eine Kultursommerinitiative erhalten, sondern dass wir wirklich in diesem Land ein zweites Standbein aufbauen.

(Dr. Schiffmann, SPD: Kulturwinter!)

- Auch im Winter soll es eine Strukturförderung geben.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da ist man besonders aufnahmefähig!)

Kulturpolitik ist eben Strukturpolitik. Die vielen freien und kleinen Kulturinitiativen haben strukturelle Probleme. Des-

halb müssen sie mit einem Fonds gefördert werden, der dieses strukturelle Problem mit lösen kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen deshalb für diese 2 Millionen DM pro Jahr, die im Haushalt eingestellt sind, Alternativanträge vorgelegt, nämlich dass damit eine Stiftung für das Hambacher Schloss gespeist wird und dass ein Fonds „Soziokultur“ aufgestellt wird. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesen Anträgen.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Pahler das Wort.

Abg. Frau Pahler, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch für den vor uns liegenden Haushalt gilt das Gleiche, was schön 1998 hier ausgeführt wurde: die Notwendigkeit, unseren Schuldenberg abzubauen, und auf der anderen Seite, auch in Zeiten der Notwendigkeit von Sparhaushalten die Kultur dennoch im Maße aller uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu fördern.

Die Wahrung kulturellen Erbes in seiner vielfältigen Ausprägung, die Unterstützung der kulturellen Szene, die Förderung kommunalen und ehrenamtlichen Engagements im kulturellen Bereich sind auch deshalb wichtig, weil Kultur immer als integraler Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit gesehen werden muss. Die Dichte und Qualität des kulturellen Angebots in Rheinland-Pfalz auszubauen, bleibt auch weiterhin Ziel der Landesregierung, auch wenn wir uns dieser Forderung nur in kleinen Schritten nähern können.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es ganz besonders notwendig, die Vernetzung der Kultur mit anderen Bereichen anzustreben, um dort, wo sie schon besteht, noch weiter zu vertiefen. Nutzung gemeinsamer Ressourcen ist dabei nur eine Seite der Medaille. Die andere ist und bleibt das Gewinnen von Menschen für kulturelle Angebote. Diese einem neuen Publikum zu öffnen und Menschen zu eigener kultureller Aktivität anzuregen, wird auch weiterhin gemeinsames Ziel von Land und Kommunen sein.

Gerade im überschaubaren Bereich von Städten und Gemeinden schaffen kulturelle Angebote die Möglichkeit der Kommunikation innerhalb der Bürgerschaft, indem sie zum Beispiel Generationen zusammenführen, mit dem Kulturgut von Migranten und deren Lebenswelt vertraut machen, neue Kontakte eröffnen, für die wachsende Freizeit unterschied-

lichste Angebote bereitstellen. Der Wirtschaftstandort Rheinland-Pfalz braucht auch weiterhin eine lebendige kulturelle Ausrichtung.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, das schließt andererseits nicht die Verpflichtung aus, Umfang und Anspruch von Kultureinrichtungen einer Prüfung zu unterziehen und die Träger von Einrichtungen dazu zu bewegen, die Form ihrer Betriebe zu überdenken. Es ist ohne Zweifel, dass innerhalb der Kulturpolitik die Einsicht greifen muss, dass auch sie ihren Teil zum Abbau der Staatsverschuldung beitragen muss. Das bedeutet, dass jede Organisation, jeder Betreiber von kulturellen Einrichtungen immer auch ein gutes Maß eigener Bemühungen einbringen muss, die seine Einnahmen durch ein attraktives Angebot steigern und zum Beispiel Baudenkmäler der touristischen Nutzung zuführen.

Damit stehen wir natürlich vor einem Problem, dass für eine verbesserte Nutzung und für verbesserte Angebote natürlich auch Investitionen in Personal und Objekte notwendig sind. Dass hier eine Vielzahl von Menschen ihrem Vollerwerb nachgehen und diese genau wie andere eine Berechtigung auf Tariferhöhungen haben, stellt die Einrichtungen immer wieder vor zusätzliche Anstrengungen.

Meine Damen und Herren, das war der Grund, warum die F.D.P.-Fraktion für die stagnierenden Ausgaben bei den Zuweisungen von Theatern und Orchestern in privater Trägerschaft eine Mittelerhöhung beantragt hat. Wir freuen uns natürlich, dass diese Berücksichtigung gefunden hat.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Gerade diese privaten Theater und Orchester tragen in hohem Maße zur Vielfalt der Theater- und Orchesterlandschaft in Rheinland-Pfalz bei. Man kann sie nicht mit der sukzessiven Erhöhung der Grundkosten allein lassen, die sich zu einem nicht unerheblichen Problem für die Fortführung der Theater- und Orchesterarbeit entwickeln könnte. Auch den hier beschäftigten Künstlern und Theaterschaffenden muss ihr Engagement in Form einer entsprechenden Gage angemessen honoriert werden können.

Wir haben dabei in unserem Entschließungsantrag noch besonders darauf hingewiesen, dass der Weiterentwicklung des Kulturranspruchs für Kinder und Jugendliche dabei weiterhin eine hohe Aufmerksamkeit gewidmet wird. Es gilt, im Kulturbereich insgesamt einen pragmatischen Weg einzuschlagen, um den verfassungsrechtlichen Auftrag des Landes zur Kulturförderung zu erhalten. Kultur darf nicht in ungehörlicher Höhe zur Sanierung der öffentlichen Finanzen herangezogen werden. Dies ist im vorliegenden Haushaltsplan gelungen.

Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten Jahren einen ganz besonderen Akzent des Landes im Bereich Kultur setzen, nämlich mit dem Projekt „Weltkulturerbe Mit-

telrhein“, wo sich zum ersten Mal eine ganze Landschaft um eine solche Anerkennung bemüht. Das bindet natürlich eine hohe Summe. Wenn wir aber dieses Projekt bejahren, ist es selbstverständlich, dass dazu auch die notwendigen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, die Mittel für die Erstellung einer Denkmaltopographie signalisieren, dass im Jahr 2000 mit deren Fertigstellung zu rechnen ist. Dass mit der Denkmaltopographie ein Beitrag geleistet werden soll zur Verwaltungsvereinfachung und zu einer Beschleunigung der Verfahren, ist im Sinne aller Lobbyisten für das Denkmal nur zur begrüßen. Wir gehen in diesem Zusammenhang davon aus, dass bereits in diesem Jahr dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Änderung von § 13 Denkmalschutzgesetz des Landes Rechnung getragen wird, indem eine Novellierung eingebracht wird. Hierin muss die vom Bundesverfassungsgericht eingebrachte Stärkung der Rechte von Eigentümern im Rahmen des Denkmalschutzes umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, dass Eigentümer mitunter sehr spät erfahren, dass ihr Haus unter Denkmalschutz gestellt wurde, dass die Begründung der Unterschutzstellung oft recht knapp ausfällt und der Eigentümer eigentlich ein Recht auf umfassende Aufklärung hat. Wenn wir in der Kultur das private Engagement, das Mäzenatentum und das Sponsoring immer wieder betonen, gilt das nicht minder für diejenigen, die als private Denkmalbesitzer zum Lobbyisten für ein Denkmal werden sollen. Nur mit ihnen gemeinsam in einer gedeihlichen Zusammenarbeit lassen sich Probleme frühzeitig benennen und ausräumen.

Als Teil einer Tourismusstrategie, als Teil einer Entwicklung des ländlichen Raums und auch als Teil der Förderung von Berufsgruppen, die an der Erhaltung von Denkmälern mitarbeiten, kann so ein weiterer wesentlicher Schritt nach vorn vollzogen werden. Wir wissen, dass die Landesregierung dies so mitträgt.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Beim Engagement des Landes muss dann auch verstärkt ein Augenmerk auf archäologische Funde und deren systematische Erfassung gelegt werden. Wenn wir mit der Denkmaltopographie einen Abschluss gefunden haben, wird sich, denke ich, im Jahr 2001 auch ein mögliches zeitliches und finanzielles Engagement eröffnen.

Meine Damen und Herren, auf Einzelpositionen ist bereits von anderen eingegangen worden. Deshalb lassen Sie mich nur resümieren. Natürlich ist auch der Kulturhaushalt nicht ohne Kürzungen davongekommen. Aber sie sind so gestaltet worden, dass bestehende Strukturen erhalten bleiben. Die Chancen für den Kulturstandort Rheinland-Pfalz sind gewahrt worden. Die vielen kleinen Akzente einer lebendigen Kulturszene in unserem Land finden angemessene Berück-

sichtigung. Sie sollen weiter im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unterstützt werden.

Nun noch zum Schluss: Bislang leistet das Land Rheinland-Pfalz freiwillige Leistungen an den Landsverband der jüdischen Gemeinden. Mit dem eingebrachten Gesetzentwurf geht Rheinland-Pfalz nun den gleichen Weg wie andere Bundesländer und stellt sein freiwilliges Engagement auf eine gesetzliche Grundlage. Damit erhalten die jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz Planungs- und Haushaltssicherung. Deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Hammer das Wort.

Abg. Frau Hammer, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie die Landesregierung im Familienhaushalt sparen lässt - nämlich andere, Familien und Kommunen -, hat mein Kollege Lutz Frisch schon aufgezeigt. Lassen Sie mich noch einmal kurz das Thema Unterhaltsvorschusskosten streifen. Während früher kein Protest zu laut war, wenn die Bundesregierung irgendwelche Beschlüsse gefasst hat, die die Finanzen des Landes tangierten, die Kritik immer rheinabwärts nach Bonn geschoben wurde, war diesmal kein Wort der Kritik an die Bundesregierung in Berlin zu hören.

(Beifall bei der CDU)

Nein, im Gegenteil, hier gab es vorausseilenden Gehorsam dieser Landesregierung, indem schon im Vorhinein die Kommunen mit einem Teil der Kosten für den Unterhaltsvorschuss belastet wurden.

(Staatsministerin Frau Dr. Götte:
Dazu sind wir verpflichtet!)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt lebt aber auch von Verschiebungen zulasten der Familien. Hier möchte ich gleich zu Beginn doch noch einmal auf die Streichung des Landesfamiliengeldes hinweisen, auch wenn Sie das nicht gern hören. Wir und viele Familien in diesem Land erinnern sich daran - wir werden Sie auch weiterhin daran erinnern -, mit diesem Landesfamiliengeld konnte jährlich tausenden von einkommensschwachen Familien ab dem dritten Kind geholfen werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, seit 1987, seit die CDU-Regierung dieses Landesfamiliengeld eingeführt hatte, wurden jährlich

10 Millionen DM bis 25 Millionen DM an Familien verteilt. Diese Summe kann durch die Vergabe von Zinsenträgen aus der Landesstiftung „Familie in Not“ bei weitem nicht aufgefangen werden. Ab 2001 gibt es auch keine Zuführungen zum Stiftungskapital mehr. Andere Bundesländer handeln anders. So geben Bayern jährlich mehr als 300 Millionen DM und Baden-Württemberg jährlich mehr als 100 Millionen DM für ein Landesfamiliengeld aus.

Die nächste Verschiebung zulasten der Familien ist die Erhöhung der Kindergartenbeiträge. Mit dem Rückzug des Landes von 30 % auf 27,5 % der Personalkosten - das andere Thema, dass das Ganze noch aus dem kommunalen Finanzausgleich entnommen wird, will ich hier nur ganz kurz streifen; das ist schon dargestellt worden - und der Verlagerung der Kosten auf die Kommunen war es natürlich so, dass die Kommunen bei ihrer desolaten finanziellen Lage, wie sie heute auch schon mehrfach angesprochen wurde, diese natürlich an die Eltern weitergeben mussten.

Meine Damen und Herren, dies alles steht in ganz deutlichem Widerspruch zur Offensive „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“, mit dem diese Landesregierung so gern wirbt. Dieser Familienhaushalt lebt von der Vergangenheit und tut wenig für die Zukunft. Familienpolitischer Aufbruch findet nicht statt. Neue Akzente und konzeptionelle Weiterentwicklungen fehlen.

(Staatsministerin Frau Dr. Götte:
Doch, bei der Jugendhilfe!)

Nach wie vor bestehen auch viel zu viel bürokratische Hemmnisse bei der Organisation eines flexiblen Kinderbetreuungsangebots. Hier ist ein Entbürokratisierungsprogramm dringend nötig. Überlassen Sie organisatorische Probleme den Verantwortlichen vor Ort. Die kennen die Notwendigkeiten besser und können sicher flexibler die Dinge lösen. Ich nenne in Anbetracht der Zeit nur als Stichworte Überbelegungen kurzfristiger Art, Einzelfallgenehmigung, wenn bei freien Kapazitäten Kinder einer anderen Altersgruppe aufgenommen werden sollen, Teilzeiteinrichtungen, die nachmittags Schulkinder betreuen könnten und wollten, müssten erst in Ganztagseinrichtungen mit den entsprechenden finanziellen Folgen umgewandelt werden. Die Folge davon ist, dass dieses Angebot unterbleibt.

Meine Damen und Herren, Sie wissen genau wie wir, dass es einen wachsenden Bedarf an individueller und flexibler Kinderbetreuung gibt. Tagespflege ist eine besonders geeignete Möglichkeit, die Betreuungslücke zu schließen. Dies als sinnvolle Ergänzung anderer Betreuungsformen bietet größtmögliche zeitliche Flexibilität und individuelle Betreuung. In diesem Zusammenhang mache ich Sie auf eine Aufforderung der Bundesfamilienministerin Bergmann (SPD) auch an die Länder aufmerksam, diese Art der Kinderbetreuung durch Tagesmütter zu fördern, sie finanziell zu unterstützen und auf eine sichere landesrechtliche Grundlage zu stellen. So ist

es im neuen „Focus“ nachzulesen und unserer Familienministerin zur Nachahmung empfohlen.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Landshaushalt findet sich diese Entwicklung allerdings nicht wieder. Wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt. Wenn Sie gleich wieder nach der Gegenfinanzierung fragen, dann ist mein Vorschlag, die Imagekampagne des Landes zu streichen und dieses Geld für Tagespflege sowie die Einrichtung von Tagespflegebörsen einzusetzen, die einfach dazugehören.

(Beifall der CDU)

Jetzt möchte ich aber auch noch etwas Positives sagen. Wir begrüßen den erhöhten Ansatz in der verbesserten Förderung des Kinder- und Jugendtelefons. Die statistische Erfassung der vielen Anrufe, die bei einem der Kinder- und Jugendtelefone bis jetzt nicht ans Ziel gekommen sind, zeigt, dass hier ein großer Bedarf vorhanden ist, der mit den vorhandenen Ressourcen nicht abgedeckt wird. Deshalb entspricht es auch unseren Initiativen, dass hier mehr getan wird. Wir gehen davon aus, dass die zusätzlichen Mittel den bereits bewährten Institutionen zum Aufbau weiterer Standorte und zur Schulung des dazu notwendigen ehrenamtlichen Personals zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, die Anforderung an die Funktionserfüllung von Familien sind in den letzten Jahren nicht unbeträchtlich gestiegen. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, brauchen Familien Unterstützung und angemessene strukturelle Bedingungen in Rheinland-Pfalz.

Zum Schluss möchte ich noch einen Satz zum Landesgesetz über den Vertrag mit den Jüdischen Gemeinden sagen. Diesem Gesetzentwurf stimmt die CDU-Fraktion zu.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Bill das Wort.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich bin froh, dass noch ein paar Kollegen anwesend sind.

(Lelle, CDU: Vor allem auf der Regierungsseite!)

- Ja, es ist beste Essenszeit.

(Lelle, CDU: Wir haben nachher Pause!)

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin Götte! Im Familien- und Jugendhaushalt ist aus unserer Sicht bedauerlicherweise nichts bemerkenswert Innovatives zu finden, zum Glück aber auch nichts bemerkenswert Entsetzliches, wie zum Beispiel beim letzten Doppelhaushalt die Personalkostenverschiebung der Kindertagesstätten auf die Kommunen oder zuvor die Streichung des Familiengeldes. Die Änderungsanträge von SPD und F.D.P. schichten in der Jugendarbeit ein wenig um, kürzen bei den minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen, geben ein paar Mark zum Bau und zur Ausstattung von Kindertagesstätten dazu, um noch bestehende Bedarfsspitzen zu decken, natürlich im Pflichtbereich Kindergarten,

(Hartloff, SPD: Das ist doch etwas!)

Naturfreundehäuser werden erfreulicherweise in die Landesförderung aufgenommen.

(Hartloff, SPD: Was heißt hier Pflicht?)

Auch bei den Kinder- und Jugendtelefonen wird noch einmal draufgelegt. Darüber freuen wir uns auch.

Wenig erfreulich und damit dann auch schon wieder bemerkenswert ist allerdings die Mittelperrung und Ansatzreduzierung bei den Hilfen zur Erziehung, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie der Sperrvermerk bei den Zuschüssen zum Bau und zur Ausstattung von Heimen und Wohnungen der Jugendhilfe. Insgesamt sind es 2 250 000 DM, die so lange gesperrt sind, bis ein Konzept für entweichungssichere Heime vorliegt. Geschlossene Heimerziehung statt Untersuchungshaft, unter diesem Motto hat es das Justizministerium wohl geschafft, in Ihren Haushalt hineinzupfuschen, Frau Dr. Götte. Wir bedauern das sehr, dass die so genannten Liberalen sich hier durchgesetzt haben. Im Sinne zeitgemäßer Jugendhilfe, ihrer Leitlinien und ihrer Aufgabenbeschreibung ist es jedenfalls nicht, geschlossene Einrichtungen wieder einzuführen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Entwicklung des Jugendhilferechts und auf dem Papier auch die Entwicklung des Jugendstrafrechts in den letzten Jahrzehnten hat doch fortschrittlicherweise das Prinzip „Menschen statt Mauern“ angestrebt. In diesem Sinne sollten Jugendhilfe und Justiz zusammenarbeiten. Das würden wir uns wünschen.

Meine Damen und Herren, das Positionspapier der Liga macht Ihnen sehr konkrete und sehr praktikable Vorschläge, wie so etwas umzusetzen ist. Ich würde mir wünschen, dass noch einmal nachgedacht wird und diese Entwicklung so nicht weitergeht.

Meine Damen und Herren, unsere Änderungsanträge sind da doch eher am Fortschritt als am Rückschritt orientiert. So möchten wir GRÜNEN im Kindertagesstättenbereich die Qualität weiterentwickelt sehen und mehr Bedarfsgerechtigkeit

haben. Dazu ist es uns ein Anliegen, die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten in Häuser für Kinder mit der entsprechenden Fachlichkeit auf der Landesebene zu fördern und auszuwerten. Wir möchten die Entwicklung anderer freier Träger außerhalb der Kirchen endlich gefördert wissen. Das sind zum Beispiel Elterninitiativen, die dort, wo sie in anderen Bundesländern oder Kommunen besonders gefördert werden, gerade in den Defizitbereichen bei der Betreuung der unter 3- und der über 6-Jährigen zahlreiche qualifizierte Plätze geschaffen haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zur Qualitätsentwicklung gehört es außerdem, genügend zweisprachige ausländische Fachkräfte einzustellen, um dem Integrationsanspruch von Kindertagesstätten Rechnung tragen zu können. Auch das finden Sie in unseren Anträgen.

Meine Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz gibt es auf allen politischen Ebenen ausgesprochen engagierte Elternvertretungen für die Kindertagesstätten, natürlich auch für die Schulen. Aber das ist heute nicht unser Thema. Dem wurde auf unsere Initiative hin auch erste Anerkennung gezollt durch deren verpflichtende Aufnahme in die Jugendhilfeausschüsse. Damit sind wir und auch die Elternvertretungen allerdings noch nicht zufrieden gestellt. Es besteht weiterhin Handlungsbedarf für eine Landesgeschäftsstelle, für Fortbildungsmaßnahmen und für die Anerkennung dieser Elternarbeit als öffentliches Ehrenamt.

Meine Damen und Herren, es ist sehr wichtig, wir haben dies gerade bei dem Ehrenamtssymposium und dem Empfang des Ministerpräsidenten wieder festgestellt, die Elternvertretungen waren nicht einmal eingeladen, auch nicht der Landeselternausschuss. Das zeigt, dass dieses Engagement überhaupt nicht gesehen wird, weil es nicht als öffentliches Ehrenamt anerkannt wird. Die wären darüber ziemlich sauer.

Noch ein paar Worte zur Jugendpolitik: Wir meinen, es ist an der Zeit, dass das immer hier so hoch gelobte Ehrenamt gegenüber den jungen Menschen, die in der Jugendarbeit erhebliches freiwilliges Engagement mitbringen, endlich einmal die uralten Forderungen erfüllen muss, die nun wirklich überfällig sind, wie zum Beispiel der dritte Bildungsreferent oder die Bildungsreferentin für die Jugendverbände und ausreichende institutionelle Förderung, zum Beispiel der Geschäftsstelle des Landesjugendrings. Für die Jugendleiterinnen-card hätten wir auch gern einmal Butter bei die Fische von wegen Ehrenamt und Begünstigung, und zwar in Form - so haben wir dies in unserem Antrag konkret vorgeschlagen - einer Bahncardbezahlung, die für junge Leute in der Jugendarbeit sicher sinnig ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Bereich, in dem bloße Akzeptanz nicht ausreicht, ist die Schwulen- und Lesbenpolitik. Meine Damen und Herren, es

wäre konsequent gewesen, wenn Sie der guten Debatte im Parlament, die vor kurzem stattgefunden hat, auch haushaltsrelevante Taten hätten folgen lassen. Sie haben hierzu morgen noch einmal die Möglichkeit, indem Sie unseren Anträgen zustimmen.

(Zuruf der Staatsministerin
Frau Dr. Götte)

- Wenn es Geld gibt, können Sie das vielleicht hinterher noch einmal sagen. Wir haben keines gefunden.

Wir haben zwei konkrete Vorschläge eingebracht, tatkräftig diesen Bereich anzugehen, und zwar dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und einen Referenten und eine Referentin im Ministerium mit der Aufgabe zu betrauen, die Schwulen- und Lesbenpolitik als Querschnittsaufgabe koordinierend und beratend auch in andere Ressorts hinein wahrzunehmen und auch Ansprechpartnerin nach außen zu sein.

Ein weiterer Vorschlag ist es, eine Informations- und Beratungsbroschüre für Eltern zu erarbeiten, die allzu oft - dies wissen wir alle - mit der Homosexualität ihres Sohnes oder ihrer Tochter erhebliche Akzeptanzprobleme und zumeist große Ängste um die Zukunft ihres Kindes als eine vielleicht diskriminierte Minderheit haben. Wir meinen, eine solche Broschüre ist ein wirklich guter Vorschlag, wäre eine gute Sache, die Sie nicht ablehnen sollten. Zumindest sollten Sie diesen Antrag, wenn Sie ihm nicht gleich zustimmen, an den Ausschuss überweisen. Das wäre eine große Bitte, weil ich denke, wir haben in dieser Sache bis jetzt gemeinsam sehr konstruktiv diskutiert.

Meine Damen und Herren, nun zum Frauenhaushalt: Wir GRÜNE haben zugunsten eines gemeinsamen Antrags auf unsere ursprünglich weitergehenden Anträge verzichtet. Ich muss sagen, ich freue mich sehr, dass der Haushaltsentwurf doch noch eine Änderung erfahren hat und dem gemeinsamen Beschluss zur Bekämpfung von Männergewalt gegen Frauen in engen sozialen Beziehungen auch ein gemeinsamer Finanzbeschluss gefolgt ist und die Intention, --

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und F.D.P.)

- Ja, da dürfen Sie alle einmal klatschen. Ich finde, das ist beklatschenswert.

- - die Verantwortung für diesen Bereich nicht allein dem Frauenministerium zuzuordnen, zumindest in einem ersten Schritt vorangekommen ist und noch einmal in einer gemeinsamen Entschließung bekräftigt wird.

Es ist erfreulich, dass die guten Argumente und das gemeinsame Engagement der Frauen innerhalb und außerhalb des Parlaments am Ende doch überzeugt haben. An dieser Stelle meinen Dank als Ausschussvorsitzende an alle innerhalb und

außerhalb des Parlaments, die so hartnäckig waren und gekämpft haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.)

Die 10 000 DM pro Monat, pro Jahr pro Notruf - pro Monat; das wäre schön - und Frauenhaus sind zwar nicht genug, aber sie sind besser als nichts. Ich hoffe, dass sich durch die interministerielle und interfraktionelle Befassung mit diesem Problemkreis, die in dem Entschließungsantrag zugrunde gelegt wird, im nächsten Haushalt die Einsicht in die Notwendigkeit einer bedarfsgerechten Förderung noch etwas weiterentwickelt.

Wir begrüßen es, dass Sie der Kritik an der Kürzung des Männerarbeitsmarktprogramms im Frauenhaushalt Rechnung getragen und noch einmal zugelegt haben. Mit in die parlamentarische Diskussion möchten wir Ihnen allerdings noch einige frauenpolitische Gesichtspunkte geben.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich nicht beirren zu lassen, endlich für das längst überfällige Angebot an nicht konfessionell gebundenen Schwangerenberatungsstellen zu sorgen, um damit vor allem im nördlichen Rheinland-Pfalz endlich die Pluralität des Angebots zu gewährleisten.

Das Hü und Hott in der katholischen Kirche gerade wieder in diesen Tagen beweist einmal mehr, dass Zuverlässigkeit nicht die Stärke dieses Angebots sein wird, da die Finanzen nicht gesichert sind und der Druck auf die Beraterinnen enorm ist.

Mit großem Interesse habe ich die Broschüre „Frauen als Führungskräfte in Unternehmen“ gelesen. Unser ehemaliges Frauenausschussmitglied und heutiger Wirtschaftsminister Bauckhage hat eine Studie in Auftrag gegeben, die den Vorbehalten gegen weibliche Führungskräfte auf den Grund gehen soll. Hier ist sie. Ich kann nur sagen, sehr schön.

(Kuhn, F.D.P.: Wir werden es ausrichten!)

Da brechen ganz neue Zeiten an. Hoffentlich. Ich bin hoffnungslose Optimistin.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ergebnisse dieser Studie aber, Herr Kuhn, müssten Herrn Bauckhage und auch Ihnen allerdings die Einsicht vermittelt haben, dass es jetzt an der Zeit ist, unseren Antrag, zum Beispiel „Frauenförderung durch Auftragsvergabe unterstützen“, der Ihnen vorliegt, und in Berlin Frau Bergmann zu unterstützen, die in dieser Sache aktiv geworden ist. Das wäre etwas, was Sie jetzt unbedingt angehen müssen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Ausschuss für Frauenfragen wurde mein Antrag hierzu, der leider nicht ins Parlament, sondern gleich in den Ausschuss gekommen ist, von der Tagesordnung gekippt und ein bisschen aufgeschoben. Ich hoffe, nach dieser Studie kommt er wieder auf die Tagesordnung und es wird diesem Antrag allseits bejubelnd zugestimmt; sonst könnten Sie sie wieder einstampfen lassen.

Meine Damen und Herren, im Übrigen wäre die Kopplung öffentlicher Auftragsvergabe an die Frauenförderung auch im Sinne des Gender-Mainstreaming-Beschlusses der Europäischen Kommission, grundgelegt im Amsterdamer Vertrag.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- So dürfen Sie nicht schauen, Herr Bruch. Das lässt böse Rückschlüsse zu. Aber ich will jetzt nicht sagen, was das für Rückschlüsse zulässt.

Herr Bruch, hier wird den Mitgliedsländern vorgegeben, den Gedanken der Chancengleichheit unter anderem allen Förderprogrammen als Maßstab zugrunde zu legen. Gender-Mainstreaming bedeutet nichts anderes als die durchgängige Betrachtung und Berücksichtigung der Auswirkungen von gesellschaftlichen Entscheidungen und Handeln auf die beiden Geschlechter in allen Bereichen des Lebens, quasi Querschnittsblick. Ein anspruchsvolles Instrument, also eine Methode, die ein Unternehmen, eine Verwaltung, ein politisches Gremium, unsere ganze Gesellschaft dazu befähigt, den Anspruch aus Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes einzulösen, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind.

Herr Bruch, dazu ist allerdings das Wissen um das soziale Geschlecht, „Gender“ von Bedeutung. Dieses Wissen ist nicht nur bei Frauen von Bedeutung. Es ist noch einiges nachzuholen, wenn wir in dieser Sache vorankommen wollen.

Hilfreich wie wir sind, kommen in diesem Parlament vielleicht weitere hinzu. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt. Er wird in den Ausschüssen, vielleicht auch in anderen oder allen Ausschüssen beraten, damit sich alle mit diesem Thema befassen können, weil es ein Querschnittsgedanke ist.

(Zuruf des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich ist die systematische Einführung dieses Querschnittsgedankens des Gender-Mainstreamings noch lange kein Ersatz für Frauenförderung. So weit sind wir leider noch nicht. Das sehen wir an dem entsetzten Blick von Herrn Bruch, dass das noch dauert.

Es soll in Rheinland-Pfalz Kommunen geben, die schon Frauenausschüsse und Frauenbüros auflösen, bevor sie Gender-Mainstreaming überhaupt buchstabieren können. Das ist natürlich nicht Sinn der Sache. Das ist das Pferd von hinten aufgezäumt. Das sollten wir nicht tun.

Ein besonderes Anliegen ist es uns, diese Methode des Gender-Mainstreamings im Arbeitsministerium modellhaft umzusetzen und zu evaluieren unter Einbeziehung einer Fachberatung, weil da die ganzen EU-Mittel ankommen, die unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden müssen. Näheres dazu finden Sie in unserem Antrag und in der Debatte morgen zum Haushalt von Minister Gerster.

Arbeitsmarktpolitik debattieren wir erst morgen. Aber ein Taschengeld hat auch Frau Dr. Götte in diesem Bereich. Dieses Taschengeld ist auch noch etwas erhöht worden. Frau Ministerin, damit finanzieren Sie unter anderem auch eine modellhafte Erprobung und Evaluierung der Teilung einer so genannten Führungsposition, also einer Stelle in einer höheren Besoldungsgruppe. Da wünschen wir uns einfach mehr Engagement von der gesamten Landesregierung und darüber hinaus.

Ein Modellchen im Frauenministerium, in dem sowieso alle guten Willens sind, ist zu wenig. Das ist zudem das falsche Haus, nämlich das Haus, in dem der geringste Widerstand vorhanden sein wird. Damit bezweifle ich auch die Validität einer Auswertung. Da muss mindestens das Finanzministerium, das Arbeitsministerium und der Innen- und Justizbereich mitmachen. Sinnvoll wäre es, ein landesweites Programm aufzulegen, an dem sich auch Kommunen beteiligen können, weil in vielen Kommunen die Gleichstellungsbeauftragten ähnliche Bestrebungen haben. Hier könnte man sich stützen und ergänzen. Am Schluss würde auch etwas Verwertbares herauskommen. Es wäre wichtig, dass bei einer Auswertung etwas Verwertbares herauskommt und dass nicht wieder Jahre ins Land gehen, bevor eine solche Idee greift.

Meine Damen und Herren, der Fortschritt ist eine Schnecke. Die Geschlechterpolitik beweist das in ganz besonderem Ausmaß. Auch wenn wir mit unserem gemeinsamen Antrag im rheinland-pfälzischen Landtag einen nicht unerheblichen Schritt weiter gekommen sind, so ruhen Sie sich bitte nicht darauf aus, sondern betrachten dieses freudige Ereignis als einen Aufbruch zu neuen Ufern.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Für die SPD-Fraktion ertheile ich der Abgeordneten Frau Spurzem das Wort.

Abg. Frau Spurzem, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst einmal Herrn Dahm für sein Plädoyer für die öffentlichen Musikschulen danken. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass der Blick der Öffentlichkeit auf die Leistungen der Musik-

schulen fällt. Ich wäre eine schlechte Vorsitzende, wenn mir nicht auch mehr Geld lieb wäre. Aber die Botschaft dieses Haushaltes ist nun einmal Sparen. Dieser Haushalt ist in nur 10 % seines Gesamtansatzes gestaltbar. Die wichtigen Projekte und Maßnahmen werden insgesamt fortgeführt. An einigen Stellen finden Aufstockungen, Akzentuierungen statt. An einigen Stellen muss Nein gesagt werden, weil es ein Sparhaushalt ist, aber auch, weil wir den nachkommenden Generationen einen Gestaltungsspielraum für die Zukunft lassen müssen.

Dieses Neinsagen tut in vielen Bereichen weh, aber Sparen ist auch Kennzeichen eines kinderfreundlichen Landes. Ein kinderfreundliches Land ist für uns in allen Arbeitsbereichen Programm. Ich will nur einige Beispiele nennen: die kinderfreundlichen Bauprogramme, die naturnahen Spielplätze oder das Mainzer Modell des Umgangs mit Gewaltopfern. - Da hilft es auch nichts, dass immer wieder von der Opposition versucht wird, die Leistungen herunterzureden.

Zur Kinderfreundlichkeit gehören aber auch die Leistungen für die Familien, die Sie dem Bericht des vergangenen Jahres entnehmen konnten. Ich lese dann, dass die familienrelevanten Leistungen von 1988 von 970 Millionen DM bis 1998 auf 1.630 Millionen DM angestiegen sind. Ich denke, das spricht eine deutliche Sprache und entkräftet alles, was dazu gesagt wurde.

Frau Hammer, an dieser Stelle sage ich Ihnen noch etwas. Sie haben kritisiert, wir hätten bei der Unterhaltsvorschussgeschichte nicht gegen Bonn oder Berlin gewettet. Rheinland-Pfalz hat mit dafür gesorgt, dass das Ganze im Vermittlungsausschuss war und dass es dort wesentliche Verbesserungen gegeben hat.

Programm ist die Kinderfreundlichkeit aber auch im Sinne von Festschreiben. Da können wir den Änderungsantrag der GRÜNEN, die Mittel in diesem Bereich umzuressortieren, nicht mittragen. Es ist wichtig, die Förderung der vielen auch kleinen Projekte aus diesem Titel weiterzuführen. Alle diese haben mit dafür gesorgt, den Blick der Erwachsenen auf die Lebenswirklichkeit von Kindern zu richten und die Kinder daran zu beteiligen, ihr Lebensumfeld mitzugestalten.

Dazu gehört auch die Verfestigung der Förderung der Partizipation mit der Einrichtung der Leitstelle beim Ministerium und der Präsentation und Vernetzung der Beteiligungsprojekte im Internet. Ich kann Ihnen nur den Tipp geben, klicken Sie „net.part.“ einfach an. Das hat einen großen Schub im ganzen Land gegeben. Nachfragen und Angebote belegen dies. Wir sehen uns in den bisherigen Bemühungen bestätigt und werden unsere Bemühungen fortsetzen, Kinder und junge Menschen für die Demokratie zu begeistern.

Zur Erfolgsgeschichte für Kinder und deren Familien gehört in Rheinland-Pfalz natürlich auch die Qualität der Kindertagesstättenlandschaft. Vollversorgung mit Kindergartenplätzen, Erfüllung des Rechtsanspruchs mit niedrigsten Elternbei-

trägen in Deutschland, 1.700 neue Gruppen, mehr als 200 Millionen DM freiwillige Investitionsförderung des Landes, die im Übrigen allen Zweifeln des Herrn Frisch zum Trotz auch nach den gesetzlichen Vorgaben weitergehen wird.

Bei alldem darf nicht unerwähnt bleiben, dass die hohen pädagogischen Standards gehalten wurden. Zum Erfolg gehört aber auch, dass wir uns auf diesen Lorbeeren nicht ausruhen, sondern den Kindertagesstättenbereich kontinuierlich ausbauen. Das geht leider nicht überall so schnell, wie ich und bestimmt auch andere das gerne hätten. Ich verweise auch noch einmal auf die finanziellen Verantwortlichkeiten.

Frau Bill, dennoch brauchen Sie uns nicht zum Jagen zu tragen.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das tue ich gern!)

Es gibt zwischenzeitlich über 140 Häuser für Kinder in Rheinland-Pfalz. Ich denke, das ist angesichts des mit zehn Modellen gestarteten Projekts ein Erfolg, der sich sehen lassen kann.

(Vereinzelt Beifall der SPD
und der F.D.P.)

Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Vielen Dank.

Im Übrigen setzen wir genau an dieser Stelle unsere Koalitionsvereinbarung mit der F.D.P. von 1996 um.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wieviel Prozent sind das?)

Sie machen dann nur noch weitere, viele sehr ansprechende Änderungsanträge für den Betreuungsbereich. In Zeiten übervoller Kassen sind sie sogar diskutierbar. Auf der anderen Seite erkennen Sie, dass viele der dort geforderten Dinge von der Förderung freier Träger über die Beschäftigung von Kräften zur sprachlichen Arbeit mit Ausländern bis hin zur Förderung der Elternarbeit bereits umgesetzt sind.

Die Arbeit der Elternausschüsse ist in der Tat überaus positiv und konstruktiv zu bewerten. Gerade weil die Zusammenarbeit und die Mitarbeit so gut ist, ist erst kürzlich die Elternmitwirkung verbessert worden. Die gesetzliche Änderung eröffnet die Möglichkeiten der Mithilfe und Mitwirkung in Jugendhilfeausschüssen. Das Ministerium unterstützt die Arbeit und fördert sie über die gesetzlichen Vorgaben hinaus, zum Beispiel bei Anhörungen oder mit finanziellen Mitteln zur Förderung des Ehrenamts. Wir müssen nicht noch einmal die Argumente aus dem Gesetzgebungsverfahren austauschen.

Die CDU hingegen hat offensichtlich endlich unsere Kindergarten-Erfolgsstory begriffen; denn sie sorgt sich in

diesem Bereich nur noch um ein „Entbürokratisierungsprogramm“, dessen es nicht bedarf und das in der Antragsbegründung voll danebengeht. Das wird Ihnen im Übrigen auch das Ministerium bestätigen. Es gibt zum Beispiel keine Vorgabe zum warmen Mittagessen oder zur Umwandlung in eine Ganztagseinrichtung bei zwei zusätzlichen Kindern einer anderen Altersgruppe.

(Vereinzelt Beifall der SPD
und der F.D.P.)

Die Genehmigung der Überbelegung wollen wir nach wie vor bei der Heimaufsicht belassen. Wollen Sie etwa durch die Hintertür größere Gruppen einführen? Wir wollen das nicht.

Schließlich wird sich eine Änderung des Wahltermins der Elternausschüsse auch ohne Auflage eines „Entbürokratisierungsprogramms“, das mir im Übrigen nach mehr Bürokratie reicht, durchaus durchführen lassen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Für ebenso unverständlich halte ich Ihre neuerlichen Anträge zur Tagespflege; denn wir haben im Ausschuss Ihren Antrag - Drucksache 13/4678 - zum gleichen Thema ausführlich besprochen und beraten. Im Ausschuss haben Sie auch erfahren, dass die Landesregierung etwas unternimmt und was sie unternimmt, und zwar in Modellen, die demnächst allen Kommunen zur Verfügung stehen werden. Also besteht auch in dieser Hinsicht kein weiterer Handlungsbedarf; denn die Regierung arbeitet bereits daran.

Ihnen, Frau Ministerin Dr. Götte, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist zu danken, dass es gelungen ist, den finanziellen Rahmen im Jugendbereich zu halten. Das bedeutet - das sage ich sehr selbstkritisch und auch mit Blick auf die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - nicht nur Freude; denn wir wissen alle, dass es in diesem Bereich weitere langjährige Wünsche und auch gestiegene Personalkosten gibt. Angesichts des vorhin erwähnten Sparhaushalts ist das aber mit nur 10 % gestaltbaren Ausgaben eine bemerkenswerte Leistung. Die seit dem Jahr 1991 entstaubte und neu akzentuierte Förderpolitik kann fortgeführt und verstetigt werden. Bei aller Sympathie für die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bin ich der Meinung, dass wir diese ablehnen müssen. Auch Sie wissen, dass eine Stellenausweitung nicht in die heutige Finanzlandschaft passt.

Nichtsdestotrotz gibt es Zuwächse und qualitative Verbesserungen. Ein Beispiel ist unser Renner der Jugendarbeit im ländlichen Raum, der mittlerweile 46 hauptamtliche Projekte im Land entstehen ließ.

Die Ehrenamtsförderung der Jugendtreffs in den ländlichen Gemeinden wird fortgesetzt und die Jugendleiterkarte ist eingeführt worden. Über zu gewährende Vergünstigungen wird verhandelt.

Die so wichtigen Projekte der Schulsozialarbeit werden verdoppelt, ebenso wie die Jugendsozialarbeit in Verbindung mit der Arbeitsverwaltung „Jungen Menschen neue Chancen aufzeigen“.

Der Vollständigkeit kann ich wegen der knappen Zeit nicht Genüge tun, aber ich weiß die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik mit diesem Haushalt - bei aller Sparsamkeit - weiterhin auf gutem Wege. Wir planen für die Zukunft der kommenden Generationen. Diesen gehört unsere Sorge und unser Verständnis.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Zu einer Kurzintervention erteile ich der Abgeordneten Frau Bill das Wort.

Abg. Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Spurzem, das kann man einfach nicht so stehen lassen. Sie erwecken den Eindruck, als wären unsere Vorschläge einfach nur überall draufgesattelt worden.

(Frau Spurzem, SPD: Nein! Nein!)

- Doch! Sie haben gesagt, wenn wir Geld hätten und keinen Sparhaushalt hätten, fänden Sie unsere Vorschläge natürlich begrüßenswert. Ich kann Ihnen sagen, dass Sie sie auch weiterhin begrüßenswert finden können.

(Frau Spurzem, SPD: Diskutierbar!)

Sie können ihnen sogar zustimmen, weil wir das alles umgeschichtet haben. Wir haben zum Beispiel die Gelder zur Förderung von Elterninitiativen für ein Sonderprogramm in diesem Bereich - andere Länder haben uns das vorgemacht und haben dadurch quantitativ und qualitativ Plätze geschaffen - woanders gestrichen, allerdings nicht zu viele Gelder. Wir haben die Kirche im Dorf gelassen und haben wenige Mittel für die Zuwendungen an die Kirchen gestrichen. Es müsste Ihnen doch einleuchten, dass das unbedingt gemacht werden muss, wenn wir uns die Situation der Beratungsstellen ansehen. Wir haben das auch in den letzten Haushalten erlebt, wie schnell es gehen kann, dass die Kirchen sich aus der Finanzierung herausziehen. Dann muss' man ihnen hinterherlaufen, weil andere Plätze nicht vorhanden sind.

Ich halte es für sehr, sehr wichtig, eine Trägervielfalt entstehen zu lassen und deren Entstehung zu fördern. Eine gute Möglichkeit wäre es, Elterninitiativen mit einem Teil dieses Geldes zu fördern. Ich will sie nicht alle abschaffen, weil ich die Qualität der kirchlichen Einrichtungen kenne und schätze. Es muss aber auf lange Sicht umgeschichtet werden. Was wir gemacht haben, ist eine Möglichkeit, das langsam aber sicher anzugehen.

Das führt zu keinem Pfennig mehr Ausgaben, als es in Ihrem Haushalt vorgesehen ist. So ist es auch bei allen anderen Dingen. Wir haben ganz genau umgeschichtet und sind dabei im Rahmen des Haushalts geblieben. Das sollten Sie bitte zur Kenntnis nehmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Dazu antwortet die Abgeordnete Frau Spurzem.

Abg. Frau Spurzem, SPD:

Frau Bill, es ist richtig, dass Sie an diesem Punkt keine zusätzlichen Forderungen gestellt haben, aber genau in den Bereichen, in denen Sie Einsparungen vornehmen wollen, wollen wir keine Einsparungen vornehmen.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das ist eine Dummheit!)

Also wären Ihre Anträge - wie ich vorhin gesagt habe - nicht begrüßenswert, sondern diskutierbar. Das, was dumm ist oder nicht dumm ist, lassen wir in der Bewertung derer, die die Einrichtungen nutzen. Die Einrichtungen laufen nach unserem Verständnis sehr gut, und in ihnen wird gute Arbeit gemacht.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Hatzmann das Wort.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich einiges zur Jugendpolitik dieses Landes sage, dann nicht, weil ich die neue jugendpolitische Sprecherin der Fraktion bin, sondern weil meine Kollegin Nicole Morsblech krank ist. Sie hat meine Rede mit Wort und Tat unterstützt; denn die Kompetenz, die sie in diesem Bereich entwickelt hat, kann ich bei weitem nicht erbringen. Deshalb meinen Dank an sie von dieser Stelle aus.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, in diesem Haushalt - das muss ich eingangs feststellen - ist etwas geschafft worden, das wirklich eine Hilfe für die kommenden Generationen darstellt. Zum einen ist es - das ist in der Verkoppelung der Argumente noch nicht vorgetragen worden - der Sparhaushalt; denn jede Schuldenbelastung und jedes Aufbauen von Schulden belastet künftige Generationen. Wenn wir wirklich etwas für künftige Generationen

machen wollen, ist es natürlich das Erste, sie mit weniger Schulden zu belasten. Daher ist das auch ein wichtiger Aspekt in der Frage der Jugendpolitik des Haushalts, dem man sich widmen muss.

Zum Zweiten ist es uns gelungen - das haben meine beiden Vorförderinnen betont -, die Mittel, die wir bisher in die Jugendhilfe und in alle damit verbundenen Aspekte hinein gebracht haben, zu sichern. Trotz des Sparhaushaltes sind wir in dem investiven Teil der Jugendarbeit nicht kleiner geworden, sondern haben das Niveau halten können. Das ist eine zweifache Säule, auf die wir unsere Jugendarbeit aufbauen können. Ich bin der Meinung, dass das auch sehr gut gelungen ist.

Eine stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in diesem Land kennzeichnet die Politik der Koalitionsfraktionen in der vergangenen Legislaturperiode, aber auch - das muss man immer wieder sagen - die vieler anderer politischer, in der Jugendarbeit tätiger Akteure: Auf allen Ebenen sind unzählige Menschen bemüht, Kinder und Jugendliche stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden, sie in ihrer Entwicklung zu unterstützen, Aktivitäten anzubieten, vor Kriminalität, Drogenmissbrauch und Gewalt zu schützen sowie Präventionsangebote anzubieten, Hilfe zur Erziehung auszudifferenzieren und am Einzelfall orientierte adäquate Hilfe anzubieten.

Auf einige Teilspekte gehe ich im Einzelnen ein. Das Land hat zum Auf- und Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen entscheidende Anstöße gegeben. Nicht zuletzt konnte aber nur deshalb ein breites Netz geschaffen werden, weil dies in Zusammenarbeit mit den vielfältigen Initiativen der Jugendverbände - also der freien Jugendverbände, in denen Partizipation direkt gelebt wird - und auch mit den Kommunen vor Ort passiert ist. Das Mitwirkungsrecht von Jugendlichen ist seit dieser Legislaturperiode in der Kommunalverfassung verankert und wird in vielen Kommunen auch gelebt.

Zur Vernetzung der vielfältigen Partizipationsinitiativen und zur Präsentation tragen seit einigen Monaten auch die erfolgreich aufgebauten Internetseiten bei - weitaus mehr als man sich das vielleicht vorstellen kann-, die den Jugendlichen vor Ort einen schnellen Zugriff ermöglichen. Diese ermöglichen die Chance, Kontakt zu anderen Initiativen aufzutreten und zu fragen: Who is who? Wer ist wo aufzufinden? Wer kann mir Hilfe geben? Wer sagt mir, wie das in anderen Verbänden und Vereinen gelaufen ist? - Außerdem kann man sich Anregungen holen oder Ansprechpartner finden.

Diese Vernetzung autonomer und sich im Freien bewegender Initiativen ist immer noch ein wichtiger Aspekt, den Politik und Gesellschaft leisten müssen. Diese Vernetzung ist eine gute Plattform. Aus diesem Grund ist sie zu unterstützen.

Wenn Sie einmal auf den Internetseiten nachschauen, sehen Sie einen kleinen Ausschnitt von dem, was Jugendliche alles

in diesem Land bewegen. Es ist wirklich eine Schimäre, zu glauben, dass wir von einer No-Bock-Generation zu einer Fun-Generation gekommen sind. Die Jugend ist heute nicht träge und nur spaßorientiert, sondern diese Internetseiten zeigen ganz eindrucksvoll, wie vielfältig Jugendliche in Rheinland-Pfalz tätig sind.

Wir sollten uns auch überlegen, wie wir den Jugendlichen diesen Weg zum Internet zugänglicher machen können, die ohne Mutterverbände und ohne Initiativen vor Ort agieren. Auffällig ist, dass es heute sehr viele Jugendorganisationen gibt, die sich nicht an traditionelle Vereine anschließen und auch nicht mit traditionellen Strukturen arbeiten, sondern die sich völlig selbstständig, losgelöst von allem schnell und sehr beweglich organisieren. Diese gezielter anzusprechen, muss eine der Zukunftsaufgaben sein, die wir zu bewältigen haben; denn über die organisierten Verbände und Vereine haben wir ein sehr gutes Strukturnetz aufgebaut. Diese haben wir sehr gut miteinander vernetzt.

In diesem Bereich gibt es - ich möchte das noch einmal betonen - eine Veränderung des Freizeitverhaltens von Jugendlichen, die sich oft auf eigene Faust engagieren, statt sich dauerhaft als Vereinsmitglied zu verstehen. Das muss man ganz genau beobachten und darauf achten, dass wir unsere Mittel, die wir haben, nicht fehlennen.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Daher sollten wir dieser Entwicklung in Zukunft mit neuen Konzepten noch stärker Rechnung tragen.

Meine Damen und Herren, von dieser Stelle aus möchten wir noch einmal deutlich machen, dass es auf Dauer sinnvoll wäre, über eine institutionelle Förderung des dritten Bildungsreferenten für die großen Jugendverbände nachzudenken. Wir wissen, wie schmerzlich es ist, diesen nicht zu haben. Wir müssen aber auch sehen, dass wir die Mittel dafür bereitstellen können.

(Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der wichtigere Schritt ist, zunächst einmal die kleinen Initiativen zu unterstützen. Man muss immer in Prioritäten denken. Der nächste Schritt, der anzudenken ist, muss von uns schon einmal vorgedacht werden. Dieser geht in die Richtung des dritten Bildungsreferenten.

Meine Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, es hat uns besonders überrascht, Ihren Antrag zu Kapitel 3 zu sehen, der sich mit der Förderung von Organisationen, Initiativen und Projekten der Lesben und Schwulen in diesem Land beschäftigt.

Frau Bill, Sie sind auf die gute und qualitätsvolle Diskussion in diesem Haus eingegangen. Das heißt jedoch noch lange nicht, dass wir die Notwendigkeit erkannt haben, über das,

was Sie an Förderung einbringen, auch weitere Förderung vorzunehmen. Jede gute Diskussion muss in einem neuen Fördertopf resultieren; denn die Landesregierung tut sehr vieles und hat auch hierfür Mittel bereitgestellt. Wenn wir jetzt einen neuen Haushaltstopf bilden, ist das nichts Weiteres als ein Alibi-Töpfchen, mit dem man sich ein bisschen schmücken kann. Das hilft nicht weiter.

Wenn Sie allerdings ansprechen, dass es Handlungsdefizite oder Bedarf gibt, stimmen wir dem durchaus zu. Wir haben dank der Anfrage und der Diskussion im Hause festgestellt, dass dort, wo wir auf dem Land Jugendliche haben, die in der Outcoming-Phase sind, das heißt, die nicht so richtig wissen, wo sie sich hinwenden sollen, und die nicht auf die Strukturen, die sich im städtischen Bereich sehr selbstständig entwickeln, zurückgreifen können, weiterhin Unterstützung notwendig ist. Das sehen wir auch. Wir halten es für überflüssig, in bestehende Organisationen einen Sondertitel zu geben. Von daher lehnen wir diesen Antrag ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einleitend erwähnte ich bereits die vielfältigen Bemühungen der Landesregierung im Bereich der Kriminalgewalt und Drogenprävention für Jugendliche. Eine besondere Rolle spielen die Bemühungen im Schulbereich, zum Beispiel Gebrauch von entsprechenden Projekten der Jugend- und Sportverbände zu machen, Streitschlichter oder Schülerassistenten auszubilden sowie der Einsatz von Schulsozialarbeit an besonderen Brennpunkten.

Wer sich das einmal vor Ort angesehen hat, muss es begrüßenswert finden, dass wir den Betrag für die Schulsozialarbeit in diesen zwei Haushaltsjahren verdoppeln können. Das ist konkrete Hilfe vor Ort, die direkt bei den Betroffenen ansetzt. Schulsozialarbeit hat einen unheimlich hohen Effekt bei viel zu geringem Personaleinsatz. Die Verdoppelung des Haushaltssatzes halten wir für den richtigen Weg.

In Rheinland-Pfalz hat sich in der Kriminalprävention gerade im Jugendbereich in den letzten Jahren vieles getan. Es haben sich in unzähligen Kommunen kriminalpräventive Räte gegründet, in denen sich Eltern, Schulen, Jugendverbände, die Politik und auch die Polizei um gemeinsame Ansätze zur Prävention bemühen und dies auch erfolgreich tun. Aus unserer Sicht ist es wichtig und richtig, dass wir die Akteure nach wie vor in hohem Maß unterstützen. Sie müssen jedoch - hierzu haben wir im vergangenen Jahr einen Antrag verabschiedet - noch mehr voneinander wissen und landesweit noch stärker vernetzt arbeiten, um vor Ort Informationen über einzelne Projekte noch schneller zugänglich zu haben.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Der Informationszugang und die Datenverarbeitung sind ein wesentliches Merkmal von Effizienz. Ein entscheidender Schritt wäre es, sie in der Internetpräsentation zu unterstützen, zu der es auch einen neuen Titel gibt. Auch hier haben

wir noch einmal Entscheidendes zu dem draufgelegt, was wir bisher schon geleistet haben.

Meine Damen und Herren, nach wie vor zeigt sich deutlich, dass die Landesregierung im Bereich der Hilfen zur Erziehung erfolgreiche Modellprojekte mit den Jugendämtern und den Ausbau von ambulanten und teilstationären Hilfen durchgeführt hat. Auch in diesem Doppelhaushalt werden weder das Land noch die Kommunen eine Kostenexplosion im Bereich der Hilfen zur Erziehung hinnehmen müssen. Die Ausdifferenzierung der Hilfen zur Erziehung sowie die entsprechende Qualifikation der Jugendämter hat aber auch dazu geführt, dass Familien und Jugendlichen adäquater geholfen werden kann, die familiäre Situation stärker Berücksichtigung findet und die Jugendliche oder der Jugendliche bei Schwierigkeiten nicht mehr unbedingt aus dem sozialen Umfeld gerissen werden muss. Auch dies ist ein entscheidender Beitrag zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität, aber auch zur Entwicklung unserer jungen Menschen in Rheinland-Pfalz.

Als noch nicht bewältigt sehen wir das Problem der Untersuchungshaft an, das nach § 72 Abs. 3 des Jugendgerichtsgesetzes - Frau Bill, Sie haben es angesprochen - zu lösen ist, wenn in einer Einrichtung der Jugendhilfe nur die Unterbringung in einem geschlossenen Heim möglich ist. Das ist der Fall, wenn Kinder und Jugendliche so kriminell wurden, dass eine Unterbringung angeordnet wurde. Hier fehlen nach wie vor Plätze.

Die F.D.P.-Fraktion möchte noch einmal dringend darauf hinweisen, dass junge Menschen ihre Untersuchungshaft nicht in der Haftanstalt, sondern möglichst in einem geschlossenen Heim verbringen sollten, was unserer Ansicht und unserer Meinung nach ein wesentlich adäquaterer Umgang mit Jugendlichen ist und sie nicht dem Schock der Untersuchungshaft und all seinen sozialen Indikationen aussetzt.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P.
und SPD)

Der letzte Bereich, der positiv hervorzuheben ist, ist die Medienerziehung, für die die Mittel in diesem Doppelhaushalt erheblich aufgestockt werden konnten. Mit den neuen Medien umgehen zu können, ist keine angeborene Eigenschaft, obwohl wir unseren Kindern zugestehen müssen, dass sie das wesentlich besser als wir beherrschen. Wir müssen trotzdem Kinder und Jugendliche in dieser Kompetenz weiter unterstützen. Das ist eine der ausschlaggebenden Zukunftskompetenzen. Dies gilt nicht nur für den Schulbereich, sondern auch für den Bereich der freien Jugendhilfe. Die Verbände in Rheinland-Pfalz haben dies längst erkannt. Sie sind in hohem Maße bereit, diese Entwicklung zu unterstützen.

Der Landesfilmdienst bietet zum Beispiel in seinem Projekt „Lokal-global“ seit einiger Zeit eine gute Möglichkeit, Jugendlichen Medienarbeit auch im ländlichen Raum zugänglich zu machen.

An dieser Stelle möchten wir noch einmal unserer Freude darüber Ausdruck verleihen, dass es dank der Hilfe eines großen Sponsors gelungen ist, das Projekt in einer Kombination aus staatlicher Förderung und Sponsoring durch die Anschaffung von neuen Rechnern weiter voranzubringen. Solche Sponsoring-Modelle sollten immer mehr Schule machen; denn auch private Firmen haben schließlich ein Interesse daran, dass in die Zukunft unserer kommenden Generation investiert wird.

An dieser Stelle komme ich auf die Jugendleiterkarte zu sprechen. Hier müssen wir noch einmal unsere Botschaft an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN adressieren; die für diese Zielsetzung einen eigenen Titel mit 200 000 DM für Vergünstigungen für Inhaber einer so genannten Jugendleiterkarte eingesetzt haben.

Frau Bill, das Land steht bereits in Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn, um zum Beispiel Vergünstigungen für die Bahncard zu erhalten.

(Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierbei handelt es sich genau um das gleiche Ziel, aber um einen anderen Weg: Statt staatlicher Töpfe und Subventionen beteiligen sich Private. Ich denke, das ist viel aussichtsreicher und viel motivierender, als permanent neue Subventionstöpfe aufzumachen.

Meine Damen und Herren, in dem Bereich privates Sponsoring und Moderation dieses privaten Sponsorings sehen wir noch einmal einen Schwerpunkt dieser Politik. Ich glaube, so weit ich erkennen kann, macht die Landesregierung das auch sehr erfolgreich.

Ich darf nun von den jugendpolitischen Aspekten in die frauopolitischen Aspekte überleiten. Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, an dieser Stelle zu zitieren, was mir während der Koalitionsverhandlungen am Anfang meiner politischen Karriere passiert ist. Ich habe als absoluter Neuling, nicht wissend, wie unser Koalitionspartner auf bestimmte Dinge reagieren wird, einfach einmal ganz frech einen Luftballon in diesen Koalitionsverhandlungen platzen oder steigen lassen und habe einmal ganz frech auf den Tisch geworfen: Eigentlich müsste das Frauenministerium abgeschafft werden. - Ich weiß nicht, ob Sie, Frau Ministerin Götte, sich daran noch erinnern können. Ministerpräsident Beck hat mir geantwortet: Ja, Frau Hatzmann, Sie haben natürlich Recht, Frauenpolitik ist ein Politikbereich, der sich eigentlich selbst überflüssig machen sollte.

(Staatsministerin Frau Dr. Götte:
Das ist auch unser Ziel!)

Ziel der Frauenpolitik ist, sich selbst überflüssig zu machen. Dann haben wir die Gleichberechtigung, auf die wir alle hinarbeiten. Aber leider - hat er ergänzt -, Frau Hatzmann, ist es

noch nicht so weit. Diesem Argument konnte ich natürlich dann auch gut folgen. Aber das Ziel ist es. Heute wird es als Gender-Mainstream umschrieben, Frauenpolitik vernetzt als Querschnittsaufgabe zu verstehen und so auch erfolgreich umzusetzen. Wir sind bei weitem und noch lange nicht so weit. Von daher ist es immer wieder notwendig, die frauopolitischen Aspekte zu diskutieren.

(Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich weiß, das ist sehr schade. Ich werde deswegen die Rede nicht unterbrechen, sondern noch einmal dort anknüpfen, Frau Bill, wo Sie die Frauenpolitik auch begonnen haben.

Es ist uns im frauopolitischen Haushalt gelungen, deutliche Akzente zu setzen. Das, denke ich - dies haben auch alle Vordner, egal von welcher Fraktion, hervorgehoben -, können wir uns auf unsere Schultern schreiben. Wir haben in einer gemeinschaftlichen Aktion gezeigt, dass man etwas bewegen kann. Darauf bin ich sehr stolz und sehr glücklich, weil die parlamentarische Einheit auch etwas dargestellt hat, was nach außen sehr oft nicht erkannt wird, dass wir sozusagen als Parlamentarier eine gewisse Budgetverantwortung und natürlich auch die Kontrollverantwortung tragen.

Wir haben natürlich nichts Unmögliches schultern können. Das ist klar geworden. Wir haben für alle Frauenhäuser des Landes Rheinland-Pfalz, für SOLWODI und für die Notrufe jeweils 20 000 DM aufstocken können, also 10 000 DM pro Jahr. Das war ein gewaltiger Schritt. Ich denke, das ist der richtige Hinweis; denn wer sich die Arbeit der Frauen in den Frauenhäusern und in den Notrufen anschaut hat, der weiß, dass mit dem, was wir professionell dort unterstützen, ein Mehrfaches, ein Zigfaches an ehrenamtlichem Engagement ausgelöst wird. Wenn wir das monetär bewerten wollen, kämen wir zu völlig ungeahnten Zahlen. Das sind Leistungen, die wir dringend brauchen, die wir aber bei weitem noch nicht ausreichend genug anbieten.

Ich bin auch sehr froh und sehr glücklich darüber, dass wir den Landesfrauenrat in seiner Bedeutung ein ganz klein wenig dadurch unterstützen können, dass wir den Haushaltstitel eingestellt haben. Die Vernetzungsfunktion eines solchen Rats, der immerhin fast 500 000 Frauen in diesem Land repräsentiert, sich als Dachverband der Frauenorganisationen versteht, denke ich, ist ein richtiges Signal, die Vernetzungsfunktion zu unterstützen. Ich weiß nicht, was die ersten Schritte sein werden, aber die Idee, auf das Ziel Vernetzung zu gehen, halte ich für ausgesprochen klug und sinnvoll, und ich freue mich darüber.

Wir haben die Zuschüsse - Sie haben das erwähnt, ich will das nicht alles wiederholen - für die Eingliederung und Wiederengliederung, also den ganzen arbeitsmarktpolitischen Teil, erhöht. Wir haben etwas getan, was leider so gut wie keiner zur Kenntnis genommen hat, zumindest nicht, wenn ich die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lese, die per-

manent versucht, die Repräsentationsmittel zu kürzen. Das trifft natürlich im Frauenministerium ausgerechnet die falsche Ministerin. Sie ist die Ministerin, die es geschafft hat, in ihrem Haus eine CD herauszugeben, in der alle Frauenförderprogramme, die es gibt, weltweit, europaweit, deutschlandweit, ---

(Zurufe der Abg. Frau Bill und Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie haben die Repräsentations- bzw. die Publikationsmittel gekürzt. Eine solche Arbeit, wenn sie einmal entwickelt ist, muss gepflegt werden. Selbstverständlich muss man auch - in die Zukunft hinein gedacht, die immer stärker auf solche Medien setzt - die Titel entsprechend erhöhen. Das hat doch mit Wahlkampf nichts zu tun. Das hat vielmehr etwas damit zu tun, dass es ein extrem erfolgreiches Projekt ist. Sie müssen sich einmal in diese CD einklicken.

(Zuruf der Abg. Frau Bill,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich spreche auch nicht Sie an, Frau Bill. Ich fordere alle Kollegen auf, sich das einmal anzuschauen. Wir kommen auf eine Datenbank, die ganz einfach zu bedienen ist, nicht alles, dass sogar schon die Anträge für die Förderung drin sind. Ein solches Hilfsmittel würde ich mir für viele Bereiche wünschen. Ich halte das für extrem anwenderfreundlich. Ich weiß, dass das jedes Jahr fortgeschrieben werden muss, sonst ist es nicht mehr aktuell, dann nutzt es nichts mehr. Das heißt, wir müssen in Zukunft viel mehr Geld in diesen Bereichen ausgeben, weil es uns viel Arbeit im Einzelfall erspart. Das, denke ich, ist die richtige Ausrichtung.

Zur Frage der Schwangerschaftskonfliktberatung, Frau Bill, wir unterstützen es, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen, weil es sich um ein Thema handelt, das uns sicher noch dieses Jahr begleiten wird. Ich denke auch, dass die Diskussion darüber notwendig ist. Aber ich möchte auch nicht verkennen, dass, wenigstens soweit ich das beobachten kann, die katholische Kirche, die große Schwierigkeiten hat, aus welchen Gründen auch immer, das haben wir hier diskutiert, sich trotzdem ernsthaft bemüht, in der Schwangerschaftskonfliktberatung zu bleiben.

Ich kann für meinen eigenen Kreisverband sagen, dass die Diözese gesagt hat: Wir machen das, egal, was der Bischof sagt und was beschlossen ist. Wir bleiben weiter drin, und sie haben das auch an der Kirche plakatiert. Sie haben eine Fahne heruntergehängt und das darauf angekündigt. Man hat sogar für dieses Haushaltsjahr die Beratungstätigkeit und die Hilfe für Mütter oder werdende Mütter erweitert. Das ist eine Bewegung und ein Streit innerhalb der katholischen Kirche, den wir nicht von außen entscheiden können.

Ich kann nur sagen: Wenn wir es ganz allein machen müssten und keinen Träger finden würden, würde es für uns wesentlich teurer werden. Von daher wünsche ich uns die Ruhe und

die Kraft, dieses Jahr noch abzuwarten und die Anträge auf Übernahme von Teilberatung, die vorliegen, auch zu unterstützen. Ich sehe für das nördliche Rheinland-Pfalz die plurale Beratung bei weitem nicht gewährleistet. Ich würde mir sehr wünschen, wir hätten den einen oder anderen freien Träger, der das mit übernehmen würde. Nicht jeder hat im nördlichen Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, innerhalb einer angemessenen Zeit nach Koblenz zu kommen. Ich denke, hier ist noch Platz und die Möglichkeit, ein weiteres Angebot unterzubringen.

(Glocke des Präsidenten)

In diesem Sinn werde ich das sicher unterstützen. Aber die Diskussion zu treiben und zu riskieren, dass durch unser Treiben die Kirchen' ganz aussteigen müssen, halte ich für verfehlt. Deswegen warte ich die Diskussion ab.

Ich darf mich bedanken.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Vizepräsident Heinz:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Granold das Wort.

Abg. Frau Granold, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Anbetracht des begrenzten Haushaltsvolumens im Frauenhaushalt unterstützen wir die Schwerpunkte, die im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und der Gewalt gesetzt wurden. Wir kritisieren aber auch gleichzeitig, dass Titel eingestellt wurden, die grundsätzlich in andere Einzelpläne gehören. Nur der Sache wegen nehmen wir dies hin, achten aber dennoch sorgsam darauf, dass Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe in den anderen Einzelplänen entsprechend berücksichtigt wird.

Im Bereich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik werden in einem Gesamtansatz von knapp 7,5 Millionen DM immerhin 6,3 Millionen DM bzw. 6,4 Millionen DM gebunden. Das ist in Anbetracht der Arbeitslosenzahl von durchschnittlich 9,5 % - überproportional hoch in Rheinland-Pfalz - absolut gerechtfertigt, wenn auch die eingestellten Mittel in diesem Bereich entgegen der Tendenz des Gesamthaushalts geringer ausgefallen sind.

Auch mit dem Prinzip des ganzheitlichen Ansatzes, aber auch der stärkeren Akzentuierung im Bereich der präventiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ist der richtige Weg eingeschlagen. Dies trifft auch für den zweiten Schwerpunkt, und zwar für das Antigewaltprojekt, zu. Ich bedauere außerordentlich, dass bei diesem Thema - es ist ein fraktionsübergreifener Antrag, der in allen Ressorts umgesetzt werden

soll - nur zwei Mitglieder der Landesregierung anwesend sind. Ich denke, das ist ein Affront.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eigentlich wollte ich mich gerade in Anbetracht der seltenen Einmütigkeit - ich sagte es bereits, es ist einstimmiger Beschluss des Landtags - zur Urheberschaft dieser Initiative schon der Bedeutung der Sache wegen gar nicht groß äußern. Nun lese ich aber in der „Rhein-Zeitung“ vom 18. Februar, dass SPD und GRÜNE diese Urheberschaft jeweils für sich beanspruchen. Streiten Sie nicht weiter, die Initiative ging allein von der CDU aus.

(Beifall der CDU)

Unser umfassender Antrag vom 2. April 1998 - zwei Wochen später ging ein kleines Anträgechen von der SPD ein - war die Basis für die spätere einstimmige Beschlussempfehlung.

Leider hat es bei der jetzigen Umsetzung des Beschlusses zunächst ganz erheblich gehakt. Der Haushaltsentwurf sah 400 000 DM im Einzelplan 09 vor. Dort hat das Ganze aber eigentlich überhaupt nichts zu suchen. Es geht um die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahbereich. Gefordert sind ganz andere Ressorts.

In einem weiteren Kraftakt haben jetzt die Fraktionen, letztendlich wiederum in einem gemeinsamen Entschließungsantrag, nachgebessert. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Punkt, dass Zuschüsse auch für Notrufe, Frauenhäuser und andere Beratungsstellen, wie beispielsweise SOLWODI - im Übrigen eine jahrelange, teilweise existentielle Forderung -, erhöht wurden.

Wir können, so denke ich, mit der jetzigen Umsetzung unseres Antrags zumindest einstweilen zufrieden sein, waren wir doch in gewisser Weise ein Vorreiter auf Bundesebene. Selbst das Europäische Parlament hat sich im vergangenen Jahr dieses Problemfeldes angenommen. Diese Form der Gewalt ist also nicht typisch deutsch, sie ist europäisch, ja sogar weltweit.

Wenn ich vorhin Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe angeprochen habe, lassen Sie mich noch ein ganz anderes Feld besprechen, und zwar die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und insbesondere die Kinderbetreuung. Wir haben im September 1999 einen Antrag auf flächendeckende Einrichtung von Tagespflegebörsen gestellt, der im Plenum allerdings noch nicht behandelt wurde. Er war bisher nur im Ausschuss beraten worden. Wir wollen damit der steigenden Nachfrage nach flexiblen Betreuungsformen Rechnung tragen. Die Ursache liegt darin, dass sich auch die Arbeitszeiten flexibilisiert haben. Nur noch 15 % der Arbeitnehmer arbeiten in der normalen Arbeitszeit, 85 % dagegen sind in flexiblen Beschäftigungsformen tätig. Entsprechende Entschlüsse-

Bungsanträge liegen vor. Frau Hammer hat es vorhin erwähnt, und ich hoffe, Sie stimmen dem zu.

Ich möchte weiterhin den Landesfrauenrat ansprechen. Seit Jahren fordern wir - bislang leider vergeblich - die institutionelle Förderung des Landesfrauenrats mit bescheidenen 20 000 DM. 28 Frauenverbände, die rund 400 000 Frauen vertreten, stehen dahinter. Andere Bundesländer fördern ein Vielfaches davon. Der vorliegende Haushaltsentwurf berücksichtigt den Landesfrauenrat erneut nicht. Erfreulich ist allerdings, dass SPD und F.D.P. nun in einem Änderungsantrag die Unterstützung von 10 000 DM vorgeschlagen haben. Geben Sie sich doch einen Ruck! Was sind 20 000 DM bei einem Volumen von 7,5 Millionen DM? Die vielen Frauen draußen würden es Ihnen danken. Dort wird in vorbildlicher Weise ehrenamtlich gearbeitet.

Ein letzter, dennoch sehr wichtiger Punkt ist die Schwangerenkonfliktberatung, die bereits mehrfach angesprochen wurde. Wir hoffen, dass es nicht nur Lippenbekentnisse in den letzten Beratungen waren, als Sie sich nach dem Aus aus Rom für den Erhalt des katholischen Elements in der Konfliktberatung ausgesprochen haben. Die derzeitigen Bemühungen hierum können nur dann zum Erfolg führen, wenn auch die entsprechenden Mittel - gegebenenfalls auch aufgestockt - bereitgestellt werden.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Kollegin Frau Kipp das Wort.

Abg. Frau Kipp, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Weinbaugebiet wirbt mit dem Bild von zwei jungen attraktiven Frauen, zwischen denen ein unsicher lächelnder Mann posiert. Text: „Wollen wir den wirklich mit ins nächste Jahrtausend nehmen?“

Eine Marke für Damenmoden betitelt das Bild eines Mannes im Businesskostüm und Nylons mit „Mode für das starke Geschlecht“.

Ein Hersteller für Damenunterwäsche wirbt für seine Dessous mit dem Slogan: „Dieser BH ist leicht zu öffnen, sogar für blinde Männer.“

(Heiterkeit im Hause)

Na, endlich! Wenn sich die Werber, die kreative Avantgarde, sich derart über Männer lustig machen, dann dürften die Zeitschriften der herrschaft dieses überschätzten Geschlechts demen der Vorher

nächst vorbei sein. Dann wird bald abgeräumt, was nach 30 Jahren Emanzipationsbewegung noch an praktischer Dominanz der Männer übrig blieb. Dann wird Haus- und Familienarbeit zu gleichen Teilen von beiden Geschlechtern erleidet, und häusliche Gewalt ist nur noch eine böse Erinnerung.

(Zuruf von der SPD: Dann wird ein Männerministerium eingerichtet!)

Aber, es wird wohl noch Jahrzehnte dauern, bis dies so weit und der Feminismus am Ziel ist. Dieser Text ist aus der letzten Ausgabe des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes“ der christlichen Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur zitiert, geschrieben von zwei Männern. Für einige vielleicht etwas überspitzt formuliert, ist jedoch der Nagel genau auf den Kopf getroffen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist auch zu Beginn des neuen Jahrtausends noch lange nicht hergestellt, und es sind fast ausschließlich die Frauen, die nach wie vor vielfältigen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

Die Zeit ist schon sehr lange reif, diese Verhältnisse in unserer Gesellschaft zu ändern. Der Anspruch der Frauen auf gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft in allen sozialen Beziehungen, im Erwerbsleben und in der Politik muss endlich eingelöst werden; denn Frauen sind schneller und länger von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie verdienen immer noch ein Drittel weniger als Männer, Frauen stellen über 90 % der Teilzeitbeschäftigte. Frauen sind in Führungspositionen nur wenig vertreten. Frauen sind immer noch überwiegend allein verantwortlich für die Familienarbeit zuständig. Deshalb erhalten Frauen die niedrigsten Renten - im Durchschnitt 1 000 DM weniger als die Männer -, erhalten die niedrigsten Lohnersatzleistungen, stellen den größten Anteil an den Sozialhilfeempfängern, und Frauen sind von Männergewalt betroffen.

Dieser letzte Punkt war im vergangenen Jahr der Schwerpunkt der frauenpolitischen Arbeit im Landtag. Im August wurde - meine Vorehrerinnen haben es alle erwähnt, aber es ist wert, noch einmal erwähnt zu werden - im Plenum mit den Stimmen aller Abgeordneten ein gemeinsamer fraktionsübergreifender Antrag „Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahbereich“ verabschiedet. So etwas kommt weiß Gott nicht alle Tage vor, und so nutze ich heute die Gelegenheit, noch einmal allen, die an diesem Zustandekommen beteiligt waren, ganz herzlich zu danken.

Der Antrag stellt die Dimension von Männergewalt im sozialen Nahraum fest, zeigt die gesellschaftlichen Ursachen auf und fordert vom Staat, die Bekämpfung von Gewalt im privaten Bereich als öffentliche Aufgabe anzuerkennen und zu handeln.

Noch vor wenigen Jahren war dieses ebenso komplexe wie sensible Thema weitgehend tabuisiert, da Gewalt gegen Frauen sehr häufig in vertrauten familiären Räumen stattfindet und die Täter meist aus dem engeren Familiengen- oder Be-

kanntenkreis stammen. In dieser Plenarsitzung im August wurde das Thema in aller Ausführlichkeit inhaltlich diskutiert. Heute bei der Beratung des Frauenrats für die Jahre 2000/2001 ist es unsere gemeinsame Aufgabe, für die zur Umsetzung notwendigen finanziellen Mittel zu sorgen. Heute muss - wie Kollegin Hedi Thelen es formulierte - Butter bei die Fisch, und die Butter kann sich in der Tat sehen lassen.

400 000 DM sind zusätzlich im Frauenhaushalt eingestellt worden, um ein Interventionsprogramm im städtischen und ländlichen Bereich durchzuführen. Es soll eine Koordinierungsstelle eingerichtet und eigene Maßnahmen durchgeführt werden. Im Vorfeld geäußerte Ängste, die neue Haushaltsstelle könne zu Lasten anderer bestehender Frauenprojekte gehen, hat sich als unbegründet erwiesen.

Trotz des engen Sparhaushalts - wie oft haben wir das Wort heute und gestern schon gehört - ist dieses Geld zusätzlich eingestellt worden, und auch unsere Forderung, andere Ministerien mit zu beteiligen, sind - wenn auch nicht ganz - erfüllt worden. Das Innenministerium hat zur Unterstützung drei neue Haushaltsstellen in einer Gesamthöhe von 50 000 DM pro Haushalt Jahr eingerichtet. Veranschlagt sind Mittel zur Fortbildung von Polizeibeamtinnen und -beamten im Bereich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahbereich und zur Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen mit anderen Trägern, beispielsweise den Frauennotrufen und für themabezogene Öffentlichkeitsarbeit.

Sowohl im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung als auch im Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen wurden die Ansätze für die Schulsozialarbeit deutlich erhöht, um die Form der sexualisierten Gewalt gegen Mädchen besonders berücksichtigen zu können.

Der Entschließungsantrag zum Landshaushaltsgesetz - Drucksache 13/4800 - ist ebenfalls ein gemeinsamer Antrag aller im Landtag vertretenen Fraktionen und soll noch einmal die Wichtigkeit des Themas unterstreichen. Die langjährigen Erfahrungen der Fachfrauen in den Notrufen, Frauenhäusern und SOLWODI sollen ausdrücklich mit einbezogen werden.

Liebe Gisela, auch ich freue mich ganz besonders, dass es uns gelungen ist, ~~wenn auch in zähen Verhandlungen~~, für alle 17 Notrufe, 12 Frauenhäuser und SOLWODI, die Anlaufstelle für von Menschenhandel und Zwangsprostitution bedrohte Frauen aus der Dritten Welt und Osteuropa, eine Anhebung der Landeszuschüsse zu erreichen. Alle erhalten pro Haushalt Jahr jeweils 10 000 DM mehr. Damit sind die finanziellen Voraussetzungen für die Intensivierung einer erfolgreichen Bekämpfung der häuslichen Gewalt gegeben.

Ein weiterer Schwerpunkt im Frauenhaushalt sind seit vielen Jahren die speziellen arbeitsmarktpolitischen Programme für Frauen. Die Landesregierung investiert hohe Summen in die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dazu werden wir morgen bei der Beratung des Einzelplans 06 noch viel hören. Es ist aber

ganz wichtig, dass im Frauenministerium Mittel für ganz besondere Programme bereitstehen. Diese Wiedereingliederungsprogramme für Frauen in den Arbeitsmarkt sind seit Beginn des Frauenministeriums in Rheinland-Pfalz - seit 1991 - ein wichtiger Schwerpunkt. Hier wurden ebenfalls 400 000 DM mehr für den Doppelhaushalt durch Umschichtung zur Verfügung gestellt. Diese Haushaltsstelle ist mit den Zuschüssen zu Maßnahmen von arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit betroffenen Frauen deckungsfähig.

(Glocke des Präsidenten)

Ich möchte noch erwähnen, der Landesfrauenrat bekommt in diesem Doppelhaushalt erstmals eine Bezugssumme, und zwar jeweils 10 000 DM in beiden Haushaltsjahren zur Unterstützung seiner Vernetzungsarbeit. Frau Granold, dies ist ein Einstieg. Falls der Haushalt es hergeben wird, gibt es immer noch die Möglichkeit, über eine andere Zuwendung nachzudenken.

(Glocke des Präsidenten)

Der Doppelhaushalt 2000/2001 ist ein enger Sparhaushalt, dies muss ich wiederholen. Dass der Frauenetat zusätzliche Mittel erhalten hat, unterstreicht die Bedeutung der Frauenpolitik in diesem Land. Seit es ein Frauenministerium und eine Frauenministerin in Rheinland-Pfalz gibt, hat sich sehr vieles getan.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bin mir ganz sicher, es wird sich auch noch sehr viel tun. Rheinland-Pfalz ist auf einem guten Weg.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Staatsministerin Frau Dr. Götte das Wort.

**Frau Dr. Götte,
Ministerin für Kultur, Jugend, Familie und Frauen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei allen hier im Saal Anwesenden und ganz besonders bei den Rednerinnen und Rednern für die unterstützende, fördernde, kritische und anregende Begleitung unserer gemeinsamen Kultur-, Jugend-, Familien- und Frauenpolitik im Land Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, in dieser Debatte wurde sehr viel darüber diskutiert, welche Auswirkungen der Haushalt 2000/2001 auf die Kommunen hat. Die Belastungen wurden genannt. Was weniger zur Sprache kam, waren die Entlastungen, die in die Rechnung natürlich einbezogen werden müssen. Dazu möchte ich einige Fakten nennen.

Sie wissen, dass Erziehungshilfe, zu der auch die Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen gehört, eine teure Angelegenheit ist. 75 % tragen die Kommunen, 25 % das Land. Nun wurde durch pädagogisch sinnvolle Alternativen, über die ich im Ausschuss schon mehrfach berichtet habe, und durch moderate Steigerungen der Leistungsentgelte in den Einrichtungen erreicht, dass wir 1999 11 Millionen DM im Land gegenüber dem Ansatz gespart haben. Das macht auf kommunaler Seite dreimal so viel aus, also 33 Millionen DM. Das ist schon ein erheblicher Betrag. Diese Einsparungen sollten Sie nicht aus den Augen verlieren, wenn wir jetzt von einer Belastung von 20 Millionen DM reden müssen, weil Bund, Land und Kommunen sich die Kosten des Unterhaltsvorschusses teilen sollen. Das werden auch andere Länder machen. Im CDU-regierten Nachbarland Hessen ist es bereits beschlossenes Gesetz.

Wenn Sie nüchtern über die Struktur des Unterhaltsversorgungsgesetzes nachdenken, was auch von Herrn Frisch, glaube ich, gesagt wurde, werden Sie zugeben, dass es in der Tat nicht besonders klug war, diejenigen, die die Gelder bei den säumigen Vätern eintreiben sollen, mit keiner Mark an Ausgaben oder Einnahmen zu beteiligen.

(Mertes, SPD: Sehr richtig!)

So erklärt sich nämlich die geringe Rücklaufquote, die in den einzelnen Jugendämtern ganz unterschiedlich ist und zwischen 13 % und 36 % lag. Wir hatten sogar Jahre, in denen die Rückzahlquote bei einzelnen Jugendämtern nur 9 % der Gelder betrug, die als Vorschuss bezahlt wurden.

Kommunalfreundlich ist auch unser enormer Beitrag zum Ausbau der Kindertagesstätten, für den es keinerlei gesetzliche Verpflichtungen gab und gibt. Rund 45 000 neue Plätze werden in der Zeit von 1991 bis 2003 in Rheinland-Pfalz von der Landesregierung mit einer Summe von ca. 226 Millionen DM mitfinanziert sein. Dass gleichzeitig die Personalkostenzuschüsse von ca. 163 Millionen DM im Jahr 1991 auf 316 Millionen DM im Jahr 1999 angewachsen sind, möchte ich nur am Rand erwähnen.

Trotz eines Rückgangs der Kinderzahl sind hier und da weitere Kindergartenplätze notwendig, weil es kleineren Kindern natürlich wenig nützt, wenn freie Plätze in der Nachbarstadt vorhanden sind. Kleine Kinder brauchen kleine Wege, also brauchen wir noch Verpflichtungsermächtigungen auch für die Jahre 2002 und 2003.

Darüber hinaus wollen wir die Chance nutzen, was auch von den Rednerinnen und Rednern gefordert wurde, die frei werdenden Plätze im Kindergarten für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren oder für die Betreuung von Schulkindern zu nutzen. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir noch einen Nachholbedarf haben.

Das Land kann sich darauf verlassen, dass mein Ministerium ein Höchstmaß an Flexibilität in den Kindergärten fördert

und unterstützt. Frau Hammer, wenn Sie Beispiele dafür haben, in denen diese Flexibilität durch unsinnige Bürokratie unterlaufen wurde, dann ist dies nicht mit dem Willen meines Ministeriums geschehen. Das gilt für die Öffnungszeiten und die Organisation der Mahlzeiten ebenso wie für Integrationsfragen, denen wir uns stärker widmen müssen.

(Frau Hammer, CDU: Wir geben Ihnen das schriftlich!)

Ich meine die Integration von behinderten Kindern in allgemeine Einrichtungen und anderes. Allerdings muss eines klar sein: Wir bestehen natürlich auf der hohen Qualität der Kindergartenbetreuung in den Kindertagesstätten. Nirgends kann und muss soviel kompensatorische Erziehung geleistet werden wie in den Kindergärten. Das kann man nicht im Massenbetrieb machen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Deshalb müssen neue Aufgaben, die die einzelnen Kindergärten mit übernehmen sollen, zum Beispiel die Betreuung noch jüngerer Kinder, von Zusatzqualifikationen der Fachkräfte, von Fort- und Weiterbildung und intensiver Beratung begleitet werden. Auch das wird vom Land gefördert.

Meine Damen und Herren, Herr Böhr hat gestern gesagt, die Zukunft eines Landes entscheidet sich im Klassenzimmer. Ich würde noch eine Etage tiefer ansetzen und sagen, die Zukunft eines Landes entscheidet sich in der Familie. Dass das nicht immer eine gute Zukunft ist, wissen wir alle. Gewalt in der Familie, dramatisch ansteigende Scheidungszahlen, Eltern, die ihrer Erziehungsaufgabe überhaupt nicht gewachsen sind, ungewollte Schwangerschaften, Anstieg der Kinderkriminalität, die große Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfempfänger, eine dramatische Verschuldung vieler Familien, all das bringt erhebliche Belastungen für die Kommunen nicht nur bei der Sozialhilfe, sondern auch bei den Jugendämtern, deren Aufgabe es laut Gesetz ist, überall dort einzutreten, wo Kinder und Jugendliche gefährdet sind.

Kindergefängnisse sind keine Lösung, die ich akzeptieren würde. Ich habe schon so oft darauf hingewiesen, dass die stille Arbeit der Jugendämter gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Welche wichtige Rolle sie bei Bewältigung der Zukunft spielen, wird viel zu selten erwähnt.

Wir beschreiben wortreich den Wandel, der sich zum Beispiel im technischen Bereich vollzieht. Da greifen wir zu vielen teuren Maßnahmen, zum Beispiel im Multimediacbereich, um Perspektiven für die Zukunft zu gewinnen. Der Wandel der Familie schafft nicht weniger Handlungsbedarf, den die Kommunen allein nicht bewältigen können.

Das Land hilft dabei auf verschiedenen Aktionsfeldern, die in diesem Haushalt aufgeführt sind. Beispielhaft nenne ich 47 Schuldenberatungsstellen mit 61 Fachkräften, die von uns mit jeweils 48 000 DM bezuschusst werden; ein großes Netz

an Erziehungsberatung, Ehe-, Familien- und Lebensberatung. Frau Bill, wenn Sie fordern, dass auch noch eine Broschüre für Eltern von lesbischen oder schwulen Jugendlichen erstellt wird, dann ist das eine gute Anregung. Dies sollten wir durchaus aufgreifen.

(Beifall der Abg. Frau Bill und Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fördern die Suchtberatung in verstärktem Maße. Zur Schwangerschaftsberatung möchte ich heute nichts sagen, weil ich mich schon ausführlich dazu geäußert habe. Aber auch diese ist auf einem guten Weg. Es wird auch in Zukunft katholische Beratungsstellen geben, Frau Granold, darauf können Sie sich verlassen.

Dass die 17 Frauenhäuser und 12 Notrufe eine deutlichere Förderung erfahren, nimmt mir eine Last von der Seele. Ich bin sehr dankbar, dass Sie es möglich gemacht haben. Wir haben die 13 Kinderschutzzdienste, wir haben die Schulsozialarbeit - eine ganz wichtige Einrichtung, die auf weitere 9 Schulen ausgedehnt wird -, und wir haben die Täter-Opfer-Ausgleichsinitiative sowie ambulante und teilstationäre Hilfen zur Erziehung, die durch neue Angebote ergänzt werden. Wir haben die Einrichtung von Jugendhilfestationen im ländlichen Raum, den Einsatz von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in der Familie (zeitlich befristet), wir haben Video-Hometraining und eine breite Fortbildung von Fachkräften. All das hat sich als sehr effektiv erwiesen.

Noch nie in der Geschichte unseres Landes wurden die Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben, die ihnen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz zugewiesen sind, so massiv unterstützt wie jetzt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Natürlich kann sich Jugendpolitik nicht in der Beschäftigung mit gefährdeten Kindern und Jugendlichen erschöpfen. Eine gute Schule, genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätze gehören dazu. Ich bin froh, dass ca. 8 300 junge Menschen von dem Jugend-Sofortprogramm der Bundesregierung profitieren können. Jugendpolitik meint aber auch die Förderung der Jugendverbände und die Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, sich sportlich, sozial oder künstlerisch zu betätigen. Ich danke dem Landtag, dass der Haushalt mir diese Möglichkeit im Rahmen dessen gibt, was ein Sparhaushalt hergeben kann.

Mein Haushalt will außerdem einen Beitrag zur vermehrten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und zur Unterstützung eigener Projekte dieser Kinder und Jugendlichen leisten. Dafür und nicht für Wahlkampfzwecke, wie die CDU in ihrem Antrag befürchtet, sind die Mittel „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ vorgesehen, ganz im Sinn der Enquete-Kommission „Kinder und Jugendliche“. Ich bin gern bereit, jedes Mal im Einzelnen abzurechnen, was mit diesem Geld

geschehen ist, damit Sie wirklich die Kontrolle haben, dass es dafür verwendet wird und nicht für eine Imagekampagne der Ministerin.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Medienerziehung bleibt selbstverständlich ein weiterer Schwerpunkt innovativer Jugendarbeit. Mit Lokal/Global verfügt Rheinland-Pfalz über das erste mobile Internet-Café. Jetzt ist geplant, ein elektronisches Jugend-Informations-System aufzubauen oder auszubauen, so weit wir es schon haben. Dieser Jugendserver soll umfassend über Jugendeinrichtungen und Jugendprojekte informieren und mit einem Jugendserver auf Bundesebene verbunden werden. Für solche Projekte geben wir unsere hauseigenen Mittel aus.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Medienerziehung umfasst natürlich auch Jugendmedienschutz. Gewalt und Pornografie, die zum Beispiel über das Internet verbreitet werden, zwingen zu noch konsequenterem Handeln. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der länderübergreifenden Einrichtung „jugendschutz.net“, für die wir die Federführung in Rheinland-Pfalz haben, spüren jugendgefährdende Angebote im Internet mittels einer speziell entwickelten Software auf und veranlassen die jeweiligen Anbieter, diese Angebote für Jugendliche zu sperren oder zu entfernen. Das ist eine segensreiche Einrichtung.

Wir sind ein Dienstleistungsunternehmen - so verstehen wir unser Ministerium. Die bei uns angesiedelte Leitstelle Partizipation dient als zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle, berät, informiert, initiiert Modellprojekte und organisiert den fachlichen Erfahrungsaustausch. Sie hat den Schwellenwert zwischen den Jugendlichen, die vor Ort aktiv sind, und einem Ministerium, das eine anonyme Macht ist, erheblich gesenkt.

Als Motor für Partizipation wirkt auch die breit angelegte Fortbildung für Fachkräfte aus den Kommunen und der Jugendarbeit. Sie sehen, die Familien- und Jugendpolitik der Landesregierung ist im Grunde eine ganz breit angelegte, differenzierte und vielschichtige Unterstützung der Kommunen, der Kirchen und der Verbände bei der Bewältigung ihrer vielschichtigen und vielseitigen Aufgaben.

Einige Sätze zur Frauenpolitik. Frau Hatzmann, Sie haben Recht: Unser Ziel ist es in der Tat, das Frauenministerium überflüssig zu machen. - Leider ist es immer noch nicht überflüssig. Wir sind zwar unserem gemeinsamen Ziel, Gleichberechtigung tatsächlich verwirklicht zu sehen und dann diesen Teil des Ministeriums, wie Sie gesagt haben, überflüssig zu machen, wieder ein Stück näher gerückt; denn in den nächsten Tagen werde ich dem Landtag den ersten Bericht zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes vorlegen. Es zeigt, dass wir im öffentlichen Dienst immerhin in den Berei-

chen des mittleren und des gehobenen Dienstes die 50-Prozent-Marke so gut wie erreicht haben.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Aber der Bericht zeigt auch - das ist seine Aufgabe -, dass noch Handlungsbedarf besteht. Unterrepräsentanz von Frauen gibt es nach wie vor in den meisten politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Um die Erwerbschancen von Frauen nachhaltig zu verbessern, ist künftig eine stärkere Verzahnung von Frauenpolitik mit Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturpolitik notwendig, wie unsere ersten Versuche deutlich gezeigt haben.

Wiedereingliederungsmaßnahmen für Frauen in das Erwerbsleben nach einer Familienphase tragen dem ebenso Rechnung wie zum Beispiel Beschäftigungs- und Existenzgründungsprojekte für Frauen. Innovative Wege beschreiten wir mit dem Projekt „Beschäftigungssicherung von Frauen im Druck- und Verlagswesen“ sowie mit dem grenzüberschreitenden EU-Projekt „Struktureller Wandel in den Einrichtungen der Finanzdienstleistungen“ mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung von Frauen im Bankwesen. Wir schauen immer, wo es Bereiche gibt, in denen ansteht, dass eine große Zahl von Frauen entlassen werden könnte. Da greifen wir ein und versuchen, innerhalb dieses Bereichs sinnvolle neue Aufgaben für Frauen zu entdecken und die Frauen entsprechend zu qualifizieren.

Ich möchte mich besonders bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD- und der F.D.P.-Fraktion bedanken, die im Rahmen der Haushaltsberatungen durch ihren Antrag ermöglicht haben, dass wir uns in dem zu verabschiedenden Doppelhaushalt insbesondere Frauen zuwenden können, die bisher von der Sozialhilfe gelebt haben. Wir haben den Beweis erbracht, dass wir gerade bei dieser schwierigen Klientel besonders gute Erfolgsschancen haben, weil wir sehr individuell mit einem etwas anderen Konzept, als es auf dem Arbeitsamt üblich ist, auf diese einzelnen Frauen eingehen - mit großem Erfolg. Dank der Aufstockung wird es nun möglich sein, zwei weitere Trainings- und Integrationsseminare für allein erziehende Sozialhilfeempfängerinnen, also die schwierigste Gruppe überhaupt auf dem Arbeitsmarkt, durchzuführen.

(Frau Bill, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das sollte der Herr Gerster bezahlen! -
Mertes, SPD: Was ist daran falsch?)

Darauf baut ein weiteres Seminar zur Qualifizierung dieser besonders benachteiligten Zielgruppe auf.

Der Erfolg unserer arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen - auch dank hochqualifizierter Mitarbeiterinnen, die ich im Ministerium habe - spricht für sich. 1999 wurden insgesamt 30 Orientierungskurse mit 442 Teilnehmerinnen durchgeführt. Ein Teil dieser Kurse ist noch nicht abgeschlossen, aber für 1998 haben wir die Ergebnisse. Ein gutes Drittel der Teilnehmerinnen hat nach erfolgreichem Abschluss des Orientie-

rungskurses wieder eine Erwerbstätigkeit aufgenommen. Ein weiteres Viertel der Frauen befindet sich auf einer Fortbildung. Lediglich ein Fünftel ist noch auf Stellensuche. Der Kreis derjenigen Personen, die die Maßnahme nicht beenden konnten, liegt bei nur 10 %. Das ist, wenn man sich auf schwer zu Vermittelnde konzentriert, ein sehr gutes Ergebnis, auf das ich natürlich auch ein bisschen stolz bin, auch wenn die Arbeit und die Konzepte andere entwickelt haben als ich. Das ist klar.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

In den regionalen Planungsgemeinschaften liegt der Frauenanteil derzeit zwischen 2,8 und 10,6 %. Damit können wir natürlich noch nicht zufrieden sein; denn von den Ergebnissen einer jeden Planung sind Frauen genauso betroffen wie Männer. Damit auch Frauen ihre spezifischen Interessen frühzeitig in die Regionalplanung einbringen können und mit Blick auf die Umsetzung der Lokalen Agenda 21, die meine Kollegin Martini sehr stark voranträgt, finden im Jahr 2000 entsprechende Regionalplanungskonferenzen und Fortbildungsveranstaltungen statt. Ich wünsche oder erhoffe mir, dass die Kommunalrätinnen in den Gemeinderäten, Stadträten und Kreistagen die Chance ergreifen und zu Wortführerinnen für die Lokale Agenda 21 werden.

Ein breit gefächertes Hilfe- und Beratungsangebot für Frauen in Gewaltsituationen ist aufgebaut und kann mit den im Doppelhaushalt eingestellten Mitteln aufrechterhalten werden. Die intensive Befassung aller Fraktionen mit dem gemeinsamen Antrag bezüglich des Interventionsprogramms „Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im sozialen Nahbereich“ hat dazu geführt, dass alle von SPD und F.D.P. eingebrachten Änderungsanträge nunmehr fraktionsübergreifend und einstimmig im Haushalts- und Finanzausschuss angenommen worden sind. Die Voraussetzungen sind geschaffen. Ich hoffe, dass es allen, die sich mit diesem sehr schwierigen und äußerst komplexen Thema beruflich befassen, also auch mit Polizei, Notruf, SOLWODI, Frauenhäusern und Justiz, gelingt, einen umfassenden Schutz und die ausreichende Unterstützung für die betroffenen Frauen und ihre Kinder zu gewährleisten.

Physische oder psychische Gewalt im sozialen Nahbereich - ein Bereich, der von Vertrauen und Verständnis füreinander geprägt sein sollte - ist zweifellos eine der widerlichsten Formen von Gewalt. Ein koordiniertes Vorgehen aller beteiligten Institutionen dagegen, die gesellschaftliche Achtung dieser Gewalttaten und die Möglichkeit, die Täter unmittelbar zur Verantwortung zu ziehen, ist bestimmt ein erfolgversprechendes Konzept.

Nun kommen wir zum schönsten Teil der Landespolitik überhaupt, der Kulturpolitik. Durch kluge Vorentscheidungen schon im letzten und vorletzten Jahr - Stichwort: Umwandlung der Staatsorchester in Landesbetriebe - haben wir empfindliche Einschränkungen im Kulturbereich vermieden. Das

ist auch gut so; denn Rheinland-Pfalz hatte - wie Sie alle wissen - einen starken Nachholbedarf im Kulturbereich, als wir vor neun Jahren angefangen haben.

Auch in den beiden kommenden Jahren wird es Ereignisse geben, die weit über unsere Landesgrenzen hinaus Aufmerksamkeit im Kulturbereich erregen werden. Es ist der Einzug des Staatstheaters in das Große Haus zu nennen. Noch im Januar wird die Stadt Mainz definitiv erklären, wann die Baumaßnahmen abgeschlossen sein werden, sodass wir dann endlich auch bestimmen können, wann die Eröffnung dieses Hauses sein soll.

Es ist der Um- und Ausbau des Bahnhofs Rolandseck mit seinem Nebengebäude zur Präsentation der Arp-Sammlung anzuführen. Herr Dahm und Herr Frisch, natürlich ist ein künftiges Museum, das gerade in der Planung ist, immer zunächst eine virtuelle Museums. Das ist ganz normal.

Wichtig wird auch der Umbau des Meisterhauses in Engers zum Zwecke der dauerhaften Nutzung durch die Landesmusikakademie in enger Zusammenarbeit mit Villa Musica sein.

Herr Dahm, Sie haben Recht, für das Hambacher Schloss müssen wir eine Lösung finden. Wir sind noch mitten in den Verhandlungen.

Bundesweite Beachtung findet auch jetzt schon unser Plan, das Mittelrheintal zum Weltkulturerbe erklären zu lassen. Es ist das erste Mal, dass sich Deutschland bei der UNESCO um die Anerkennung einer ganzen Kulturlandschaft als Weltkulturerbe bemüht. Eine zentrale Rolle spielt dabei neben der Denkmalpflege die Organisation „Burgen, Schlösser, Altertümer“. Sie ist eine weitgehend selbstständige, betriebswirtschaftlich arbeitende Organisation. Das ist neu. Das hat es vorher im Landesamt für Denkmalpflege so nicht gegeben. Sie hat die Aufgabe, das kulturelle Erbe zu pflegen und zu sichern, die baulichen Anlagen zu erhalten und für die touristische Nutzung zu erschließen. Von dieser Organisation „Burgen, Schlösser, Altertümer“ - wir kürzen das immer BSA ab - gingen bereits enorme Impulse aus. Das ist sichtbar an zentralen Kulturdenkmälern, wie zum Beispiel den Trierer Römerbauten, dem Schloss Stolzenfels, der Festung Ehrenbreitstein oder der Villa Ludwigshöhe und vielen anderen. Ziel für die nächsten beiden Jahre ist, möglichst viele weitere Kulturstätten didaktisch zu erschließen, spezifische Angebote, die denkmalverträglich sind, aber auch Einkünfte erzielen lassen, in die touristischen Pakete mit einzubinden.

Herr Frisch, wenn Sie den Finanzminister aufgefordert haben, uns die 1,5 Millionen DM, die wir abliefern müssen, auch noch zu belassen, haben Sie mich natürlich an Ihrer Seite.

(Staatsminister Mittler: Was?)

- Vielleicht kann der Herr Finanzminister darüber noch einmal nachdenken.

Der Kultursommer mit seinem landesweiten Engagement kulturbegeisterter Bürgerinnen und Bürger ist für mich persönlich - ich sage das einmal so, auch wenn es ein bisschen kitschig klingt - eine ständige Quelle der Freude und der Ermutigung. Die Kritik, die die Beratungsgremien - auch das parlamentarische Beratungsgremium und die Begleitung - bei unseren jeweiligen Besprechungen dazu geäußert haben, war durchaus hilfreich. Ich hoffe, dass Sie auch in Zukunft in diesen parlamentarischen Beratungsgremien weiterarbeiten.

Auch die Vernetzung der Villa Musica mit der ganzen Kulturarbeit im Land schreitet voran und bewährt sich. Sie wissen, dass wir uns vorgenommen haben, nach der Schwerpunktförderung im Bereich der Musik und des Theaters sowie der Bibliotheken und der Literatur nun auch im Museumsbereich einen bedeutenden Schritt voranzukommen. Dazu gehören die geplanten Erweiterungen der Landesmuseen in Mainz und Koblenz, aber auch die Unterstützung der mehr als 400 kleinen Museen, die wir im vor kurzem herausgegebenen Museumsführer, den Sie hoffentlich alle bekommen haben, vorgestellt haben.

In unseren Museen liegen Millionen unbekannter Schätze. Diese unseren Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen, ist eine vordringliche Aufgabe und kann nicht allein den Kommunen überlassen werden. Künftig sollen daher diejenigen Museen Mittel erhalten, die sich darum bemühen, sich kundenfreundlicher zu präsentieren. Wir unterstützen die Museen bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit und werden alle Museen des Museumsführers auch in unser Internetangebot „Kulturland Rheinland-Pfalz online“ einstellen. Daneben soll die Präsentation der Museen vor Ort verbessert werden. Auch dazu leisten wir Hilfestellung. Die Beratung der Museen in Zusammenarbeit mit dem Museumsverband wird ausgebaut. Sie haben sicher mitbekommen, dass wir eine halbe Kraft zusätzlich finanziert haben, die durch das Land reist, um diesem Wunsch nach Beratung nachkommen zu können. Wir haben dafür Gelder aufgewandt.

Übrigens erweist sich unser Internetangebot, das wir schon vor etlichen Jahren und noch vor dem großen Onlineboom auf den Weg gebracht haben, mit mehr als 2000 Dateiabfragen pro Tag immer mehr als Informationsrenner. Nicht nur die großen leistungsfähigen, sondern gerade auch kleinere Kultureinrichtungen haben erkannt, wie notwendig und nutzbringend eine landes-, bundes- und weltweite Vermarktung ihrer Angebote ist. Information und Vernetzung sind die Schlüsselbegriffe einer Kulturpolitik, die auch auf Synergieeffekte setzt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es gibt keine besseren Botschafter unseres Landes im Ausland als unsere Orchester, unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie unsere Künstlerinnen und Künstler. Natürlich wollen wir auch gute Gastgeber für Gäste in unseren Künstlerhäusern in Edenkoben, Engers und Bad Ems sein. Kein anderes Bundesland hat so viele Nachbarn

wie Rheinland-Pfalz, inländische und ausländische. Historische Kulturräume, Handels- und Pilgerwege überschneiden sich mit Landesgrenzen der Nachkriegszeit. Als Kernland im Herzen Europas sucht Rheinland-Pfalz in besonderer Weise die Zusammenarbeit und den Austausch über Grenzen hinweg. Im Rahmen der Charta für kulturelle Zusammenarbeit in der Region Saar-Lor-Lux-Trier-Westpfalz wird das ambitionierte und anspruchsvolle Projekt einer Straße der Zisterzienser eine große Rolle spielen.

Das Sonderprogramm „Büchereien und neue Medien“ hat in Rheinland-Pfalz einen erheblichen Innovationsschub bewirkt. Immer mehr Büchereien stellen auf EDV um und erhöhen damit den Service, zum Beispiel durch komfortablere Recherchemöglichkeiten, zu denen Online-Recherchen und Online-Bestellmöglichkeiten, sogar auch vom häuslichen Computer, in virtuellen Katalogen gehören.

Alle in Rheinland-Pfalz bereits EDV-mäßig erfassten Bestände sollen zu einer virtuellen Bibliothek zusammengeführt werden. Dazu gehören neben den öffentlichen Bibliotheken auch die Universitätsbibliotheken und weitere wissenschaftliche Bibliotheken. Unter einer gemeinsamen Benutzeroberfläche können dann die Bestände online recherchiert werden. Damit gehört Rheinland-Pfalz zu den ersten Bundesländern, in denen große Teile der in öffentlichen Bibliotheken vorhandenen Buch- und Medienbestände aus einem gemeinsamen Internet-Katalog recherchierbar sind.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Dass das auch in kleineren oder mittleren Büchereien auf dem flachen Land möglich geworden ist oder noch möglich wird, ist besonders bemerkenswert.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zur Jugendkultur sagen. Dass die Jugendkultur in Rheinland-Pfalz eine besondere Rolle spielen muss, ergibt sich schon aus dem Zuschnitt meines Ministeriums. Wir intensivieren Kulturangebote für junge Menschen sowohl in bestehenden Einrichtungen als auch in neuen innovativen Projekten. Die Förderung der Jugendmusikensembles - ich weiß nicht, ob Sie Gelegenheit hatten, einmal das Jugendmusikorchester des Landes oder die Kinderkonzerte der Staatsorchester im letzten Jahr zu hören; das ist ganz fantastisch, was dort geleistet wird -, der museums- und theaterpädagogischen Angebote, der Autorenlesungen in Schulen, all das wird ergänzt durch die Fortsetzung schon bereits erfolgreicher Projekte wie zum Beispiel Schreibwerkstätten mit virtuellen Workshops im Internet, Kultursommerprojekte speziell für Kinder und Jugendliche, dem Aufbau eines Landeskinderchores, der auch dazu dienen soll, dass die Gesangvereine mehr Nachwuchs bekommen, Sonderangebote auf Burgen und Schlössern für junge Leute und archäologische Jugendfreizeiten, die wir neu erfunden haben.

Noch einen abschließenden Satz zur Theaterlandschaft: Hochqualifiziertes Theater mit im Vergleich zu anderen Staatstheatern bescheidenen Mitteln wird sowohl vom

Staatstheater Mainz, den städtischen Theatern in Koblenz, in Trier, in Kaiserslautern und in Ludwigshafen als auch von einer Vielzahl kleinerer Theater von privaten Trägern und Einrichtungen der Soziokultur angeboten. Dass Sie sich diesen Theatern bei den Haushaltsberatungen besonders zugewandt haben, kann man Ihnen gar nicht hoch genug anrechnen. Ich bin sehr dankbar dafür; denn aus eigenen Mitteln hätte ich die jetzt erfolgte Aufstockung nicht leisten können.

(Beifall der Abg. Frau Grützmacher)

Ich kann nur wünschen, dass Sie alle für Ihr kulturpolitisches Engagement dadurch belohnt werden, dass Sie trotz der vielen Arbeit, die Sie als Abgeordnete alle haben, auch möglichst viel von dem, was unser Kulturland Rheinland-Pfalz bietet, miterleben können. Das wünsche ich uns allen.

(Beifall der SPD, der F.D.P. und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention erteile ich der Abgeordneten Frau Granold das Wort.

Abg. Frau Granold, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, es geht um den „Gewaltantrag“ und die Umsetzung des „Gewaltantrags“. Sie haben vorhin ausgeführt - dies war Tatsache -, dass in der Haushaltsvorlage zum „Frauenhaushalt“ 400 000 DM eingestellt waren. Wir haben den Haushalt im Ausschuss beraten und sofort - ich denke, das waren alle - reklamiert, dass es im „Frauenhaushalt“ festgemacht ist und in keinem anderen Ressort. Es war unser Ansinnen, Teilbeträge in die Finanzierung mit einzubinden.

Wir hatten dann Änderungsanträge eingebracht: SPD und F.D.P., aber auch die CDU. Darauf lege ich größten Wert. Wir hatten 120 000 DM zur Aufstockung der Haushaltssmittel für Notrufe und 100 000 DM im Justizhaushalt für die Täterarbeit beantragt. Letztendlich wurde im Haushalts- und Finanzausschuss ein gemeinsamer Entschließungsantrag zur Abstimmung empfohlen, der alles beinhaltet, was nun hier zur Abstimmung ansteht.

Ich lege Wert darauf, dass auch Änderungsanträge der CDU dabei waren.

(Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Ich möchte aber noch, bevor wir in die Mittagspause eintreten, einen Überweisungsvorschlag zu dem Landesgesetz zu dem Vertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Rheinland-Pfalz - Körperschaft des öffentlichen Rechts -, Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 13/5159 -, nach der heutigen ersten Beratung unterbreiten, und zwar federführend an den Ausschuss für Kultur, Jugend und Familie und mitberatend an den Rechtsausschuss. Dagegen erheben sich keine Bedenken: - Dann ist das so beschlossen.

Wir unterbrechen die Sitzung bis 14.45 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 13.44 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.45 Uhr.

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, wir setzen die heutige Plenarsitzung fort.

Ich rufe auf:

Einzelplan 01 - Landtag -

Dazu rufe ich Punkt 5 der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz und des Fraktionsgesetzes Rheinland-Pfalz
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P.**

- Drucksache 13/5067 -

Zweite Beratung

Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 13/5231 -

Ich erteile der Berichterstatterin, der Abgeordneten Frau Ise Thomas, das Wort.

Abg. Frau Thomaś, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Landtag hat am 16. Dezember 1999 über den Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fraktionsgesetzes beraten und diesen Gesetzentwurf federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss überwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat diesen Gesetzentwurf in seiner 62. Sitzung am 20. Dezember 1999 beraten. Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf am 13. Januar 2000 in seiner 35. Sitzung beraten.

Beide Ausschüsse haben empfohlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall im Hause)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Bruch das Wort.

Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart.

Abg. Bruch, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Landtag berät heute in zweiter Beratung zum einen über das Abgeordnetengesetz und das Fraktionsgesetz, zum anderen aber auch über den Einzelplan 01. Wir haben beides oder die drei Aspekte, den Einzelplan 01, das Abgeordnetengesetz und das Fraktionsgesetz, im Landtag eingebracht. Wir haben schon darüber debattiert. Im zuständigen Haushalts- und Finanzausschuss gab es in der Sache selbst zum Einzelplan 01 einige Nachfragen, aber im Grund genommen eine breite Übereinstimmung, wie das traditionsgemäß auch üblich ist, nämlich diesen Einzelplan gemeinsam zu verabschieden.

Wir haben über die Frage der Diätenerhöhung wie auch über die Frage der Fahrtkostenpauschale, der Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch über die Erhöhung der Fraktionszuschüsse gesprochen.

Dem einen oder anderen in unserem Hause wird es zurzeit so gehen wie mir. Ich erstelle den Haushalt 2000 und stelle fest, dass wir aufgrund der allgemeinen Erhöhungen im Bereich der Sachkosten keine überzogene 2 % für die Erhöhung der Fraktionszuschüsse eingeplant haben. Ich denke, das ist eine Erhöhung, die wir gemeinsam gut gegenüber der Öffentlichkeit vertreten können.

Warum? - Wir haben 80 % bis 85 % Personalkosten im Bereich der Fraktionen. Die Personalkosten hängen traditionsgemäß auch hier an der Entwicklung im öffentlichen Dienst. Wir müssen abwarten, wie sich diese Entwicklung darstellt. Es sind auch bestimmte Werte angenommen. Wir haben aber auch als Fraktionen, als Bindeglied zwischen Bürgerinnen und Bürgern, zwischen Verbänden und Vereinen politische Arbeit in diesem Hause und in der Gesetzgebung zu leisten und nicht nur nach innen, sondern auch nach außen zu wirken, Außentermine wahrzunehmen und entsprechend dort tätig zu sein. Das machen auch alle Fraktionen. Insoweit kostet dies alles Geld.

Ich denke, auch diese Erhöhung der Kosten müssen wir einbeziehen. Insoweit ist es folgerichtig gewesen, das Fraktionsgesetz in der Erhöhung mit 2 % zu benennen.

Der zweite Schwerpunkt betraf die Frage der Diätenerhöhung. Wir haben diese Diskussion immer wieder gehabt, und zwar in jedem Jahr. Wir haben uns - jedenfalls die Mehrheit in diesem Hause - darauf verständigt, dass es Nullrunden in dem Sinne nicht geben soll, sondern dass die Abgeordneten genau wie andere Haushalte auch an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten teilnehmen sollen. Sie tun das auch.

Wir hatten einmal angedacht, dass wir uns an die allgemeinen Lebenshaltungskosten und an die absoluten Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst als einen Anhaltspunkt anlehnen. Wir weichen nun davon ab. Wir gehen runter, nicht 2,5 %, sondern 1,9 % Erhöhung. Wir meinen, das sei angemessen. Die Diskussion ergab, dass es empfohlen wird.

Auch die Erhöhung der Fahrtkostenpauschale - seit 1994 zum ersten Mal - ist angemessen. Man muss bedenken, dass Abgeordnete mit dieser Fahrtkostenpauschale alle Kosten für die Fahrten abwickeln, das heißt, gerade diejenigen, die lange Wege haben, haben bisher entsprechende Nachteile hingenommen. Ich denke, auch dies ist gut bemessen und begründet.

Das Dritte war die Frage der Beschäftigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch hier gibt es in diesem Hause sicherlich Konsens, dass dies angemessen ist, sechs Stunden mehr als bisher. Wenn man die Arbeit der Abgeordneten in den Wahlkreisen sieht, dann weiß man, dass sie ohne Zuarbeit ihrer Büros die Ansprüche gar nicht alle befriedigen können.

Fazit: Die SPD-Fraktion stimmt der Veränderung der Fraktionszuschüsse, des Fraktionsgesetzes, und der Abgeordnetengesetzgebung zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Bischel das Wort.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! Die Abgeordneten des Landtages nehmen eine wichtige staatspolitische Aufgabe wahr. Sie sind von der Bevölkerung gewählt und berufen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Landes im Landesparlament zu vertreten. Sie haben darüber hinaus die wichtige Aufgabe der Kontrolle der Landesregierung zu bewältigen. Wir haben darüber hinaus die Aufgabe, in ständigem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern die Meinung des Volkes zu reflektieren und das auch aufzugreifen, was Wunsch und Interesse der Bevölkerung ist. All das

soll in das politische Meinungsspektrum hineinbefördert werden. Wir haben als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Die Abgeordneten sind sozusagen kleine Bürgerbeauftragte im Interesse der Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, das sind wahrlich wichtige Aufgaben, die in einer Demokratie nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Daraus ergibt sich auch entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, dass die Abgeordneten einen Anspruch darauf haben, eine Entlohnung, eine Vergütung zu erhalten, mit der sie in der Lage sind, den eigenen Unterhalt und den Unterhalt ihrer Familien in einer Art und Weise zu bestreiten, dass sie unabhängig sind, nicht auf andere angewiesen sind und damit auch nicht von anderen abhängig sein sollen. Das ist gerade in der heutigen Zeit von ganz besonderer Bedeutung. Ich sage dies nicht ohne Hintergedanken und Hintergrund.

Wenn wir über die Erhöhung der Abgeordnetendiäten reden, stellt sich die Frage, ob wir unsere Aufgabe, darüber entscheiden zu müssen - wir können diese Entscheidung nicht anderen übertragen, weil es Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gibt -, ordnungsgemäß bzw. verantwortungsbewusst wahrnehmen. Ich meine, die bisherigen Diskussionen haben gezeigt, dass wir mit aller Sorgfalt eine Diskussion bestreiten, dass wir sehr genau überlegt haben, ob wir uns mit unseren Vorschlägen richtig und angemessen verhalten. Ich meine, die Frage nach dem verantwortungsbewussten Handeln ist unbedingt mit Ja zu beantworten.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Bruch hat darauf hingewiesen, wenn wir Vergleiche zu anderen heranziehen, wie sich die allgemeine Einkommensentwicklung in unserem Land im letzten Jahr gestaltet hat und wenn wir insbesondere auf die Tarifsituation und auf die Besoldungssituation im öffentlichen Dienst und auf die Tarifsituation in der Privatwirtschaft eingehen, so meinen wir, dass wir uns mit einer Erhöhung der Abgeordnetenbezüge von 1,9 % im unteren Level, im unteren Rahmen angemessen verhalten. Angesichts der Aufgabe und angesichts der allgemeinen Preis- und Einkommensentwicklung ist das, was wir vorschlagen, gerechtfertigt.

Meine Damen und Herren, wir konnten gestern in der Presse lesen, dass in einem sehr wichtigen Berufszweig oder in einer wichtigen Wirtschaftssparte daran gedacht ist, die Einkommensverhältnisse der Sparkassendirektoren auch zu erhöhen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Unmöglich!)

Wir konnten lesen, dass sogar Steigerungen von über 50 % ins Auge gefasst waren.

(Zuruf von der CDU)

Heute können wir lesen, dass es ein wesentlich geringerer Prozentsatz sein soll. Wie man hört, sollen es etwa 30 % sein.

Man muss die Ausgangssituation betrachten. Diese will ich selbstverständlich nicht genau ins Verhältnis zu dem setzen, was einen Abgeordneten betrifft, aber Vergleiche sind in unserer Gesellschaft sicher zulässig.

Wenn ich die Ausbildungssituation und den beruflichen Erfahrungsschatz vieler Kolleginnen und Kollegen dieses Landtags betrachte und den auch in Vergleich zu anderen Einkommenssituationen setze, dann muss ich auch aus diesem Gesichtspunkt sagen: So wie wir uns verhalten, verhalten wir uns bescheiden.

(Vereinzelt Beifall bei SPD
und F.D.P.)

Ich will allerdings nicht verkennen, dass es viele in unserer Gesellschaft gibt, die nicht diesen Einkommenslevel wie Abgeordnete haben. Ich attestiere auch all denen gern, die darunter liegen, dass sie mit Argusaugen das betrachten, was wir hier tun. Aber vor dem Hintergrund dessen, was ich eingangs versucht habe zu schildern, die Aufgabe und die verantwortungsbewusste Wahrnehmung dieser staatspolitischen Aufgaben und die Frage der Unabhängigkeit der Abgeordneten rechtfertigen unser Tun und unser Handeln. Ich meine, das alles betrachtet rechtfertigt die Entscheidung über die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge.

Was die anderen Fragen betrifft, Fraktionsgesetz, Erhöhung der Fahrtkostenpauschale usw., darauf will ich nicht näher eingehen. Auch das halten wir für gerechtfertigt. Gerade aus der Sicht der Opposition muss das festgestellt werden. In diesen Tagen, in denen wir den Landshaushalt beraten, muss man auch wieder erkennen, dass gerade Oppositionsfraktionen viel stärker und intensiver auf den fachlichen Rat von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch auf die Zuarbeit angewiesen sind, wenn sie ihre Aufgabe der Kontrolle der Regierung jedenfalls annähernd ordnungsgemäß wahrnehmen wollen. Wir haben - ich sage das in aller Offenheit - als Oppositionsfraktion einen noch sehr großen Nachholbedarf. Dagegen ist auch gerechtfertigt, dass wir diese 2 %ige Erhöhung der Fraktionszuschüsse vornehmen.

Alles in allem, unserem gemeinsamen Antrag mit den Kollegen der SPD und der F.D.P. stimmen wir zu.

(Beifall der CDU, der SPD
und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf enthält vier Elemente, die uns und der Öffentlichkeit

bekannt sind, zum Beispiel die Erhöhung der Entschädigung der Abgeordneten um 1,9 %. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass wir das Prinzip der nachlaufenden Anpassung verlassen und erkennbar unter diesem Wert liegen, der logischerweise hätte erklärt werden können. Dies wird von unserer Fraktion auch so mitgetragen.

Die Erhöhung der Fahrtkostenpauschale ist angemessen, weil sie viele Jahre nicht angepasst wurde und die entsprechenden Kosten anfallen.

Die Erhöhung der Wochenstundenzahl für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort ist notwendig, weil der Abgeordnete die wichtige Aufgabe hat, vor Ort mit den Bürgern Kontakt zu halten. Das ist eine sinnvolle Maßnahme.

Bei der Erhöhung der Geldleistungen an die Fraktionen um 2 % muss man bedenken, dass die Fraktionen in erheblichem Ausmaß Personalkosten haben und zwangsläufig über höhere Beträge verfügen müssen. Das ist also angemessen auch begründbar.

Die F.D.P.-Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. - Drucksache 13/5067 - zu.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Vizepräsident Schuler:

Als Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Alfred-Delp-Schule aus Hargesheim sowie Schautellerinnen und Schauteller aus Ludwigshafen und Worms. Seien Sie herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall im Hause)

Ich erteile der Abgeordneten Frau Grützmacher das Wort.

Abg. Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, ich beginne mit dem, mit dem Herr Bischel geendet hat, nämlich mit den fast unüberwindbaren Schwierigkeiten, mit denen man natürlich als Opposition zu kämpfen hat, die Landesregierung zu kontrollieren. Deshalb beginne ich bei der Besprechung des Einzelplans 01 nicht mit dem Abgeordnetengesetz, sondern ausnahmsweise stelle ich einen Antrag, den wir eingebracht haben, an die erste Stelle,

Dieser von uns gestellte Antrag steht im Zusammenhang mit der Veränderung des Budgetrechts. Da in der neuen Haushaltssordnung die Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten des Parlaments und der einzelnen Abgeordneten eingeschränkt werden, müssen unserer Meinung nach im Gegenzug die

Möglichkeiten für das Parlament und für die Fraktionen geschaffen werden, um einen vertieften Einblick - damit natürlich auch einen notwendigen Einfluss - und eine Kontrolle über den Haushaltsvollzug zu erhalten.

Deshalb haben wir eine zusätzliche Stelle für den Wissenschaftlichen Dienst eingefordert, also nicht für die einzelnen Fraktionen. Der Inhaber dieser zusätzlichen Stelle soll die vier Fraktionen - ganz besonders werden natürlich die Oppositionsfraktionen davon profitieren - bei der Aufbereitung und Auswertung vor allem auch der Berichte, zu denen die Landesregierung verpflichtet ist, unterstützen. Das wäre eine ganz wichtige und notwendige Unterstützung der Fraktionen, die dann, wenn dieses neue Budgetrecht eintritt, die Chancengleichheit für die Opposition ein bisschen erhöht. Wir bitten Sie, diesen Antrag wohlwollend zu betrachten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Zustimmen!)

- Die Zustimmung fordern wir dann im Ausschuss.

Der zweite Bereich, über den von den anderen Fraktionen im Rahmen des Haushalts geredet wurde, ist natürlich das Abgeordneten- und Fraktionsgesetz. Das ist eine jährlich wiederkehrende Debatte, bei der es sich - vor allem in der öffentlichen Diskussion - um die Erhöhung der Diäten dreht. Es ist natürlich eine gute Art und Weise, wie der rheinland-pfälzische Landtag dies angeht, jedes Jahr die Diäten nur ein bisschen zu erhöhen.

Da es sich aber immer um eine Erhöhung handelt, sieht die Öffentlichkeit das in vielen Fällen natürlich auch kritisch. Manchmal tut die Kritik auch weh und ist wirklich ungerechtfertigt. Ich bin aber der Meinung, dass wir die Öffentlichkeit, die öffentliche Diskussion und die öffentliche Kritik aus dem Grund benötigen, den uns das Verfassungsgericht damals vorgeschrieben hat, dass wir selbst über unsere Diäten und die Erhöhung der Diäten bestimmen müssen.

Meiner Meinung nach ist die Öffentlichkeit, die öffentliche Diskussion und manchmal auch die schmerzhafte öffentliche Kritik ein wichtiges Korrektiv. Deshalb ist es wichtig, dass die Änderung dieses Abgeordnetengesetzes in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Dem kommen wir in dieser zweiten Lesung auch nach.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Erhöhung der Diäten und auch der Erhöhung der Kostenpauschale kritisch gegenübersteht. Das habe ich beim ersten Mal schon sehr deutlich erläutert. In dem dritten Punkt, der auch bei der Änderung des Abgeordnetengesetzes beschlossen werden soll, nämlich die Erhöhung der Zuarbeit für die Abgeordneten von 18 Stunden auf

24 Stunden, sehen wir eine gute Unterstützung aller Abgeordneten. Auch aus diesem Grund ist es nicht notwendig, die Diäten zu erhöhen. Das ist aber vielleicht nur ein Punkt.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

- Oh doch! Ich bin schon der Meinung, dass eine Erleichterung der Arbeitsweise - auch in den Wahlkreisen - etwas ist, was sich auf die Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten positiv auswirkt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will noch eines anbringen, was wir jedes Mal angebracht haben, nämlich die Kritik an der Struktur des Abgeordnetengesetzes. Vieles in der Struktur ist nicht so, dass wir uns damit einverstanden erklären könnten. Es gibt auch andere Fraktionen in diesem Parlament - quasi alle Fraktionen -, die vor allem mit der Kostenpauschale gewisse Probleme haben. In der Enquete-Kommission haben wir lange darüber diskutiert. In dieser Hinsicht kommen wir nicht richtig voran - das muss ich auch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen -, weil meine Klage gegen das rheinland-pfälzische Abgeordnetengesetz in Karlsruhe immer noch läuft.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Ich will nicht schon wieder Hoffnungen erwecken, aber es scheint so zu sein, dass es in diesem Jahr endlich zu einer mündlichen Verhandlung dieser Klage kommt.

(Mertes, SPD: Das ist Ihre Hoffnung!)

- Ich bin irgendwie unverwüstlich in meiner Hoffnung. Weshalb das so ist, weiß ich auch nicht.

Danach müssen wir intensiv über die Struktur des Abgeordnetengesetzes reden. Die allgemeine Diskussion über Spenden, Parteienfinanzierung usw. stimmt mich - ehrlich gesagt - hoffnungsvoll, dass das Bundesverfassungsgericht zu der Überzeugung kommt, dass es notwendig ist, endlich eine Entscheidung zu treffen, damit man auch in diesem Bereich Klarheit schafft und dass es vielleicht in den nächsten Monaten zu einer Verhandlung meiner Klage kommt.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, wir unterbrechen die zweite Beratung des Abgeordnetengesetzes. Wir werden morgen bei der Schlussabstimmung dazu Stellung nehmen.

Ich rufe den

**Einzelplan 10
- Rechnungshof -**

auf.

Hierzu war keine Aussprache vorgesehen.

Wir kommen zum

**Einzelplan 14
- Ministerium für Umwelt und Forsten -**

Dazu rufe ich Punkt 4 der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes
zur Ausführung fleisch- und geflügelfleisch-
hygienerechtlicher Vorschriften
Gesetzentwurf der Fraktionen
der SPD und F.D.P.
- Drucksache 13/5057 -
Zweite Beratung**

**Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Umwelt und Forsten
- Drucksache 13/5236 -**

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Kollegen Leonhard, das Wort.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben eine Redezeit von 30 Minuten vereinbart.

Abg. Leonhard, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Landesgesetz wurde in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Forsten am 13. Januar 2000 beraten. Der Ausschuss hat mit den Stimmen der Vertreter der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion bei Stimmenthaltung der Vertreter der CDU-Fraktion und des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. - Vorlage 13/3685 - anzunehmen.

Der Ausschuss hat sodann mit den Stimmen der Vertreter der SPD-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion bei Stimmenthaltung der Vertreter der CDU-Fraktion und des Vertreters der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs - Drucksache 13/5057 - unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen zu empfehlen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall bei CDU, SPD
und F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Gleichzeitig rufe ich Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Bessere Bekämpfung der Umweltkriminalität
in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/4482 -

dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Umwelt und Forsten
- Drucksache 13/5107 -

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Remy, das Wort.

Abg. Remy, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Forsten am 2. Dezember 1999 wurde anfänglich lange diskutiert, ob der Ausschuss für Umwelt und Forsten der richtige Ausschuss für eine Beratung sei. Nach langer Diskussion ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass man sich der Sache annehmen sollte. Nach einer Beratung haben die Fraktionen der SPD, der F.D.P. und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag abgelehnt.

(Vereinzelt Beifall bei SPD, F.D.P. und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Bevor ich die Aussprache eröffne, begrüße ich die Frauengemeinschaft Emmerichshain, Schülerinnen und Schüler der Heilerziehungspflegeklasse der Diakonieanstalten Bad Kreuznach und Auszubildende des Berufsbildungswerkes Neuwied für den Beruf als Verwaltungsfachangestellte. Seien Sie herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall im Hause)

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! In der letzten oder vorletzten Woche habe ich mir noch einmal eine Einladung für einen Naturschutzbildungsseminar betrachtet, die vom Umweltministerium für die nächste Woche herausgegeben worden ist. Bei dieser Tagung sollen vom Ministerium Vorgehensweisen und Hintergründe vorgetragen werden.

Es wäre vielleicht nützlich gewesen, den Haushalt mit zu verbinden; denn dann würde deutlich, was dieser Diskurs vielleicht auslösen soll bzw. wie der Ist-Stand der gesamten Diskussion zurzeit in diesem Land Rheinland-Pfalz ist. Man könnte es vielleicht eher mit „Naturschutz in Rheinland-Pfalz mit immer weniger Mittel“ und „Die Umweltpolitik in Rheinland-Pfalz wird zum Randthema“ überschreiben. Hochglanzbrochüren sollen darüber hinwegtäuschen.

Meine Damen und Herren, solche Diskurse sind wichtig und richtig. Ich habe überhaupt nichts gegen solche Veranstaltungen einzuwenden. Sie müssen im Ergebnis nicht nur zu solchen Broschüren führen, sondern in aktuelle Maßnahmen münden, die auch vor Ort etwas bewirken.

Heiße Luft dient der Umweltverbesserung nicht. Heiße Luft ist kein Instrument modernen Umweltschutzes. Der Haushalt dokumentiert den Rückzug der Umweltpolitik in Rheinland-Pfalz zur strukturellen Bedeutungslosigkeit. Die Umweltpolitik in Rheinland-Pfalz bietet öffentlich viel Schein, aber strukturell wenig Sein. Das ist nicht nur eine Feststellung, die ich heute treffe, sondern das ist die Diskussion der Umweltverbände. Diese werden das in gleicher Weise berichten. Der klassische grüne Umweltschutz wird beschnitten. Die unabhängige Umweltarbeit findet immer weniger Raum.

Meine Damen und Herren, typisch für den Raubbau des Umweltressorts am praktischen Umweltschutz ist die gesetzeswidrige Verwendung der Abwasserabgabe für originäre Verwaltungsaufgaben statt für Gewässerschutzinvestitionen.

Die GRÜNEN - ich gehe einmal davon aus, auch die F.D.P. - werden dazu in ihrer Haushaltsrede vielleicht noch einen besonderen Beitrag leisten. Ich möchte deshalb zu diesem Punkt gar nicht mehr allzu viel sagen. Ich kann auch auf einen Haushaltbegleitantrag verweisen, den wir zu diesem Thema eingebracht haben.

Meine Damen und Herren, wie ist die umweltpolitische Entwicklung? Zielsetzungen müssten aus dem Haushalt erkennbar sein. Wo sind sie? Ich kann sie in großen Punkten nicht feststellen. Der Haushalt ist eher als umweltpolitische Abwicklung geprägt. Darin werden viele notwendige Dinge, zu denen wir stehen und zu denen wir uns oft in Diskussionen bekannt haben, lediglich nur noch abgewickelt und haben in der Perspektive nichts Neues zu bieten.

Heiße Luft sind Ankündigungen aus der vergangenen Zeit zur Altlastenproblematik. Es gab einmal Zeitpläne, Vorstellungen und Summen, die genannt worden sind. Es sind sogar Summen gezahlt worden. Es gibt keine Diskussion darüber, wo sich diese Summen befinden, wann und wie das Geld zur Verwendung kommt und was überhaupt getan werden soll. Es herrscht Stillstand. Auch in dem Punkt ist alles nur heiße Luft.

Auch im Hinblick auf das Landeswaldgesetz wurde schon viel angekündigt und viel Beamtenschweiß hineingesteckt. Für

die Kommunen und die Betroffenen sollte viel dabei herauskommen. Bis jetzt liegt noch kein Entwurf vor. Vielleicht kann man heute darüber berichten. Dabei wird bestimmt deutlich, dass für die Gemeinden viel weniger herauskommen wird als ursprünglich angekündigt. Eine Entlastung der Gemeinden - so war es angekündigt - findet nicht statt. Wenn man sich die Diskussion um die Umsetzung der FFH-Richtlinie vor Augen führt, ---

(Nagel, SPD: Das sagt genau
der Richtige!)

- Herr Kollege, ich weiß, wovon ich rede. Wir werden vielleicht sogar ausführlicher - ich weiß nicht, wie die anderen Beiträge sind; ich möchte nichts vorwegnehmen - darauf eingehen können. Der Umweltentwicklung, und zwar wie diese Richtlinie angedacht ist und wie sie Umweltpolitiker in der Zielsetzung sehen, ist ein Bärendienst erwiesen worden. Das zeigen alle Diskussionen landauf und landab. Die Beteiligung der Betroffenen hat nicht stattgefunden.

(Billen, CDU: So ist es, Herr Nagel!)

Wir haben oft darüber diskutiert. Die Informationen kamen spärlich. Auch im Parlament wurde angekündigt, dass berichtet wird. Dann wurde alles wieder verschoben.

In Anträgen, die zurzeit von der F.D.P. eingebracht werden, fragen die F.D.P.-Abgeordneten - das ist nicht irgendeine Fraktion in diesem Hause; bis heute gehe ich davon aus, dass es eine regierungstragende Fraktion ist -, --

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die regierungstragende Fraktion!)

- Herr Kollege Braun, ich weiß nicht, ob das stimmt.

-- zum Beispiel in einer Drucksache vom 23. Dezember 1999 - nicht 1998 -: Aus welchen Gründen wurden gerade diese Flächen ausgewiesen? Wann wurden die Gemeinden informiert? Wann wurden die privaten Grundstückseigentümer informiert? - Das weiß die F.D.P. scheinbar bis heute noch nicht. Offenbar findet keine Kommunikation statt. Für alle ist das Zitat von Bauckhage noch sprichwörtlich. Er hat sich zweimal - einmal in besonderer Weise - über das Verhalten der Ministerin in dieser Angelegenheit geärgert.

Meine Damen und Herren, mangelnde Dialogfähigkeit und mangelnder Diskurs schaden einer gesamten Entwicklung. Ich weiß nicht, wie oft zu einem solchen Diskurs noch eingeladen werden soll. Es wäre vielleicht spannend, wenn dieser Diskurs einmal innerhalb der regierungstragenden Fraktionen stattfinden würde. Es wäre auch einmal spannend, wenn das Thema „Umweltpolitik ist nur in dieser Vernetzung möglich“ auch einmal unter den Parlamentskollegen diskutiert würde. Dann würden sich viele Fragen, zu denen sich die F.D.P. gezwungen sieht, sie öffentlich zu stellen, erübrigen.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist der Agenda-Prozess zu nennen. Ich sage - das haben wir im Ausschuss immer wieder betont -, dass wir diesen neuen Ansatz, der gewählt wird, mittragen. Wir sind der Meinung, dass wir im Agenda-Prozess einiges vorantreiben können und müssen. Dieser Diskurs wird davon geprägt, dass er nicht nur von einzelnen Teilen bestimmt wird, sondern dass sich eine große Mehrheit für die gesamte Entwicklung und für die Dinge, die wir in diesem Bereich zu diskutieren haben, dahinter stellt.

Man mag lange darüber debattieren, wie die Hochglanzbrochüren und die Propaganda-Maschinerie in den letzten Jahren diskutiert worden sind. Dazu gibt es eine Reihe von Anträgen aus den einzelnen Fraktionen. Festzustellen ist, dass in diesem Zusammenhang Mehreres deckungsfähig gehalten wird und es ungeheuer schwer ist, zu kontrollieren, was letztendlich wirklich draußen getan wird.

Ich habe mir einmal eine Antwort angesehen, eigene Maßnahmen des Landes, die immer, so schön steht das immer darunter, mit vielen Titeln für deckungsfähig erklärt werden. Wenn ich mir einmal vier Titel herausnehme, die zusammen 3,9 Millionen DM betragen, dann sind insgesamt im Jahr 1998 fast 2 Millionen DM für eigene Maßnahmen, ich will nicht sagen abgezweigt - es mag auch gute Gründe in dem einen oder anderen Fall geben -, aber sie sind grundsätzlich für andere Maßnahmen eingestellt. Im Jahr 1999 sind bei den gleichen Titeln 3,77 Millionen DM veranschlagt, von denen nachher für eigene Maßnahmen 3,2 Millionen DM, also über 85 %, für eigene Maßnahmen verwendet werden, die beispielsweise zulasten der Gewässerpfllege der Gemeinden oder Gemeindeverbände gehen. Nur, dafür werden sie nicht genommen. Ich habe eben schon betont: In diesem Zusammenhang ist auch unser Antrag „Abwasserabgabe als ökologisches Lenkungsinstrument statt Verwaltungsfinanzierungsquelle“ zu sehen. Wir werden dazu noch das eine oder andre hören.

Meine Damen und Herren, Umweltpolitik - ich sagte es schon - ist eine Querschnittsaufgabe. Ohne Abstimmung mit den Koalitionen - - - Es gibt eine Reihe von Themen, bei denen man das nicht nur in diesem Parlament spürbar merkt, sondern das geht durch die Presse, also in vielen Dingen belegt. Auch die Abstimmung mit der eigenen Fraktion scheint im Ministerium nicht immer zu gelingen. Da gibt es den Kleinkrieg beim DSD, das kennen wir alle schon. Ich habe zu diesem Punkt auch einmal einen Presseartikel des Kollegen Nagel hier zitieren können, der - offensichtlich völlig überrascht über die Initiative der Ministerin - seine Meinung, eine konträre Meinung, mit der ich mich durchaus auch heute noch einverstanden erklären kann, vorgetragen hat.

Der Kleinkrieg mit der F.D.P. ist auch facettenreich. Das spiegelt sich wider in dem gescheiterten SÄM-Konzept. Die A Dienungspflicht, meine Damen und Herren, ist ein Thema, das nicht nur Rheinland-Pfalz berührt. Das ist ein europäisches Thema. Wir sind in der Verwertungsdiskussion in Rheinland-Pfalz isoliert, durchaus gesetzeskonform, wir haben das dis-

kutiert. Wenn man diese Frage dem Gericht vorlegt, dann ist für mich logisch, was dort herauskommt. Meine Damen und Herren, aber Praxis und Erfahrung widerlegen das, was in Rheinland-Pfalz geschieht. Ich habe schon oft genug gesagt: Wir können nicht hingehen und einen Zaun um Rheinland-Pfalz legen. Das ist auch wirtschaftspolitisch der falsche Weg. Ich fordere die F.D.P. auf, auch Bekennernut zu zeigen. Wir haben häufig darüber diskutiert und debattiert. Das ist keine Diskussion, die man vor Gericht austrägt. Dies muss im Parlament ausgetragen werden. Das ist eine politische Diskussion. Sie muss auch hier entschieden werden, meine Damen und Herren.

Wir haben die Diskussion zur Landesabfall AG. Jeder weiß es draußen, wie sich die Koalition verhält. Die öffentlichen Diskussionen bei den Kommunen und bei der F.D.P. zeigen, dass man auch hier mit dem Vorpreschen der Ministerin nicht gänzlich einverstanden ist.

Zum Landeswaldgesetz habe ich eben schon ein paar Punkte gesagt.

Meine Damen und Herren, mit all diesen Diskussionen wird eher umweltpolitische Verunsicherung erzeugt. Man muss gerade bei diesem Thema, wenn man es nicht zum Randthema machen will, möglichst groß einbinden. Das kann man nicht, indem man im „Stern“, im „Focus“ oder sonstwo erst einmal vorprescht, weil man damit eine bundespolitische Aufmerksamkeit erregt - ich weiß, wie dies durchaus gehen kann -, aber dann erst Gespräche zu Hause nach dem Motto führt: Ich sage euch, wie es geht, und ihr habt mir gefälligst zu folgen. - Das ist nicht nur in der Umweltpolitik der falsche Weg. Meine Damen und Herren, ich sage das so: Frau Ministerin, Sie werden in diesem Prozess immer wieder scheitern. - Sie müssen davon ausgehen, dass Dialog etwas anderes bedeutet. Diese Debatten könnte man vielfältig ausweiten. Die Kollegin Müller wird zum Fleischhygienegegesetz einiges sagen, bei dem zu Beginn auch viel Porzellan zerschlagen wurde, weil man nicht dialogfähig war. Meine Damen und Herren, dort gab es Angebote

(Beifall bei der CDU)

der Betroffenen; wie man sich hätte einigen können.

(Mertes, SPD: Die wir bezahlt hätten!)

- Nein, da ist man besserwisserisch unterwegs.

Nun haben wir ein Gesetz, mit dem die Kommunen leben müssen. Die Diskussionen stehen erst am Anfang. Wir werden noch einiges erleben.

(Mertes, SPD: Was denn?)

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit dem Waldzustandsbericht und den Waldschadensdebatten haben wir uns oft über Klimaschutzziele unterhalten. Klimaschutz-

ziele haben auch etwas mehr mit einer energiepolitischen Zielsetzung zu tun, als das vielleicht am Beginn einer solchen Diskussion den Anschein hat. Wir haben in einer Großen Anfrage dazu einiges angefragt und auch wieder feststellen können, dass man durchaus in der Regierung für einen Energiemix steht. Wie weit dort wieder facettenreich zu diskutieren wäre, ist eine spannende Frage, die wir auch im Plenum schon erörtert haben.

Eines ist aber festzustellen - das sage ich in aller Offenheit -: Zur Kernenergie gibt es einen Dissens, der auch breit durch die Bevölkerung geht. Aber wo es keinen gibt - das ist auch aus diesem Papier herauszulesen, zumindest im Grundsatz nicht, in Facetten schon -, das ist der Konsens, was regenerative Energien angeht, was rationelle Energienutzung angeht. In diesem Bereich, meine Damen und Herren, haben wir einen Haushaltsbegleitantrag gestellt und haben auch Mittel im Umweltministerium beantragt - im Jahr 2000 1 Million DM, im Jahr 2001 1,5 Millionen DM - in Verbindung mit dem Einzelplan 08. Ich sage das ganz bewusst. Unser Antrag ist auch ganz bewusst nicht mit einzelnen Projekten versehen, weil ich genau weiß, dass sich dann an diesem Projekt eine Debatte auslösen würde, die man natürlich so und so sehen kann. Mit den begrenzten Mitteln ist nur ein Teil zu finanzieren. Darum sage ich auch, dass es auch ein Beitrag zu einem Energiediskurs, ein Beitrag zu einer Querschnittsaufgabe ist, die wir als solche auch lösen müssen.

Ich will mit wenigen Sätzen aus dem Antrag zitieren, worum es dabei geht: Energiepolitik muss verstärkt dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung Rechnung tragen. Die gegenwärtige Form von Energieproduktion und Energienutzung entspricht dieser Anforderung nicht. Wenn Sie sich einmal die Mühe machen, sich auch die Begründung noch einmal insgesamt vor Augen zu führen, dann meine ich, ist es wert, sich wesentlich stärker eventuell damit zu beschäftigen. So ist es nach den Debatten fast zu erwarten.

In diesem Zusammenhang nenne ich auch den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der die Förderung zum ökologischen Bauen betrifft. Wir werden diesem Antrag zustimmen, weil er in diese Richtung hineingeht. Ich halte das für mehr als vernünftig und für konsequent in dieser Frage. Ich sage das in aller Deutlichkeit; denn es nützt auch dort nichts, nur Broschüren zu drucken, nur Empfehlungen herauszubringen. Man muss dort einiges mehr machen.

Meine Damen und Herren, Umweltpolitik darf nicht zum Randthema werden. Ich schließe mit dem Satz: Mangelnde Zukunftsfähigkeit zeigt sich auch darin, wie man genau diese Debatte verfolgt. Mangelnde Zukunftsfähigkeit ist dem Einzelplan 14 nicht zuzuschreiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Nagel das Wort.

Abg. Nagel, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Licht, als ich eben Ihre Rede gehört haben, habe ich mich gefragt, welches Buch Sie zuletzt gelesen haben.

(Pörksen, SPD: Ach was! Liest
der Bücher?)

Ich weiß nicht, ob das „Vom Winde verweht“ war, aber der Einzelplan 14 kann es nicht sein, den Sie gelesen haben;

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

denn Ihre Anmerkungen stehen in krassem Widerspruch zu dem, was im Einzelplan 14 tatsächlich steht.

Ich gebe ganz ehrlich zu, als uns die Eckdaten für diesen Doppelhaushalt bekannt wurden, hatte ich auch so meine Befürchtungen, was die Umweltpolitik anbelangt. Die Frage ist zweifellos berechtigt, ob eine stringente Sparpolitik und eine gute Umweltpolitik miteinander vereinbar sind, zumal für viele Umweltpolitik zunächst einmal ein Kostenfaktor darstellt. Ich hatte Angst davor, was passieren könnte, wenn uns der Einzelplan 14 als Regierungsentwurf vorliegt.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen - dies sage ich wirklich mit voller Überzeugung -, Umweltpolitik hat in Rheinland-Pfalz nicht nur in der Vergangenheit stattgefunden, sondern sie wird auch in Zukunft, also auch in den nächsten zwei Jahren, stattfinden. Das sagt dieser Haushalt aus. Natürlich hätte ich mir da ein bisschen mehr und dort ein bisschen mehr gewünscht, aber die Bildungspolitiker und die Sozialpolitiker hätten das auch gern.

(Kramer, CDU: Richtig!)

Nein, meine Damen und Herren, ich denke - unser Fraktionsvorsitzender hat dies angesprochen -, in Zeiten knapper Kassen, wo es darum geht, umzusteuern und umzudenken, muss Geld auch einmal durch Fantasie ersetzt werden, und es muss Bestehendes und noch zu Verwirklichendes auf seine Effizienz hin überprüft werden. Unter diesen Kriterien sind wir fraktionsintern diese Haushaltseratungen angegangen.

Der Haushaltplan musste seine Einsparungen bringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich denke, es ist der Ministerin und ihrem Haushälter gelungen, aus der Not eine Tugend zu machen. Vieles von

dem, was uns wichtig ist, haben wir in vollem Umfang erhalten, Herr Licht. Was uns besonders wichtig war, konnten wir in Ansätzen sogar erhöhen. Gekürzt wurde dort, wo es vertretbar erschien.

Ich sage Ihnen auch nichts Neues - dies hat der Kollege Licht bereits angesprochen -, Umweltpolitik findet nicht nur im Einzelplan 14 statt, sondern sie stellt eine Querschnittsaufgabe dar, die vernetzt angegangen werden muss. Herr Licht, sicher kann man auch darüber diskutieren, ob der eine oder andere Aufgabenbereich nicht besser originär im Umweltministerium angesiedelt wäre, weil er dort vielleicht einen anderen Stellenwert hat.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!)

Wer mich kennt, weiß, dass ich seit jeher die Energiepolitik lieber im Ministerium Martini sahe,

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

da Energiepolitik nicht nur eine arbeitsmarktpolitische, sondern mehr denn je eine ökologische Bedeutung hat. Ich glaube, auch hier sage ich nichts Falsches. Sie kann unter Umständen zukunftsentscheidend für die Menschen sein.

Meine Damen und Herren, wer den umweltpolitischen Sprecher der F.D.P.-Fraktion, Herrn Professor Reisinger, noch gekannt hat, weiß, dass ein beliebtes Zitat in seinen Reden war: „Umweltpolitik ist das langsame, aber beharrliche Bohren dicker Bretter.“ Recht hat er, wobei ich die Betonung nicht so sehr auf „langsam“, sondern auf „beharrlich“ lege -, Beharrlichkeit in der Diskussion und Argumentation, aber auch in der Umsetzung in den Taten.

Wir alle müssen wissen und haben es zum Teil auch schmerhaft erfahren müssen - dabei schließe ich mich nicht aus -, dass man Umweltpolitik den Menschen nicht überstülpen kann. Nichts geht, wenn es nicht gelingt, die Menschen zu überzeugen oder - noch besser - sie zu begeistern. Dieser Prozess ist mühsam und langwierig, und machmal müssen leider auch Katastrophen geschehen, damit ein Umdenken erfolgt. „Harrisburg“ und „Tschernobyl“ seien als Stichworte anmerkt. Die Stürme Wiebke und zuletzt Lothar als Klimaboten zu apostrophieren, erscheint vielen vielleicht noch zu gewagt, aber die weltweite Zunahme an Naturkatastrophen kann eindeutig Klimaveränderungen zugeordnet werden.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Machen Sie eine andere
Verkehrspolitik!)

- Liebe Frau Kiltz, deshalb gilt das viel zitierte Schlagwort: „Global denken und lokal handeln.“

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Genau, auch in Rheinland-Pfalz!)

Genau dieser Grundgedanke, der beispielsweise in der Lokalen Agenda 21 sehr detailliert dargestellt ist, ist erstmals ein Haushaltstitel mit einer Million DM je Haushaltsjahr, was jedoch nicht heißt, dass in der Vergangenheit in Rheinland-Pfalz diesbezüglich nichts geschehen wäre. Es gibt zahlreiche Initiativen sowohl dieser Landesregierung als auch von kommunaler Seite. Uns war dieses Denken und das, was dahinter steht, so wichtig, dass wir gesagt haben, wir möchten zu diesem Betrag von einer Million DM noch einmal je 200 000 DM pro Haushaltstag hinzugeben. Wir wissen, dass dies sicherlich nicht weltbewegend ist, aber es verdeutlicht, welche Bedeutung wir der Lokalen Agenda 21 zuordnen.

Herr Kollege Licht, nun sollten Sie wissen - vielleicht besser als andere in Ihrer Fraktion -, dass Umweltpolitik nicht heißt, jeden Tag ein neues Thema zu entdecken, um es zur Schlagzeile zu machen und dann möglicherweise wieder hintanzustellen. Umweltpolitik heißt vielmehr - genau das beinhaltet dieser Haushalt -, Begonnenes fortzuentwickeln. Ich möchte Ihnen nun einige Beispiele nennen. Das ist Ihnen anscheinend alles entgangen.

War das Ökokonto am Anfang - eine Initiative, die aus diesem Land kam - eher belächelt worden und von einigen Kommunalpolitikern sogar als lästig empfunden worden, so ist es inzwischen ein fester Mosaikstein für den Naturschutz geworden, übrigens ein Beispiel dafür, wie man durch Fantasie Geld ersetzen und auch sparen kann.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleiches gilt für die FUL-Programme und die Biotopbetreuung als Beitrag zum Naturschutz.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

In diesem Bereich ist zwar erhebliches Geld erforderlich, aber beides sind gleichgewichtige Beiträge für den Naturschutz, die dieser Haushalt nicht nur weiterführt, sondern im FUL-Bereich sogar mit höheren Ansätzen bedenkt.

Ich komme nun mit wenigstens zwei Sätzen zu den FFH-Flächen. Es ist schon ein ganzes Stück Scheinheiligkeit, sich hierherzustellen und FFH-Flächen zu reklamieren - Herr Licht, ich weiß doch, was Herr Billen zu diesem Thema gesagt hat;

(Beifall der SPD -
Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

das Ganze ging nicht schnell genug -, wenn man es andererseits draußen im Land allerorts behindert hat. Das war doch

Ihre Initiative in dieser Frage. Nein, so lassen wir nicht mit uns umgehen!

(Glocke des Präsidenten -
Beifall der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Nagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Billen?

Abg. Nagel, SPD:

Nein, von Herrn Billen in dieser Frage nicht.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU -
Pörksen, SPD: Sehr vernünftig!)

Ich kann Ihnen inzwischen sagen, das Thema wird in den nächsten Wochen zu dem Ergebnis führen, das wir uns wünschen, und zwar trotz Ihrer Behinderungsversuche, damit Sie das wissen.

(Beifall bei der SPD)

An die Adresse der GRÜNEN sage ich, wenn man sich zum Thema Biosphärenreservat öffentlich äußert, sollte man sich vorher detailliert sachkundig gemacht haben.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Vielen Dank! Auf diese Idee wären
wir nie gekommen!)

Erst einmal sachkundig machen und dann kritisieren, ist immer vernünftiger, als schon zu kritisieren, wenn man noch gar nichts weiß. Ich denke, das sollte man auch respektieren.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Begründung! Das kann jetzt
jeder behaupten!)

Zum naturnahen Waldbau, der integrativer Bestandteil forstlichen Handelns geworden ist, wird nachher meine Kollegin Eda Jahns etwas sagen.

Ich komme zu dem Stichwort der ökologischen Bauleitplanung. Sie hat sich als Vorgabe nach dem Motto bewährt: Nicht erst planen und dann schauen, was sich am beplanten Ort befindet, sondern erst das Umfeld sondieren, um Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten. - Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber in der Vergangenheit wurde sie nicht ausreichend beachtet.

Ich komme zu der Einrichtung des Freiwilligen Ökologischen Jahres. 1996/1997 ist es erstmals im Haushalt aufgeführt worden und wird ungeschmälert fortgeführt. Nicht nur, dass in

der Vergangenheit das Kapital für die Stiftung „Natur und Umwelt“ erhöht wurde, sondern durch deren Beteiligung an der Glücksspirale können wir jetzt effizienten Naturschutz betreiben.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
So wird hier Politik gemacht!
Glücksspirale!)

- Herr Kollege Braun, diese Beteiligung wird uns mehr Mittel zur Verfügung stellen, als wir in dem Titel für Landankäufe gestrichen haben.

(Beifall der SPD)

Deshalb konnten wir da sparen, weil wir einen Ausgleich haben und im Naturschutz sozusagen keine Nachteile erleiden.

Meine Damen und Herren, das Gleiche gilt für den Gewässerschutz. Sie vergessen, dass wir das Versickerungs- und Nutzungsgebot in das Landeswassergesetz geschrieben haben. Niederschlagswasser schont einerseits die Grundwasserreserven, wenn man es versickern lässt, und ist andererseits ein Beispiel, wie man mit einer Umweltmaßnahme auch wieder Geld sparen kann. Im Abwasserbereich kann sogar doppelt gespart werden, einmal wegen der Versickerung; denn damit kommt weniger Schmutzwasserfracht in der Kläranlage an. Zum anderen sind wir von den Dinosaurierlösungen abgängen und haben stattdessen kleinen und dezentralen Anlagen den Vorzug gegeben.

Die Tatsache, dass die Fördermittel für Kläranlagen gekürzt wurden, heißt nicht, dass das Bauprogramm gekürzt wird. Durch Rückflüsse aus dem Zinszuschussprogramm ist es möglich, die notwendigen Maßnahmen zu verwirklichen. Übrigens haben Sie einen bemerkenswerten Antrag gestellt. Ihre Fraktion hat beantragt, genau diese Mittel beträchtlich zu kürzen. Das ist schon beachtlich. Das haben wir zur Kenntnis genommen und registriert.

Die Aktion „Blau“, nämlich der Rückbau regulierter Flüsse und Bäche, hat eine Doppelfunktion. Einerseits werden neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen geschaffen, gleichzeitig wird etwas für den Hochwasserschutz getan, in letzter Konsequenz wieder ein Beispiel dafür, wie Geld gespart werden kann, weil aktiver Hochwasserschutz bekanntlich wesentlich teurer ist.

Meine Damen und Herren, damit bin ich beim Stichwort „Hochwasserschutz“. Der Herr Kollege Licht hat kein Wort darüber verloren. Viele verstehen unter Hochwasserschutz zuvörderst den Bau von Schutzmaßnahmen. Diese sind zwar notwendig, aber das ist noch längst nicht alles Hochwasserschutz. Hochwasserschutz beginnt bei Versickern- und Zurückhalten. An diesem Beispiel zeigt sich auch die Verzahnung in der Ökologie. Weil FUL-Flächen nicht so hoch verdichtet sind, sind auch sie wiederum ein Beitrag zum Hochwasserschutz, weil dort mehr Wasser versickern kann.

Frau Martini, ich bin der Landesregierung sehr dankbar, dass das Bauprogramm am Oberrhein ungeschmälert in diesem Haushalt enthalten ist. Ich weiß, dass es auch Konflikte mit der Ökologie gibt. Deshalb bedarf es auch eines abgewogenen Handelns. Aber welche ökologischen Schäden hätten wir, wenn ein 200-jähriges Hochwasser beispielsweise die BASF fluten würde. Ich denke, auch das muss mit bedacht werden.

Die Bedenken aus jenen Gemeinden, auf deren Gemarkung Baumaßnahmen für den Hochwasserschutz geplant sind, werden von uns ernst genommen. Hochwasserschutz heißt Schutz des Menschen und seines Hab und Guts vor einer Naturkatastrophe. Deshalb muss sichergestellt sein, dass es bei einer möglichen Flutung nicht zur Schädigung von Wohnanlagen kommt. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt, den es zu beachten gilt. Aus der Gesamtinteressenlage heraus vertretbar ist die Tatsache, dass diese Maßnahmen durchgeführt werden. Kein Verständnis habe ich für jene, die zwar den optimalen Hochwasserschutz wollen, aber bitte schön auf Nachbars Gelände.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal betonen, als Wahlkreisabgeordneter, dessen Landkreis bei einem 200-jährigen Hochwasser akut gefährdet wäre, bin ich dankbar, dass dieser Haushalt dem Hochwasserschutz eine hohe Priorität einräumt.

Ich möchte noch ganz rasch einige Gedanken zur Abfallpolitik äußern. Die Frage, wie künftig mit Siedlungsabfällen verfahren wird, entscheidet sich letztendlich nicht in diesem Hause. Dennoch ist es uns nicht verboten, auch laut darüber nachzudenken, ob die Abfallstrukturen und Abfallströme aus heutiger Sicht noch den ökologischen und ökonomischen Anforderungen entsprechen. Wir sind diesbezüglich in unserer Fraktion seit Monaten in einem sehr intensiven Informations- und Diskussionsprozess, der zugegebenermaßen schwierig ist. Er ist deshalb schwierig, weil wir das Sortieren und Sammeln vereinfachen wollen, die Gesamtenergiebilanz für deutlich Verbesserungsnotwendig halten und das Ganze preiswerter organisieren wollen. Das klingt zunächst wie die Quadratur des Kreises.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist sie auch!)

- Aber Herr Kollege Braun, Sie werden es noch erleben, es ist machbar. Aber man muss sich gründlich damit beschäftigen und nicht so etwas in den Himmel schießen, und das war es dann. Das bedarf einer sehr gründlichen Arbeit und Information.

(Pörksen, SPD: Herr Dr. Braun hat auch nur ein Tischfeuerwerk!)

Meine Damen und Herren, im Sonderabfallbereich hat diese Regierung ihre Hausaufgaben gemacht. Die Andienungsplicht, ein Reizwort für Sie, hat sich allen Unkenrufen zum Trotz bewährt. Die Empfehlungen des Prognos-Gutachtens, was die SAM betrifft, sind weitestgehend umgesetzt.

Meine Damen und Herren, alles in allem wird dieser Einzelplan trotz Sparzwängen den ökologischen Herausforderungen gerecht. Umweltpolitik ist eine Gegenwartsaufgabe für die Zukunft. Ein indianisches Sprichwort sagt: „Was die Erde befällt, befällt auch die Söhne der Erde.“ Dies sollten wir bei all unserem Tun mit bedenken.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Nagel, Sie hätten vielleicht besser die Zwischenfrage zugelassen, dann hätte ich nicht soviel Zeit gehabt, das, was Sie hier immer als Märchen verkünden, klarzustellen.

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

- Herr Nagel, bleiben wir einmal bei der Sache.

(Frau Pepper, SPD: Nicht so laut!)

- Ich weiß, dass Sie Probleme haben. Aber bei Ihnen muss man immer laut sprechen, damit Sie es auch deutlich verstehen.

Herr Nagel, es ist ganz einfach. Die Landesregierung weiß noch nicht einmal etwas. Die F.D.P. weiß auch nichts. Würum die F.D.P. nichts weiß, weiß ich, weil ihr Minister nicht mehr mit der Ministerin spricht. Dann kann der Minister seine Fraktion nicht informieren. Ich weiß gar nicht, warum Sie so gegen die CDU schimpfen. Der Minister der F.D.P., Herr Bauckhage, hat das doch alles so umgesetzt, dass es länger dauert.

(Nagel, SPD: Wer hat denn die Aktuellen Stunden beantragt? Lesen Sie doch einmal Ihre Rede nach!)

Ich verstehe das überhaupt nicht. Ich weiß gar nicht, was Sie wollen.

(Pörksen, SPD: Das ist euer Problem!)

Nach Aussage der Landesregierung kennen sie nicht die genauen Grundstücke und wissen nicht, wo FFH umgesetzt werden soll. Die Kommunen sollen informieren. Der entscheidende Punkt ist - da liegt der Fehler, den Sie nicht zugeben wollen, die Ministerin will dies auch nicht zugeben -, FFH und Umweltschutz macht man mit der Landwirtschaft, mit den Grundstücksbesitzern und nicht gegen sie. Das ist der entscheidende Punkt. Das habt Ihr falsch gemacht.

(Beifall der CDU)

Sich hierhin zu stellen und dann zu sagen, ich bin dagegen, Hochwasser auf Nachbars Grundstück zu regeln, dann muss ich sagen, ich bin auch dagegen, FFH auf Grundstücken anderer Leute zu regeln, ohne mit denen zu sprechen. Danach sollte man handeln. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn in den nächsten 14 Tagen die Ministerin trotzdem eine Kabinettsliste auf Kosten der Bauern macht, ohne miteinander geredet zu haben, was weder sinnvoll noch für den Umweltschutz zuträglich ist.

(Beifall bei der CDU -
Nagel, SPD: Erklären Sie einmal Ihren
Leuten, was Sie unter FFH verstehen!)

Vizepräsident Schuler:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Licht, Sie haben in einem Punkt Recht, dieser Haushalt, den die Umweltministerin hier vorlegt, ist eher ein Ausdruck des Sparwillens des Finanzministers als ein Ausdruck, Umweltpolitik in diesem Land umsetzen zu wollen. In allen Punkten wird gespart. In allem wird offensichtlich nur noch Fantasie gebraucht und Geld durch Fantasie ersetzt. Herr Nagel, aber stellen Sie sich einmal vor, wenn sich jemand von uns hier hinstellen würde und über den Verkehrshaushalt sagen würde: Was, Sie wollen die Autobahn XY bauen? Stellen Sie sich doch einmal vor, diese wäre schon vorhanden, und Sie fahren darüber. Setzen Sie doch einmal Fantasie statt Geld ein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und CDU)

Das klappt genauso wenig in der Verkehrspolitik, wie es in der Umweltpolitik klappt. Deswegen ist das natürlich keine ernsthafte Art und Weise, mit dem Haushalt eines Umweltministeriums umzugehen, wenn Sie sagen, wir brauchen mehr Fantasie statt Geld. Es gilt auch für die Umweltpolitik, ohne Geld ist auch im Umweltbereich nicht alles zu machen. Die

SPD hat selbst in einem Bereich etwas draufgesattelt. Also scheinen Sie auch die Verknüpfung zwischen Geld und Umsetzung zu kennen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man dann aber betrachtet, dass sich die CDU hierher stellt und inhaltlich - das muss ich schon sagen - sehr beeindruckend den Umweltschutz hochhält, dann frage ich mich: Wo schlägt sich das denn nieder? - Sie haben doch Anträge gestellt, 20 Anträge zum Einzelplan 14, also zum Haushalt der Umweltministerin. Wenn ich richtig gezählt habe, sind 19 von diesen 20 Anträgen Streichanträge. 19 Streichanträge im Umweltministerium - da fehlt Ihnen wohl auch die Fantasie, was Sie in der Umweltpolitik überhaupt machen könnten - und ein Antrag, 500 000 DM im Energiebereich draufzusatteln; das ist ein bisschen wenig. Wenn man im Energiebereich die Nummer 1 werden will oder zumindest die rote Laterne abgeben will, dann reichen 500 000 DM nicht aus. Aber immerhin, die Tendenz stimmt. Ich glaube, in diesem Punkt können wir zumindest von der Richtung her übereinkommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Licht, was sollen die 19 Streichanträge? Diese beziehen sich zum Teil auch auf den originären Umweltschutz und auf die Forstpolitik.

(Licht, CDU: Das sind die Ist-Zahlen,
Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, die SPD hat drei Anträge gestellt, wenn ich das richtig gesehen habe,

(Pörksen, SPD: Oberlehrer!)

die zumindest vom Inhalt her nennenswert sind. Sie haben im Umweltbereich natürlich auch eine ganze Reihe „Null“-Anträge gestellt, wie wir das aus anderen Bereichen auch kennen. Aber ich will jetzt nicht auf Ihre Nullnummern eingehen, sondern auf die Anträge, hinter denen etwas steckt. Zum einen sind das die 200 000 DM für die Lokale Agenda 21, die Sie zusätzlich fordern. Zum anderen sind es 50 000 DM mehr für ehrenamtliche Arbeit. - Das ist für das, was im Umweltschutz geleistet wird, ein bisschen wenig.

(Nagel, SPD: Entschuldigung, das ist eine
Erhöhung auf insgesamt 700 000 DM!
Das wissen doch alle hier,
Herr Braun!)

- Natürlich ist es eine Erhöhung. Aber die 50 000 DM sparen Sie auf der anderen Seite ein, indem Sie den Titel zum Erwerb und zur Sicherung von schutzwürdigen Grundstücken im Sinne der Landespflege im Jahr 2001 kürzen.

(Nagel, SPD: Das machen wir
über die Stiftung!)

Das heißt doch, dass Sie zwar Umweltschutz betreiben wollen, aber dass Sie dort, wo man dringend Geld braucht, nämlich zum Ankauf von Grundstücken, um Umweltschutz durchführen zu können, Ihre Streichungen ansetzen. Das kann garantiert nicht sinnvoll sein.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Nagel, SPD: Fragen Sie doch einmal,
was wir in der Stiftung „Natur
und Umwelt“ machen!)

- Ich weiß, Herr Nagel, dazu komme ich noch. Die Stiftung „Natur und Umwelt“ erhält jetzt von der Glücksspirale Geld. Das Land zieht sich aus der Förderung immer weiter zurück. Es hat 100 000 DM gekürzt, und wir haben einen Antrag gestellt, diese Kürzung zurückzunehmen.

(Nagel, SPD: Aber der Effekt
ist der Gleiche!)

- Aber wenn Sie statt aus dem Landshaushalt den Umweltschutz über die Glücksspirale finanzieren wollen, dann ist das doch ein Antrag, der nicht im Sinne der Umweltschützer sein kann, sondern dann ist das ein Antrag, der Sie aus der Verantwortung entlässt.

(Schwarz, SPD: Kommt es darauf an, woher das Geld kommt?

Nagel, SPD: Wir wollen eine
Umweltlotterie!)

Dann machen Sie es auch mit dem Straßenbau so! Wir wollen eine Finanzierung aus dem Lotto, die direkt an die Umweltschutzverbände geht und die nicht Haushaltssmittel des Landes einspart. Das ist etwas ganz anderes, Herr Nagel. Damit müssen Sie sich erst beschäftigen, dann können Sie weiter herumschreien.

(Nagel, SPD: Wer kriegt denn das Geld für
die Landkäufe, die Umweltverbände?)

Meine Damen und Herren, ich möchte auf unsere eigenen Vorschläge kommen, weil Ihre nicht so fantasievoll waren, wie ich es nach Ihrer Rede erwartet habe. Wir wollen einerseits das Biosphärenreservat Pfälzer Wald, ein Projekt, das im Naturschutz für Rheinland-Pfalz zentral ist, verstärkt fördern. Bisher werden 275 000 DM vom Land gezahlt. Wir haben den Antrag gestellt, 100 000 DM mehr bereitzustellen. Das ist erst ein erster Schritt. Wenn man sieht, dass auf der anderen Seite der Grenze, nämlich im Biosphärenreservat im nördlichen Teil der Vogesen viel mehr Leute damit beschäftigt sind, die Biosphärenreservatarbeit voranzubringen, dann sieht man den Mangel, der auf unserer Seite herrscht. Wir brauchen, wenn wir ein Biosphärenreservat haben, natürlich auch die Mittel dafür, dieses Biosphärenreservat bekannt zu machen und Pläne zu entwickeln, wie das Biosphärenreservat in Zukunft arbeiten soll, wie vor Ort, wie im Pfälzer Wald die zukünftige Entwicklung gestaltet werden soll - regionales Mar-

keting beispielsweise, Wirtschaftsentwicklung nachhaltiger Art, aber auch sanfter Tourismus. Das kann man nicht mit 275 000 DM und Fantasie machen, dafür brauchen wir ein bisschen mehr Geld und ein bisschen mehr Fantasie, als die Landesregierung und die SPD-Fraktion bisher bewiesen haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Bereich des Ehrenamts gibt es einige Fördertitel für Umweltschutzverbände. Ich frage mich aber: Warum sind die mitgliedsstärksten Umweltschutzverbände, die auch Unterstützung brauchen und sich nicht allein immer nur aus den Mitgliedsbeiträgen finanzieren können, weil sie auch Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Landesregierung, nehme ich an, aber vor allem im Sinne des Umweltschutzes leisten, nicht so wie andere in der Förderung enthalten? Deswegen schlagen wir vor, gleiches Recht für alle anzuwenden und auch den BUND und den NABU mit 75 000 DM im Jahr zu fördern. Das ist nur gerecht. Ich denke, das kann auch ein Zeichen sein, dass ehrenamtliche Arbeit im Umweltschutz entsprechend gewürdigt wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fasse zusammen zur Stiftung für Natur und Umwelt: Das ist unsere Stiftung, die die Grundstücke einkaufen soll, auf denen dann Landespfllege betrieben werden kann. Wenn man Naturschutz in Rheinland-Pfalz will, dann muss man auch wissen, wo. Da hat Herr Billen zwar nicht Recht, dass man sagen kann, man müsse zunächst einmal alle Grundstücke kaufen und alle im Eigenbesitz haben, die man dann entsprechend in den Naturschutz einbeziehen will,

(Pörksen, SPD: Das hätten die gern noch!)

aber man muss natürlich auch originäre Mittel haben, um solche Grundstücke aufzukaufen, um die Landespfllege vor Ort auch mit ehrenamtlichen Kräften fördern zu können.

(Schweitzer, SPD: Die ist doch drin!)

Deswegen wollen wir mit unseren Vorschlägen den Haushaltssatz - ich sage Ihnen noch einmal, dass das natürlich alles gegengerechnet ist, nicht dass Sie dann wieder kommen und sagen, wir würden nur Erhöhungen fordern - der Stiftung für Natur und Umwelt um 100 000 DM erhöhen, und wir wollen den Ansatz für den Ankauf von Grundstücken für die Landespfllege um 200 000 DM erhöhen.

Meine Damen und Herren, wenn man in Rheinland-Pfalz Zukunftsfähig wirtschaften will, dann darf man das ökologische Bauen nicht vergessen.

(Pörksen, SPD: Das wird doch nicht gemacht!)

Für das ökologische Bauen haben wir einen eigenen Haushaltstitel eingestellt. Da gibt es bisher nur einige Fördermittel im Finanzministerium. 300 000 DM werden für Gespräche und Koordination vergesehen.

Wir brauchen aber Förderprojekte. Wir brauchen Projekte, wo man sehen kann: Wie kann ich ökologisch bauen? Wie kann ich vor allem die Holzbauweise in Rheinland-Pfalz, einem der holzreichsten Länder der Bundesrepublik Deutschland, voranbringen? Das geht nicht mit den Ansätzen, die Sie bisher gemacht haben. Dazu muss man natürlich auch Geld aufwenden,

(Pörksen, SPD: Fahren Sie einmal in den Hunsrück!)

wenn man wissen will, wie eine nachhaltige Wirtschaftsweise in Zukunft in Rheinland-Pfalz funktionieren kann. Eine der großen Chancen in Rheinland-Pfalz ist eben das ökologische Bauen mit Holz. Das ist ein nachhaltiger Rohstoff. Es ist ein Rohstoff, der in Rheinland-Pfalz wächst, ein Rohstoff, der auch wieder entsorgt werden kann. Es ist außerdem ein Rohstoff, mit dem man im Baubereich schon Erfahrungen hat.

(Pörksen, SPD: Nicht nur gute, Herr Kollege!)

Es gibt schon einige öffentliche Gebäude, auch in Rheinland-Pfalz, die in Holzständerbauweise gebaut wurden. Da hat man endlich einen konkreten Ansatz, und diesen Ansatz muss man auch aufgreifen und fördern.

Deswegen sagen wir: 2 Millionen DM mehr im Jahr für das ökologische Bauen mit Holz. - Das schadet nicht der Wirtschaft, sondern es nützt der Wirtschaft. Es schadet nicht der Umwelt, sondern es nützt der Umwelt. Wenn das Wort „Synergieeffekt“ einmal richtig verwendet werden soll, dann an diesem Platz. Da haben wir den Synergieeffekt: Umweltschutz einerseits und Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum andererseits.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zur allgemeinen Diskussion um die FFH-Richtlinie, die hier immer sehr freudig und vehement geführt wird. Wenn Sie gestern die „FAZ“ aufgeschlagen haben - ich glaube, es stand sogar auf der ersten Seite; man musste sie nicht einmal aufschlagen; es sprang sofort ins Auge -, dann haben Sie den Artikel gelesen: „Auszahlungsstopp für Strukturfondsmittel der EU“. Ich zitiere die ersten beiden Sätze: „Die EU-Kommission hat die Auszahlung sämtlicher Mittel aus den europäischen Strukturfonds an Deutschland gestoppt, solange die Bundesrepublik nicht ihren Verpflichtungen der Naturschutzrichtlinie Fauna-Flora-Habitat (FFH) nachkommt. Wie Umweltminister Trittin am Donnerstag berichtete, hat die Kommission diese Sanktion verhängt, weil die Bundesrepublik mit der Meldung von FFH-Gebieten seit fünf Jahren im Verzug sei.“

Jetzt wissen wir, woher dieser Verzug kommt. Zum einen kommt er natürlich daher, dass die damalige Bundesumweltministerin Merkel die EU-Richtlinie nicht in deutsches Gesetz umgesetzt hat. Die F.D.P. war damals auch dabei. Sie ist jetzt noch dabei, die FFH-Ausweisung zu verhindern, genauso wie die CDU. Sie sind ihrer Linie gegen den Naturschutz treu geblieben. Zum einen hat die Bundesregierung die Gesetze nicht rechtzeitig umgesetzt, zum anderen kann Rheinland-Pfalz im Moment nicht melden, weil die FFH-Ausweisung vom Umweltministerium anscheinend nicht richtig vorbereitet worden ist. Das ist das eine.

Aber andererseits, als man die Gebiete endlich zusammen hatte, als man sich endlich darüber hätte informieren können, wenn man wollte - das kann jeder Abgeordnete auch ohne Kleine Anfragen; Herr Creutzmann, da können Sie zur Ministerin gehen oder sie anrufen, ich glaube, sie wird Ihnen schon erzählen, was da ausgewiesen worden ist, also Sie brauchen dann keine Kleine Anfrage zu stellen -

(Dr. Gölter, CDU: Das will
er doch nicht!)

wenn man sich wie F.D.P. und CDU in diesem Land auf die Dauer in Sachen FFH dumm stellt, dann kann man natürlich die Sache auch nicht fördern. Sie blockieren und sagen dauernd, es weiß keiner Bescheid. So verhindern Sie natürlich die Meldung. Sie verhindern - das haben Sie vielleicht nicht bedacht - die Auszahlung von Strukturfondsmiteln. Das ist wirtschaftsschädigend. Herr Creutzmann, das wussten Sie vielleicht noch nicht. Aber wenn Sie und Herr Kuhn sich weiter so verhalten, dann werden Sie Proteste nicht nur von der Landwirtschaft bekommen, sondern dann werden Sie Proteste von der gesamten Wirtschaft ernten, weil Sie verhindern, dass Strukturfondsmittel fließen. Sie schaden mit Ihrer Blockadehaltung dem Land Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber die FFH-Diskussion hat auch noch einen anderen Aspekt. Die FFH-Richtlinie sagt uns, dass nach wissenschaftlichen Kriterien auszuweisen ist, welche Gebiete in Rheinland-Pfalz, in Deutschland und europaweit geschützt werden müssen. Nun haben wir Gebiete, in denen Tiere oder Pflanzen vorkommen, die per se dem Schutz der FFH-Richtlinie unterstehen. Das ist einfach so. Da können wir uns auch querstellen, wie wir wollen, normalerweise reicht es, wenn irgendjemand nach Brüssel meldet, dass FFH-Gebiete vorhanden sind, dann muss sich die Kommission auch damit beschäftigen.

Nun haben wir zum Beispiel das Phänomen Loreley in Rheinland-Pfalz. Es gibt ein FFH-Gebiet direkt an der Loreley. Das ist eine schöne Sache, weil wir auch hier Tourismus mit Nachhaltigkeit verbinden könnten. Die Loreley ist weltbekannt. Aber worüber wird im Moment die FFH-Politik der Landesregierung bekannt? Dass sie eben nicht dort ansetzt, wo FFH-Interessen verletzt werden. Wir haben eine entsprechende Anfrage gestellt. Die Landesregierung gibt sich sehr

hilflos. Sie denkt, vor Ort ist alles abgeklärt worden und damit basta. Damit greift die Landesregierung nicht mehr ein.

Aber gleichzeitig gibt die Landesregierung Mittel - Finanzmittel, nicht Fantasiemittel; Herr Nagel - für den Ausbau eines Parkplatzes an der Loreley. Ich glaube, dort sollen später 485 Autos Platz finden. Allein die Fördermittel für den Parkplatz betragen 1,5 Millionen DM und sind genau so angelegt, dass sie das angrenzende FFH-Gebiet schädigen und beeinträchtigen. Wir wollen einmal sehen, wer dann Recht bekommt, wenn das nach Brüssel gemeldet und begutachtet wird; und wer dann vor Ort eigentlich geprüft hat oder nicht.

(Wirz, CDU: Weisen Sie doch den
Parkplatz als FFH-Gebiet aus!
Ein FFH-Parkplatz!)

Das heißt, Sie gehen im Moment im Land schon so mit der FFH-Richtlinie um, als gäbe es sie gar nicht. Sie missachten eigentlich auch die Vorgaben, die Sie selbst von der CDU damals auf europäischer Ebene mit verabschiedet haben, als die CDU noch irgendetwas mit Umweltschutz zu tun hatte. Davon haben Sie sich jetzt schon längst verabschiedet, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zur Lokalen Agenda 21. Es ist schön, dass das Umweltministerium und die Regierungsfraktionen eingesehen haben, dass man auch Finanzmittel für die Lokale Agenda 21 braucht. Wir hatten das in einem Antrag, den die CDU damals unterstützt hatte, schon vor zwei Jahren gefordert. Wir hatten eine Anhörung im Umweltausschuss. Alle, die angehört wurden - ob es der Stadttag war, ob es Professoren waren, die sich mit diesem Fachgebiet beschäftigt haben -, sagten, die Kommunen brauchen natürlich auch Anreize - ich muss es noch einmal sagen, nicht nur fantastische und fantasievolle Anreize, sondern auch finanzielle Anreize -, um die Lokale Agenda 21 voranzubringen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!
Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

- Jetzt wird eine Million DM eingestellt. Wir halten das für zu wenig. Wir sagen, es müssten mindestens zwei Millionen DM eingestellt werden, um die Kommunen entsprechend zu fördern. Wenn natürlich die Kommunen nicht gefördert werden sollen, sondern wenn nur das Land in den Kommunen informieren will, aber die Kommunen sonst nur auf eigene Kosten die Lokale Agenda 21 aufgreifen sollen, dann reicht vielleicht die eine Million DM. Die eine Million DM reicht natürlich, um vorzutäuschen, dass man etwas tut. Aber will man sinnvolle Projekte fördern, muss man noch etwas drauflegen. Will man etwas tun, muss man vor allen Dingen Förderrichtlinien verabschieden, wie die Kommunen an dieses Geld herankommen. Dann kann es nicht sein, dass die Ministerin nach Gutdünken dieses Geld verteilt oder die Fraktionen der Regie-

rungskoalition dieses Geld verteilen. Es muss klar sein, wer von der Lokale-Agenda-Förderung etwas bekommt und wer nicht, nach welchen konkreten Richtlinien das vor sich geht.

Wir haben danach gefragt, ob es diese Richtlinien gibt. Zumindest im Dezember gab es sie noch nicht. Ich weiß nicht, ob Sie sie bisher entwickelt haben und ob es im Januar solche Richtlinien gibt. Ich würde mich freuen, wenn Sie diese Richtlinien vorstellen könnten, Frau Martini.

Ich komme zum Thema Abfall. Sie haben angesprochen, dass es dazu Diskussionen geben kann, wie man das Abfallsystem - ich nehme an, das Abfallsammelsystem - verändern kann. Eines ist auf jeden Fall sicher. Das werden Sie auch nicht wiediskutieren können. Die Müllverbrennung in Pirmasens ist die teuerste Art und Weise, Müll zu entsorgen, und bestimmt nicht die ökologisch beste Art und Weise. Im Moment haben wir einen Tonnagepreis für die Verbrennung in Pirmasens von 465,50 DM. Das ist ein horrender Preis, wenn man vergleicht, dass andere - selbst Müllverbrennungsanlagen - zur Hälfte des Preises arbeiten können, dass andere Anlagen, die wir bevorzugen - die biologisch-mechanischen Anlagen -, auch zum halben Preis arbeiten können. Dann frage ich mich: Warum halten Sie eigentlich an dieser unsinnigen Politik fest, alles verbrennen zu wollen und dazu auch noch die Müllsammelsysteme umzustellen und das DSD abzuschaffen? - Das hat doch keinen Sinn. Ich wäre für eine Aufklärung wirklich dankbar, warum gerade in Rheinland-Pfalz die Mülltrennung bei Plastik aufgegeben werden soll.

Frau Ministerin, Herr Nagel, ich weiß sehr wohl, dass Sie konkret daran arbeiten. Ich weiß, dass Sie daran arbeiten, gewisse Leute in der Kommunalpolitik entsprechend mit Ihrem neuen System zu ködern. Ich bin einmal gespannt, ob das rechtlich einwandfrei ist. Im Lahn-Dill-Kreis hat das nicht funktioniert. Dort gibt es - soweit ich informiert bin - eine Klage des DSD auf Schadenersatz. Das DSD stellt dem Lahn-Dill-Kreis gegenüber eine Schadenersatzforderung von einer Million DM. Das ist nicht unbedingt im Sinne der GRÜNEN, aber man muss einmal reflektieren: Was wollen wir mit dem neuen System, wenn es außerhalb der Gesetze läuft? Wozu sollen wir das denn machen? Nur damit sich eine Ministerin bundesweit profilieren kann, sollen die Kommunen vorgeschnickt werden und bei der Diskussion um Abschaffung des DSD verheizt werden. Am Schluss gibt es dann noch die Schadenersatzforderung von DSD an die Kommunen. Die Firma Landbell, die Sie immer wieder ins Gespräch bringen, wird die Sache nicht herausreißen können, Frau Martini. Ich weiß nicht, wie Sie zu solchen Partnern kommen.

(Staatsministerin Frau Martini:
Das sind keine!)

Die Fehlkalkulation, die Sie im Bereich der Abfallpolitik machen, hat dieses Land und vor allem die Kommunen hunderte Millionen DM gekostet. Geben Sie die Linie der Blockade auf und fördern Sie auch die mechanisch-biologische Abfallbe-

handlung. Wir haben natürlich die Müllverbrennungsanlagen in Rheinland-Pfalz, aber wir haben auch die Chance, alternativ dazu neue Anlagen, wie sie beispielsweise im Kreis Neuwied stehen, biologisch-mechanische Anlagen, die günstig und vor allem ökologisch von ihrer Ökobilanz her und ökonomisch günstiger sind - dazu gibt es ein neues Gutachten des Öko-Instituts -, zu fördern. Ich hoffe, Sie werden das tun. Ich fordere Sie auf, nicht an Ihrer alten Politik festzuhalten.

Frau Martini, dazu und zum Thema Wald sage ich später mehr. Auch dort ist Ihre Sturheit wirklich nicht zu übersehen. Da scheint es Ihnen eher ums Prinzip als um eine vernünftige Politik zu gehen. Das zieht sich durch den ganzen Haushalt. Das zieht sich vor allem aber durch Ihre Politik, egal, ob in Sachen FFH, egal, ob in Sachen Abfall, egal, ob in Sachen Lokale Agenda 21. Ihre Politik ist nicht an der Sache, nicht an der Ökologie orientiert. Ihre Politik ist daran orientiert: Wie kann ich - Frau Martini - darstellen, und wie kann ich schön Öffentlichkeitsarbeit machen? - Aber das reicht nicht, um Umweltpolitik zu machen. Sie müssen schon Ihre Politik ändern.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abg. Licht, CDU)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich begrüße Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Teilnehmerinnen und Teilnehmer am journalistischen Seminar des Instituts für Publizistik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Meine Damen und Herren, seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Nagel das Wort.

Abg. Nagel, SPD:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Kollege Dr. Braun, zunächst habe ich natürlich nicht gesagt, man könne grundsätzlich und überall jegliches Geld durch Fantasie ersetzen. Aber es gibt Bereiche, da können Sie mit Phantasie viel Geld sparen. Genau diese Bereiche habe ich angesprochen. Wissen Sie, gerade die Lokale Agenda 21 ist ein sehr gutes Beispiel. Sie können viele Millionen zur Verfügung haben. Wenn Sie nicht mit ausreichend Phantasie an die Geschichte herangehen, dann sind diese Millionen in den Sand gesetzt. Sie müssen Phantasie haben.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Es tut mir Leid. Ich habe gerade von den GRÜNEN in dieser Frage mehr Phantasie erwartet.

Ich habe in meiner Rede dem Naturschutz einen breiten Raum eingeräumt. Aber das, was Sie gesagt haben, wie das mit den Landankaufen vonstatten geht, hat mit der Realität nichts zu tun.

Herr Dr. Braun, ich sage Ihnen einmal, wie es geht. Es gibt Umweltverbände im Land, die sagen, dort und dort ist eine Fläche, die sich eignet, um diese oder jene Maßnahme im Sinne des Naturschutzes durchzuführen. Dann stellen diese einen Antrag bei der Stiftung Natur und Umwelt und führen eine Maßnahmenbeschreibung durch. Das schauen wir uns im Vorstand an. Ich sage Ihnen, im Jahre 1999 sind alle Anträge bewilligt worden. Es gab keinen einzigen Antrag, den wir ablehnen mussten.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Jetzt erhält diese Stiftung Natur und Umwelt noch mehr Geld, als sie in der Vergangenheit hatte, durch die Beteiligung an der Glücksspirale. Deshalb haben wir gesagt, es ist vertretbar, bei den Landankaufsmitteln im Landshaushalt ein Stück herunterzufahren, weil wir sparen müssen. Nehmen Sie dies zur Kenntnis.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das sagen Sie bei jedem
Doppelhaushalt!)

So ist es. Die Sache wird dadurch nicht schlechter. Sie wird besser. Aber wir haben im Landshaushalt Geld gespart.

Eine letzte Bemerkung zum Thema „Abfall“, das Sie angeprochen haben. Niemand in diesem Landtag hat je gesagt, dass wir DSD oder Recycling abschaffen wollen. Ich sage Ihnen, auch die Ministerin nicht. Ich sage Ihnen einfach, was wir wollen. Wir wollen eine bessere Gesamtenergiebilanz bei der Abfallbeseitigung, und wir wollen weiterhin nicht hinnehmen, dass die Tonne DSD 3 000 DM kostet.

(Beifall der Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.)

DSD ist ökologisch uneffizient und ökonomisch erst recht. Wir wollen, das dies besser wird. Darüber denken wir nach. Ich bin sicher, wir werden einen Weg finden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Braun zu einer Kurzintervention das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Nagel, in der Stiftung Natur und Umwelt gibt es Mittel, die zur Verfügung stehen und die nicht ausgeschöpft wurden. Das weiß ich auch. Darüber haben wir auch schon geredet. Sie brauchen mir das nicht jedes Mal neu zu sagen. Das weiß ich doch.

(Nagel, SPD: Sie haben es eben anders dargestellt!)

- Nein, ich habe es nicht anders dargestellt. Ich habe gesagt, man braucht Geld dafür, will man die Landespflage offensiv betreiben. Natürlich kann man immer Grenzen setzen und sagen, das Geld reicht, weil nicht mehr angefordert wurde. Andererseits kann man aber noch mehr Projekte fördern und anders fördern. Es ist doch nicht so, dass Sie für immer gebunden sind zu sagen, nur die und die Projekte werden gefördert. Wenn man Naturschutz betreiben will, betreibt man diesen offensiv. Wenn man zusätzliche Mittel von der Glücksspirale bekommt, dann ist das eine gute Sache ist. Ich kritisire dies doch nicht. Aber dass dann das Land seine eigenen Mittel kürzt, ist ein Taschenspielertrick.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit ersetze ich doch Landesmittel durch andere Mittel, die ich doch für andere, dringend notwendige Umweltschutzmaßnahmen verwenden könnte.

Zum Thema „Plastikabfallverbrennung“ muss ich Sie einmal aufklären. Ich weiß nicht, ob Sie es noch nicht wissen. Aber natürlich gibt es im Moment im Land Rheinland-Pfalz Projekte, bei denen die Trennung gelber Sack abgeschafft werden soll und bei denen der gelbe Sack, der Plastikmüll, mit dem Restmüll verbrannt werden soll, und das gezielt. Wenn Sie darüber noch nicht informiert sind, werden Sie es noch erfahren. Aber daran arbeitet das Umweltministerium. Das Umweltministerium arbeitet sogar sehr stark und intensiv daran und kümmert sich darum, dass dieses Verbrennen des Plastikmülls Modellprojekt wird. Ob das allerdings Umweltpolitik gerade in Ihrer Richtung und in Ihrem Sinn ist, Herr Nagel, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Hatzmann das Wort.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mit einigermaßen Irritation heute diverse Beiträge von der Kollegin Frau Thomas zur Frage der Rolle der Opposition in diesem Hause gehört, auch gestern schon. Ich möchte den Einstieg in den Umwelthaushalt mit dieser Positionierung beginnen.

Sie sagt, die Budgetkontrolle und die Kontrolle der Tätigkeit der Landesregierung liegt auf der Seite der Opposition.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf Ihnen vielleicht den Artikel 62 der Verfassung, glaube ich, in Erinnerung rufen und noch einmal kurz zitieren, was in dem berühmten Schneider-Kommentar steht. Da steht nämlich: „Neben den Wahlen und der Gesetzgebung gehört die politische Kontrolle der Regierung nach wie vor zu den Hauptaufgaben der Parlamente. Obwohl diese Kontrollkompetenz des gesamten Parlaments gegenüber der Regierung, einst Strukturmerkmal des konstitutionellen Staates, auch unter der Herrschaft des parlamentarischen Systems völlig unumstritten oder unbestritten ist, bereitet die Wahrnehmung dieser Aufgabe in der Verfassungspraxis allerdings nicht unerhebliche Schwierigkeiten.“

Ich denke, die Verfassungslage ist eindeutig klar. Vor diesem Hintergrund habe ich auch bisher meine Aufgabe in diesem Parlament gesehen und betrachtet. Ich glaube, die Gesamtverantwortung des Parlaments darf man auch nicht infrage stellen, wenn es darum geht, Budgets und Gesetze zu erstellen und auch Kontrolle auszuüben. Auf diese Gesamtverantwortung des Parlaments setze ich, wenn ich hin und wieder einmal in eine Diskussion gehe.

Herr Kollege Licht, Sie haben einen wunderbaren Abschlussatz geliefert. Den will ich aber jetzt bringen, um die Überleitung einigermaßen charmant hinzubekommen.

Sie haben sich versprochen. Das gebe ich zu. Aber es klang so wunderbar. Sie haben zum Schluss gesagt, die mangelnde Zukunftsfähigkeit der Umweltpolitik dieses Landes kann man daran erkennen, wie man die Debatte verfolgt. - Wir verfolgen die Debatte natürlich nicht, wir führen die Debatte. Das ist zukunftsfähig. Eine Debatte zu verfolgen und zu kritisieren, hat mit Zukunftsfähigkeit nichts zu tun. Eine Debatte zu führen, ist zukunftsfähig. Um den richtigen Weg zu ringen und zu streiten, ist Aufgabe des gesamten Hauses. Davon nehme ich keinen Abgeordneten aus, ob er der Opposition oder einer regierungstragenden Partei angehört.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund betrachte ich auch immer diese Haushalte. Dieser Haushalt hat - ich habe mir das angeschaut - insgesamt 1 200 Einzeltitel. Da gibt es noch einen Haufen Untertitel und Verwaltungsstellen. Ich schätze einmal für den gesamten Haushalt - das, was wir heute und morgen tun und gestern getan haben, also in diesen drei Tagen -, dass wir ca. 20 000 Titel bearbeiten. Wir führen in Teilen auch eine Titeldebatte: ein bisschen mehr da, ein bisschen mehr da, Agenda 21, erst jetzt berücksichtigt, weil erst jetzt ein Titel geschaffen.

Ich weiß genau, dass im Hause der Umweltministerin die Agenda 21 schon lange vor dem Titel eine Rolle gespielt hat. Aber titelmäßig müssen wir es jetzt erfassen. Also wir führen

manchmal Debatten, die der großen Kraft und dem großen Willen, die in der Gestaltung liegen, nicht gerecht werden. Von daher freue ich mich, heute einen Haushalt vertreten zu dürfen, der die Debatte, die zukünftig in diesem Parlament zu führen ist, weg von der Titeldebatte, hin zu einer Zieldebatte, in einer absolut expliziten und, ich glaube, in sonst keinem anderen Haushalt wieder zu findenden Art und Weise vorbereitet.

Dieser Haushalt gibt Mittel und zeichnet Wege vor, wie wir zukünftig zielorientiert, qualitätsorientiert, politikorientiert und nicht an diesen Titeln orientiert, die immer wieder dazu führen, dass man sagt, wir machen diese Aufgabe, miteinander diskutieren können. Das möchte ich kurz belegen.

Wie gesagt, nicht 760 Millionen DM, sondern 772 Millionen DM, 780 Millionen DM sind in 1 200 Titeln etatisiert. Was uns heute schon auffällt, ist die Hauptgruppe 4 und wie in allen Haushalten die Hauptgruppe 5, nämlich die Obergruppen 51 bis 54, die in die Budgetierung eingeschlossen, das heißt gegenseitig deckungsfähig sind. Ich habe dies einmal ausgerechnet. Das macht für diese 727 Millionen DM - dies ist 1999 gewesen; daher kommt der Vertauscher -, Entschuldigung, 768 Millionen DM in diesem Jahr - dies ist draufgesetzt; also wir haben mehr im Titel als letztes Jahr -, genau 350 Millionen DM aus. Das heißt, fast die Hälfte des Haushalts, den wir heute diskutieren, unterliegt dem Budgetierungsvorrang. Dies bedeutet, wenn wir alles gegenseitig deckungsfähig stellen, wir können über Titel diskutieren solange wir wollen, wir müssen schauen, ob die Landesregierung die Hausaufgaben erfüllt, die wir politisch vorgeben. Dann brauchen wir diese Titeldebatte kaum noch zu führen. Ich sehe auch nicht, dass das in Zukunft sozusagen noch lange überlebensfähig ist, sondern wir werden viel stärker über Leistung diskutieren müssen. Von daher ist dies auch heute einmal exemplarisch dargestellt.

Zu diesen Globaltiteln, zur Globalbudgetierung kommen natürlich noch ganz andere Budgetierungen, das heißt gegenseitige Deckungsfähigkeit von einzelnen Titeln hinzu. Das Ganze addiert sich ziemlich weit auf, sodass wir eigentlich de facto nur noch über einen Teil des Haushalts reden.

Aber - ich denke, das war gewollt - wir wollen die neuen Steuerrungsmodelle für die Verwaltung. Der Landesrechnungshof bescheinigt insbesondere dem Umwelthaushalt, dass er mit der Global- und Totalbudgetierung als Pilotprojekt für die Landesforstverwaltung erheblich an Erfolg zu verbuchen hat. Es ist von der Schaffung von Kostentransparenz die Rede, von der Stärkung des Kostenbewusstseins. Es ist sogar von der Schaffung von Wettbewerb der Forstämter untereinander die Rede. Das sind alles Dinge, die wir wollen, die wir begrüßen, die wir wirklich gut finden. Dieses Lob sei hier ausdrücklich ausgesprochen.

Es ist von einer großen Flexibilität die Rede. Genau das wollten wir mit der Globalbudgetierung erreichen. Es ist exemplarisch vorgemacht.

Es ist von der größeren Autonomie der einzelnen Ämter, der einzelnen Entscheidungsträger vor Ort die Rede. Auch das ist genau das, was wir haben wollten und was wir mit der Budgetierung angestoßen haben. In Bezug auf die höhere Motivation wirkt das zuletzt auch auf die Mitarbeiter. Wir haben zu Beginn der Haushaltsdebatte gehört, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung eingespart haben. Sie gehen mit einer völlig anderen Motivation an ihre Aufgaben heran, wenn sie sehen, dass sie einen Teil des Budgets eigenverantwortlich ausgeben können und wenn sie sehen, dass das, was sie eingespart haben, Ihnen nicht im Sinne der Kameralistik weggenommen wird, sondern dass ihnen ein Teil der Einsparung auch wieder zugute kommt. Ich denke, das war genau der Weg, den wir gehen wollten.

Der ganze Landesforstbereich ist dazu globalbudgetiert worden und somit als Pilotprojekt ausgewählt worden.

Nun ist uns dieser Tage eine wunderbare Drucksache - Drucksache 13/4380 - zugegangen. Korrekt genommen war dies nicht dieser Tage, sondern Ende letzten Jahres. Das ist eine winzig kleine Drucksache. Sie hat zwei Seiten, eineinhalb Seiten Erläuterungen genau genommen, drei Seiten Anlage. Das ist der Bericht der Landesforstverwaltung zur Kostenleistungsrechnung. In diesen zwei Seiten plus drei Seiten Anlagen steckt so viel an Diskussionsfähigkeit, so viel auch an zukünftiger parlamentarischer Steuerungsfähigkeit drin, dass ich Ihnen dies noch einmal ausdrücklich ans Herz legen will.

Wir haben es erstmalig in einer Landesforstverwaltung, also in einer Verwaltung des Landes, erreicht, das Produkte definiert wurden. Ich kann Ihnen heute - Sie können das heute nachschlagen, wenn Sie wollen - dezidiert sagen, was die Erstellung eines Bescheides kostet. Das kann kein anderer Teil der Landesregierung und der Verwaltung sagen. Das Forstamt kann Ihnen aber sagen, das kostet 500 DM. Wir können heute erstmals sagen, was die Ausrichtung von Waldjugendspielen kostet. Bei den Waldjugendspielen begrüßen wir den Effekt. Wir können erstmals sagen, was uns das kostet. Wir können sagen, diesen Effekt für dieses Geld zu erreichen, ist eine fantastische Effizienz. Davon wollen wir mehr. Das erste Mal können wir sagen, so wollen wir es haben. Das geht nicht über Titel oder sonst irgendetwas. Die Effekte wollen wir. Das ist die Effizienz, die zu dem Effekt passt. Davon wollen wir mehr. Ich denke, das ist ein hervorragender Ansatz, besser und gezielter zu steuern.

Ich weiß, dass die Erstellung eines solchen Produktplanes und die Zuordnung von Mitarbeiterstunden zu einem solchen Produktplan erheblich viel Arbeit bedeutet. Es bindet unheimlich stark die Kräfte. Im Ausschuss für Umwelt und Forsten hat uns der zuständige Referent, Herr Meyer, berichtet, dass die Mitarbeiter mit hoher Motivation bei der Sache waren. Er hat uns darüber berichtet, dass er mit einem sehr pragmatischen Ansatz auch zu sehr schnellen Ergebnissen gekommen ist, wohl wissend, dass sie über die Jahre fein gesteuert werden müssen.

Ich denke, der Ansatz ist hervorragend gewählt. Ich möchte es gern übernehmen, Herrn Meyer und seinem Team hier an der Stelle auch Dank zu sagen für diese hervorragende Grundlage. Sie ist so klein, so winzig und kommt so bescheiden daher, es sind nur fünf Seiten, aber es steckt vieles drin. Es steckt ein Stück Zukunft für dieses Parlament darin. Dieses will ich noch einmal unterstreichen. Dank von mir, von meiner Fraktion und Dank auch als Vorsitzende des Umweltausschusses für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Das ist Zukunft. Da müssen wir weiter ansetzen. Ich weiß, dass der nächste Schritt natürlich sein wird, über die Kostentransparenz und über die Produkttransparenz zu überlegen, welche Prozesse ich in der Verwaltung optimieren kann. Wo das für ein bestimmtes Produkt zu teuer erscheint, kann ich natürlich fragen, wie die Prozesse verbessert werden können. Das ist der richtige Weg. Ich bin überzeugt, dass wir Ende des Jahres auch darüber ein hervorragendes Ergebnis bekommen werden.

Das ist nicht das einzige Element, das im Umwelthaushalt auffällt. Das ist nicht das einzige Element, was uns in Zukunft ermöglichen wird, den Dialog zwischen Parlament und Regierung zielgerichtet zu führen - ganz im Gegenteil. Da gibt es noch viel mehr. Ich will Ihnen einige andere vortragen.

Es gibt zum Beispiel den Bericht der Landesregierung über Umweltinformationen. Ich habe ein Zitat: Daten für Taten. Ich brauche Daten, jeder braucht Daten, um Taten zu ermöglichen. Das heißt, die Naturschutzverbände, der Bürger, der sich interessieren will, der sich beteiligen will, der sich in eine Diskussion einklinken will, der die Naturschutzzdiskussion mitführen will, braucht Informationen. Es ist ein wesentlicher Teil des Beteiligungsprozesses, schnell und effizient an die Informationen zu kommen.

Ich weiß, dass wir mit dem Bericht Umweltinformation, den die Landesregierung vorgelegt hat, an der Spitze aller Bundesländer in Bezug auf die Frage der Zusammenführung von Daten liegen. Was mich über den Bericht hinaus mehr als beeindruckt hat, ist die Tatsache, in welch kurzer Zeit die Verwaltung es geschafft hat, nebenher eine Internetplattform aufzubauen, in der diese Daten eingestellt werden, und wie gut, anschaulich und praktikabel diese Internetplattform ist. Es gibt unterschiedliche Ressourcen, die über entsprechenden Zugriff der Öffentlichkeit dargestellt werden. Natürlich kann man die Plattform permanent mit neuen Daten unterfüttern, das heißt, ich schaffe mehr Transparenz, ich schaffe mehr Beteiligungsmöglichkeiten.

Der Diskussionsprozess kann wesentlich qualitätshaltiger geführt werden. Wir brauchen nicht mehr im Nebel zu stochern. Von daher, denke ich, ist dies ein erheblicher Fortschritt.

Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, dies bereitzustellen. Ich denke, das ist auch für andere Teile der Landesregierung vorbildlich, was hier geleistet wurde. Deswegen kann ich überhaupt nicht begreifen, warum die CDU an dieser Stelle ausgegerechnet die Mittel, die mit Transport von Daten, der Veröffentlichung von Daten, der Pflege von Daten in Zusammenhang stehen, streicht.

Ich nenne nur einmal die Titelbezeichnung „Internet“. Da haben sie gestrichen oder reduziert. Ich will das nicht im Einzelnen ausführen. Ich bin der Überzeugung, diese gehören eher erhöht als gestrichen, weil ich weiß, wie viel Arbeit in der Pflege solcher Daten liegt. Sie müssen fortgeschrieben werden, damit sie auch nachgefragt werden. Der User kommt nur dann immer wieder auf ihre Internetseite, wenn er immer wieder Neues vorfindet und merkt, die Daten haben ein Update. Er greift nicht auf Daten der 90iger Jahre zurück. Er will die neusten Daten haben.

Wir haben im Ausschuss für Umwelt und Forsten ein weiteres Puzzleteilchen neuer Steuermöglichkeiten des Parlaments vorgestellt bekommen. Auch dieses will ich erwähnen. Ich habe die CD hier, das ist die CD „Landschaft 21“. Herr Bieselt, der diese CD „Landschaft 21“ im Umweltausschuss vorgestellt hat, hat mir diese zur Verfügung gestellt. Ich weiß, es ist letztendlich ein Schwarzbrand, das darf ich gar nicht so laut sagen, aber es ist sozusagen aus eigenem Bestand. Ich habe gesagt, das, was ich im Umweltausschuss gesehen habe, will ich gern auf meinem Computer nachprüfen, da ich sehr misstrauisch bin. Ich habe mir das mit meinen Mitarbeitern anschaut. Das, was ich dort gesehen habe, ist der Zugriff zu einem sehr genauen und sehr korrekten und hilfreichen Datengerüst. Das mag für Sie nicht relevant erscheinen.

Wissen Sie, ich komme aus einer Planerergangenheit. Ich weiß, wie wichtig Daten für Planung und für bestimmte Diskussionen sind, um sie im Vorfeld dadurch zu entschärfen, dass man über Daten verfügt. Auch das ist wichtig.

Bisher habe ich mich immer glücklich geschätzt, im nördlichen Rheinland-Pfalz zu wohnen, weil das Land Nordrhein-Westfalen in den 60iger Jahren einen Planungsatlas aufgebaut hat. Ich bin gegenüber allen Kollegen im Vorteil, weil ich auf einen Planungsatlas zurückgreifen konnte. Das war damals in den 60iger Jahren ein Pilotprojekt in Nordrhein-Westfalen zum Aufbau von geographischen Systemen usw. Das ist das einzige Bundesland, das das bisher geschafft hat. Mit dieser „Landschaft 21“ ist Rheinland-Pfalz nach Nordrhein-Westfalen das einzige Land, das ein vollständiges Landschaftsinformationssystem vorstellen kann.

Wir haben Herrn Bieselt im Ausschuss auch kritisch gefragt, wie konkret die Daten sind. Die Antwort, die er gegeben hat, hat mir imponiert. Es hat gesagt, ich biete diese Daten an. Ich stelle mich dem Dialog der Nutzer und lasse mich natürlich auch korrigieren. Ich fordere jeden auf, in die Diskussion zu gehen und zu sagen, wenn ihr bessere oder andere Daten habt, stellt sie zur Verfügung, wir werden das immer mehr,

immer stärker verfeinern. Das ist gerade der Vorteil von Umweltinformationssystemen, Landschaftsinformationssystemen, dass man in den Dialog gehen kann und aus dem Dialog heraus mit verfeinerten Daten kommt.

Man nennt das die Output-Orientierung der Verwaltung, das Income und damit die Outcome-Orientierung. Das ist sozusagen die finale Verbesserung, die wir uns wünschen. Das haben wir an der Stelle schon einmal exemplarisch exerziert. Ich bin aber noch nicht am Ende. Es gibt noch mehr Elemente,

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS.90/DIE GRÜNEN)

die es - auch im Parlament - vorzustellen lohnt, weil sie wirklich exemplarisch sind. Es gibt so etwas wie die Aktion „Blau“ bzw. die Aktion „Grün“. Das sind Leitbilder, mit denen unterschiedliche Haushaltstitel verbunden werden. Genau das ist eine Form von Steuerung, wie ich sie mir wünsche. Ich baue ein Leitbild auf und stelle unterschiedliche Instrumente unter dieses Leitbild, mit denen ich dann zu einem solchen Ziel gelange.

Zur Aktion „Blau“ will ich jetzt nichts sagen, weil ich dazu schon sehr viel in diesem Hause gesagt habe. Ich sage aber etwas zur Aktion „Grün“. Ein Element der Aktion „Grün“ ist unter anderem das vernetzte Biotopsystem. Sie ist erstellt worden, und wir haben sie flächendeckend. Wir sind das einzige Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland, das über ein solches flächendeckendes aktuelles Planungsinstrument zur Planung vernetzter Biotopsysteme verfügt. Das haben wir bisher immer zur Kenntnis genommen. Als Planerin habe ich das Instrument auch reichlich genutzt.

In den letzten Tagen flatterte mir ein Brief von der Gruppe, die diese Aktion im Wesentlichen wissenschaftlich betreut hatte, ins Haus. Sie haben mich ganz schlicht und ergreifend als Planerin gefragt: Wie gehen Sie mit den Daten um? Können Sie damit etwas anfangen? Benötigen Sie eine Verbesserung? Haben Sie sonstige Kritik? Bitte um Feed-back! - Das Ganze geschah im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Forsten. Ich halte es für ein hervorragendes Vorgehen, Daten sozusagen nicht als Absolutstruktur zu nehmen, sondern sie zur Diskussion zu stellen und zu sagen: Wir wollen wissen, ob wir die Daten anders aufbereiten sollen. - Ich halte es für eine hervorragende Weichenstellung, das vorzustellen. Auf diesem Weg sollten wir unbedingt weitergehen. Ich bin davon überzeugt, dass Sie den vollen Rückhalt - zumindest der Betroffenen - haben. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass Bürgerinnen und Bürger, die zum ersten Mal diese Instrumente nutzen, davon begeistert sein werden.

Fazit: Im letzten und in diesem Doppelhaushalt haben wir Weichenstellungen vorgenommen; die vielleicht nicht titelorientiert all das wiedergeben können, was an Leistung erbracht worden ist. Das ist aber auch nicht notwendig. So lange die Leistungen des Outputs stimmen und mit dem übereinstimmen, was wir wollen, bin ich bereit, über Titel und

Summen zu diskutieren, und bereit zu sagen: Letztendlich habe ich als Parlamentarier höchstens über 350 Millionen DM von 720 Millionen DM Macht im Haushalt. Die Weichenstellung halte ich für richtig. Dazu haben wir bereits einiges gesagt.

Ich nehme zu der vorangegangenen Diskussion Stellung und kritisiere dabei nicht im Einzelnen, wer welchen Titel hoch- bzw. heruntergezogen hat, weil ich der Meinung bin, dass ich dargestellt habe, wie wichtig die Zielorientierung ist. Es ist viel wichtiger, das Output zu kontrollieren und zu diskutieren. Das ist viel wichtiger, als Einzeltitel zu diskutieren.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wenn Sie nicht zum Haushalt reden
wollen, lassen Sie es sein!)

- Ich rede zum Haushalt. Das ist alles mit diesem Haushalt ermöglicht worden. Das steckt alles in diesem Haushalt.

Ich komme auf das Thema FFH zurück. Über die FFH-Richtlinie gibt es große Aufregung, nicht nur in unserem Hause, sondern auch draußen. Aus einer gewissen Planer vergangenheit kann man das Thema unterschiedlich betrachten. Dieses europäische Gesetz hat einen Vorläufer, die Vogelschutzrichtlinie.

Die Vogelschutzrichtlinie aus dem Jahr 1976 ist eine der allerersten Richtlinien im Sinne des Umweltschutzes und galt europaweit. Dann kam vonseiten Europas lange Zeit nichts. Die europäische Vogelschutzrichtlinie ist unter dem Aspekt entstanden - auch das Land Rheinland-Pfalz war damals betroffen -, dass alle anderen leiden, wenn einzelne Länder bzw. einzelne Mitgliedstaaten einen bestimmten Schutz und eine bestimmte Funktion nicht vorhalten. Ich kann mich noch gut an die Klapperstorch-Diskussion erinnern: Der Storch stirbt bei uns aus, wenn bestimmte Länder die Biotope, die für die Vogelzucht notwendig sind, zerstören. - Die Verantwortung wurde sozusagen immer auf andere geschoben.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Das Gleiche galt für Wattenvögel. Es gibt unterschiedliche Gruppen von Tieren, die eines überregionalen europaweiten Schutzes bedürfen. Die Vogelschutzrichtlinie hat gute Wirkung gezeigt. Sie war ein sehr wertvolles und wichtiges Instrument.

(Dr. Gölter, CDU: Worauf wollen Sie eigentlich hinaus?)

Darüber hinaus hatte Europa darüber diskutiert, dass nicht nur die Vögel alleine des Schutzes bedürfen, sondern dass es noch mehr gibt, das von europaweiter Bedeutung sein kann. Es ist ein europäisches Gesetz entwickelt worden, man nennt es Flora-Fauna-Habitat.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Es geht also um Tiere, Pflanzen und Lebensräume. Auch das ist zunächst einmal ein richtiger und guter Ansatz. Die Flora-Fauna-Habitat stößt aber in den europäischen Ländern und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland auf eine mittlerweile etablierte Naturschutzgebietsfindung, also auf eine Naturschutzgesetzgebung. Mit dem ersten Bundesnaturschutzgesetz haben wir in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile eine eigene Rechtsschiene entwickelt, wie wir damit umgehen. In dieser Rechtsschiene ist zu Recht die Eigentümerbeteiligung enthalten. Selbstverständlich gehen wir von einer Rechtstradition aus, dass der Eigentümer an dieser Unter-Schutzstellungs-Diskussion zu beteiligen ist, wenn etwas unter Schutz gestellt wird. Das halte ich für richtig und vernünftig.

In der FFH-Richtlinie ist dazu kein Wort gesagt. Sie sagt, dass es Aufgabe der Länder sei, sich darum zu kümmern. Es ist aber nicht auf europäischer Ebene geregelt, wie die Eigentümer in eine solche Rechtssituation einzubeziehen sind.

Man kann davon ausgehen, dass es zwei unterschiedliche Perspektiven bezüglich der FFH-Richtlinie gibt. Die einen sagen: FFH-Gebiete sind Naturschutzgebieten gleichzustellen, also wollen wir beteiligt werden. Es kann uns behindern, weil wir betroffen sind. - Das ist auch richtig so. Natürlich ist eine Betroffenheit vorhanden, und natürlich sind Eigentümer zu beteiligen. Die andere Position sagt: Das ist aber noch so abstrakt und befindet sich noch auf der Ebene des Raumordnungsplans. - Im Raumordnungsplan, in dem auch zum Beispiel Gewerbegebiete und anderes angedacht werden, findet auch keine detaillierte Eigentümerbeteiligung statt.

Wenn man die unterschiedlichen Diskussionsebenen betrachtet, kann man auch die gegensätzliche Diskussion nachvollziehen, die vorangetrieben wird. Wir sollten der guten Praxis des Naturschutzrechtes folgen: In dem Moment, in dem ein Eingriff in das Eigentum vorgenommen wird, muss der Eigentümer natürlich in irgendeiner Form in diese Eingriffe eingebunden werden.

Jetzt komme ich zu der Frage, weshalb Europa eine solche Richtlinie vorgibt. Europa gibt sie nicht nur zum Schutz von Flora-Fauna-Habitat vor, sondern verknüpft es auch damit, dass es sagt: Förderung soll künftig nicht mehr mit dem Gießkannenprinzip durch das Land, durch alle Bundesländer und

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

durch alle Länder Europas vollzogen werden, weil uns gar nicht so viel Geld zur Verfügung steht. Wir müssen Prioritäten setzen. Für einen Teil der Strukturförderung kann die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie Hinweise für Prioritäten liefern. - Nichts anderes ist das Ansinnen von Europa, und nichts anderes steckt hinter der Frage des Strukturfonds. Das ist ein Teil - nämlich der, der der Umwelt dient, zum Beispiel die umweltschonende Landbewirtschaftung - der Fördermittel, die Europa nicht mehr an das Gießkannenprinzip, sondern an bestimmte Kriterien knüpfen will.

Um über die Kriterien nicht immer im Einzelfall zu entscheiden, ist es natürlich sinnvoll, über ein gewisses Rahmenkonzept zu verfügen. In diesem Sinne macht es auch Sinn, sich an der Diskussion zu beteiligen. Das machen wir auch. Wer uns unterstellt, dass wir das als Liberale nicht tun, der hat nicht hingehört.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Derjenige hat auch nicht die Diskussion verstanden, die wir führen. Diese Diskussion führen wir übrigens nicht nur mit Landwirten, sondern auch mit Primärrohstoffabbauern.

Ich komme aus dem Westerwald. Wissen Sie, wie groß die Unruhe und die Betroffenheit dort ist? Natürlich muss man die Diskussion mit den Eigentümern führen. Das ist für alle Betroffenen in der Diskussion völlig einsichtig, und es kann auch sein, dass die Diskussion ein bisschen länger dauert. Dann muss man sich die Zeit nehmen, die Diskussion zu führen und sie auch zu Ende zu bringen.

Jetzt komme ich auf den Artikel zu sprechen, den Sie nicht zu Ende zitiert haben. Das war schon einmal so, dass Sie einen „FAZ“-Artikel zitieren wollten, aber nur die ersten Zeilen zitiert haben, Herr Dr. Braun.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Geben Sie mir mehr Redezeit, ich lese Ihnen seitenweise Artikel vor!)

In dem Artikel steht unter anderem: Bundesumweltminister Trittin sagt: Die Länder, die gemeldet haben - Berlin, Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen - sind die Dummen. - Genau hier irrt Herr Trittin, wie übrigens so oft. Selbstverständlich haben wir unsere erste Tranche gemeldet, und zwar schon im Jahr 1997.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es geht doch um die vollständige
Meldung!)

Selbstverständlich sind wir im System, aber wenn die Bundesregierung das nicht weitermeldet, die die Aufgabe hat, das weiterzumelden - wir melden lediglich an die Bundesregierung und nicht nach Brüssel, weil wir die Kompetenz dazu nicht haben -, sondern im Hause Trittin liegen lässt, kann ich auch - ehrlich gesagt - nichts mehr tun.

Selbstverständlich haben wir die Hausaufgaben gemacht. Es geht sozusagen um einen zweiten Schritt, den wir hier diskutieren, und nicht, ob wir im Boot sind oder nicht. Selbstverständlich sind wir im Boot.

Ich komme zu der Frage, die hier immer missverständlich diskutiert wird: Können die Naturschutzverbände melden, und gilt das alles, was sie melden, per se? - Es gab die Vogel-

schutzrichtlinie, die ich schon einmal zitiert habe. Bei der Vogelschutzrichtlinie galt das Wort der EU. Man konnte, wenn man wollte, melden. Diese hat dann Ja oder Nein gesagt.

Bei der FFH-Richtlinie haben wir das Einstimmigkeitsprinzip. Einstimmigkeitsprinzip heißt, dass alle zustimmen müssen.

(Präsident Grimm übernimmt
den Vorsitz)

Es kann vorkommen, dass bei einer beabsichtigten Ausweitung ein Land nicht zustimmt. Der Fall ist schon vorgekommen. Deswegen kommen die Listen nicht weiter. Die Bundesregierung stimmt wegen Betroffenheit der Streitkräfte nicht zu. Dann kann ein Gebiet nicht FFH-Gebiet werden. Auch das ist ein ganz typischer Fall.

Bei einer solchen Betroffenheit kann man das ablehnen. Das gilt natürlich auch in anderen Fällen. Selbstverständlich ist es nicht so, dass per se alles, was Verbände melden, FFH-Status hat. Ein Kriterienkatalog ist anzulegen. Danach gilt es, das Einstimmigkeitsprinzip zu wahren. Spielraum ist vorhanden. Irgendwelche Hetze oder Verunsicherungen zu betreiben, halte ich für völlig unangebracht, weil wir uns im Ziel einig sind.

Es macht Sinn, bestimmte Mittel und bestimmte schutzwürdige Güter zu strukturieren. Nur das ist das eigentliche Ziel.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Grimm:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Er kann gern eine Intervention machen. Dann kann ich nämlich noch einmal antworten, weil das dann nicht auf meine Redezeit geht.

So weit zur Frage FFH. Ich habe schon gesagt, dass wesentliche Weichenstellungen im Umwelthaushalt vorgenommen wurden, und zwar in einer Art und Weise, wie man es in anderen Haushaltzzuständigkeiten nicht findet. Wer behauptet, Dissens sei im Raum, der hat nicht verstanden, was konstruktiver Dialog ist. Der hat auch nicht verstanden, dass es so etwas wie eine Gesamtverantwortung des Parlaments und die Aufgabe der Regierung gibt. So konstruktiv, wie hier gearbeitet wurde, kann das nur ein Beleg dafür sein, dass auch im Sinne des Dialogs gut gearbeitet wurde. Ich freue mich auf eine Fortsetzung des Dialogs.

Ich darf mich bedanken.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Faktion erteile ich der Abgeordneten Frau Müller das Wort.

Abg. Frau Müller, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dieser Vorlesung kommen wir wieder zur Politik zurück.

(Beifall der CDU und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hammer, SPD: Da warten wir aber erst einmal ab!)

- Sie können sich darauf verlassen. Wir diskutieren im Rahmen der Haushaltsberatung auch das Fleischhygienegegesetz. Ich erspare mir, Ihnen den genauen und korrekten Gesetzes- text zu sagen. Jeder weiß, um was es geht. Ich kann verstehen, warum die anderen Parteien - bis auf die Grünen, die noch zu Wort kommen - nichts zu diesem ersten Änderungs- gesetz gesagt haben; denn es ist schon ein bisschen peinlich, wenn man 20 Tage, nachdem ein Gesetz in Kraft getreten ist, schon das erste Änderungsgesetz verabschieden will.

(Beifall der CDU)

Sie haben sich wirklich alle Mühe gegeben, bei Ihrer Gesetzgebung in die Fußstapfen der Bundesregierung zu treten.

(Beifall der CDU)

Ich kann Ihnen versichern, dass dies mit Sicherheit bestimmt nicht die einzige Änderung ist; denn wenn wir die Stellungnahmen des Städtetags mitbekommen, der sagt, dass es von diesem Hygienegegesetz nur noch Fragmente gibt und es überhaupt nicht mehr finanzierbar ist, kann ich Ihnen sagen, dass wir wahrscheinlich in Kürze dieses Gesetz wieder ändern müssen, das Sie vor einem Jahr mit heißer Nadel gestrickt verabschiedet haben.

Herr Härtel, Sie haben im Ausschuss gesagt, dass wir dieses Änderungsgesetz eigentlich gar nicht bräuchten, weil im untergesetzlichen Regelungswerk die Kommunen die Möglichkeit hätten, ihre Gebühren in den ihnen zugeordneten Städten zu erheben. Ich rate Ihnen, mit den SPD-Landräten und unter anderem auch mit meinem Landrat zu sprechen, was sie von diesem Gesetz und von Ihrer Einlassung dazu halten. Wenn es tatsächlich so wäre, müssten wir heute nicht referieren und bräuchten dieses Änderungsgesetz nicht zu beschließen. Das ist eine ganz einfache Sache.

Die Kommunen haben die ersten Satzungen erlassen. Es hat sich gezeigt, wie es vor einem Jahr prophezeit wurde, dass es eine bunte Gebührenlandschaft gibt, und zwar vorerst nur zulasten der Direkt- und Kleinvermarkter vor Ort. Für die Klein- und Mittelbetriebe gibt es ganz starke Verteuerungen.

Herr Beck, der Vorsitzende der Fleischerinnung in Kusel hat im Südwestrundfunk erklärt: Ich werde Herrn Beck einmal fragen, ob das ein mittelstandsfreundliches Gesetz ist. - Ich nehme an, er hat es getan. Ich brauche Sie nicht zu fragen; denn Sie werden bestimmt von den eigenen Verbänden gefragt.

Der Kreis Mainz-Bingen hat vor kurzem eine 30-prozentige Gebührenerhöhung beschlossen. Die Kollegin Pahler hat sich dazu eingelassen und gesagt, dass diese Wettbewerbsverzerrung nur zu Stande kommt, weil andere so niedrige Gebühren verlangen. Dazu muss man sagen, dass die Kreise kosten-deckende Gebühren verlangen. Nicht berücksichtigt worden ist, dass es Kreise gibt, die EU-Schlachthöfe haben, wie zum Beispiel der Landkreis Alzey-Worms. Es gibt Kreise mit vielen Kleinschlachtbetrieben und mit viel oder wenig Viehbesatz. Das ist bislang immer durch die Landesgebührenordnung nivelliert worden. Das ist natürlich jetzt nicht mehr der Fall.

Es ist nicht richtig, den Kreisen irgendetwas zuzuschieben. Sie treiben die Gebühren mit Sicherheit nicht hoch. Auch wenn Ihnen das EUGH-Urteil - das wird mit Sicherheit kommen - hinsichtlich der Erhebung der kostendeckenden Gebühren Recht gegeben hat, kann ich nur sagen: Was juristisch zulässig ist, ist politisch nicht immer das Richtige. - Das sehen wir jetzt. Die Befürchtungen von Frau Kiltz, die sie vor einem Jahr geäußert hat, scheinen einzutreffen. Wir werden mit diesem Gesetz Strukturen zerschlagen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele schlachten nicht mehr selbst. Wir fördern auch den Schlachttourismus mit lebenden und toten Tieren. Das ist nicht unbedingt gute Mittelstandspolitik.

Herr Ministerpräsident, das entspricht Ihrem Verständnis von Tiertransporten?

Dass wir dieses erste Änderungsgesetz nicht ablehnen, sondern uns nur enthalten, liegt an der einzigen Begründung, dass wir kommunalfreundlich sind und den Landkreisen die Gelegenheit geben, wenigstens Gebühren in den kreisfreien Städten zu erheben.

Ich möchte noch ein paar Sätze zur Haushaltspolitik sagen.

Herr Kollege Nagel, die Sichtweise von Opposition und Regierungsfraktionen zu einem Haushaltsplan ist schon immer eine andere gewesen.

(Nagel, SPD: Charmant haben Sie das gesagt!)

Wenn man aus alten Zöpfen eine neue Frisur machen und damit die Regierung loben kann, ist das ganz gut. Das steht Ihnen auch zu.

(Nagel, SPD: Sie wissen, wovon Sie reden!)

Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir 19 Kürzungsanträge gestellt haben, kann ich Ihnen sagen, dass es sich um Kürzungsanträge zur Selbstdarstellungspolitik Ihrer Ministerin in Form von Dokumentationen und sonstigen Broschüren sowie um Kürzungsanträge zu Haushaltstiteln handelt, in denen wir uns auf die Ist-Zahlen, die wir abgefragt haben, beschränken.

(Nagel, SPD: Das gilt auch für den Abwasserbereich!)

- Das gilt auch für den Kürzungsantrag im Abwasserbereich.

Die Kollegin von den GRÜNEN hat gestern gesagt, dass es ihr ein bisschen vor dem Haushalt graust. Mich hat es' auch ge- graust, als wir nach der Befragung im Umweltausschuss die Unterlagen bekamen und ich gesehen habe, was alles in den einzelnen Haushaltstiteln auftaucht: Unter diesem Haushaltstitel können auch eigene Maßnahmen des Landes gefördert werden. Hier hat sich natürlich gezeigt - darauf zielen unsere Kürzungsanträge ab -, dass die echte Umweltpolitik nur noch im Schatten der Selbstdarstellungspolitik der Ministerin stattfindet. Das wollen wir in keiner Weise unterstützen. Für die Umweltaufklärung sind 900 000 DM und für eigene Maßnahmen 720 000 DM vorgesehen. Das ist und bleibt Darstellungs- politik.

Frau Kollegin Hatzmann, Sie haben in Ihrer sehr engagierten Vorlesung nichts zur Abwasserabgabe gesagt. Das ist auch ein Beispiel - Sie haben es in Ihrer Kritik gesagt - vom Raubbau des Umweltressorts an dem praktischen Umweltschutz und dem Umweltschutz vor Ort. Dies ist nach Aussage des Rechnungshofs eine gesetzwidrige Verwendung der Abwas- serabgabe. Das ist nicht kommunalfreundlich. Stimmen Sie bitte unserem Haushaltsbegleitantrag zu.

Ich möchte nur noch den Punkt Abfallgesetz kurz anspre- chen: Herr Kollege Nagel, Sie haben gesagt, wie wunderbar jetzt alles im Bereich Abfallgesetz ist. Wir warten bei uns im Landkreis immer noch darauf, wie sich diese Kostenerstat- tung bei der Beseitigung der widerrechtlich gelagerten Ab- fälle zeigt. An den Straßen gibt es noch immer---

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

- Es hat so geklungen: Wir haben alles gemacht.

Trotzdem ist es so, dass dieser § 17 des Abfallgesetzes bis heu- te immer noch nicht geregt ist. Wir schleppen das bei jedem Haushalt in unserem Kreis mit. Wir warten auch noch auf die Umsetzung unseres Parlamentsbeschlusses zur Klassifizierung von überwachungsbedürftigen Abfällen. Hier sind auch noch Hausaufgaben zu machen. Frau Ministerin, Sie werden nicht arbeitslos. Sie sollten doch bitte bis zur nächsten Landtags- wahl noch Ihre Hausaufgaben machen.

- (Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Eda Jahns das Wort.

Abg. Frau Jahns, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Licht, bevor ich beginne, ein Wort zu Ihrer Rede. Sie haben hier kritisiert, dass die Umweltministerin Stellen aus der Abwasserabgabe finanziert. Nun haben wir uns das einmal angeschaut und festgestellt, dass die meisten Stellen, die in diesem Bereich fi- nanziert werden, von der CDU-Landesregierung, die vor uns das Sagen hatte, eingerichtet wurden.

(Frau Müller, CDU: Seit neun Jahren reden Sie von Altlasten!)

Ein Beispiel für Scheinheiligkeit in der Politik.

Meine Damen und Herren, ein Bereich im Haushalt des Um- weltministeriums, das Veterinärwesen, ist ein wichtiger Be- reich, wird aber häufig wenig beachtet. Die wichtigen Aufga- ben liegen in der Vorbeugung und Bekämpfung von Tierseu- chen und vor allen Dingen in der Lebensmittelkontrolle. Die Bekämpfung von Tierseuchen ist nicht nur wichtig für die Exi- stenz der Vieh haltenden landwirtschaftlichen Betriebe, sie ist auch wichtig für die Gesundheit der Menschen. Man muss sagen, aufgrund der erfolgreichen Arbeit der Veterinäre und der Lebensmittelkontrolleure sind die Gefahren, die von Le- bensmitteln ausgehen können, schon fast vergessen, und die Menschen werden schon leichtsinnig, also ein Erfolg und schönen Dank für die Arbeit.

Eine solche Arbeit kostet natürlich Geld, das von den land- wirtschaftlichen Betrieben, auch von den Schlachtbetrieben, von den Verbrauchern und auch von der Allgemeinheit auf- gebracht wird. Nun komme ich erst einmal zu dem Bereich, der die landwirtschaftlichen Betriebe voll trifft. Zu diesem gibt es in diesem Haushalt sehr Positives zu vermelden. Da sind nicht nur 340 000 DM jährlich für die Tierseuchenkasse eingestellt, die die landwirtschaftlichen Betriebe von den Kosten für die Tiergesundheitsdienste entlastet, auch die Kosten für die Blutabnahme zur Überwachung der Schweine- bestände wegen der Aujeszky'schen Krankheit werden über- nommen, 360 000 DM pro Jahr, und im Jahr 2000 gibt es 2,7 Millionen DM, im Jahr 2001 knapp 1,5 Millionen DM als Beitrag des Landes für die Tierkörperbeseitigung. Auch das ist eine wichtige Sache zur Vorbeugung von Erkrankungen durch die Ausbreitung von Seuchen.

Die Drittellslösung ist auf dem Weg. Damit wird ein uraltes Problem, das wir schon, seitdem ich dem Landtag angehöre, diskutieren, endlich auf eine vernünftige Weise geregelt, al- les sehr positive Ansätze in diesem Haushalt.

Meine Damen und Herren, die Tierseuchenkasse hat erstmals wieder Geld, Spielraum für freiwillige Leistungen, zum Beispiel um eine andere Seuche anzugehen, die BHV 1, die auch die Betriebe belastet. Es ist wichtig, dass wir in dem Bereich weiterkommen.

Meine Damen und Herren, ich sprach schon vom Gesundheitsschutz im Bereich der Schlachttier- und Fleischuntersuchungen sowie Hygienekontrollen in Schlachtbetrieben. Wir haben - Frau Müller hat schon darüber gesprochen - im letzten Jahr und im vorletzten Jahr schon ein Gesetz erlassen, das die Kostenverteilung neu ordnet. Um vorweg zu sagen, wir müssen dieses Gesetz heute ändern. Das liegt aber nicht daran, dass dieses Gesetz rechtsfehlerhaft ist, sondern - Frau Müller, Sie haben mir die Arbeit schon abgenommen; der Staatssekretär hat darüber im Ausschuss berichtet - die kommunalen Spitzenverbände sind besorgt, weil die Zuständigkeit für die Gebührenerhebung nicht im Gesetz geregelt ist, sondern nur in einer Verordnung. Sie befürchten, dass die Gerichte Anstoß daran nehmen könnten. Deswegen kommen wir den kommunalen Spitzenverbänden entgegen und machen es jetzt absolut wasserdicht. Wir schreiben jetzt die Deckungsgleichheit von Zuständigkeit, Kostenträgerschaft und Satzungsermächtigung in sachlicher und örtlicher Hinsicht im Gesetz fest.

Wir wissen, das Gesetz hat nicht nur erfreuliche Folgen im Land. Wir wissen, dass es dadurch unterschiedliche Gebühren in den einzelnen Landkreisen gibt, wie in anderen Bundesländern auch. Wir wissen auch, dass es gerade bei Kleinbetrieben zu Gebührenerhöhungen gekommen ist. Frau Müller, die großen Schlachtbetriebe gehören auch noch zum Mittelstand. Wir hielten es nicht mehr weiter für verantwortbar, dass ein einzelner Betrieb 1,2 Millionen DM dafür aufbringen musste, dass die Metzger und die Bauern nicht kostendeckende Gebühren zahlen.

Nun kommen wir dazu, was Sie uns im Land vorgeworfen haben. Was haben wir alles bei der Beratung des Gesetzes gehört. Dieses Gesetz sei ein Verstoß gegen EU-Recht, Sie haben erhebliche Prozessrisiken an die Wand gemalt, Sie haben Rückforderungen von den Betrieben beschworen. Was ist dabei herausgekommen? Sie haben uns vorgeschlagen, auf Rückforderungen zu verzichten, auf Rückwirkung zu verzichten, das sei rechtswidrig. Frau Müller, es wäre wirklich nett, wenn Sie einmal zuhören würden, dann würden Sie demnächst vielleicht etwas anderes erzählen. Sie haben uns empfohlen, 6 Millionen DM an einen Schlachtbetrieb im Wege des Vergleichs zurückzuerstatten und auf Rückwirkung zu verzichten. Das hätte Kosten für das Land in zweistelliger Millionenhöhe verursacht. Heute müssen wir feststellen: Alle Sachverständigen lagen falsch mit ihrer Rechtsmeinung. Der Europäische Gerichtshof hat gesprochen. Auch die Rückwirkung ist rechtmäßig. Das OVG Niedersachsen und das Bundesverwaltungsgericht haben in dieser Hinsicht schon ent-

schieden. Wir hätten Millionen DM hinausgeworfen, wenn wir auf Sie gehört hätten. Aber Gott sei Dank hören wir nicht auf Sie,

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

zumindest nicht wenn Sie Unsinn machen.

Nun zu Ihrer Rolle. Sie haben sich vor den Karren der Interessenvertreter spannen lassen. Sie haben sich selbst nicht kundig gemacht. Ich gehe davon aus, Sie haben sich sogar das Gesetz, das gegen EU- und Bundesrecht verstößen würde, von denen schreiben lassen. Es wäre ein Schaden in mindestens zweistelliger Millionenhöhe entstanden, den Sie dann zu verantworten gehabt hätten.

Sie haben auch die Betriebe mit Ihrer Kampagne in der irri- gen Rechtsmeinung gestärkt, sodass diese jetzt wahrscheinlich noch Anwalts- und Gerichtskosten zu zahlen haben. Aber Sie sind unbelehrbar, wie wir das heute wieder gehört haben. Ich weiß nicht, warum mich Ihr Verhalten so sehr an das Gleichnis von dem Menschen erinnert, der zwar den Splitter im Auge des anderen, aber den Balken im eigenen Auge nicht sieht.

Noch etwas. Sie haben sich hier hingestellt und gesagt, nicht alles, was rechtlich zulässig ist, ist auch politisch vernünftig. Bei der CDU scheint ein Virus umzugehen, der davon ausgeht, dass man mit bestehenden Gesetzen einen Spielraum hat, ob man sie beachtet oder nicht. Offensichtlich ist das so. Wir sind gesetzestreu und wollen das auch bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Wir stimmen dem Gesetzentwurf in der durch die Beschlussempfehlung - Drucksache 13/5236 - geänderten Fassung zu.

Meine Damen und Herren, noch wenige Minuten bleiben mir, um etwas zum Forst zu sagen. Der Wald hat in Rheinland-Pfalz nicht nur wegen seines hohen Anteils an der Landesfläche eine große Bedeutung. Er prägt auch wesentlich die Schönheit der Landschaft, gibt ihr einen hohen Erholungs- und Freizeitwert und ist damit bedeutend für die Lebensqualität in Rheinland-Pfalz.

Die vielfältigen Wohlfahrtswirkungen des Waldes werden gleichzeitig in einer je nach Standort mehr oder weniger ertragreichen Bewirtschaftung gesichert. Die guten Holzpreise im letzten Jahr haben uns wieder geholfen, und es ist erfreulich, dass immerhin 60 % der Kommunalwaldflächen - ich spreche bewusst von Flächen und nicht von Betrieben - inzwischen wieder mit positiven Betriebsergebnissen bewirtschaftet werden.

Meine Damen und Herren, wir werden in den nächsten Wochen ausreichend Gelegenheit haben, uns mit dem Wald und der Forstorganisation bei der Beratung des Waldgesetzes zu beschäftigen. Die Abstimmungen zwischen den Ressorts lau-

fen, und was gründlich vorbereitet ist, wird dann hoffentlich auch ein gutes Ergebnis bringen.

Es wird darum gehen, die vielfältigen Wohlfahrtsfunktionen nachhaltig zu sichern, die Eigenverantwortung der Waldbesitzer zu stärken und die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Über die Ziele wird weitgehende Einigkeit herrschen, aber über die Wege zum Ziel gibt es schon jetzt deutlich erkennbare Meinungsunterschiede bei den vom Gesetz Betroffenen. Die unterschiedlichen Interessen auszugleichen, wird nicht ganz einfach sein.

Eines muss jedem aber klar sein: Wenn sich alle Parteien darin einig sind, dass die Bürger weniger Steuern zahlen sollen, dann bedeutet das auch, dass alle Bereiche des Landeshaushalts von den notwendigen Kostensenkungen betroffen sein müssen. Die Forstverwaltung ist schon jetzt eine vörbildliche Verwaltung. Ich habe auch vor, hier die neuen Steuerungsmodelle vorzustellen. Frau Hatzmann hat das dankenswerterweise schon lobend getan. Ich schließe mich den Worten an, sage aber auch: Auf diesem Weg müssen wir weitergehen: Auch wo etwas Gutes ist, gibt es immer noch etwas zu verbessern. - Wir müssen schauen, wo noch Kosten eingespart und Abläufe verbessert werden können. Dann werden wir hoffentlich irgendwann einmal wieder im Staatswald ein gutes Ergebnis erzielen. Dies geht allerdings nur im Verein mit guten Holzpreisen. „Lothar“ hat uns diesbezüglich wieder böse mitgespielt. Es könnte - weniger durch die Folgen in unserem Land, sondern vielmehr durch die in anderen Bundesländern - dazu kommen, dass es in diesem Bereich wieder Probleme gibt.

Aus ökonomischen und ökologischen Gründen ist es sinnvoll, den naturnahen Waldbau weiter voranzubringen. Wir haben da bisher schon gute Erfolge. Die GRÜNEN sagen, wenn man naturnahen Waldbau will, muss man natürlich mehr Personal haben - immer mehr, immer mehr, immer mehr.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Braun, ich sage Ihnen, die großen privaten Forstbetriebe schreiben nicht deshalb schwarze Zahlen, weil sie die Personalkosten immer weiter erhöhen. Gerade auch im Bereich der Waldarbeiter gibt es auch gute Gründe dafür, dass der naturnahe Waldbau mit weniger Arbeit auskommt. Zukünftig wird, je weiter wir kommen, weniger gepflanzt. Das ist Arbeit, die früher die Waldarbeiter geleistet haben. Es wird nicht mehr durchforstet. Das macht jetzt der Förster. Wenn er durch den Wald geht, knickt er die Bedräger - wie die störenden Bäume genannt werden - einfach ab, oder er entfernt die Rinde kreisförmig, sodass der Baum von selbst stirbt. Aber auch in diesem Bereich setzen wir auf die Natur, aber das geht schneller, als wenn wir die Arbeitskräfte da durchschicken.

Allerdings sagen auch wir, wir sind froh darüber, dass es einigermaßen gelungen ist, den bisherigen Stand zu halten. Wir

sind der Meinung, wir sind am Ende der Fahnensäte angelangt. Jetzt muss Schluss sein mit dem weiteren Abbau. Darin sind wir uns einig. Allerdings werden wir dennoch Ihrem Antrag nicht zustimmen; denn so einfach ist es eben nicht, Kosten zu sparen und gleichzeitig Personal aufzubauen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir 16 Absolventen der Forst-Fachhochschule in Rottenburg eingestellt haben. Das war schon schwierig genug. Aber wir sind froh, dass wir es geschafft haben.

Außerdem ist erfreulich, dass die Mittel für Fördermaßnahmen für den privaten und kommunalen Wald konstant geblieben sind und dass wir 150 000 DM ausgeben, um Initiativen zur Förderung der Verwendung von Holz zu unterstützen.

Ich würde jetzt gern noch etwas zu den Anträgen der GRÜNEN sagen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es lohnt sich nicht!)

Vielleicht nehmen Sie die blaue Karte, dann kann ich noch einmal etwas sagen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ansonsten werden wir Ihren Anträgen nicht zustimmen, weil wir wissen, wenn sich alle Parteien darüber einig sind, dass die Bürger mehr Geld in der Tasche behalten sollen, können wir nicht - wenn es auch noch so schöne Ideen sind - neue Förderprogramme schaffen. Lieber lassen wir das Geld den Leuten in der Tasche und gehen davon aus, dass sie dann selbst ökologisch vernünftige Maßnahmen durchführen.

Präsident Grimm:

Frau Kollegin, einmal ist Schluss!

Abg. Frau Jahns, SPD:

Okay, es wurde nur einmal geschellt. Ich höre jetzt auf. Vielleicht ergibt sich noch einmal eine Gelegenheit.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

- Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Hatzmann, es wäre schön gewesen, Sie hätten einmal über die Abwasserabgabe gesprochen.

(Frau Hatzmann, F.D.P.: Habe ich!
Haben Sie das nicht gehört?)

Es hätte mich echt interessiert, ob Sie bei Ihrer Meinung geblieben sind. Das wäre auch ein Thema gewesen, das in die Zukunft weist und das mit dem Haushalt zu tun hat, und wir hätten uns hier darüber ehrlich und wahrscheinlich sogar fruchtbringend auseinander setzen können. Die CDU hat einen Antrag dazu gestellt. Wir haben ursprünglich das Thema aufgegriffen, und Sie haben zumindest Presseerklärungen dazu abgegeben. Es hätte uns nun wirklich interessiert, was Sie dazu denken. Es wäre bestimmt auch eine interessante Diskussion mit der Ministerin geworden. Darauf wäre ich gespannt gewesen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber es gibt doch noch die blaue Karte! -
Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber die CD allein, die Sie in der Hand gehalten haben, hat für die Haushaltsdebatte noch nicht gereicht, obwohl Sie sie in der letzten Pressekonferenz als „Koministerin“ so vorgestellt haben, als wäre es Ihre und als hätte die F.D.P. die Daten gesammelt. So war es nun nicht. Sie haben zwar den Antrag gestellt,

(Zuruf der Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.)

aber man muss schon die Ehre demjenigen lassen, der es getan hat, und das war in diesem Fall tatsächlich das Umweltministerium.

(Creutzmann, F.D.P.: Oh, Herr Braun
sagt etwas Positives!)

- Ja, Herr Creutzmann, wo etwas Positives zu sagen ist, kann man das durchaus erwähnen!

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Herr Creutzmann, wir können das,
im Gegensatz zu Ihnen!)

Wir sind nicht so ideologisch drauf wie die F.D.P., Herr Creutzmann!

Meine Damen und Herren, wir haben zwei Themen noch nicht besprochen, die uns sehr wichtig sind. Das eine ist das Thema Tierschutz, und das andere ist das Thema Wald in Rheinland-Pfalz. Wir haben einen Antrag zum Tierschutz gestellt, der die Förderung der einzigen Tierauffangstation in Rheinland-Pfalz zum Inhalt hat. Anscheinend hat es im Haushalt nicht gereicht, einen entsprechenden Titel einzustellen.

Eine Tierauffangstation - um den Begriff zu erklären - ist eine Art Tierheim für Tiere, die beschlagnahmt werden müssen, weil sie nicht artgerecht gehalten werden, beispielsweise exotische Vögel, die ohne Gesetzesgrundlage importiert werden, beispielsweise Zirkustiere oder andere Tiere, die nicht artgerecht gehalten werden. Diese Tiere können ihren Tierschutz nur erhalten, wenn es Möglichkeiten gibt, sie nach ihrer Beschlagnahme artgerecht zu halten. Deswegen ist ein Ort erforderlich, wo sie untergebracht werden können.

Das Land Rheinland-Pfalz hat - soweit ich informiert bin - schon unter Minister Töpfer eine Tierauffangstation einrichten wollen und hierzu Gelände angekauft. Allerdings wurde dann aus verschiedenen Gründen anscheinend nichts mehr in dieser Richtung unternommen.

Jetzt gibt es einen Verein „Tierart e. V.“, der ehrenamtlich arbeitet und sich um diese Tiere kümmert. Eine entsprechende Auffangstation soll gebaut werden. Soweit ich informiert bin, wird die Landesregierung eventuell dazu auch Mittel beisteuern können. Was wir jedoch garantieren müssen, ist, dass der Verein später natürlich auch die Betreuungsarbeit für diese Tiere leisten kann. Man kann sie schließlich nicht einfach wegsperrn. Dies ist jedoch aus ehrenamtlicher Arbeit allein nicht zu gewährleisten.

Deshalb würde ich Sie ernsthaft darum bitten, machen Sie sich Gedanken darüber, ob Sie nicht unserem Entschließungsantrag zustimmen können, in dem keine Höhe eines Ansatzes festgelegt ist. Es ist für den Tierschutz in Rheinland-Pfalz ganz wichtig, dass wir eine solche Auffangstation haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer den Tierschutz in die Verfassung bringen möchte - das machen wir gemeinsam - und wer etwas für den Tierschutz tun möchte, der könnte, so meine ich, auch die Hand an dieser Stelle zur richtigen Zeit heben. Es gibt verschiedene andere Themen, die auch bundesweit diskutiert werden, wie beispielsweise der Tierschutz bei den Nutztieren. Ich spreche nur die Legehennen an. Ich denke, wir sind in Rheinland-Pfalz auf dem guten Weg, ebenso bundesweit. Ich hoffe, wir kommen dann europaweit zu einer Einigung, um endlich, kann man nur sagen, der Qual dieser Tiere ein Ende zu bereiten und zumindest einen kleinen Schritt in der artgerechten oder fast artgerechten Haltung dieser Nutztiere weiterzukommen.

Meine Damen und Herren, der Wald in Rheinland-Pfalz ist ein Thema, das sehr viele Menschen betrifft, nicht nur, weil es viele Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer gibt, und nicht nur, weil es sehr viele Kommunen gibt, die Wald besitzen, sondern auch, weil Wald ein Kapital in Rheinland-Pfalz ist, das für den Tourismus, die Erholung für die Menschen nicht zu vernachlässigen ist. Deswegen wollen wir den Wald in Rheinland-Pfalz möglichst naturnah erhalten. Wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt. Ich weiß nicht, wie der Gesetzentwurf im Endeffekt aussehen wird. Wir sind alle schon seit Jahren darauf gespannt. Vielleicht kommt der Ge-

setzentwurf dann auch einmal auf den Tisch. Ich weiß nicht, wie er aussehen wird. Ich gehe davon aus, dass wir Fortschritte in Richtung naturgemäßer Waldbau erreichen werden. Das ist eine Sache, die wir unterstützen. Aber wir wollen, dass nicht nur das Land die Verantwortung dafür übernimmt, sondern dass auch in den Kommunen und im privaten Waldbau dafür geworben wird, dass die ökologischen Standards auf das gleiche Niveau angehoben werden und dass das auch entsprechend in das Gesetz hineingeschrieben wird. Ich denke, das ist machbar. Ich denke, es wäre für Rheinland-Pfalz und die Waldwirtschaft in Rheinland-Pfalz wichtig und richtig, wenn wir höhere ökologische Standards im Waldbau anwenden würden. Dann hätten wir vielleicht nicht die Schwierigkeiten, die wir eventuell mit dem Zertifizierungsverfahren bekommen, wenn diese Standards nicht schon im Gesetz festgelegt sind.

Der einfachste Weg wäre, die Standards für alle Waldbesitzarten festzulegen, also die privaten, die kommunalen und auch den Staatsforst. Wenn das nicht klappen wird - ich bin da skeptisch, dass die Landesregierung dies in ein Gesetz fassen kann -, dann gibt es noch eine andere Möglichkeit, ökologische Standards nachzuweisen. Das ist die freiwillige Zertifizierung des Waldes. Wir haben hier im Parlament schon öfter darüber diskutiert, sodass bekannt ist, dass es verschiedene Möglichkeiten der Zertifizierung gibt. Es gibt die FSC-Zertifizierung, die die Umweltverbände mittragen, die eine weltweite Zertifizierung ist und die ökologischen Standards relativ hoch hält, aber natürlich nicht so hoch, dass sie nicht eingehalten werden können. In Rheinland-Pfalz haben diese FSC-Zertifizierung schon sehr viele mitgemacht. Nach Aussage des Gemeinde- und Städtebundes umfasst die Gruppenzertifizierung 23 869 Hektar. Dazu kommen 7 300 Hektar Privatwald und natürlich Staatswald in anderen Bundesländern, beispielsweise in Schleswig-Holstein, mit 49 000 Hektar Wald. Das heißt, es ist leicht möglich, eine FSC-Zertifizierung durchzuführen. Der Gemeinde- und Städtebund unterstützt dies auch finanziell. Ich denke, für Rheinland-Pfalz wäre dies sowohl ökologisch als auch ökonomisch ein großer Vorteil. Der Gemeinde- und Städtebund weist auch darauf hin, dass sich gerade nach dem Sturm Lothar, was wichtig ist, FSC-zertifiziertes Holz für einen höheren Erlös und besser verkaufen lässt als nicht FSC-zertifiziertes Holz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine Grundlage für die Waldwirtschaft in Rheinland-Pfalz, die ökologisch und ökonomisch stimmt. Die Ministerin hat uns bisher versprochen, sie würde zumindest gleichermaßen die Zertifizierung beurteilen, die wir und die Umweltschutzverbände für unsinnig halten. Die Ministerin präferiert aber tatsächlich die pan-europäische Zertifizierung. Frau Ministerin, Sie standen hier und haben gesagt, dass Sie nicht die eine Zertifizierung bevorzugen und die FSC-Zertifizierung benachteiligen werden. Da frage ich mich, warum Sie dem Bundeslandwirtschaftsminister schreiben. Warum schreiben Sie und protestieren dagegen, dass auch FSC aus dem Holzab satzfonds gefördert wird? Wieso setzen Sie sich für eine Art

der Zertifizierung ein und sprechen gegen eine andere? Herr Funke hat Ihr Anliegen und Ihre Kritik abgelehnt. Wenn man aber sieht, welchen Unsinn und welche Unruhe Sie mit der Befürwortung dieser pan-europäischen Zertifizierung verbreiten, die gegen die Naturschutzverbände eingerichtet wird, dann ist dies doch wieder einmal eine typische, anti-umweltpolitische Handlungsweise, die wieder aus Rheinland-Pfalz kommt.

(Glöckchen des Präsidenten)

Es ist doch immer wieder das Gleiche. Torpediert wird die Umweltschutzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland von der rheinland-pfälzischen Umweltministerin. Dies passiert nicht zum ersten, nicht zum zweiten und nicht zum dritten, sondern zum x-ten Mal. Ich frage mich, warum das sein muss, Frau Martini.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, dass sich die FSC-Zertifizierung durchsetzen wird, auch wenn die Ministerin von Rheinland-Pfalz noch so sehr dagegen kämpft. Vernunft setzt sich gegen den Unsinn, der manchmal im Ministerium betrieben wird, immer durch.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich der Kollegin Frau Hatzmann das Wort.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Braun, ich habe fast vermutet, dass Sie die Abwasserabgabe noch einmal ansprechen und nicht bemerkt haben, dass ich nichts anderes getan habe, als ausgerechnet darüber zu sprechen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das haben Sie aber gut verborgen!)

- Ich erkläre es gern noch einmal. Ich gebe gern zu, dass das äußerst versteckt war. Es ist gar keine Frage, dies zu konzedieren. Aber ich fange noch einmal von vorne an.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber nicht noch einmal 20 Minuten!)

Ich habe hier in diesem Hause gesagt, bei 117 Mitarbeitern, die 40 Millionen DM verwalteten, habe ich die Vermutung, wenn ich von anderen Betrieben Kennziffern anlege, die

dienstleistungsorientiert sind, dass das sehr viel ist. Meine Vermutung wird durch den Bericht des Rechnungshofs und durch den Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes unterstützt. Aber es ist eine Vermutung. Ich sitze nicht an jedem Schreibtisch und kontrolliere nicht jede Tätigkeit.

Frau Thomas, die Lösung des Problems, das wir mit der Steuerung haben, liegt nicht darin, dass ich die Prozesse immer tiefer begleite. Es ist Aufgabe der Regierung, dies zu tun. Ich muss darauf vertrauen, dass sie das gut macht. Aber ich muss die Vorgaben machen. Ich muss die Zahlen und Kennziffern vorgeben. Im Moment habe ich nichts anderes als eine Vermutung, die von Vermutungen und Urteilen unterstützt wird, die hier deutlich ausgearbeitet sind. Deswegen plädiere ich so stark dafür, dass wir zu einer produktorientierten Verwaltung kommen. Dann kann ich nämlich sagen, dass mir das Produkt zu teuer ist. Das kostet zu viel und bindet zu viele Mitarbeiter. Ich kann dann auch sagen, wo in diesen Prozessen gespart werden kann.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Komisch, in der Presse haben Sie sich
viel klarer als jetzt geäußert!)

Sich hierhin zu stellen und zu sagen, es abzuschaffen und 117 Stellen zu streichen, damit habe ich überhaupt nichts gemacht, damit habe ich nur ein bisschen Populismus gemacht, das ist alles.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das haben Sie doch gemacht! Das stand
doch in Ihrer Pressemeldung!)

Meine Vermutung gilt, 117 Mitarbeiter für 40 Millionen DM, das ist etwas viel. Da kann ich nur sagen, jedes Planungsbüro arbeitet effizienter. Aber ich sitze nicht am Schreibtisch und kann nicht beurteilen, was genau damit gemacht wird.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber Sie machen Presseerklärungen!)

Von daher muss ich auch hier wieder sagen, mir erscheint das Produkt zu teuer. Aber beweisen kann ich es nicht. Ich bin darauf angewiesen und hoffe sehr, dass sich der gute Weg bewährt, den das Umweltministerium geht, Daten transparenter zu machen und Produkte zu formulieren.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie wollen sie doch abschaffen!)

- Ich möchte nicht die Verwaltungsaufgaben abschaffen. Ich überlege es mir, ob es sinnvoll ist. Herr Dr. Braun, es ist so einfach, der Vermutung nachzugehen. Entweder sitzen 117 Menschen da und drehen Däumchen, um 40 Millionen DM zu verwalten. Das ist die eine Vermutung.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Haben Sie Ihre Presseerklärung gelesen?)

Da ich aber annehme, dass diese Vermutung nicht zutrifft - ich gehe davon aus, dass das Umweltministerium gut verwaltet wird -, vermute ich, dass es ineffizient ist, die 40 Millionen DM von 117 Menschen verwalten zu lassen. Dann muss man darüber nachdenken, ob die Rechtsvorgaben nicht viel zu kompliziert, komplex und nicht steuerungsgerecht sind. Also muss ich an der Schraube drehen. Das ist übrigens nicht Landesaufgabe, sondern Bundesaufgabe.

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, in die Materie einzusteigen. Wenn Sie einmal dort hineingehen und sehen, nach welchen Parametern dort Minimalunterschiede aufgezeigt werden, dann steigt ein Klärkraftwerk plötzlich aus, dann muss es plötzlich den ganzen Beitrag bezahlen usw. Das Ganze ist nicht verursachergerecht. Es ist nicht leistungsgerecht, was das Bundesgesetz an dieser Stelle vorgibt. Ich bin der Meinung, wenn so wenig herumkommt und sich so viele Menschen damit beschäftigen müssen, dann ist es mehr als sinnvoll, es abzuschaffen. Die gute Lenkungswirkung, die die Abwasserabgabe einmal hatte, ist unbestritten, aber erfüllt.

(Beifall der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist beendet.

Es spricht nun die Umweltministerin Frau Klaudia Martini.

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Nach der heutigen Debatte, aber nicht nur nach der heutigen Debatte, sondern doch auch nach nunmehr achteinhalb Jahren Umweltpolitik in Rheinland-Pfalz bin ich geneigt, die Schlussdebatte von meiner Seite aus mit „Reiz und Schwierigkeit der Umweltpolitik“ zu überschreiben. Reiz - zum einen deshalb, weil es, wie ich meine, neben dem einen oder anderen Politikfeld die Umweltpolitik ist, die die Zukunft, die Zukunftsfähigkeit und eine nachhaltige umweltgerechte Gesellschaft zu organisieren hilft. Schwierigkeit - deshalb, weil, wie Kollege Nagel bereits zitierte, dies alles mit dem Bohren sehr dicker Bretter verbunden ist.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir auch, darauf hinzuweisen, dass unsere gemeinsame Schwierigkeit, die wir, die wir im umweltpolitischen Bereich tätig sind, haben - ich nehme alle, die heute dazu gesprochen haben, herzlich mit ein -, die ist, dass sich die dicken Bretter sehr häufig vor den Köpfen vieler Menschen befinden. Das heißt, Umweltpolitik, Umsteuern, bedeutet Umdenken, etwas in den Köpfen der Menschen zu verändern, in deren Einsichtsfähigkeit, in der Anerkennung dessen, wie sich Abläufe entwickeln bzw. wie sie sich nicht entwickeln sollen.

Genau bei diesem Thema Umdenken, das in vielen anderen Politikfeldern genauso angebracht ist, wie wir in den letzten

Tagen und sicher auch noch morgen hören werden, ist es notwendig, dass aufgeklärt wird, dass informiert wird, dass wir Daten zur Verfügung stellen, die wir zunächst einmal zusammentragen und sammeln müssen, dass wir wissenschaftliche Erkenntnisse aufbereiten, verteilen und dann in den gesellschaftlichen Diskurs und Dialog einbringen.

Die Schwierigkeit der Umweltpolitik besteht sicher auch deshalb - das erleben wir alle im umweltpolitischen Bereich -, weil man den Eindruck hat, Umweltpolitik habe zurzeit nicht den Stellenwert, den sie nach unserer Meinung zu haben hätte. Man spricht nicht mehr so viel in der Politik darüber. Herr Braun hat das gestern kurz skizziert.

Was mich und uns alle miteinander hoffnungsweise stimmt, das ist eine Umfrage, die kürzlich im „Spiegel“ zur Jahrtausendwende veröffentlicht wurde. Auf die Frage nach alten und neuen Ängsten - „Was fürchten Sie in der Zukunft am meisten?“ - sind unter den ersten acht genannten Bereichen sieben, die zur Umwelt gehören. Atomkrieg steht an erster Stelle, schon gefolgt von Klimakatastrophe an zweiter Stelle. Alle folgenden Themen sind umweltpolitische Themen, vor denen sich die Menschen im neuen Jahrtausend am meisten fürchten.

Meine Damen und Herren, allein daraus wird deutlich, dass die Umwelt kein Thema ist, das niemanden mehr interessiert oder gar uns politische Menschen nicht mehr interessieren sollte, sondern dass Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ein Thema ist, das die Menschen überall sehr wohl sehr sensibel weiter aufnehmen, dass sie alles genau und konkret beobachten.

Meine Damen und Herren, warum ist aber die Umweltpolitik in der politischen Debatte ein Stückchen ins Hintertreffen geraten? Das hängt, so behaupte ich, auch damit zusammen, dass umweltpolitisch in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine Menge Positives erreicht wurde. Die Flüsse sind sauberer geworden. Der Rhein hat Gewässergüteklaasse 2. Die Luftschaadstoffbelastung ist immens zurückgegangen. Wir haben nur Bruchteile von Luftschaadstoffbelastungen, ob es SO₂ oder NO_x ist, im Vergleich zu dem, was wir vor 20 oder 30 Jahren in der Luft hatten. Wir sind sensibler geworden im Umgang mit der Natur. Artenschutz ist ein Thema, das sich durch viele Bereiche zieht. Wir haben Techniken entwickelt, High-Tech-Wissenschaft, die heute in der Lage sind, umweltpolitische Probleme zu handhaben, zu lösen, zu organisieren. Deshalb gibt es sicher auch viele, die meinen, es sei in Ordnung, wir bräuchten nicht jeden Tag darüber zu sprechen.

Meine Damen und Herren, die Erfolge in der Umweltpolitik haben sehr viel mit technischen Innovationen zu tun: Klärtechnik, Luftreinhaltetechnik, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen im Bereich der Energie, um nur einige wenige Bereiche zu nennen. Deshalb meine ich und will das auch aus den Reden, die meine Voredner gehalten haben, als Punkt herausgreifen: Ohne High-Tech, ohne Wissenschaft und Technik,

ohne Fortentwicklung in diesen technischen Bereichen wird Umwelt-, Umweltschutz- und Nachhaltigkeitspolitik in der Zukunft nicht möglich sein.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, genauso wie ohne High-Tech und Fortschritt in Technik und Wissenschaft keine Umweltpolitik möglich sein wird, genauso wenig werden dann Arbeitsplatzsicherung, Wirtschaftsstruktur und Aufrechterhaltung von Produktsicherheit in der Zukunft möglich sein.

Umweltschutztechnik ist ein Exportschlager aus Deutschland. Ich füge hinzu: ein Exportschlager aus Rheinland-Pfalz. Gerade im kleinen und mittelständischen Bereich finden wir eine Vielzahl von hoch innovativen und - Herr Braun, hören Sie zu - sehr fantasiebegabten Unternehmerinnen und Unternehmern, die mit ihren Produkten im Bereich Umweltsektor nicht nur neu auf den Markt kommen, sondern den Markt auch ausbauen und zum Wohle aller vorantreiben.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Vorsorglich oder nachsorglich?)

Deshalb: Zwischen der Ökonomie und der Ökologie oder, wenn Sie es so wollen, der Ökologie und der Ökonomie gibt es, wenn es überhaupt je so gewesen sein sollte, keine Differenz. Beides sind Seiten der gleichen Medaille.

Meine Damen und Herren, wegen dieser Verbesserungen in der Umweltpolitik, meine ich, wird Umweltpolitik für viele im politischen Bereich nicht mehr so in den Vordergrund der Diskussionen geschoben. Wir kennen alle das Spiel. Ist irgendwo ein Skandal, liegen irgendwo tote Fische in der Gegend oder kippt ein Fass Öl um, dann interessiert sich plötzlich jeder für die Umweltpolitik. Aber die 364 sonstigen Tage, an denen das nicht passiert, sind sozusagen ökologisch unbedeutend.

Wir wissen aber sehr wohl, dass Probleme nach wie vor existieren. Ein kleines Beispiel. Wenn wir unseren bundesdeutschen Bundesverkehrswegeplan auf ein Land wie Brasilien übertragen würden, dann hieße das: absolute, totale Vernichtung des Regenwaldes. Dies sage ich nur als kleines Beispiel vor dem Hintergrund der Diskussionen, die wir zur Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie führen.

Wenn wir herangehen - die Entscheidungen sind schon lange in Brüssel gefallen -, ein Natura-2000-System für Europa zu organisieren mit naturtypischen, regionaltypischen europäischen besonderen Landschaftsbestandteilen, dann können wir hier nicht anders reden als in den Diskussionen um den tropischen Regenwald oder über andere Flächen in der Welt.

(Beifall der Abg. Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das gehört zur Gesamtdebatte über die Umwelt.

Aber der Weg des geringsten Widerstandes führt nicht in die Zukunft! Deshalb bin ich auch dem Fraktionsvorsitzenden dankbar, der dies gestern in seiner Eingangsrede zur Grundsatzdebatte deutlich gemacht hat.

Wir haben einen steigenden Energiebedarf. Wir haben viele Ansprüche an Flächen, an Siedlungsstrukturen. Die werden in der Zukunft nicht weniger werden, sie werden wachsen. Wir stehen bereits heute vor weltweiten neuen Herausforderungen - Stichwort Globalisierung.

Der Weg des geringsten Widerstands wäre nun, so zu tun, als könnte man alle diese Bedürfnisse befriedigen, als müsste man niemandem weh tun, als gehe es nicht darum, den einen oder anderen Einschnitt oder eine Veränderung der Sicht der Dinge zu organisieren. Das wäre der Weg des geringsten Widerstands. Aber er würde nicht in die Zukunft führen, weder in Rheinland-Pfalz noch in Deutschland; noch in Europa.

Deshalb will ich auf das Wort „Umdenken“ zurückkommen. Ohne das Umdenken, das unabdingbar mit Aufklärung, mit Umweltpädagogik, mit Waldpädagogik, mit Agenda 21, mit den Arbeiten der Landeszentrale für Umweltaufklärung, mit den Arbeiten, die an den Forstämtern, an den STÄWAs draußen, an den Chemischen Untersuchungssämttern, wo auch immer, geleistet wird, ohne diese Aufklärungsarbeiten bekommen wir diesen Prozess nicht hin.

Wenn sich der eine oder die andere von Ihnen an einer Broschüre stören sollte, die Informationen beinhaltet, dann tut mir das außerordentlich Leid. Die Rückfragen und die Zustimmung zu diesen Informationen aus der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz belegen das Gegenteil. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, scheinen die Einzigen zu sein, die diese Informationen entweder nicht brauchen, sie nicht leiden mögen, sie aus sonstigen Gründen schrecklich unzuträglich finden. Das tut mir herzlich Leid.

(Beifall der SPD -
Schweitzer, SPD: So ist es! -
Pörksen, SPD: Die mögen
sie nicht leiden!)

Meine Damen und Herren, Umweltpolitik ist auch unter einem anderen Gesichtspunkt ausgesprochen spannend. Wir haben in den vergangenen Jahren immer von der „klassischen“ Umweltpolitik gesprochen, darüber, die Luft sauberer, den Boden besser, das Wasser sauberer zu machen. Diese klassische Umweltpolitik ist heute selbstverständlicher Bestandteil der Arbeit der Behörden, der Dienstleistungen, die wir als Umweltverwaltung und jetzt auch in den neuen Strukturen überall im Lande anbieten und organisieren. Das ist selbstverständlich geworden.

Wir laufen nicht durch das Land und erfinden jeden Tag einen neuen Schadstoff der Woche, weil wir bereits auf einer guten und soliden Basis sind. Was neu ist, ist, dass Umweltpolitik weit mehr als klassische Umweltpolitik ist, nämlich Nach-

haltigkeitspolitik geworden ist, eine über alle politische Felder hinausgehende Herausforderung. Umweltpolitik kann ohne Siedlungspolitik, ohne regionale Raumordnungspolitik, ohne Energiepolitik, ohne Wirtschaftspolitik, ohne Verkehrspolitik und ohne Landwirtschaftspolitik nicht organisiert und nicht einmal gedacht werden, meine Damen und Herren. Ich gebe zu, das ist sicher eine der großen Schwierigkeiten, in denen die Umweltpolitik nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern allüberall steckt, weil auch hier ein dickes neues Brett gebohrt werden muss, das da lautet, ressortübergreifend Synergieeffekte nutzend in alle Politikfelder hineinreichende Verabredungen zu treffen.

Auch hier stehen wir in Rheinland-Pfalz nicht allein. Wir wissen, es gibt auf europäischer Ebene das fünfte Aktionsprogramm der Kommission, das genau davon ausgeht, dass auf europäischer Ebene in allen Politikfeldern nichts mehr getan und auf den Weg gebracht werden darf, wenn es umweltpolitischen Zielsetzungen widerspricht. Überall müssen diese umweltpolitischen Nachhaltigkeitsgesichtspunkte in die anderen Politikfelder Eingang finden. Genau an dieser Zielrichtung orientieren sich bereits europäische Richtlinien. Wiederum nur als ein Stichwort sei die schon erwähnte FFH-Richtlinie genannt.

Meine Damen und Herren, Umweltpolitik als verpflichtender Bestandteil anderer Politikfelder hilft und nützt uns auch, neue Strukturen in das Bewusstsein zu rufen. Ich nenne nur als ein Beispiel, die Großräume neu zu identifizieren und umwelt- und nachhaltigkeitsmäßig fortzuentwickeln. Ich denke an regionale Bereiche, zum Beispiel den Bereich zwischen Mainz und Bingen, wo es darum geht, einen gesamten Landschaftszug zukunftsfähig zu organisieren und zu gestalten, oder das Biosphärenreservat Pfälzer Wald oder andere Großräume in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, es ist dann die logische Konsequenz, wenn ein politikübergreifender Ansatz nur im Bereich der Nachhaltigkeits- und Umweltpolitik zu gewinnen ist, dass dies nur in Form von Kooperation und Dialog zu bewerkstelligen ist. Das sind auch völlig unaufregende Dinge, die nicht jeden Tag für Schlagzeilen sorgen, aber gleichwohl stattfinden und unabdingbarer Bestandteil für das Organisieren von Umweltpolitik sind.

Als Beispiele seien nur die vielfältigen Zusammenarbeits- und Kooperationsverabredungen genannt, die mein Haus mit der Kammer der Architekten, mit der Kammer der Beratenden Ingenieure, mit dem Sparkassen- und Giroverband, mit den Hochschulen des Landes - wir sind derzeit im Gespräch - bis hin zu den Schornsteinfegern auf Landesverbandsebene organisiert hat, weil wir hier überall Gott sei Dank Partner für Umweltpolitik gefunden haben. Was mich besonders freut, die umweltpolitische Nachhaltigkeitsdiskussion ist in vielen dieser Bereiche schon viel weiter und wird viel engagierter

geführt, als dies manchmal in diesem hohen Hause diskutiert und debattiert wird.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.
Dr. Schiffmann, SPD: Hört! Hört!)

Gerade auch im Bereich des Handwerks und der Industrie stehen wir auf aufgeschlossene Partner in allen Bereichen; denn das Handwerk weiß sehr wohl, dass zum Beispiel ein Programm zur CO₂-Minderung an Gebäuden einen enormen Arbeitsplatz- und Investitionseffekt hat. Wir legen ein solches Programm derzeit mit den Partnern auf. Wir tun das nicht allein. Die Handwerkskammern sind dabei. Ein anderes Programm - CO₂-Minderung im Bereich der Industrie - erstellen wir derzeit. Auch hier haben wir freiwillig Industriebereiche gefunden, die mitmachen, ohne dass sie mitmachen müssten. Sie machen freiwillig mit, weil sie sehr wohl erkannt haben, dass die Zukunft nur in Nachhaltigkeitsstrategien liegt und alles andere auf Dauer nicht tragfähig ist.

(Pörksen, SPD: Nur Herr Dr. Braun macht nicht mit!)

Nicht umsonst wird an der New Yorker Börse seit einigen Monaten auch ein neuer Dow-Jones-Index für Nachhaltigkeit gehandelt. Es haben sich weltweit sozusagen Shareholder zusammengeschlossen, die sagen: Wir bewerten ein Unternehmen nach seinen Nachhaltigkeitskriterien. - Deswegen wird zwar eine gewisse Weile sicher noch das kurzfristige Springen nach dem bekannten kurzfristigen Shareholdervalue-Gedanken erfolgen, aber auf Dauer werden sich die langfristigen Bereiche durchsetzen.

Meine Damen und Herren, all dies, was ich jetzt in einem großen Überblick deutlich zu machen versuchte, findet sich wieder in konkreten Niederlegungen im Haushalt des Ministeriums für Umwelt und Forsten.

Ich darf einige Bereiche besonders herausgreifen, zum einen den Bereich der Wasserwirtschaft, der schon dankenswerterweise auch von den Vorrednerinnen und Vorrednern erwähnt wurde. Der Bereich der Wasserwirtschaft hat auch wieder einen großen Schwerpunkt, der sich mit der besonderen Situation von Rheinland-Pfalz - Stichwort: Hochwasserschutz - befasst. Wir werden mit einem enormen Volumen im Bereich des Hochwasserschutzes den Bau und die weiteren Planungen unserer Retentionsräume und Deiche organisieren können. Wir werden ein Bauvolumen allein in 2000 von 59 Millionen DM und im darauf folgenden Jahr von 76 Millionen DM realisieren können.

Wir nähern uns im Bereich der Abwasserbeseitigung dem Endzustand immer mehr an, nämlich der Erstausstattung der Kommunen mit Kläranlagen. Dort ist es auch nicht verwunderlich, dass wir nicht immer den gleichen Betrag benötigen. Gleichwohl konnten wir trotz strikter Vorgaben, die wir im Kabinett gefasst haben, das Zinszuschussprogramm fortführen und vieles andere mehr. Wir können mit den jetzt verfügbaren Mitteln ein Bauvolumen von 350 Millionen DM bis 400 Millionen DM bewegen. Auch das zeigt wieder, dass unsere überdurchschnittliche Investitionsquote im Einzelplan 14 ein Beitrag zur Stabilisierung und Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen gerade auch im Bereich der Bauwirtschaft ist.

Ein wichtiger Bereich im Teil Wasserwirtschaft ist sicher auch unsere „Aktion Blau“, die - Herr Clemens Nagel hat bereits darauf hingewiesen - vielfältigste Wirkungen hatte.

Herr Dr. Braun, das hat zum Beispiel etwas mit Fantasie zu tun. Sie haben offensichtlich nicht einmal Fantasie genug, schon vorhandene fantasievolle Projekte in diese Kategorie einzuordnen; denn es hat zum Beispiel mit Fantasie zu tun, multifunktionalen Nutzen von Maßnahmen herauszukristallisieren und dann festzustellen, dass man weniger Geld braucht und gleichwohl zwei- oder dreifachen Nutzen aus einer Maßnahme herausziehen kann.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was macht man mit dem weniger Geld?)

Die „Aktion Blau“ ist ein bestes Beispiel. Sie ist nicht nur Hochwasserschutz und Landschaftsschutz, sondern Grundwasserschutz und vieles mehr. Das geht bis hin zur Tatsache, dass Sie sogar Maßnahmen im Rahmen der „Aktion Blau“ über das Ökokonto auch den Gemeinden kostensenkend zuordnen können.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist keine Fantasie, das ist getrickst!)

Die „Aktion Blau“ können wir also auch in den nächsten Jahren mit 10 Millionen DM bis 15 Millionen DM umsetzen. Dass es nicht mehr sein müssen, macht deutlich, dass wir hier eben multifunktional Benefiz realisieren können.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Auch zum Tricksen braucht man Fantasie!)

Wir sind mit 3 300 Kilometern - das sind 20 % der Gewässerstrecke Rheinland-Pfalz - schon in diesem Programm dabei, und das in den wenigen Jahren. Im Grunde läuft das Programm erst seit fünf Jahren. Das ist eine beachtliche Leistung unserer Wasserwirtschaftsverwaltung.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Landespflage und zum Naturschutz. Auch hier wird trotz schwierigster finanzpolitischer Ausgangslage weiter ein Schwerpunkt sein. Es ist nicht nur dann gute Naturschutzpolitik, wenn man möglichst viele Grundstücke aufkauft. Die Diskussionen und die strittigen Fragen vor Ort mit der Landwirtschaft und den Kommunen um Ausgleichsflächen, die verloren gehen, erspare ich mir an dieser Stelle einmal. Sinnvollste Naturschutzpolitik

wäre natürlich, wenn wir überhaupt kein einziges Grundstück aufkaufen müssten.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD -
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wunderbar!)

Das müssten wir dann nicht, wenn wir über die Bauleitplanung und unsere regionalen Raumordnungspläne eine größere Vorsorge treffen würden. Deshalb ist es das Ziel dieses integrierten Ansatzes von Naturpolitik, dass wir - das tun wir seit einiger Zeit auch bereits sehr erfolgreich - viele Grundstücke nicht mehr kaufen müssen, weil wir sie anderweitig sichern können.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wenn die Welt gut wäre, wäre sie
gut, Frau Martin! Das stimmt!)

Die, die anderweitig für Zwecke des Arten- und Naturschutzes nicht sicherbar sind, können - wie Herr Nagel bereits deutlich machte - unter anderem über den noch vorhandenen großen Ansatz im Einzelplan 14 und über die Stiftung finanziert werden. Die Stiftung hat ausreichend Geld, um alles, was bislang auf den Tisch kam, wenn es fachlich in Ordnung war, auch finanzieren zu können.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Auch bei FUL, ein wesentlicher Beitrag grenzüberschreitender oder ressortüberschreitender Umweltpolitik, können wir mit 5,2 Millionen DM und 5,7 Millionen DM in den Haushalten wieder mit von der Partie sein.

Was über die Naturparkträger zu sagen ist, will ich noch einmal unterstreichen. Wir sind in starker Förderung bei den Naturparkträgern und vor allen Dingen auch beim Pfälzer Wald mit von der Partie. Wenn man alle Teile und Titel zusammenrechnet, die für den Pfälzer Wald von Relevanz sind, Herr Braun, dann kommen insgesamt 745 000 DM heraus und nicht die 275 000 DM, die Sie genannt haben. Die einzelnen Titel kann ich Ihnen gern deutlich machen.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Herr Ludwig hat gesagt, Sie hätten
ihm mehr versprochen!)

- Sie sollten in den Haushaltsplan schauen. Das ist vielleicht das Einfachste.

Meine Damen und Herren, ein weiteres wichtiges Feld der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ist der Bereich des vorbeugenden Umweltschutzes, der sich vornehmlich im Bereich der Gewerbeaufsicht widerspiegelt. Unsere Gewerbeaufsichtsverwaltung in Rheinland-Pfalz betreut eine Million Arbeitnehmer, die in 150 000 Betrieben organisiert sind und arbeiten. Hier haben wir vielfältige Aufgaben, die Sie auch

immer den jährlichen Berichten der Gewerbeaufsichtsverwaltung entnehmen können.

Ich will einige wichtige Bereiche besonders herausnehmen.

Wir haben sichergestellt, dass wir nach wie vor unsere umfangreichen Mess- und Informationsprogramme fortführen können. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Erhebung von Umweltdaten und der daraus abzuleitenden Maßnahmen. Die Luftreinhaltepläne können fortgeschrieben werden. Wichtig sind vor allen Dingen - dies ist der Schwerpunkt für uns in diesen abgelaufenen und in den nächsten zwei Jahren - die CO₂-Minderungsprogramme, die wir auflegen. Dass man nicht immer viel Geld braucht, um etwas Gutes und Sinnvolles zu tun, sei auch an diesem Beispiel erwähnt.

Unsere CO₂-Minderungsprogramme, die wir mit der Fachhochschule Bingen und den Kooperationspartnern zusammen auflegen, kosten uns für den Bereich Industrie 70 000 DM und für den Bereich Gebäude 50 000 DM. Das sind lächerlich geringe Beträge, mit denen wir einen gigantischen Effekt erzielen können; denn alle Schornsteinfeger im Land Rheinland-Pfalz machen Reklame, bringen unsere Informationsheftchen, die die Opposition offensichtlich so schrecklich findet, in jeden einzelnen Haushalt mit Vorschlägen, wie in Privatgebäuden CO₂ durch Verbesserung an Heizung und Dämmung eingespart werden kann.

Wenn nur ein Bruchteil der Menschen, die diese Informationsbroschüre plus Beratung ihres Schornsteinfegers erhalten, dazu bereit ist, in neue Techniken, in Veränderungen ihrer Heizungsanlage zu investieren, dann haben wir nicht nur einen ökologischen, sondern auch einen ökonomischen Effekt erreicht, der sich draußen im Land in vielen Handwerksbetrieben konkret niederschlägt, und das alles mit 50 000 DM.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es gäbe noch viel zu sagen, aber ich fasse mich kurz.

Die Ansätze für Aufgaben der Abfallwirtschaft stehen für vielfältigste Maßnahmen auch in diesen beiden nächsten Haushalten oder in diesem Doppelhaushalt zur Verfügung. Ich bin froh, dass wir auch die Altlastensanierung weiter vorantreiben werden. Zunächst wird die Industriemülldeponie in Spindlingen mit 5 Millionen DM mit von der Partie sein. Auch die anderen Bereiche können wir umsetzen.

Wichtig im Gesamtzusammenhang ist - dies ist auch etwas, was nicht jeden Tag als umweltpolitische Großtat irgendwo in Erscheinung tritt, gleichwohl umweltpolitisch wichtig ist -, dass wir mit den Altstandortkatastern, mit der Gefahrerforschungsmaßnahme, mit dem Bodeninformationssystem eine Menge Geld in die Hand genommen haben, höchst effizient die Datenerfassung durchgeführt und damit Investitionssicherheit für die Grundstücke gegeben haben, Anreize für In-

vestoren mitgestalten konnten und in bewährter und guter Zusammenarbeit mit dem Innenministerium im Bereich der Konversionsflächen vieles an Geld und Arbeitsplätzen bewegen konnten, das so nicht bewegbar gewesen wäre, wenn wir diese Grundlagenarbeit nicht gehabt hätten. Auch das ist ein zentraler Bereich nicht nur reparierender, sondern auch vorausschauender und organisierender Umweltpolitik.

Deshalb, weil wir vorausschauend und kostensparend tätig sind und weiter sein wollen, haben wir uns auch im Ministerium und mit der Fraktion der Sozialdemokraten Gedanken darüber gemacht, wie der Abfall kostengünstiger und gleichwohl ökologischer organisiert werden kann. Einige der Eckdaten sind bereits heute genannt worden. Wir werden weiter daran arbeiten. Wir arbeiten daran, wie das Wort so schön heißt. Ich bin sicher, nach den Signalen, die aus den anderen Bundesländern kommen, dass die Initiativen, die von Rheinland-Pfalz ausgehen, auch dort auf guten und fruchtbaren Boden fallen werden; denn unser gemeinsames Ziel muss es sein, Abfall nicht teurer, sondern günstiger zu machen. Unser Ziel muss auch sein, dass nicht die Privathaushalte die gewerblichen Abfälle subventionieren, was heute der Fall ist. Unser Ziel muss sein, dass wir ökologisch optimiert mit den Resten, die aus unserer Konsumgesellschaft übrig bleiben, umgehen.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zum Tierschutz: Ich freue mich, dass wir für tierschutzrelevante Projekte auch in diesen beiden Jahren 400 000 DM und 300 000 DM zur Verfügung stellen können, die, so jedenfalls unsere bisherigen Erfahrungen, einen großen und enormen Nutzen vor Ort haben; denn manchmal sind ein paar tausend DM, die einem Tierschutzhheim oder einem Tierschutzverein fehlen, viel.

Ein großer Teil der neu hinzugekommenen Finanzmittel, von denen die Abgeordnete Frau Jahns bereits sprach, geht dieses Jahr in die Abteilung Lebensmittel- und Veterinärwesen, und zwar 5,5 Millionen DM und 2,8 Millionen DM. Ich meine, auch das ist ein wichtiger Beitrag.

Meine Damen und Herren, für den Bereich des Forstes wurde von den Vorrednerinnen und Vorrednern schon einiges Wesentliches ausformuliert. Ich darf mich auch anschließen, wenn ich sage, dass die Arbeiten und die Leistungen unserer Landesforstverwaltung im Bereich Budgetierung, dezentrale Ressourcenverwaltung und betriebliches Controlling, was wir sozusagen pilotaft für die ganze Landesregierung gemacht haben, vorbildlich gelaufen sind und noch laufen. Ich bin auch sicher, dass das Verwaltungscontrolling, das wir auf den Weg gebracht haben, auch für andere Bereiche der Landesverwaltung positiv umgesetzt werden kann.

Wir mühen uns auch in der Schwierigkeit, die immer wieder bei der Frage Privatisierung oder privater Forst und Staatsforst auftaucht, mit Erfolg, die Zielrichtungen, die wir haben,

möglichst viel Geld für das Land mit dem Eigentum des Landes, nämlich dem Forst, zu erwirtschaften und gleichwohl die über die rein wirtschaftlichen Maßnahmen hinausgehenden Aufgaben einer Forstverwaltung effizient zu organisieren. Wir sind durch die Anzahl der Waldarbeiter, die wir beschäftigen, auch ein wichtiger Bestandteil für Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Etwa 700 haben wir noch. Es waren einmal mehr. Das ist keine Frage. Wir wollen die Anzahl der Waldarbeiter halten. Das bedeutet aber auch, dass dies Geld kostet. Allein die Entlohnung der Waldarbeiter in den beiden Jahren beträgt 53 Millionen DM und 54 Millionen DM. Wir sind aber der Meinung, dass es für die Bewirtschaftung unserer Wälder wichtig ist, Stammpersonal zu haben. Wir sind auch der Meinung, dass wir aus arbeits- und strukturpolitischen Gründen auf die Beschäftigung von Waldarbeitern in unseren ländlichen Bereichen nicht verzichten sollen. Insofern auch hier eine Vernetzung von umwelt- oder forstpolitischen mit sozialen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, wir hoffen, dass uns der Preisverfall aufgrund des „Lothar“-Ereignisses nicht zu sehr in die Kassen hineinschlägt. Wir sind guter Hoffnung, dass wir mit einem kleinen Rückgriff auf die Rücklagen wieder zu einer ausgeglichenen Situation kommen können. Das wird aber davon abhängen, wie sich der Holzpreis in den nächsten Monaten, zum Jahresende hin in Deutschland - in Europa, muss man sagen, weil wir auch Schäden außerhalb haben - darstellt.

Ein wichtiger, sozusagen großer Bogen, über den heute auch schon gesprochen wurde, ist der Punkt Agenda 21. Selbstverständlich ist die Agenda 21 seit vielen Jahren Bestandteil der Arbeit des Ministerium für Umwelt und Forsten. Agenda 21 sind nicht immer nur isolierte Konzepte, die mit diesem Namen auf den Weg gebracht wurden, sondern die Agenda 21 ist auch eine Vernetzung vieler verschiedener Aktivitäten.

Allein die Landeszentrale für Umweltaufklärung, die seit 1995 dieses Thema zum zentralen Thema gemacht hat, hat pro Jahr aus ihrem Etat allein für diesen Bereich 100 000 DM ausgegeben. Es lässt sich nicht immer genau zuordnen, aber so um die 300 000 DM pro Jahr waren es im Einzelplan des Ministeriums für Umwelt und Forsten auf jeden Fall. Jetzt kommt erstmals ein neuer Ansatz speziell für die Agenda 21 hinzu. Mit diesen dankenswerterweise 1,2 Millionen DM werden wir noch viel mehr an Initialzündungen bei den Kommunen organisieren können.

Es ist eine erfreuliche Tatsache, dass wir im Lande schon 60 Kommunen haben, die Agenda-21-Projekte durchführen. In all diesen Projekten, von den Frauen vor Ort angefangen bis zu den Kirchengemeinden, Umweltverbänden, haben wir eine große Anzahl von Menschen, die sich für den Umweltschutz, für die Zukunftsfähigkeit, für die Nachhaltigkeit ihrer eigenen Heimat vor Ort ganz konkret einsetzen. Das ist das Erfreuliche. Das ist der Reiz der Umwelt-, der Nachhaltigkeitspolitik, dass es viel mehr Menschen gibt, die sich heute schon

in Sachen Umwelt und Nachhaltigkeit auf den Weg gemacht haben, als dies in diesen scheinbar strittigen Debatten im Landtag immer zum Ausdruck kommt.

Ich bedanke mich, dass wir mit dem Entschließungsantrag aus dem Landtag auch wertvolle Unterstützung in diesen Fragen gefunden haben.

Meine Damen und Herren, neben vielem anderem, was noch zu sagen wäre, will ich gleichwohl an dieser Stelle innehalten. Wir haben viele Gelegenheiten, in den nächsten Diskussionen darüber zu sprechen. Ich möchte abschließend eine Anmerkung machen, die mir wichtig erscheint. Wir haben keine Alternative zu einer nachhaltigen, umweltgerechten Entwicklung in unseren Gesellschaften. Wir haben keine Alternative, wenn wir unsere demokratischen Strukturen aufrechterhalten wollen, wenn wir Verwerfungen im sozialen Gefüge vermeiden wollen, wenn wir uns vor allen Dingen gegen die Verteilungskämpfe wappnen wollen, und zwar weltweit.

Wenn wir als Gesellschaft nicht rechtzeitig und frühzeitig an allen Stellen umdenken, an denen es möglich ist, dies auch organisieren und fördern, dann werden wir als Gesamtgesellschaft nicht in der Lage sein, das zu verhindern, was eintreten wird, dass die Menschen im Kampf um sauberes Wasser, um fruchtbaren Boden Kriege und Auseinandersetzungen führen. Sie werden weder vor Deutschland noch vor Europa Halt machen. Dann werden wir viele Diskussionen über Asylpolitik und all dies führen. Das wird völlig überflüssig sein, weil keine politische Maßnahme dem entgegentreten kann. Deshalb sind Umdenken und ein Konzept zur nachhaltigen Entwicklung die einzigen Alternativen für unsere Gesellschaften.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich darf mich an dieser Stelle bei allen ganz herzlich bedanken, die sozusagen im amtlichen Bereich des Ministeriums für Umwelt und Forsten und der nachgeordneten Behörden an diesem Ziel mitarbeiten. Ich darf ganz herzlich denjenigen danken, die sich an unterschiedlichen und vielfältigen Stellen ehrenamtlich diesem Ziel verschrieben haben. Ich darf mich bei den Fraktionen ganz herzlich bedanken, die den Entwurf des Einzelplans 14 so positiv aufgenommen haben. Ich darf mich bei Ihnen für diese Debatte bedanken.

(Anhaltend Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Die beiden mitberatenen Gesetzentwürfe werden morgen zur Schlussabstimmung gestellt. Wir unterbrechen daher die Beratung an dieser Stelle.

Wir kommen zum

Einzelplan 15

- Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung -

Dazu rufe ich den Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern
der Bundesrepublik Deutschland über die
Vergabe von Studienplätzen
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 13/5151 -
Erste Beratung

Die Fraktionen haben eine Redezeit von 30 Minuten vereinbart.

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wage fast nicht, Sie von der Beredsamkeit mit in die Niederungen der Politik hineinzunehmen. Vielleicht schaffe ich einen Übergang, wenn ich sage, dass diejenigen, die das, was Frau Martini so schön beschrieben hat, nachher arbeitsmäßig umsetzen, Umweltingenieure, Vogelschützer, Gutachter usw., in den Bereichen Wissenschaft und Weiterbildung vor allen Dingen an Hochschulen und anderen Institutionen ausgebildet werden. Ich denke, das ist in Rheinland-Pfalz so organisiert. Wir können ein Stück stolz auf unsere Landschaft sein, dass das wirklich sehr erfolgreich an den Hochschulen des Landes und an den angeschlossenen Instituten stattfindet.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Vielen Dank.

Ich denke, das Kompliment gilt für alle.

Zu Beginn der Debatte möchte ich gern das aufgreifen, was gestern die verschiedenen Redner, die Fraktionsführer, aber auch der Ministerpräsident, zum Thema Wissenschafts- und Hochschulpolitik in diesem Land gesagt haben. Es gab einen Schlagabtausch über die Frage, ob wir die rote Laterne tragen. Der Ministerpräsident hat Sie, Herr Zöllner, mit einigen Zahlen zitiert. Wir haben einen kleinen Sprung bei diesen wichtigen Ausgaben im Land von 5,61 auf 7,1 geschafft. Es ist ganz klar, dass wir trotzdem nicht eine Zahl erreicht haben, die uns alle - ich gehe davon aus, auch Sie, Herr Minister Zöllner - zufrieden oder glücklich macht.

Christoph Böhr hat einen Begriff geprägt, den ich an dieser Stelle gern noch einmal anführen möchte. Er hat gesagt, dass im Grunde genommen Grundlagen erodieren. Ein Stück weit trifft das natürlich auch auf unsere Hochschulen zu; denn die

Finanzausstattung ist in den letzten Jahren auf keinen Fall dahin mitgewachsen, wie es die Aufgaben gemacht haben.

Ich möchte nur ein kleines Beispiel anführen: Vor 30 Jahren haben wir als CDU im Land Universitäten gegründet. In den letzten Jahren sind Fachhochschulstandorte gegründet worden. Das war auch richtig und sinnvoll. Diese Neugründung und Ausweitung des Tätigkeitsfeldes hat sich nicht unmittelbar in der verbesserten Finanzausstattung niedergeschlagen.

Ich habe mir erlaubt, zwei Zitate mitzubringen, weil Sie mir das immer alles nicht glauben und weil Herr Kuhn gestern gesagt hat, die Hochschulpräsidenten loben die Hochschulpolitik des Landes. Ich möchte diese Zitate kurz vortragen, ohne zu sagen, wo sie herkommen. Es sind aber Zitate. Ich will das ein bisschen anonymisieren.

Einmal geht es um die Lehr- und Forschungsmittel - kurz die 71er Mittel, wie es diejenigen bezeichnen, die sich damit beschäftigen. Es heißt in einem Bericht, der für die Haushaltsberatungen vorgegeben worden ist: „Die Lehr- und Forschungsmittel sowie die Bibliotheksmittel haben als Folge der schlechter gewordener Finanzsituation des Landes in zwei Haushaltsjahren, nämlich 1997 und 1998, beträchtliche Einbußen hinnehmen müssen.“ Dann kommen die Zahlen. Dann heißt es weiter: „Das sind minus 15 %.“ Die Mittel für Forschung und Lehre an einer Universität des Landes in zwei Jahren minus 15 %.

(Zuruf der CDU: So ist es!)

Hören Sie gut zu „Hinzu kamen durch Haushaltssperren weitere Verluste, die auch durch jährliche Zuweisungen aus dem Mittelbemessungsmodell nicht annähernd ausgeglichen werden konnten. Andererseits“ - so geht es weiter - „soll nicht verkannt werden, dass die in den letzten Jahren hinzugekommene größere Flexibilität in der Mittelbewirtschaftung durchaus geholfen hat, kurzfristige Engpässe vorübergehend zu mildern. Diese Flexibilität kann allerdings kein alleiniges Substitut für eine rückläufige Mittelaustattung sein, insbesondere dann nicht, wenn die Substanz bereits angegriffen ist. Die fortwährenden Sparmaßnahmen der letzten Jahre zeigen mittlerweile Wirkung.“

Ein anderer Präsident gibt in seinem Jahresbericht, der öffentlich herausgegeben worden ist, einige Beispiele dazu. Er schreibt: „Auch Entwicklungen mit Zukunftsperspektiven sowie der mittelfristige Investitionsbedarf im Sinne einer Lehrstuhlerneuerung bei Wiederbesetzung wird das Personalbemessungskonzept nicht gerecht.“ Dann kommt noch ein weiterer Bereich, der auch an allen Hochschulen des Landes wichtig ist. Wir wollen alle, dass Bachelor-Master-Studiengänge unsere internationale Konkurrenzfähigkeit weiter verbessern. Auch dafür sind leider keine zusätzlichen Mittel vorhanden.

(Zuruf von der CDU)

Die Hochschulen in unserem Land leben ein Stück weit auch vom Prinzip Hoffnung. Das wird sicher nachher in den Reden der Regierungsfraktionen und von Minister Zöllner vorkommen, es gibt natürlich neben den beiden Modellen oder Konzepten zur Finanzausstattung der Hochschule auch weitere Töpfe, aus denen auf Antrag wieder Mittel zur Verfügung gestellt werden können, was in dem einen Papier schon formuliert ist. Es geht im Grunde genommen um das Prinzip Hoffnung. Man muss sich ganz gewaltig mit einbringen und muss hoffen, dass man ein bisschen mehr Geld bekommt.

(Frisch, CDU: Eben haben wir gehört, das ist Fantasie!)

Ich denke, es war nötig, das so zu zitieren, weil man mir öfter vorwirft, dass ich mir alles aus den Fingern sauge und dass die Kritik unberechtigt wäre.

(Vizepräsident Heinz übernimmt den Vorsitz)

Einen besonderen Schwerpunkt haben wir als CDU-Fraktion - die anderen sind nachher auch auf diesen Wagen gesprungen - im Bereich der Studentenwerke und der Tagesstätten an den Hochschulen des Landes gesetzt. Meine Damen und Herren, Herr Dr. Mertes hat bei seinem Bericht die Haushaltsberatungen des Haushalts- und Finanzausschusses zitiert, dass die Mittel für die Studentenwerke - dabei handelt es sich um 800 000 DM - sowie für die Weiterbildung und die Volks hochschulen erhöht worden sind.

An dieser Stelle halte ich dezidiert fest, dass es um eine Anhebung nach dem Entwurf geht, der genau an die Grenze stößt, an die wir in den letzten zwei Haushaltsjahren auch gestoßen sind. Das heißt, es handelt sich nicht um eine Steigerung, sondern es ist von allen Fraktionen im Landtag das zurückgenommen worden, was das Ministerium anscheinend im Rahmen seiner Sparbemühungen als Kürzungen vorgesehen hat.

An dieser Stelle muss ich etwas sagen: Das betrifft die Studierenden unmittelbar, genauso wie es das Geld für die Kinderbetreuung betrifft. Wenn man darüber diskutiert - obwohl selbst die SPD das in der Art und Weise diskutiert, dass man keine generellen Studiengebühren einführen möchte und beim BAföG gravierende Änderungen durchsetzen sollte - sollte man wenigstens darüber sprechen, was man den Studierenden in diesem Land alles zumutet.

In dieser Frage, dass wir durch diese Bewilligung der 800 000 DM wieder an die alte Summe herankommen, ist überhaupt nicht berücksichtigt worden, dass die Studentenwerke Kostensteigerungen bezüglich des Personals hinnehmen mussten und dass auch andere Dinge teurer geworden sind. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Energie, die die Hochschulen ganz enorm belastet. Das hat man überhaupt nicht berücksichtigt. Entweder müssen die Studenten mehr für ihr Essen bezahlen oder, wenn die Studentenwerke die Kosten anheben, die Studenten gehen nicht mehr essen,

weil das Essen zu teuer wird. Ich wage zu bezweifeln, ob das die große studentische Fürsorge und positive Leistung ist.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ich bin enttäuscht darüber, dass man unserem Antrag bezüglich der Aufstockung der Mittel für die Kindertagesstätten um 50 000 DM nicht zustimmt. Es ist unbestritten und wir haben es auch im Ausschuss gehört, dass weiter Gruppen eröffnet worden sind und künftig auch - Gott sei Dank aufgrund von Privatinitiativen - weitere Gruppen eröffnet werden. Jede Gruppe bekommt zurzeit einen Zuschuss in Höhe von 15 000 DM vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung, nachdem wir das als eine Aufgabe in den Universitätsgesetzen und Fachhochschulgesetzen formuliert haben. Auch das wurde uns nicht zugestanden. Das halte ich für ein klein bisschen enttäuschend.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz eine Bemerkung über den Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen machen, der heute mitberaten wird. Es ist die Umsetzung des Bundesgesetzes des Hochschulrahmengesetzes. Dabei gibt es einige Veränderungen, nämlich dass die Hochschulen - Sie kennen das aus der öffentlichen Diskussion - künftig am Auswahlverfahren beteiligt werden sollen.

Es gibt eine „nette“ Geschichte, die mich stutzig gemacht hat. Dabei geht es um die Einschränkung des Seniorenstudiums, für das sich viele Personen interessieren. Es geht nicht darum, dass Senioren grundsätzlich nicht mehr studieren können, sondern es gibt eine Altersbeschränkung bezüglich der Verteilung zulassungsbeschränkter Studiengänge. Das ist in diesem Gesetz enthalten. Ansonsten wird dieser Gesetzentwurf an den Ausschuss überwiesen und dort darüber diskutiert.

Lassen Sie mich zu dem Bereich der Weiterbildung zunächst einmal eine sehr generelle Bemerkung machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden sich daran erinnern, dass dieser Bereich in diesem Land einmal ein sehr wichtiger Bereich gewesen ist. Die Landesregierung hat dieses Thema damals als ein Flaggenschiff bezeichnet. Ich habe bereits vor Jahren gesagt, dass dieses Flaggenschiff schwer angeschlagen ist. Inzwischen ist das Flaggenschiff aber längst abgesoffen, um es einmal sehr drastisch zu sagen.

Herr Minister Zöllner, wenn Sie ganz ehrlich an diejenigen denken, die die Arbeit im Landesbeirat für Weiterbildung machen, und an die plurale Struktur, die wir in diesem Land in diesem Bereich Gott sei Dank haben, muss ich Ihnen sagen, dass in diesem Bereich seit einigen Jahren eine recht depressive Stimmung ausgebrochen ist. Sie haben die Mittel in den letzten Jahren nicht angehoben. Nach dem Weiterbildungsgesetz liegt die Letztverantwortung bei den Weiterbildungsträgern, und sie müssen die Finanzmittelknappheit unter sich selbst ausmachen. Es sind keine Steigerungen zu erwarten.

Im Grunde genommen hat dieser Landshaushalt dem Fass den Boden ausgeschlagen, nachdem Kürzungen in ganz erheblichem Maße für Maßnahmen vorgesehen waren, die vor allem Volkshochschulen zur Erlangung eines zusätzlichen weiterqualifizierenden Schulabschlusses anbieten. Diese Mittel sind erheblich gestrichen worden. Das wurde inzwischen wieder repariert. Das habe ich vorhin schon angedeutet. Aber ich bin der Meinung, dass das ein wirklich großer Makel dieses Haushalts gewesen ist. Ich belasse es dabei und gebe meinem Kollegen, Herrn Lelle, Gelegenheit, sich zu äußern.

(Beifall der CDÜ)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt das Wort.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Trotz knapper Kassen werden wir Sozialdemokraten gemeinsam mit der F.D.P. die Investitionen in Bildung und Ausbildung mit diesem Haushalt deutlich steigern. Verehrte Frau Kollegin Kohnle-Gros, natürlich muss auch im Bildungsbereich gespart werden. Insgesamt sind Konsolidierungsnotwendigkeiten gegeben, denen sich auch der Bereich der Bildung nicht ganz entziehen kann. Das bedeutet aber insgesamt, dass wir eine Steigerung in diesem Haushalt zu verzeichnen haben. Ich sage auch gleich etwas zu den Zahlen, die auch gestern von Herrn Böhr angesprochen wurden. Gleichwohl müssen wir die finanziellen Ressourcen effektiver einsetzen. Das heißt, unser Bildungssystem muss leistungsfähiger gestaltet und international wettbewerbsfähig werden.

Wir Sozialdemokraten stellen uns der Herausforderung veränderter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ansprüche an die Bildungspolitik und diskutieren seit Jahren gemeinsam mit der Landesregierung neue Wege. Wir entscheiden auch und verändern zukunftsweisend die Strukturen in Schule, Hochschule und Weiterbildung. Dabei bemühen wir uns vor allem, die Eigenverantwortung und Profilbildung der Bildungseinrichtungen zu stärken, die Qualität der Bildungsbelebung zu sichern und auch zu verbessern sowie einen berechenbaren und flexiblen Finanzmitteleinsatz unter stärkerer Berücksichtigung von Leistung zu realisieren. Uns ist bewusst, dass wir in diesem Prozess den Verantwortlichen und den Handelnden in unserem Bildungssystem sehr viel zumuten.

Meine Damen und Herren, es gibt keine bessere Investition für die Entwicklung unseres Landes, als in die Qualifikation junger Menschen zu investieren. Wissen ist für uns Sozialdemokraten in mehrfacher Hinsicht ein profitables Investitions-gut. Es entscheidet zum Ersten über die Qualität des Lebens eines jeden einzelnen Menschen, und es fördert die künftige Entwicklung unserer Gesellschaft.

Der Bildungsetat wächst deshalb bewusst überproportional mit fast 7 % auf nun über 6 Milliarden DM im Jahr 2000 und nochmals um 90 Millionen DM zusätzlich im Jahr 2001. Damit steigt der Bildungsanteil am Gesamthaushalt für die Schulen auf inzwischen - auf diesem Niveau bewegten wir uns noch nie - 20,34 % der Gesamtausgaben im Hinblick auf die Schulen und noch einmal 7,1 % im Hinblick auf die Hochschulen. Die erheblichen Bauinvestitionen sind hierbei nicht mit eingerechnet.

Es sind gestern Zahlen genannt worden. Ich weise darauf hin und bin der Meinung, dass das eine objektive Größe ist und dass wir uns in Beziehung auf das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz durchaus sehen lassen können.

Wir haben im Hochschulbereich einen Anteil von 0,68 % und liegen damit über dem Durchschnitt der alten Bundesländer und sogar vor Bayern, das nur 0,66 % aufweist.

Ich nenne einen weiteren Indikator. Ich beziehe mich hierbei auf eine Quelle des Statistischen Bundesamts. Während sich die Bildungsausgaben im Hochschulbereich in den letzten Jahren - 1998 und 1999 - insgesamt in der Bundesrepublik reduziert haben, vermerkt Rheinland-Pfalz eine Steigerung. Rheinland-Pfalz ist hiermit eine rühmliche Ausnahme vor allen Dingen der alten Bundesländer.

Meine Damen und Herren, unsere rheinland-pfälzischen Universitäten und Fachhochschulen mit inzwischen rund 80 000 Studierenden können sich sehen lassen. Sie stehen aber gleichwohl - Frau Kollegin Kohnle-Gros, ich gebe Ihnen durchaus Recht - vor großen und grundlegenden Herausforderungen, die nicht nur mit Geld zu regulieren sind.

(Zuruf der Abg. Frau Grützmacher,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Hochschulen müssen sich den veränderten gesellschaftlichen Anforderungen stellen. Wir benötigen eine qualitative Sicherung und Verbesserung von Forschung und Lehre, eine stärkere europäische und internationale Vernetzung mit der Konsequenz von zunehmenden Kooperationen, bilingualen Studienangeboten und international anerkannten Abschlüssen.

Wir sind auf einem guten Weg bei der Kooperation unserer Hochschulen mit der Wirtschaft, mit außeruniversitären Forschungsinstituten und den Technologiezentren in unserem Land. Wir stellen zunehmend fest, dass auch fächerübergreifende Studiengänge ihren Platz an unseren Hochschulen finden und dass vor allen Dingen die neuen Arbeitsmöglichkeiten aufgegriffen werden und zu strukturellen Veränderungen führen.

Wir brauchen natürlich - das gehört mit dazu - ein modernes und effektives Management bzw. eine Betriebsführung unserer Hochschulen, die verantwortlich mit den sächlichen und

finanziellen Ressourcen umgeht. Ich konstatiere ein zunehmendes Kostenbewusstsein unserer Hochschulen.

Meine Damen und Herren, die von SPD und F.D.P. geführte Landesregierung hat sich seit einigen Jahren im Dialog mit den Hochschulen auf den Weg gemacht. Wir sind auf einem zukunftsfähigen Weg.

Frau Kollegin Kohnle-Gros, Sie haben das eingangs auch bestätigt.

Ich möchte nicht alles wiederholen, was wir in den letzten Jahren an Strukturreformen geschaffen haben. Ich erinnere an die Gesetze, das Klinikstrukturgesetz, die Umstrukturierung unserer Fachhochschulen, die Gründung der Akademie für Technologiefolgenabschätzung, an das Fraunhofer Institut mit den Optionen weiterer Einrichtungen dieses renommierten Forschungsinstituts und an die zunehmend ausgeweitete Förderung der Kinderbetreuung.

Im Wissenschaftshaushalt haben wir bei den Personalmitteln sicher den Status quo. Hier könnte man sich noch mehr vorstellen. Wir sind ein Stückchen Wegweiser. Ich habe mir kürzlich berichten lassen, dass zum Beispiel in der Hochschulrektorenkonferenz das Personalbemessungskonzept des rheinland-pfälzischen Wissenschaftsministers Zöllner durchaus eine akzeptable Grundlage ist, die von vielen Ländern nach und nach mit übernommen wird. Es handelt sich um die konsequente Bereitstellung der Mittel nach strikten belastungs- und leistungsorientierten Kriterien. Das ist ein Renner in der Hochschulentwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich einen kurzen Hinweis zu den 71er-Mitteln gebe.

Verehrte Frau Kollegin Kohnle-Gros, man kann natürlich die Berichte der Präsidenten einzeln vorlegen. Ich erinnere Sie daran, dass der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz sehr eindrücklich dargestellt hat, dass er mit diesem Haushalt sehr gut leben könne. Hier spricht auch ein Stück Verantwortungsbewusstsein unserer Hochschulleitungen mit.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Wenn Sie einzelne Beispiele herausgreifen, bitte ich Sie - Sie sind sachkundig genug -, auch die Zusammenhänge zu erkennen.

Für die SPD-Landtagsfraktion stelle ich fest, dass sich die 71er-Mittel seit 1991 um 47,60 % gesteigert haben. Dies ist auch in Ihren Augen unstrittig.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Wir haben im Jahr 1996 einen Bruch gehabt. In diesem Jahr hatten wir eine 18,5-prozentige Steigerung. Das hing damit zusammen, dass wir Strukturhilfemittel des Bundes mit in die

Hochschulen gesteckt haben, die nicht nur für die Hochschulen vorgesehen waren. Das Land Rheinland-Pfalz hat sich daraufhin verständigt, dass hier ein großer Anteil dieser Mittel in die Hochschulen kommt. Das war ein besonderer Schub. Dass man das nicht aufrechterhalten konnte, nachdem der Bund diese Mittel auf null zurückgefahren hat, ist völlig unstrittig.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Ich konstatiere Ihnen auch, dass natürlich jeder Präsident und auch jede Hochschule gern mehr Mittel hätte. Was Sie dargestellt haben, ist sachlich nicht zutreffend und widerspricht den statistischen Zahlen, die mir vorliegen.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Haushalt neue Schwerpunkte gesetzt, die vor allen Dingen den gezielten Ausbau von Stärken an unseren Hochschulen forcieren wollen. An unseren Hochschulen haben wir zusätzlich 2 Millionen DM für die Evaluation eingesetzt. Dies ist ein Instrumentarium, das bereits läuft und zukünftig weiter ausgebaut werden soll, um neue zukunftsfähige Forschungsschwerpunkte im rheinland-pfälzischen Wissenschaftssystem etablieren zu können.

Wir haben außerdem 9 Millionen DM Mittel für den Ausbau von Kompetenzzentren mit dem Ziel eingesetzt - verwunderlich ist, dass die GRÜNEN diese Mittel völlig streichen wollen -, hervorragende Forschungsbereiche zu vernetzen und eine schnellere Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Produkte zu ermöglichen. Wer die Anhörung mitgehört hat, weiß, wie die Hochschulen dies zur Kenntnis genommen haben.

Verehrte Frau Kohnle-Gros, Sie wissen, dass man natürlich zu den 71er-Mitteln, die voll mit anderen deckungsfähig sind, auch die zentralen Mittel nehmen muss, die für Forschung und Lehre ebenfalls in diesen Bereich mit einfließen, die uns aber Möglichkeiten geben, nach Leistungskriterien eine Steuerung mit vorzunehmen.

Ich verweise noch einmal darauf und beziehe auch den Entschließungsantrag der GRÜNEN für die Bereitstellung von Landesmitteln für die Durchführung der neuen Bund-Länder-Fachprogramme und die Fortsetzung des HSP 3 mit dem besonderen Schwerpunkt der Frauenförderung mit ein. Wir werden diese Programme fortführen. Ich erinnere daran, dass allein aus diesem Programm sechs C-Stellen für Frauen-Professuren finanziert werden. Dies wird weitergehen, so dass das, was im Land geschieht, weit über das hinausgeht, was Sie uns in Ihrem Antrag vorlegen.

Das ist ein hochinteressantes Programm, das der Bund aufgelegt hat. Es wird die Entwicklung der Fachhochschulen forcieren. Wir werden in unserem Hochschulbereich strukturelle Innovationen fortführen können und vor allen Dingen die Entwicklung neuer Medien für die Anwendung in Lehre und Forschung und auch bei Graduiertenstudiengängen mit einset-

zen können. Wir haben in unserem Haushalt die Ansätze dafür, dass wir unseren Anteil an diesem Programm, das eine Größenordnung von 660 Millionen DM in den nächsten Jahren aufweist, auch anteilig mit 50 % mit finanzieren können.

Meine Damen und Herren, ganz kurz noch einige Schwerpunkte. Man muss auch die Zusammenhänge mit unseren Konversionsbemühungen sehen.

Verehrte Frau Kollegin, das ist sehr mutig, was Sie dargestellt haben. Ich habe wörtlich mitgeschrieben, was Sie zu den neuen Fachhochschul-Standorten in Zweibrücken und Pirmasens gesagt haben. Allein in Zweibrücken sind von uns 105 Millionen DM investiert worden.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

In Birkenfeld sind es 135 Millionen DM. Das sind zusammen 240 Millionen DM.

Verehrte Frau Kollegin, wenn Sie sagen, dass das alles auf Kosten der anderen geschehen ist, muss ich sagen: Wir haben immer deutlich gemacht - das können auch die Hochschulpräsidenten konstatieren -, dass diese erfolgreiche Entwicklung an diesen zwei neuen Fachhochschulstandorten nicht auf Kosten der alten Hochschulen in unserem Land gegangen ist.

Meine Damen und Herren, wir sind auch stolz auf die anerkannten und zum Teil neuen Sonderforschungsbereiche in Rheinland-Pfalz im Bereich wichtiger Zukunftstechnologien. Ich möchte darauf hinweisen, dass nach einer Analyse der Deutschen Forschungsgemeinschaft Rheinland-Pfalz bei den Forschungsleistungen in der Spitzengruppe der deutschen Universitäten rangiert.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir streben weitere Forschungsbereiche an. Ich denke, dass es das wert ist, dies mit einem Beifall zu unterstützen.

In gleicher Weise verweise ich auf das Fraunhofer Institut für Experimentelle Software Engineering, das von Fraunhofer betreute Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik in Kaiserslautern sowie das Institut für Biotechnologie und Wirkstoffforschung in Kaiserslautern, bei dem wir hoffen, dass Fraunhofer in Zukunft noch stärker einsteigt. Auf diese Projekte in Kaiserslautern können wir stolz sein.

Frau Kollegin Kohnle-Gros und Herr Kuhn, Sie kommen aus Kaiserslautern. Wir entwickeln uns in der Region Kaiserslautern durch diese Einrichtungen im Verbund mit dem Technologietransfer und den Konversionsmaßnahmen zum Beispiel in der Holtzendorff-Kaserne zu einer neuen Hochtechnologie in Rheinland-Pfalz, die sich sehen lassen kann.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Die Tutoren-Programme führen wir mit diesem Haushalt fort. Die neuen Entwicklungen kosten zwar immer mehr Geld, aber sie sind unumgänglich. Was mit dem Giga-Netz geschehen ist, ist wirklich eine dramatische Verbesserung der Netzkapazitäten für unsere Hochschulen. Sie kommen nicht nur den Hochschulen, sondern inzwischen auch dem kommunalen Bereich und der Wirtschaft unseres Landes zugute.

In diesem Haushalt reden wir nicht über den Hochschulbau, aber ich will schon darauf verweisen, dass wir erhebliche Mittel im Einzelplan 20 für die Weiterentwicklung auch im Baubereich etatisiert haben. So werden wir in den Jahren 2000 und 2001 insgesamt 560 Millionen DM aufwenden. Ich nenne nur Stichworte: Neubau der HNO-Klinik, Frauenklinik, Neubau für die Pathologie des Mainzer Uniklinikums, Neubau der Bibliothek der Universität Koblenz mit dem Standort in Landau, die Herrichtung der ehemaligen Pionierkaserne für die Universität Koblenz/Landau mit Standort in Koblenz, um nur einige Dinge zu nennen. Es gehört noch mehr dazu, beispielsweise das Gelände für die Fachhochschule Kaiserslautern.

Meine Damen und Herren, das ist eine Bilanz, die sich sehen lassen kann. Es kommt nicht von ungefähr, dass Rheinland-Pfalz ein Stück federführend in der Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall bei der SPD -
Heiterkeit und Zuruf der Abg. Frau
Kohnle-Gros, CDU)

Dafür danken wir an dieser Stelle auch dem Minister und seinen beiden Staatssekretären.

Ich weiß, das wollen Sie nicht gern hören. Mit dem Bund haben Sie im Moment so Ihre Probleme. Aber wir können mit Stolz, glaube ich, auf diese Leistung verweisen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis aus dem Bereich der Weiterbildung. Es ist uns seit 1991 gelungen - die Mittel sind um 100 % angestiegen -, die Arbeit zu verstetigen und zu konsolidieren. Wir bekommen einen neuen Schub durch ein Qualitätsmanagement in der Weiterbildung. Ich erinnere vor allen Dingen daran: Wenn wir, Frau Kohnle-Gros, auch über Mittel reden, dann müssen Sie einmal in den Hochschulbereich hineinschauen. Das, was wir dort an wissenschaftlicher Weiterbildung haben, kann sich durchaus sehen lassen. Die Anschubfinanzierung hat sich gelohnt. Wir sind inzwischen im Grunde genommen so weit, dass sich diese Arbeit der wissenschaftlichen Weiterbildung, die so wichtig für unsere Wirtschaft und für Zweitstudien ist, im Grunde genommen bald selbst trägt. Deshalb war es sinnvoll, auch in diesem Bereich ein Zeichen zu setzen.

Verehrte Frau Kollegin, wenn Sie neue Schwerpunkte setzen, kommen Sie nicht umhin, in diesen Zeiten hier und da auch

den Mut zu haben, in gewisse Dinge einzuschneiden. Wir haben dann im Nachgang noch einmal einige Verschiebungen vorgenommen, sodass im Bereich der Weiterbildung auch die Volkshochschulen die Möglichkeit haben, die Schulabschlüsse so weiter fortzuführen wie in der Vergangenheit. Bei den Studentenwerken sind wir wieder auf den alten Stand gegangen. Auch bei der Bildungsfreistellung haben wir noch einmal ein Zeichen gesetzt.

Die SPD-Fraktion wird dem Landesgesetz zum Staatsvertrag zur Vergabe von Studienplätzen, der schon im Juni zwischen den Ländern vereinbart wurde, so zustimmen. Wir haben einige neue Parameter. Die Hochschulen werden beim Auswahlverfahren in Zukunft beteiligt. Die Einführung einer Leistungsquote bei der Verteilung der Bewerberinnen an die Hochschulen ist ein Teilaспект sowie die Einführung einer Vorabquote für die berufliche Bildung qualifizierter Bewerbungen, was bei uns inzwischen in Rheinland-Pfalz auch Standard ist.

Wir werden dieser Vereinbarung zwischen den Bundesländern zustimmen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Zur Schule spricht meine Kollegin Frau Brede-Höffmann.

Danke schön.

(Beifall bei SPD und F.D.P.).

Vizepräsident Heinz:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dahm das Wort.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Während wir hier im Landtag über den Einzelplan 15 reden, wird gerade im Bundestag über das Thema „BAföG“ debattiert. Wenn ich es richtig verstanden habe, haben die Bundesbildungsministerin sowie die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dass für unsere Studierenden in der Bundesrepublik eine Milliarde DM mehr an BAföG-Zahlungen geleistet werden sollen. Herr Zöllner, dann frage ich mich natürlich schon: Haben Sie in Ihrem Landshaushalt Vorsorge getroffen? - Etwa die Hälfte dieser Mittel sollen von den Ländern gezahlt werden. Aber vielleicht haben Sie dann Gelegenheit, darauf noch einzugehen.

Meine Damen und Herren, die Studienfinanzierung ist eine öffentliche Aufgabe und darf nicht den Studierenden aufgelastet werden. Die Einführung von Studiengebühren ist abzu-

lehnen, da Studiengebühren ein ungeeignetes Mittel zur Lösung der Hochschulfinanzierungsprobleme sind.

(Beifall des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf der Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.)

- Frau Hatzmann, Herr Kuhn weiß schon, was kommt. Das ist der Beschluss, der vor zwei Jahren auf Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. hier im Landtag gefasst worden ist. Mit diesem eindeutigen Beschluss im Rücken, keine Studiengebühren einzuführen, hat der Bildungsminister dieses Landes dann ein Modell entwickelt, wie man doch Studiengebühren einführen kann.

(Frau Brede-Höffmann, SPD: Damit werden sie genau verhindert!)

Meine Damen und Herren, was sind Beschlüsse dieses Hauses noch wert, wenn sie gefasst und dann dazu benutzt werden, dass ganz andere Dinge auf den Weg gebracht werden?

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig! -
Zurufe von SPD und CDU)

Herr Dr. Schmidt, es ist völlig unstrittig, wir haben einen entsprechenden Entschließungsantrag vorgelegt, der über das hinausgeht - diese Formulierung haben Sie heute schon wieder gebraucht -, was Sie formulieren, dass wir gegen Studiengebühren sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmidt, SPD)

Herr Kuhn sagt: Aus diesem Grund lehnt die F.D.P.-Fraktion die Einführung von Studiengebühren ab, da dies in einer Zeit wenig zufriedenstellender Finanzierung der Hochschullehre und ungeregelter Studienfinanzierung aus strukturellen und aus sozialen Gründen der falsche Weg ist, um die Kosten für die Hochschullehre zu decken:

Meine Damen und Herren, was passiert? Wir bekommen jetzt ein Modell vorgelegt, das nichts anderes bedeutet, als dass Studiengebühren eingeführt werden sollen. Ich habe schon verstanden, um was es geht, nämlich dass nicht die Anzahl der Semester eines Studiums zugrunde gelegt werden sollen, sondern die Semesterwochenstundenzahl.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Höffmann, SPD)

Sie haben die Bemessungsgrundlage geändert, aber an dem Fakt nichts geändert, nämlich dass die Studiengebühren eingeführt werden sollen.

Meine Damen und Herren, ich halte das in der Tat für einen Wortbruch, den Sie in der SPD-Fraktion und Sie in der F.D.P.-

Fraktion und Sie insbesondere in der Landesregierung hier gemacht haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach Ihrem Modell ist es möglich, dass schon nach dem neunten Semester die Studierenden zu Gebühren herangezogen werden können. Ich kann nur sagen, das ist eine viel schärfere Formulierung als die, die bisher die CDU-geführten Länder, zum Beispiel in Baden-Württemberg, auf den Weg gebracht haben.

(Frau Brede-Höffmann, SPD: Nach dem neunten Semester hat jemand nach diesem Modell schon so viel Stunden, dass er sein Examen machen kann!)

- Frau Brede-Höffmann, allein die Beispiele, die in der Presseveröffentlichung des Ministeriums aufzuführen sind, belegen das eindeutig: Wenn ein Studierender 25 Semesterwochenstunden studiert, dann muss er nach neun Semestern zahlen. Wenn er nur 20 Semesterwochenstunden studiert, wird er nach 10 Semestern bereits zu Studiengebühren herangezogen. Das ist doch ein eindeutiger Fakt. Dieser ist doch belegbar aus Ihren Veröffentlichungen, jedenfalls wie sie bisher zu lesen waren. Da können Sie gar nicht drumherum sprechen. Sie wollen Studiengebühren einführen.

Meine Damen und Herren, es gibt noch ein paar andere Dinge in diesem Landshaushalt zu besprechen. Kommen wir zur Lage der Fachhochschulen. Dies ist schon angesprochen worden. Die Fachhochschulen kennzeichnen sich durch ein hohes Lehrdeputat der Professoren, durch eine karge Personalausstattung, durch unzureichende Geräte und Raumausstattung. Herr Schmidt, das sind nicht meine Worte gewesen, sondern das hat uns ein Präsident einer Fachhochschule in der Anhörung des Wissenschaftsausschusses mitgegeben, sowohl schriftlich als auch mündlich.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

- Er muss nicht immer Recht haben, aber wir müssen doch einmal ernst nehmen, wenn wir schon eine solche Veranstaltung machen, dass in den Fachhochschulen nicht alles zum Besten ist, wie Ihre Fraktion das immer hinzustellen versucht. Wenn wir das ernst nehmen, dann kommen wir auch zu dem Schluss, dass die gesetzlichen Aufträge, die eine Fachhochschule hat, beispielsweise in der anwendungsorientierten Forschung, dass sie diese Aufgaben gar nicht leisten kann. Aus diesem Grund haben wir Ihnen auch heute in einigen Anträgen nahegelegt, die Situation an den Fachhochschulen zu verbessern, beispielsweise ein Förderprogramm für Assistenten aufzulegen; denn wir kennen die Situation und wissen, vier Professoren teilen sich einen Assistenten. Dieser Zustand muss sich ändern, damit endlich die gesetzlichen Aufträge der Fachhochschulen gemacht werden können.

Meine Damen und Herren, Herr Schmidt, Sie haben es angeprochen, Frauenförderung an den Hochschulen. Ein düsteres Kapitel in diesem Land. Sie meinen sogar, daß, was Sie vorschlagen, würde über das hinausgehen, was wir vorschlagen. Da haben Sie in der Tat unsere Anträge überhaupt nicht verstanden. Ich darf Ihnen das kurz nachweisen.

In dem von Ihnen angesprochenen Hochschulsonderprogramm 3 stehen dem Lande bis zum Auslaufen 4 Millionen DM pro Jahr für Frauenförderung zur Verfügung. In dem nun anschließenden Programm sind es für Rheinland-Pfalz nur noch 2,8 Millionen DM. Das ist doch eine deutliche Verschlechterung der Frauenförderung in diesem Lande.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Aus diesem Grunde haben wir Ihnen einen Antrag vorgelegt, in dem wir fordern, dass zusätzlich zu diesen 2,8 Millionen DM, die vom Bund und vom Land für Frauenförderung bereitgestellt werden, noch einmal zusätzlich 2 Millionen DM hinzugefügt werden, um diese Verschlechterung aufzufangen bzw. auszugleichen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir machen in unserem Entschließungsantrag deutlich, wir würden es sehr begrüßen, wenn Frauenförderung als Kriterium in die Personalbemessung an den Hochschulen eingeführt würde.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist nur versprochen! -

Zuruf des Abg. Dr. Schmidt, SPD)

- Nein, das ist es nicht. Es ist in einer Restkategorie unter Sonstigem versteckt worden. Es muss als qualitatives Kriterium in die Formel mit eingebracht werden.

Herr Dr. Schmidt, auch in einem anderen Punkt irren Sie. Wir haben die neuen Titel zur Forschung, zu Forschungs- und Kompetenzzentren nicht einfach so gestrichen. Nein, wir haben eine Anfrage an die Landesregierung gerichtet, was mit diesen Mitteln passieren soll. Sie müssen diese Antwort einmal lesen. Darin steht so gut wie überhaupt nichts. Wir wissen nicht, was Sie mit diesen Mitteln machen wollen.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Nachdem Sie nun einen Entschließungsantrag nachgeschoben haben, können wir uns ein bisschen mehr vorstellen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Im Prinzip Hoffnung für die Hochschulen!)

Aber um die Sache abzurunden, machen wir Ihnen den Vorschlag, diese Mittel in ein ökologisch-soziales Forschungsprogramm umzuschichten, damit eine nachhaltige, ökologische und umweltfreundliche Forschung in diesem Land weiter verstärkt wird. Wir wissen, dass in diesem Bereich etwas getan

wird, aber dies ist noch weiter zu verstärken. Es gibt eindeutige Kriterien, nach denen man diese Mittel verteilen kann. Nur so können wir auch für die Zukunft des Landes sowie für mehr Arbeitsplätze in diesem Bereich Forschung betreiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Thema Studierendenwerke ist schon angesprochen worden. Ich darf mich bei dieser Gelegenheit bei allen Fraktionen dafür bedanken, dass die verringerten Ansätze, die eingeplant waren, zurückgenommen worden sind.

(Dr. Schmidt, SPD: Sie haben keinen Antrag gestellt!)

- Natürlich!

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wozu? Aber natürlich!)

Sie kennen unsere Anträge nicht. Das muss ich immer wieder feststellen.

(Zuruf von der CDU: Manchmal ist es gut, wenn man nicht so vorwitzig ist!)

Wir waren wohl die Ersten, die diesen Antrag eingebracht haben und im Ausschuss dafür gekämpft haben.

Herr Dr. Schmidt, auch als Vorsitzender des Verwaltungsrats des Studierendenwerkes in Mainz habe ich mehrfach an Ihre Fraktion sowie an den Minister Briefe unterschrieben, damit dies rückgängig gemacht wird. Ich spreche Ihnen ausdrücklich meinen Dank aus, dass dies auch vorstatten gegangen ist.

Diese Mittel werden nicht aufgestockt, aber sie bleiben nun endlich auf einem Level. Das ist schon ein kleiner Fortschritt; denn in den zurückliegenden Jahren sind sie abgesunken worden. Sie geben den Studierendenwerken damit die Hoffnung und auch den Ansporn, sich weiterhin um mehr Effizienz und Effektivität zu bemühen, damit die Essenspreise für die Studierenden weiterhin annehmbar bleiben.

Aber ich sage auch, die Studierendenwerke müssen sich weiterentwickeln, und sie wollen sich auch weiterentwickeln. Aber die Hemmnisse liegen in den Vorschriften und Regelungen, die die Landesregierung zu verantworten hat.

Studierendenwerke sollen - das ist unsere Meinung, und deswegen haben wir Ihnen das auch in einem Antrag nahegebracht - nach unserer Auffassung auch die Verwaltung und die Auszahlung von BAföG übernehmen. Wir meinen, sie sollten darüber hinaus Aktivitäten, wie beispielsweise Essen für Schulen oder für Kongress-Catering, durchführen können.

(Dr. Schiffmann, SPD: Essen auf Rädern! -
Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Das tun sie doch schon!)

Wir meinen, dass sie zukünftig mit diesen neuen Aufgaben auf ganz anderen Wegen als soziale Dienstleistungsunternehmen fungieren können.

Ich meine auch, sie sollten Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen werden. Ich halte dies für eine durchaus richtige Aufgabe, die den Studierendenwerken in Auftrag gegeben werden sollte, ohne dass dadurch natürlich die Zuschüsse des Landes in Höhe von 15 000 DM, von denen Frau Kohnle-Gros bereits gesprochen hat, infrage gestellt werden. Diese Zuschüsse müssen natürlich auch weiterhin den einzelnen Kindergartengruppen zur Verfügung gestellt werden.

Im Übrigen wird der Ansatz, der im Landshaushalt steht, nicht ausreichen. Wir wissen von vielen Hochschulstandorten, dass weitere Kindergartengruppen notwendig und auch geplant sind. Sie treffen in diesem Landshaushalt jedoch keine Vorsorge dafür, dass dieses wichtige Thema bewerkstelligt werden kann.

Meine Damen und Herren, die Studienbedingungen verschlechtern sich. Sie wollen Studiengebühren einführen und haben in diesem Haushalt die Stipendien radikal gekürzt. Allein im Mainzer Raum kommt hinzu, dass ein Semesterticket sich nun um 32 % verteuern soll.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:

5,62 DM im Semester! -

Frau Hatzmann, F.D.P.: Ein

Päckchen Zigaretten! -

Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Was ist mit den Nichtrauchern? -

Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Ich bin einmal gespannt, ob sich die Studierenden diese massiven Verschlechterungen, die nun auf sie zukommen, so gefallen lassen. Wir werden es sehen.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

- Herr Creutzmann, wir haben schon Einiges erlebt, da waren Sie noch gar nicht in diesem Parlament.

Lassen Sie mich noch ein Letztes zur Weiterbildung sagen. Sie wird immer noch als vierte Säule der Bildungspolitik bezeichnet. Aber ich meine, es ist längst keine Säule geworden, sondern es ist lediglich ein Säulchen. Die 15 Millionen DM reichen hinten und vorne nicht aus, um eine Weiterbildungsoffensive, wie sie 1996 einmal verkündet worden ist, auch nur ansatzweise voranzubringen.

Dass Sie die Mittel für den Erwerb von Schulabschlüssen bei den Volkshochschulen sowie für die Bildungsfreistellung kürzen wollten, war schon ein Skandal. Ich bin froh, dass Sie das wieder zurückgenommen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Aber ich glaube, ohne den entsprechenden Druck, den wir aus der Opposition heraus gemacht haben, wäre das von allein nicht erfolgt.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Auch die Schwerpunktmittel, die für Innovationen in der Weiterbildung verwendet werden sollen, wollen Sie kürzen. In diesem Bereich haben Sie keine Rücknahme der Kürzungen vorgesehen. Ich meine, es ist ein schlechtes Zeichen, unter dem der Weiterbildungshaushalt steht, dass ausgerechnet die Titel, mit denen Neues und Innovatives ausprobiert werden soll, einer starken Kürzung unterzogen werden sollen. Das können wir nicht mittragen, und deswegen haben wir die entsprechenden Änderungsanträge eingebracht.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Beschluss der Koalition, der Bildung im Rahmen des Haushaltsplans 2000/2001 eine herausragende Bedeutung zu verleihen - Herr Dr. Schmidt hat bereits auf die Zahlen hingewiesen -, wird in der Tat in diesem Einzelplan umgesetzt, und dies ist auch zu belegen. So wie die Schwerpunkte Rückführung der Neuverschuldung, Förderung der Infrastruktur, Förderung von Forschung und Technologie und Schaffung von Arbeitsplätzen zeigt auch dieser Schwerpunkt in die Zukunft. Es geht um die Zukunft unserer Kinder.

Bildung ist nicht ohne Grund in den letzten Jahren verstärkt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt; denn Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für Freiheit, Toleranz, Eigenverantwortlichkeit, Wertebewusstsein und nicht zuletzt Leistungsfähigkeit. Bildung wird zur wichtigsten Ressource nicht nur unseres Wirtschaftsstandortes, sondern jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft.

(Beifall der F.D.P.)

Nur wenn wir die Persönlichkeitsbildung durch die Ausstattung jedes Einzelnen mit grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten sowie durch die Förderung und Entfaltung individueller Bildungspotenziale unterstützen, kann der Strukturwandel bewältigt werden. Nur in Erfüllung dieser Aufgaben können wir unserer Verantwortung weiterhin gerecht werden, die nachfolgenden Generationen auf die Zukunft vorzubereiten.

Meine Damen und Herren, insbesondere die Entwicklungen der Hochschulen unseres Landes geben Anlass zu Freude und Hoffnung. Dies sage ich mit viel Optimismus. Wir verdanken dies einer Politik - jetzt kommen wir zu den Stärken, die Frau Kohnle-Gros nicht erwähnt hat, die vielleicht auch nicht immer etwas kosten, aber von erheblicher Bedeutung sind - der Verlässlichkeit.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Qualitätsmanagement und alles, das wissen wir schon!)

- Dann gehen Sie doch raus, wenn Sie es schon wissen.

(Zurufe von der CDU)

Gnädige Frau, Entschuldigung, wir verstehen uns gut, wir sind per Du. Das ist doch dann überhaupt kein Problem.

(Creutzmann, F.D.P.: Sie kennen

deine Rede schon auswendig! -

Frau Nienkämper, CDU: Da können Sie einmal sehen, wie leicht Sie durchschaubar sind!)

Wir verdanken dies einer Politik der Verlässlichkeit, des Mit-einbeziehens in den Dialog der Weiterentwicklung und einer den finanziellen Möglichkeiten angepassten, auf allgemeiner Akzeptanz beruhenden finanziellen Ausstattung. Mit dieser vorausschauenden Hochschulpolitik hat das Land Ansehen in Deutschland erworben. Dies verdient auch unsere Anerkennung.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Dies geschieht natürlich nicht zum Selbstzweck für Politiker, dies geschieht im Interesse der Studierenden und der Entwicklung von Forschung und Technologie in unserem Land. Die Entwicklung eigenständiger Profile und Schwerpunkte ist mehrfach beispielgebend positiv hervorgehoben worden. Ich verweise als Beispiel auf die Bewertung der Universitätsstandorte Trier und Kaiserslautern.

Über die Funktion von Forschung und Lehre hinaus sind die Hochschulen immer mehr zu Kristallisierungspunkten wirtschaftlicher Entwicklung in den Teilregionen unseres Landes geworden. Von ihnen gehen heute inzwischen enorme wirtschaftliche Impulse aus. Es wirkt sich insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschule zum beiderseitigen Vorteil aus.

Unsere Universitäten haben mit den angegliederten Forschungsinstituten zum Teil Weltniveau erlangt. Es gilt, dies zu bewahren und auszubauen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Gerade in den Bereichen moderner und expandierender Forschungszweige haben wir in Rheinland-Pfalz unverkennbar Stärken. Diese Stärken besonders herauszustellen, ist ebenfalls eine weiterführende Aufgabe. Oft werden diese noch nicht einmal in den Regionen selbst in ausreichendem Maße erkannt. Hochschule, Wirtschaftspolitik und Medien müssen im Interesse des Landes und der Teilregionen auch neue Wege gehen, um das öffentliche Bewusstsein in dieser Richtung zu mobilisieren.

Insbesondere brauchen wir noch mehr als bisher eine Begeisterung der Jugend für mathematisch-naturwissenschaftliche Studien, für Berufe in den Informations- und Kommunikationstechnologien, für Ingenieurwissenschaften. Hier gibt es eine Reihe von hoffnungsvollen Ansätzen insbesondere in der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Schulen. Wir stehen aber erst am Beginn eines hoffentlich sich immer positiv weiterentwickelnden Prozesses.

Die Fachhochschulen haben im Lande eine insgesamt erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen. Die Verselbstständigung war richtig. Die Gründung vor allen Dingen in ländlichen konversionsbeladenen Räumen ist eine Erfolg versprechende Konzeption.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Die Zusammenarbeit zwischen Fachhochschulen und Wirtschaft wird immer enger. Ich möchte es einmal so sagen, diese neue Kultur der Kooperation wird in der Tat ein Markenzeichen an allen Standorten werden.

Über diesen Haushaltsplan hinweg sollte über die Weiterentwicklung nachgedacht werden, unter anderem über den Ausbau berufsbegleitender Studien

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

sowie den Ausbau von Fern- und Onlinestudienangeboten.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Ich muss mich ein bisschen herumstellen, sonst habe ich Probleme.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Es wird ein kollektiver Heiligerchein erstellt!)

Meine Damen und Herren, --

(Weitere Zurufe der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU - Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da ist so viel Leidenschaft drin!)

- Ich kann mir das im Moment nicht erklären, Frau Kollegin.

-- viele erfreuliche Entwicklungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in Deutschland einen Systemwechsel im Bereich der Hochschulfinanzierung dringend benötigen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir wollen Sie nicht aus dem

Konzept bringen!)

Die außergewöhnlich stark expandierenden Ausgaben im Bereich der Lehre stellen den Staat vor fast unlösbare Aufgaben. Es ist in der Tat die Frage, ob jede Leistung für jeden zu jeder Zeit ohne Eigenbeteiligung zur Verfügung gestellt werden kann. Aus diesem Grund schlägt die F.D.P. seit Jahren die Einführung von Bildungsgutscheinen vor. Herr Dahm, Sie haben diesen Beschluss zitiert, aber nicht alles gesagt, Die F.D.P.-Fraktion und andere haben immer wieder darauf hingewiesen, dass in Zeiten völlig ungeregelter Studienfinanzierung Studiengebühren nicht denkbar sind. Das war klar. Diese Einschränkung ist immer gemacht worden. Ich betone noch einmal, die F.D.P. hat sich immer für die Einführung von Bildungsgutscheinen ausgesprochen. Dabei gehören Chancengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit für uns zusammen. Der Vorstoß des rheinland-pfälzischen Bildungsministers zur Einführung von Studienkonten greift diesen Vorschlag auf.

Die Vergabe von Bildungsgutscheinen bzw. eines Studienkontos an jeden Studienanfänger, der davon individuell die in den Studienordnungen vorgegebenen Angebote abrufen kann, bedeutet in der Tat einen Systemwechsel. Frau Kohnle-Gros, ich habe von Ihnen Zitate in der Tasche, da werden Sie vielleicht nicht mehr so lachen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ich weiß,
was ich selbst geschrieben habe!)

Den Studierenden wird die Leistung der Hochschule dann nicht mehr unbegrenzt kostenlos zur Verfügung gestellt. Wer die Studienkonten ausgeschöpft hat, muss in der Tat Studiengebühren bezahlen. Über den Umfang kann man dann reden.

Die Eigenverantwortung der Studierenden wird gestärkt, und der Mentalität, die um sich gegriffen hat, dass alles, was umsonst ist, nichts wert ist, wird Einhalt geboten.

Anders als die CDU in Rheinland-Pfalz, die dem Steuerzahler auch weiterhin die Kosten eines unbegrenzten Studiums zuzumuten will - Frau Kohnle-Gros, jetzt werde ich Sie gleich zitieren -,

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Wow! Gewaltig!)

befürwortet der CDU-Wissenschaftsminister von Baden-Württemberg Bildungsgutscheine bzw. Studienkonten. Ich könnte das zitieren und gegenüberstellen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Dann müssen
Sie das Ganze zitieren!)

Das Interessante ist, Herr Dahm, Sie lehnen diesen Vorschlag rundweg ab, aber seltsamerweise ist die Wissenschaftssenatorin von Hamburg, Frau Krista Sager - ich glaube, sie gehört Ihrer Partei an, oder -,

(Creutzmann, F.D.P.: Ja!)

dafür und begeistert. Jetzt schauen wir uns das einmal an.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Jetzt kommt Dynamik auf!)

Frau Kohnle-Gros vertritt die Argumente der GRÜNEN im Bund. Ich verstehe die Welt nicht mehr, es geht kreuz und quer. Das ist im Kontrast zu Baden-Württemberg. Er ist im Kontrast zu der Wissenschaftssenatorin von Hamburg, Frau Sager. Da haben wir eigentlich ein Bündnis von schwarz und grün in dieser Frage hier im Land. Das ist schon seltsam. Das muss einmal angemerkt werden, meine Damen und Herren. Das ist schön eigenartig.

(Beifall bei F.D.P. und SPD -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Verwirrung!)

Die Einführung von Bildungsgutscheinen bzw. Studienkonten ist gerechter als Studiengebühren nach einer bestimmten Semesterzahl, weil Studierende, die beispielsweise Kinder großziehen, ihre kranken Eltern pflegen oder neben dem Studium arbeiten, nicht benachteiligt werden.

(Beifall der Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.)

Dabei muss unabhängig von der Frage solcher Studienkonten auch darüber nachgedacht werden, wer in Zukunft das Studium insgesamt finanzieren wird. Das sind noch offene Fragen. Bevor man in diese Diskussion einsteigt, sage ich aber, wir brauchen eine Diskussion. Wir brauchen in der Tat jetzt endlich eine vernünftige BAföG-Regelung.

Nun haben wir heute einen vielleicht entscheidenden endgültigen Vorschlag, der so umgesetzt wird. Er ist eben schon angedeutet worden. Wenn wir eine klare BAföG-Regelung haben, dann können wir auch über die gesamte Finanzierung des Studiums reden. Es ist in der Tat schon ein bisschen ein Armutzeugnis gewesen, das die Studierenden in den letzten Monaten beobachten mussten.

(Zuruf des Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Dahm, vielleicht sind wir uns einig. Das Drei-Körbe-Modell ist auch das F.D.P.-Modell.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist
aber gestorben!)

Das Drei-Körbe-Modell, das Sie gern gehabt hätten, das wir gern gehabt hätten, ist leider Gottes gestorben. Wir bleiben

bei der konventionellen Förderung. Aber gut, darüber wird an anderer Stelle noch einmal geredet werden.

(Frau Nienkämper, CDU: Schröder
hat es kaputtgemacht!)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass dieser Vorschlag bundesweit so konsensfähig ist. Ich habe schon gemerkt, die Reaktionen gehen hier kreuz und quer. Vielleicht ist das sogar ein gutes Zeichen, dass man sich möglicherweise lagerübergreifend auf diesen Vorschlag einigen kann. Es muss doch nichts Schlechtes sein. Es kann sein, wenn wir, Konservative und GRÜNE, einer Meinung sind und auf anderen Ebenen wieder andere gemeinsame Denkmodelle vertreten, dass wir endlich einmal den Durchbruch schaffen und uns auf dieses Modell einigen können.

Wir müssen die bestehenden Tabus aufbrechen, und es ist nur zu hoffen, dass dieser Vorstoß, der von Rheinland-Pfalz, von Herrn Professor Zöllner, kommt, dazu beiträgt, zu einer gemeinsamen Haltung in Deutschland zu kommen.

Meine Damen und Herren, damit will ich den Bereich Hochschulen abschließen und werde anschließend noch etwas zum Thema „Schule“ sagen.

Danke.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lelle das Wort.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bildung ist überall zum zentralen Thema geworden. Ich verweise auf Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen und nun auch auf Rheinland-Pfalz. Alle Parteien sind sich einig. Ich begrüße dies. Ich halte dies für eine gute Entwicklung; denn im 21. Jahrhundert wird Bildung die soziale Frage sein.

Was heißt das? Der Zugang zur Bildung und Ausbildung ist der entscheidende Faktor zur Lebensgestaltung und Lebensbewältigung in der Wissensgesellschaft. Wer ihrer nicht teilhaftig ist, gerät ins Abseits, hat keine Chance zur Teilnahme an der Erwerbstätigkeit und ausreichender Lebensgestaltung. Verkürzt heißt dies: Bildung ist gleich Zukunft.

Wenn dies so richtig ist, stellt sich natürlich die Frage, ob unser Bildungssystem in Deutschland und insbesondere hier in Rheinland-Pfalz diesen Anforderungen entspricht. Die Landesregierung, die Koalitionsfraktionen werden natürlich wie-

der sofort behaupten, dies sei so. Bevor ich darauf eingehe, möchte ich aber diesbezüglich einige Fragen stellen.

1. Haben wirklich alle Schüler den notwendigen Zugang zur Bildung, und werden sie ausreichend vorbereitet und qualifiziert?
2. Entspricht unsere aktuelle Schulpolitik dem Prinzip des Forderns und des Förderns?
3. Sind die Schüler in der richtigen Schulart, um Überforderung und Unterforderung zu vermeiden?
4. Was tun wir insbesondere für die Hochbegabten?
5. Wird Schule heute der geänderten Familien- und gesellschaftlichen Situation gerecht?
6. Welche Zielperspektiven vermitteln wir heute unseren Schülerinnen und Schülern?

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wie seitens der Landesregierung eine Antwort auf diese Fragen aussieht.

(Staatsminister Zuber: Gut!)

Fest steht aber, dass die Beantwortung dieser Fragen Grundlage jeder Qualitätsdiskussion sein müsste. Zur Verdeutlichung meines Ansatzpunktes lassen Sie mich einige Fakten nennen. 200 000 Schüler kommen ohne Abschluss aus der Schule. 30 Millionen DM werden monatlich für Nachhilfe ausgegeben. 100 000 Studenten sind im 20. und höheren Semester. Hochbegabte werden nicht als solche erkannt. Gewalt an Schulen ist kein Einzelthema. Gelegentlich sitzen in den Klassen bis zu 30 % Schüler - so sagen zumindest Lehrer -, die für diese Schulart eigentlich nicht geeignet sind. Erwähnt werden muss in diesem Zusammenhang natürlich auch: Schüler haben heute in Rheinland-Pfalz einen erheblichen strukturellen und aktuellen Unterrichtsausfall - einen Ausfall in einer bisher nie bekannten Höhe.

(Beifall bei der CDU)

Herr Creutzmann, ich kann mir diese Anmerkung hier nicht verkneifen.

Jeder weiß, dass die Unterrichtsversorgung an unseren Schulen in den letzten Jahren sich kontinuierlich verschlechtert hat, dass die pädagogischen Rahmenbedingungen für die Schülerinnen und Schüler ungünstiger geworden sind und das Fehlen einer zukunftsorientierten Schulkonzeption für unser Land es der Landesregierung erlaubt, tiefe Einschnitte in die Qualität von Bildung vorzunehmen.

(Dr. Schiffmann, SPD: Oje, oje!)

Ich hätte jetzt, wenn er da gewesen wäre, einen Zwischenruf von Herrn Schweitzer erwartet. Den habe ich im Moment zi-

tiert. An seinem Zitat möchte ich die Wirklichkeit messen. Wie sieht es heute aus mit der Unterrichtsversorgung?

Meine Damen und Herren, immer noch gibt es hohe Defizite. Sieben von elf Schularten sind auch in diesem Schuljahr stärker betroffen. Wie steht es um die pädagogischen Rahmenbedingungen? Ich nenne die Klassengrößen - sie sind gewachsen. Herr Schweitzer hat 1989 beklagt, dass wir 150 Klassen mit über 30 Schülern haben.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sie wissen, dass die Klassengröße gesunken ist!)

Heute haben wir sage und schreibe 414 solcher Klassen. Die Schüler-Lehrer-Relation hat sich durchgängig verschlechtert. Der Unterricht ist um mindestens 4,6 % gekürzt worden. Die Veränderung der Berechnungsgrundlage für die Lehrerverversorgung an Schulen ist der große Spartopf dieser Landesregierung.

Meine Damen und Herren, in Bezug auf das zukunftsorientierte Schulkonzept will ich zugeben und zugestehen: Regionale Schule und duale Oberschule sind gute Einrichtungen. - Wir haben das mitgetragen. Aber meine Frage ist: Wo ist das Konzept für die kleinen Hauptschulen, die nun übrig bleiben, bzw. die Hauptschulen im städtischen Bereich?

(Beifall bei der CDU)

Ich stelle fest, die Landesregierung kommt meiner Meinung nach ihren eigenen Ansprüchen, ihren eigenen Forderungen, die sie gestellt hat, wenig nach. Dies ist traurig für alle Beteiligten.

Lassen Sie mich zur Qualitätsfrage des Bildungssystems zurückkommen. Die TIMSS-Studie hat wachgerüttelt, hat die Defizite offengelegt. Aber ziehen wir die notwendigen Konsequenzen? Hat die Landesregierung sie gezogen? Aus meiner Sicht: bisher nein! Ich habe den Verdacht, dass es mit der positiven Begriffsbelegung des Qualitätsmanagements seitens der Landesregierung schon getan ist; denn drei Dinge fallen bisher in der Diskussion auf:

1. Es fehlt eine entsprechende schonungslose und auch offene Defizitanalyse, und nur die kann Grundlage solcher Qualitätsverbesserungen sein.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wen will er denn schonen?)

2. Das Bildungsministerium braucht, wie mir scheint, selbst keinen Beitrag zu leisten.

3. Alle Verantwortung liegt vor Ort bei den Schulen.

Meine Damen und Herren, das greift zu kurz. Qualitätsverbesserung, Reformen müssen vom Kopf des Unternehmens ausgehen. Hier liegt die Hauptverantwortung. Herr Minister,

wenn Sie nun mit diesem ersten Mathe-Test einen ersten Schritt tun, dann sind wir alle gespannt auf die Ergebnisse. Sie selbst oder Ihr Ministerium müssen sich auch einmal einer solchen Bewertung unterziehen.

Ich habe das einmal gemacht. Wie sehen meiner Meinung nach die Leistungen im Fach Unterrichtsversorgung aus? Schulische Note Fünf. Lehrerwochenstundenzuordnung - Fünf. Motivation der Bediensteten durch das Ministerium - Fünf. Klassengrößen - im besten Falle Ausreichend. Darstellung der eigenen Leistung - Eins. Schönreden der Zustände - Eins.

(Heiterkeit der CDU -

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Danke!)

Meine Damen und Herren, deshalb erklärt sich vielleicht auch - ich kann das nur ironisch anmerken - der überproportionale Gehaltszuwachs des Herrn Ministers für das nächste Jahr mit 4,58 %, während seinen Bediensteten 2,8 % zugestanden wird.

(Staatsminister Bauckhage: Das ist jetzt unterste Kiste -
Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Unterste Schublade!)

Na ja. Sehr geehrter Herr Zöllner, wir verstehen sehr wohl, warum Sie den Haushaltstitel für Öffentlichkeitsarbeit in diesem Jahr von 4 000 auf sage und schreibe 704.000 DM hochfahren wollen. Ihr Image hat gelitten, und es muss aufpoliert werden. Aber bitte sprechen Sie dabei dann nicht von verantwortlichem Ressourceneinsatz.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir die Qualitätsdebatte ernsthaft führen wollen, müssen wir uns insbesondere um die Unterrichtsversorgung und die Qualität des Unterrichts kümmern. Wir müssen uns fragen, welche Grundlagen wir heute für Beruf, Studium und Lebensplanung brauchen. Wir müssen uns fragen, welche kognitiven Fähigkeiten notwendig sind, um die Anforderungen des Lebens zu meistern. Wir müssen uns fragen, welche Persönlichkeitsmerkmale in der Schule zu fordern und zu fördern sind. Das ist zugegebenermaßen ein schwieriges Unterfangen und schwierig insbesondere für die Pädagogen. Ich denke, deshalb muss auch Schluss sein mit Schuldzuweisungen; denn Lehrer brauchen unsere volle Unterstützung. Sie brauchen auch die gesellschaftliche Anerkennung bei dieser immer schwieriger werdenden Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Nur durch motivierte Lehrer - ich denke, da sind wir uns einig; Gott sei dank ist das trotz widriger Umstände immer noch die Mehrzahl - werden unsere Kinder das notwendige Rüstzeug zur Bewältigung der Zukunft vermittelt bekommen.

(Frau Brede Hoffmann, SPD: Sie werden Sie noch demotiviert kriegen!)

Der Unterrichtsqualität kommt in der Frage des Qualitätsmanagements entscheidende Bedeutung zu, somit der Qualität der Lehrenden. Dies hängt zum einen von ihrer Ausbildung ab, zum anderen von einer entsprechenden Fort- und Weiterbildung. Wenn man sich das Angebot ansieht, dann will ich deutlich sagen, Segeltörn im Mittelmeer und Skilehrgang sollten nach meiner Meinung endlich verschwinden. Sie sind überflüssig. Ob es aber reicht, für berufsbildende Schulen im SIL-Programm für DV-Netze und Kommunikation 1999 ganze fünf Kurse anzubieten, oder für Schulleitungsaufgaben ebenfalls in 1999 sechs Kurse, dann ist dies zu hinterfragen und bedenklich.

Wer heute in die Schule kommt, tritt 2009 in die Berufswelt ein. Studiert er oder sie, so wird dies um das Jahr 2016/2020 sein. Danach muss sich heute Unterricht orientieren. Tun wir wirklich das Notwendige und Richtige? Ensprüchen die Lehrpläne den Anforderungen der Zukunft? Die Antwortet der heutigen Schülergeneration - Herr Minister, ich habe das am letzten Wochenende feststellen müssen - ist ein klares Nein. Hier sind Sie gefordert, insbesondere das Ministerium.

Lassen Sie mich auch noch eine Anmerkung zu den zu vermittelnden Fähigkeiten und Fertigkeiten machen. Ich stelle immer wieder die Tendenz fest, dass Wissen schlecht geredet wird. Ich lobe mir, dass Herr Dr. Schmidt das heute nicht getan hat; denn wer nicht weiß, muss glauben. Wissen ist und bleibt Grundlage der Bildung. Wissenserwerb ist mit Anstrengung und Leistungsbereitschaft verbunden. Deshalb sehen wir uns in unserem Prinzip, dass wir immer wieder einfördern, bestätigt, dass Schule fördern und fordern muss.

Ich werde in einer weiteren Runde auch noch auf einzelne Dinge des Haushalts eingehen.

(Dr. Schmidt, SPD: Noch mehr?)

Vielen Dank

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Brede-Hoffmann das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist von den Koalitionskollegen bereits ausgeführt, der Bildungshaushalt stellt im vorliegenden Doppelhaushalt einen wesentlichen Schwerpunkt dar. Da kann Herr Lelle hin- und herrechnen, wie er möchte. Von 1991 auf 1999/2000 sind die Mittel für die Schulen von 2,5 Milliarden DM auf knapp 5 Milliarden DM verdoppelt worden. Da möchte ich einmal den hören, der meint, das bei einer Verdopplung der Mittel hier nichts geschehen sei.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Im kommenden Doppelhaushalt, der uns jetzt vorliegt, haben wir im Bereich der Personalressourcen eine Aufstockung um 400 neue Stellen im kommenden Jahr und um 100 weitere Stellen im darauf folgenden Jahr - 500 Stellen also -, nachdem es bereits im Jahr 1998/1999 gelungen ist, durch sehr sparsame Haushaltspolitik - das möchte ich betonen und dem Ministerium auch dafür danken - und durch die Ausnutzung positiver Auswirkungen von KOSI 2010 480 Stellen neu zu schaffen und auch bleibend in diesem Haushalt abzusichern. Das sind 980 neue Stellen in vier Jahren. Herr Lelle, wann jemals ist das unter CDU-Regierungszeiten eigentlich geschehen?

(Beifall bei der SPD -
Lelle, CDU: Das kann ich nachsehen!)

Das ist ein wichtiger Schritt zur langfristigen Absicherung. Das Wort langfristig ist mir dabei besonders deutlich; denn wenn ich mir in den Haushaltsanträgen Ihrer Fraktion bzw. den Anträgen der GRÜNEN anschau, wie dort die zusätzlichen Stellen, die sie vorgeschlagen haben, abgesichert sind, packt mich das Grauen. Es gibt völlig unrealistische Kürzungsvorschläge, die zum Beispiel Personalbudgets von anderen Ministerien zusammenstreichen, die einfach negieren, dass die Umstrukturierung der Bezirksregierung stattgefunden hat, die einfach erklären, Zinszahlungen seien nicht mehr notwendig, oder Ähnliches. Damit sind zusätzliche Stellen finanziert worden. Ich danke dem Ministerium, das uns einen seriösen und langfristig abgesicherten Finanzierungsvorschlag dieser 500 zusätzlichen Stellen in die Haushaltsrechnung gebracht hat.

Diese Feststellung der Finanzierung gilt auch für steigende Vertretungsmittel. Da kann man ganz viel beantragen, wenn man möchte. Wenn man nicht weiß, wie man es finanziert, ist es einfach nur eine Weihnachtswunschliste. Bei uns sind nicht nur die Vertretungsmittel gestiegen, sondern die Vertretungsreserve der Grundschulen ist ebenfalls abgesichert.

Diese Form solider Finanzplanung in Verbindung mit Maßnahmen aus dem Langzeitkonzept KOSI 2010 macht Unterrichtsversorgung für einen langen Zeitraum planbar und sicher. Ich will nicht sagen, dass ist alles wunderbar. Ich will betonen, dass wir wissen, dass im Bereich der Unterrichtsversorgung natürlich strukturell wie temporär Unterricht ausfällt. Natürlich will ich nicht verschweigen, dass wir als Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker eigentlich natürlich viel lieber viel mehr Stellen hätten und ich heute gern nicht über 500 Stellen, sondern über viel mehr zusätzliche Stellen reden würde.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aha!)

Aber auch wir Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker tragen Haushaltsverantwortung. Herr Lelle, Sie eigentlich auch? Wir tragen Haushaltsverantwortung. Das heißt, Verantwortung für einen Gesamthaushalt. Das heißt, alle Aufga-

ben sehen und erfüllen, und das heißt, Verantwortung für die nächste Generation tragen und damit Schulden abbauen und nicht neue Schulden schaffen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Diese Verantwortung heißt auch - das ist mir im Bildungsbereich besonders wichtig -, Zukunftsplanung für kommende Jahrgänge junger Lehrerinnen und junger Lehrer, Einstellungschancen für diese jungen Menschen in künftigen Jahren sichern und deshalb heute alle Möglichkeiten und alle Maßnahmen kombinieren, die Unterrichtsversorgung sichern, Schulqualität erhöhen und nicht Einstellungskorridore auf Jahre schließen. Wir sind dabei, diese Aufgabe mit KOSI 2010 und vor allen Dingen mit der nun vorliegenden Konzeption der Qualitätsoffensive an unseren Schulen zu lösen.

Ich möchte betonen, dass wir wissen, dass wir an diese Stelle nur durch KOSI 2010, durch das Ansparmodell, durch die Entscheidung bezüglich der Arbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer, aber auch durch unsere Entscheidung gekommen sind, jede frei werdende Stelle von Lehrkräften wieder zu besetzen und durch den immer wieder neu gesetzten Schwerpunkt auf Personalvermehrung an den Schulen. Ich möchte deutlich betonen, dass wir für dieses Moment der Bewältigung von Unterrichtsausfall natürlich die Solidarität und das ganz besondere Engagement der Lehrkräfte brauchten. Wir wissen das. Diese Solidarität haben wir gefunden. Wir finden sie täglich wieder. Sie haben darauf hingewiesen. Wenigstens in diesem Punkt sind wir uns einig. Wir bedanken uns an dieser Stelle nicht zum ersten Mal, sondern erneut ausdrücklich bei Lehrerinnen und Lehrern sowie den Schulleitungsteams für diese gesellschaftliche Leistung, die diese Menschen täglich erbringen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir wissen auch, dass die Lehrkräfte diese Leistung in einem Schulsystem erbringen, das schwieriger geworden ist; und sich durch verändernde gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedingungen mit zunehmenden Problemen konfrontiert sehen. Wir wissen das. Aber auf diese Problemlagen, die zu hoher Belastung bei Lehrerinnen und Lehrern führen und geführt haben, haben wir unter anderem mit dem Modell der Altersteilzeit geantwortet. Wir haben Generationengerechtigkeit, gerechte Chancen für Frauen, die als Teilzeitbeschäftigte bisher scheinbar keine Chancen hatten, damit kombiniert, dass wir ältere Kolleginnen und Kollegen durch Altersteilzeit deutlich entlasten können.

Im Besonderen reagieren wir auf veränderte Probleme und Problemlagen an den Schulen durch die rheinland-pfälzische Qualitätsoffensive für die Schulen, auf veränderte gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, vor allen Dingen auch auf neue Anforderungen, auf veränderte Lernbedingungen, auf völlig neue Forderungen, die das Berufsleben an die Schülerinnen und Schüler stellt. Herr Lelle, deswegen ist es mir völlig unbegreiflich im Besonderen im

Blick auf das, was Sie eben gesagt haben, wie Qualität an Schule strukturiert sei und wo wohl der Fehler hier läge, dass ausgerechnet in diesem Bereich der zur Verfügung gestellten zusätzlichen Mittel für die Qualitätsoffensive, über die ich mich freue und die wir heute gern vortragen und begründen, von Ihnen ein Kürzungsvorschlag gemacht worden ist.

(Dr. Schiffmann, SPD: Hört, hört!)

Qualitätssicherung und Schulentwicklung soll für uns kein Lippenbekenntnis bleiben. Bei Ihnen ist es offensichtlich eins; denn Sie wollen es irgendwie ohne Geld auf die Reihe bringen. Unser Konzept von Qualitätssicherung für die Schulen des Landes - das wir Ihnen auch schon in Form eines Antrags vorgelegt haben - hat ganz anderes vor: Unterrichtsentwicklung, Personalentwicklung und Organisationsentwicklung stehen im Zentrum, Fragen von Aus- und Weiterbildung werden weiter bearbeitet, Kooperationsmodelle mit Hochschulen, Wirtschaft und Gesellschaft müssen gestärkt und weiterentwickelt werden - auf diesem Weg sind wir schon ein gewaltiges Stück gegangen -, mehr Selbstverantwortung für die Schule vor Ort - mit Erstaunen habe ich Sie dies eben kritisieren hören -, Weiterbildungsprogramm für die Schulleitung, aber auch im nächsten Schuljahr die erstmalige Einführung von schulscharfen Stellenausschreibungen, die den Schulen ein höheres Maß an Mitbestimmung bei der Personalentwicklung einräumen. All dies sind Schritte auf dem Weg, Schulen selbstständiger werden und ihr eigenes Profil entwickeln zu lassen, auf einem Weg von Prozessentwicklung, indem die Schulen auch wesentlich ihre eigene Region mit einbinden sollen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir legen weitere Schwerpunkte auf Unterstützungssysteme. In den zurückliegenden Schuljahren hatten wir bereits Schulsozialarbeit in den Bereichen berufsbildende Schule und bei den Grund- und Hauptschulen. Diese Arbeit hatte eine große Bedeutung, durch Präventionsmaßnahmen Gewalt an Schulen gar nicht erst entstehen zu lassen, bei auftretender Gewalt deeskalierend einzugreifen, vor allen Dingen Gewaltfolgen zu bearbeiten, zu bewältigen und vor allen Dingen bei den Schülerinnen und Schülern bewusst zu machen. Dieses Programm, das bereits in der Vergangenheit ein erfolgreiches Gemeinschaftsprojekt von Bildungs- und Jugendministerium sowie kommunaler Jugendhilfe war, kann im kommenden Doppelhaushalt deutlich ausgeweitet, und es kann weiteren Schulen Unterstützung vermittelt werden. Ich glaube, dies ist ein wesentlicher Punkt in diesem Prozess.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Augustin, F.D.P.)

Es bleibt darüber hinaus wichtig, Lehrkräfte dafür zu sensibilisieren, dass Gewalt unter Jugendlichen sehr häufig ein Problem männlicher Jugendlicher ist und darauf adäquate Antworten zu finden sind. Ich möchte daher ausdrücklich das vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung entwickelte Programm „Reflexive Koedukation“ - das

sehr viel sinnvoller und besser ist, als der schreckliche Titel klingt - begrüßen, das Wert darauf legt, geschlechtsspezifische Rollenbilder aufzudecken, zu hinterfragen, und vor allen Dingen werden die Lehrkräfte trainiert, Probleme, die aus solchen Verhaltensstereotypen entstehen, auch adäquat zu bearbeiten.

Ein weiterer wichtiger Bereich an all unseren Schulen ist die Ausstattung mit moderner Computertechnologie und deren Installation bzw. technische Pflege. Es steht für uns alle außer Frage, dass diese Aufgabe eigentlich die Aufgabe der zuständigen Schulträger ist. Dennoch ist neben der unüberschätzbar hohen Bedeutung des Anschlusses von Schulen an das Netz, was wir auch in diesem Haushalt für alle Schulen ermöglichen, eine Unterstützung des Landes für die notwendige Systembetreuung der Schulen über die bereits in den letzten Schuljahren praktizierte Unterstützung an der BBS hinaus, in Höhe von zusätzlich jeweils 400 000 DM eingeplant. An vieles können wir denken: an die Abgeltung von Mehrarbeit, Verträge mit Firmen und auch Abgeltung von Leistung durch kommunale Rechenzentren.

Ganz wichtig: Die Schulen werden sich ein System entwickeln müssen, damit Schülerinnen und Schüler, die Systembetreuung an Schulen machen - es ist an vielen Schulen heute gang und gäbe, erfreulicherweise -, dieses System zum Beispiel durch Bescheinigungen weiterhin reizvoll für die Schülerinnen und Schüler machen.

In der Gesamtschau ist das Schulsystem in Rheinland-Pfalz den Anforderungen für die Zukunft gewachsen. Die Volle Halbtagschule ist umgesetzt, die Betreuende Grundschule ist in diesem Haushalt weiter ausgebaut. Die Rahmenbedingungen für unsere Hauptschulen - Herr Lelle, hören Sie zu - werden überarbeitet. Im Rahmen des Qualitätsmanagements wird dies einer der Schwerpunkte unserer Arbeit sein. Wir sollten uns hüten, in dieses Schlechttreden und Kaputtreden der Hauptschule einzustimmen. Wir sollten vielmehr unsere wesentliche Aufgabe darin sehen, nach außen hin dafür zu werben und zu informieren, welche hervorragende, praxisorientierte Arbeit dort gemacht wird, und berücksichtigen,

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

dass noch immer mehr als ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler in diesem Land hochqualifiziert für den Arbeitsmarkt vorbereitet aus dieser Schule kommen. Neue Regionale Schulen: 61 in diesem Schuljahr und 60 im nächsten. Umsetzung der gymnasialen Oberstufen: Reform vollzogen, ein hervorragendes Modell, das in vielen anderen Bundesländern mit Interesse beobachtet wird. Wiedereinführung des 11. Schuljahres im Kurssystem - an vielen Schulen die Möglichkeit für hochbegabte Schülerinnen und Schüler, in zwölf Jahren zum Abitur zu kommen.

Ich möchte mich beim Ministerium, bei der Landesregierung bedanken, dass wir trotz „engster“ Haushaltsslage nicht nur eine personelle Ausweitung für unsere Schulen zu Stande ge-

bracht haben, sondern im Rahmen der Weiterentwicklung von Schulen in unserem Land auch zusätzlich Finanzmittel zur Unterstützung zur Verfügung stellen können.

Wir jammern nicht, wir reden vor allen Dingen nicht schlecht, wir sagen auf keinen Fall Nein, sondern wir unterstützen das Engagement an den Schulen von all denen, die dort an dem Lernprozess beteiligt sind und für die Schule Verantwortung tragen. Wir überprüfen und hinterfragen die geleistete Arbeit. Wir entwickeln neue Strukturen im Schulleben. Wir übertragen Verantwortung nach Weiterqualifikation, und - ganz wichtig - wir öffnen unser Schulsystem für mehr Berufspraxis für das Wirtschaftsleben, aber auch für Kultur und Spezifika aus der Region. Wir akzeptieren neue Anforderungsprofile, wir akzeptieren neue Kompetenzerwartungen, wir akzeptieren Antworten auf völlig neue Berufsbilder, und - dies ist mir besonders wichtig - wir stärken das Bewusstsein in den Schulen dafür, dass Leistung notwendig ist und wir gleichermaßen Hochbegabtenförderung wie Benachteiligtenförderung brauchen und uns dafür einsetzen. Diese Aufgaben liegen vor uns.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Der Doppelhaushalt schafft die finanziellen Rahmenbedingungen. Wir sollten uns jetzt an die inhaltliche Arbeit machen.

Danke,

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dahm das Wort.

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Brede-Hoffmann, Sie haben damit begonnen, uns die enormen Mehrausgaben seit 1990 noch einmal vorzulegen. Das ist auch schon bei der Einbringung des Haushalts ein Thema gewesen, das von verschiedener Seite, auch von Ihnen, Herr Ministerpräsident, argumentativ eingebrochen worden ist. Wir haben uns gefragt, was hinter diesen Zahlen steckt, und eine Anfrage an die Landesregierung gerichtet, ob sie uns herausrechnen kann, was die Gehaltssteigerungen bei den Lehrkräften bei diesen enormen Mehrausgaben ausmachen.

Meine Damen und Herren, ich darf aus der Antwort des Ministers kurz zitieren: „Um welche Beträge die Personalausgaben in dem oben genannten Zeitraum wegen linearer und struktureller Erhöhung gestiegen ist, kann nicht beantwortet werden.“

Ich glaube, das sagt alles aus. Wenn wir hinterfragen, was Sie uns an statistischem Material mit Argumenten verpackt lie-

fern, bekommen wir keine Antwort. Es müsste wohl möglich sein, dass man Gehaltssteigerungen der letzten Jahre sowohl in ihrer linearen als auch in ihrer strukturellen Form zusammenrechnen und das von der Summe, von der Sie eben redeten, auch abrechnen kann. Sie können mir doch nicht vormachen, dass solche Informationen nicht vorliegen; denn wenn sie nicht vorliegen würden, könnten sie überhaupt keinen Haushaltsplan aufstellen.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Da Sie uns das aber alle zwei Jahre vorführen, denke ich, dass Sie die Zahlen kennen, uns aber diese Informationen vorerhalten. Da frage ich mich, was diese Argumente noch Wert sind, die Sie hier einbringen, und wenn man sie hinterfragt, nichts an Antworten kommt.

Meine Damen und Herren, dieses Spielchen, das Sie mit uns betreiben, betreiben Sie auch mit der Öffentlichkeit, wenn es um das Thema Unterrichtsausfall geht. Wir wissen und wir haben es im letzten Jahr erlebt, wie scheibchenweise an die Öffentlichkeit gedrungen ist, wie viel Unterricht ausfällt. Dies fing zuerst mit dem strukturellen Unterrichtsausfall an. Dann kamen die allgemeinbildenden Schulen und am Schluss - ich glaube, es war im Dezember - haben wir über den Unterrichtsausfall bei den berufsbildenden Schulen reden müssen. 7,2 % Unterrichtsausfall an berufsbildenden Schulen, haben Sie uns gesagt. Es waren aber mehr. Auf eine Nachfrage von uns, wie viele es waren, hat uns das Ministerium geantwortet: 7,6 %. - Das ist ein kleiner Unterschied; denn wenn man das auf Stunden umrechnet, kommen einige tausend Stunden mehr heraus, die ausfallen.

So wird hier im Hause argumentiert, indem Sie uns einfach falsche Zahlen vörlegen und Argumente liefern, die überhaupt keinen Bestand mehr haben, wenn sie hinterfragt werden. Wenn wir dieses Spielchen auch mit den kleinen Prozentzahlen machen und es von einer anderen Seite betrachten und wir schauen, wie viele Unterrichtsstunden je Woche insgesamt zahlenmäßig aus strukturellen Gründen oder aus Abwesenheitsgründen der Lehrer nicht gehalten werden, dann sind das in diesem Land 80 000 bis 90 000 Unterrichtsstunden pro Woche, die nicht planmäßig gehalten werden können.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sagen Sie, wie viele insgesamt gehalten werden?)

- Frau Brede-Hoffmann, wenn Sie das einmal auf ein Schuljahr aufrechnen, dann sind das über 3 Millionen Unterrichtsstunden.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wie viele sind es insgesamt?)

Das ist doch der Skandal in diesem Land.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Wo bleibt hier Ihr Ansatz im Haushalt, um solchen Problemen entgegenwirken zu können? Wir jedenfalls tragen das nicht mit.

(Zuruf von der SPD: Wir wären dankbar, wenn Sie es mittragen würden!)

Wir haben Ihnen Vorschläge gemacht und vorgerechnet, wie man über die 500 Lehrkräfte hinaus, die Sie für zusätzliche Kinder und Jugendliche, die in die Schule kommen, etabliert haben, 50 Millionen DM mehr in den Haushalt einstellt, damit dieses Thema struktureller Unterrichtsausfall ein für allemal weg ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss schon zurückweisen, dass Sie uns unsolides Finanzgebaren unterstellen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Höchst unsolide!)

- Frau Brede-Hoffmann, ich kann mir nur vorstellen, dass Sie unsere Anträge überhaupt nicht kennen. Wir haben Anträge vorgelegt, die alle gegenfinanziert sind.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Da lache ich aber!)

Es gibt keine Neuverschuldung, wie Sie es gesagt haben. Es gibt keine unlauteren Kürzungen, wie Sie es gesagt haben.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Einfach einsparen von Zinsausgaben!)

- Ja, es gibt Einsparungen, die wir Ihnen vorschlagen, nämlich dort, wo landesfremde Aufgaben übernommen werden. Sie können nicht abstreiten, dass Bundesstraßenbau eine landesfremde Aufgabe ist. Wenn wir allein diese 30 Millionen DM in den Bildungshaushalt hinübernehmen, dann können wir schon sehr weit kommen.

(Ministerpräsident Beck: Wie machen wir das im nächsten und darauf folgenden Jahr?)

- Lieber Herr Kollege Beck, seit zehn Jahren erzählen Sie uns das. Seit zehn Jahren sind in diesem Haushalt 30 bis 40 Millionen DM Bundesstraßenbaumittel enthalten.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sehr richtig!
Zuruf von der SPD)

- Na gut, dann sind es acht Jahre.

Wenn wir über das Thema „Qualitätsmanagement und Qualitätsentwicklung“ reden, dann sagen wir Ihnen auch klipp

und klar, es muss mit einer besseren Personalausstattung in den Schulen einhergehen, und das muss mit einer selbstständiger werdenden Schule einhergehen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Letzteres ist richtig!)

Beides muss gemacht werden. Nur wenn Sie genaue und klare Zielvereinbarungen mit den Schulen treffen, indem Sie eine bessere Personalausstattung und mehr Anforderungen in Richtung mehr Selbstständigkeit auferlegen, dann werden Sie Erfolg haben. So, wie Sie es anpacken, sage ich Ihnen voraus, werden Sie auch mit diesem Projekt letzten Endes scheitern.

Wir haben Ihnen im Haushalt vorgerechnet, dass wir den strukturellen Unterrichtsausfall mit 700 neuen Lehrkräften vollkommen beseitigen können. Wir haben Ihnen aber auch Anträge vorgelegt, dass auch zusätzliche Vertretungskräfte für den tatsächlichen Unterrichtsausfall, der durch Krankheit und Abwesenheit entsteht, nämlich 100 Lehrkräfte, aus dem Haushalt finanziert werden können.

Wir können für ganz notwendige Reformschritte, nämlich für die Integration von behinderten und beeinträchtigten Kindern in der Regelschule und auch für das von Ihnen schon angesprochene Thema Betreuung von EDV- und Systemanlagen an Schulen, weitere 100 Lehrkräfte einrechnen.

Mit diesen 900 Lehrkräften können wir wirklich eine Qualitätsentwicklung zusammen mit den Schulen machen und finanzieren. Es ist nur von Ihnen politisch in dieser Richtung nicht so gewollt.

(Vereinzelt Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Stichwort „PC-Betreuung“. Frau Brede-Hoffmann, Sie haben das angesprochen. Das ist ein schönes Stichwort. Das ist wirklich wichtig, dass hier etwas passiert, dass Mittel eingesetzt werden. Was machen Sie? Schauen Sie sich doch einmal Ihre eigenen Anträge an. Sie nehmen die Mittel für PC-Betreuung, für System-Betreuung aus dem Haushalt für Vertretungskräfte. Was soll denn das? Wollen Sie, dass der Unterrichtsausfall noch gesteigert wird, damit Sie draußen im Lande verkünden können, jetzt haben wir dafür PC-Systembetreuer eingestellt? Das kann doch nicht wahr sein. So wie Sie hier Haushaltspolitik betreiben, kann es nicht wahr sein, dass Sie es mit den Reformen ernst meinen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist eine Scheingegenfinanzierung!)

Es ist wichtig, dass dieses Thema vorangebracht wird, dass es endlich zu Umschichtungen aus anderen Haushaltstiteln kommt, aber nicht aus den Haushaltstiteln der Vertretung.

Sie haben auch das Thema Schulsozialarbeit und dessen Wichtigkeit angesprochen. Das teilen wir. Wir machen Ihnen aber auch Vorschläge, weil die neun Lehrkräfte, die neun Sozialpädagogen mehr den Kohl im Land auch nicht fett machen.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Es ist wichtig. Das sage ich doch. Ich mache Ihnen Vorschläge, wie wir weitere 500 000 DM in diesem Bereich einstellen können, um darüber hinaus noch zusätzliche Sozialpädagogen und Sozialarbeiter in der Betreuung der Schulen einzustellen.

(Brede-Hoffmann, SPD: Mehr,
mehr, mehr!)

- Ja, mehr, mehr, mehr. Wir sagen Ihnen aber auch, woher das kommen soll. Sie wollen es nicht haben.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist ein wichtiges Problem. Wir wissen, dass es am Lehrstellenmarkt nach wie vor große Probleme gibt. Wir wollen, dass die berufsbildenden Schulen, die bisher eine gute Arbeit geleistet haben, die das Know-how, die technische Ausstattung und das Personal haben, mehr in die Verantwortung genommen werden, um die derzeit in Rheinland-Pfalz vorhandene Ausbildungskrise bewältigen zu können.

Es ist möglich, dass die berufsbildenden Schulen mehr und bessere Angebote auch für vollständige Berufsausbildungen machen. Sie können dreijährige Berufsbildungslehrgänge einrichten. Sie können auch eigenständige Berufsausbildungen machen, wenn man ihnen die Mittel dafür zur Verfügung stellt. Wir machen Ihnen auch Vorschläge, aus anderen Haushaltstiteln 20 Millionen DM umzuschichten, aus Haushaltstiteln, die im Wirtschaftsministerium etatisiert sind, damit diese --

(Zuruf von der SPD)

- Nein, es sind keine Straßenmittel, es sind nicht alles Straßenmittel. Lesen Sie doch einmal unsere Finanzierungsvorschläge. Es ist ein ganzer Berg. Nicht alles sind Straßenmittel.

Es ist wichtig, dass diese Mittel vom Wirtschaftsministerium hin zu den berufsbildenden Schulen umgeschichtet werden, damit eine Aufgabe, die Herr Minister Bauckhage auch hat, nämlich die Ausbildungskrise in diesem Land zu mindern, angepackt werden kann,

(Zuruf von der F.D.P.)

damit sinnvolle Aufgaben in den berufsbildenden Schulen gemacht werden können.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Entwicklung unseres Schulwesens ist vor dem Hintergrund der knappen Finanzen in der Tat erfreulich. Ich will dieser Schwarzmalerei etwas entgegentreten. Ich hoffe, es gelingt mir auch, Sie zu überzeugen.

Oberste Priorität hat nach unserer Einschätzung die Qualität in den Schulen. Wir brauchen eine behutsame, aber kontinuierliche und konsequente Fortführung des Qualitätsmanagementkonzepts. Dieses ist ein zukunftsweisendes Konzept. Wir werden mit diesem Konzept auch die entsprechenden Erfolge in Rheinland-Pfalz haben.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, Mitarbeiterzufriedenheit, wie man in der Wirtschaft sagt - das habe ich bewusst in diesem Zusammenhang gesagt -, und Anhebung des Leistungsniveaus sind beides Ziele des Qualitätsmanagements. Beide bedingen sich gegenseitig. Wenn wir diesen Weg weitergehen, werden wir unsere Schulen mit Sicherheit qualitativ weiterentwickeln können.

Wir wollen - das sagen wir immer wieder - mehr Verantwortung und mehr Profil für die Schulen. Wir sind auf diesem Weg. Wir wollen, dass Multimedia eine immer größere Rolle spielen wird. Es ist schon eine ganze Menge getan worden.

Ich werde Ihnen gleich ein Beispiel vorlegen. Ich erinnere an die Mittel, die für Systembetreuung bereitgestellt werden. Ich erinnere daran, dass es uns in diesem Jahr gelingen wird, jede Schule in Rheinland-Pfalz ans Internet anzuschließen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, heute ist mir in der „Allgemeinen Zeitung“ ein kleiner Artikel aufgefallen. Gestatten Sie, dass ich Sie über diesen Text informiere. Er ist nicht lang, aber er gibt einen Einblick über die Möglichkeiten, die das Internet in der Schule bietet, und welche riesigen Möglichkeiten sich auch in Rheinland-Pfalz auf der Grundlage dieser Technologie anbieten werden.

Ich zitiere: „Sechste Klasse in Oppenheim komplett ,vernetzt‘: ‘Online-Vernetzung einer Klasse‘ heißt das Projekt, mit dem die Klasse 6 c des Oppenheimer Katharinen-Gymnasiums bundesweit eine Vorreiterrolle einnimmt. Schüler, Eltern und Lehrer können jederzeit miteinander kommunizieren: Hausaufgaben werden per E-mail erledigt und korrigiert, Mütter senden elektronische Entschuldigungsschre-

ben, und das lange Telefonieren ins Lehrerzimmer zwecks Verabredung eines Gesprächstermins entfällt.“

Auch im Unterricht wird das neue Medium fächerübergreifend genutzt: Eifrig tauschen sich die Zehn- bis Zwölfjährigen derzeit mit Altersgenossen einer Schule im australischen Queensland aus, erarbeiten Themen und setzen sie im Englisch-Unterricht eigenständig um. Die Lehrer sind sich einig: „Alle sind hoch motiviert.“

Meine Damen und Herren, alle sind hoch motiviert, aber das ist erst der Anfang. Es ist unglaublich, wenn Sie sich überlegen, welchen positiven Einfluss diese neuen Medien auf den Unterricht jetzt schon haben können. Das ist noch nicht das Ende. Das wird sich so weiterentwickeln, meine Damen und Herren.

Weshalb ist das möglich? Diese Schule ist vom Land entsprechend gefördert worden. Es ist ein Projekt, das vom Land bewusst aus verschiedenen Gründen schon sehr früh ausgestattet worden ist. Sie sehen, dass die Ausstattung an sich - nur ein technischer Vorgang - dazu führen wird, dass sich der Unterricht selbst weiterentwickelt. Wenn es uns gelingt - das wird auch so sein -, in diesem Jahr alle Schulen an das Internet anzuschließen, und wenn es gelingt, die Chancen, die das Internet bietet, auch für individualisiertes Lernen, das die klassische Hausaufgabe wird - eine Aufgabe für alle wird es nicht mehr lange geben -, werden wir in Rheinland-Pfalz in der Tat in diesem Bereich deutschlandweit eine Vorreiterrolle spielen können.

Ich kann dieser Schule in Oppenheim nur gratulieren. Ich bin sicher, dass sich durch die Verbreitung solcher positiven Beispiele weitere Schulen in dieser Weise engagieren werden.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich erinnere an die großen Erfolge, die auch eine Ursache dafür sind, sich über den Erwerb eines Internetführerscheins zu qualifizieren. Damit haben wir in Rheinland-Pfalz sehr früh begonnen. Die Nachfrage ist sehr groß. In Rheinland-Pfalz ist in dieser Hinsicht etwas in Bewegung. Schluss mit der Schwarzmalerei!

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, ich gebe noch einige Hinweise zu dem Weg, den wir einschlagen. Wir benötigen einen weiteren Ausbau der Fremdsprachenkenntnisse. Damit beschäftigen wir uns bereits. Ich nenne die Förderung und Ausweitung des bilingualen Unterrichts, ich verweise auf den großen Erfolg der dualen Oberschulen, den Beweis, dass wir auf diesem Wege zum Ziel der Gleichwertigkeit theoretischer und beruflicher Bildung und auf den Ausbau Regionaler Schulen an vielen Standorten vorankommen.

Unser großes Augenmerk wird in Zukunft den Hauptschulen gelten. Selbstverständlich wird unser Augenmerk den Haupt-

schulen gelten, aber wir werden die Hauptschulen nicht herunterreden, weil die Hauptschulen eine ganz wichtige Rolle in Rheinland-Pfalz spielen. Sie leisten hervorragende Arbeit.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, das berufsbildende Schulwesen ist bereits angesprochen worden, und ich bin der Meinung, dass es viel zu differenziert ist. Das wissen wir. Da blickt kaum noch einer durch. Das berufsbildende Schulwesen hat eine eigene Dynamik entwickelt, sich immer differenzierter auszustalten. Das müssen wir angehen. Ich bin sicher, dass es gelingen wird, in absehbarer Zeit einen Vorschlag auf den Tisch zu legen, wie wir das berufsbildende Schulwesen vereinfachen, klare Verhältnisse und Durchschaubarkeit schaffen und möglicherweise sogar Ressourcen freimachen.

(Vereinzelt Beifall der F.D.P.
und der SPD)

Meine Damen und Herren, einen neuen Schwerpunkt müssen wir auf das Bemühen legen - das ist mir ein Herzensanliegen -, Risikokinder frühzeitig zu erkennen, zum Beispiel durch die frühzeitige Diagnosemöglichkeit von späteren Lese- und Rechtschreibbeschwächen. Es ist heute bereits möglich, das im Kindergarten zu erkennen. Das ist ein weites Feld, dem wir uns nähern müssen.

In den letzten Wochen und Monaten wird das Thema „Hoch begabte Kinder“ glücklicherweise etwas in den Vordergrund gestellt. Auch in diesem Bereich gibt es frühe Diagnosemöglichkeiten. Auch in diesem Bereich müssen wir etwas unternehmen.

Es wird auch wichtig sein, den Erziehungsauftrag des Elternhauses und der Schule mit seinen Kooperationsmöglichkeiten, aber auch mit Eigenverantwortlichkeiten neu zu diskutieren und den Menschen wieder bewusst zu machen. Oft herrschen unterschiedliche Auffassungen über die Rollen des Erziehungsauftrags der Schule und des Elternhauses. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diesen Dialog führen müssen, damit auch selbstverständlich klar ist, welchen Auftrag das Elternhaus zu erfüllen hat.

Das muss man im Übrigen manchen Eltern in Gesprächen deutlich machen. Es gibt Schulen, in denen bewusst Elterngespräche geführt werden, um den Erziehungsauftrag beider Teile klarzustellen. Das ist oft segensreich. Viele Eltern verstehen den Erziehungsauftrag gar nicht mehr.

Ich habe bereits den Fall zitiert - vielleicht aber noch nicht in diesem Hause -, den ich selbst erlebt habe, dass sich Eltern beschwert und gesagt haben: Mein Kind benimmt sich zu Hause unglaublich schlecht. Sie sind ihrem Erziehungsauftrag in der Schule nicht nachgekommen.

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

Der Schule wird also der Vorwurf gemacht, dass sich die Kinder zu Hause miserabel benehmen. Deshalb sollte man den Erziehungsauftrag neu diskutieren.

Besondere Aufgaben stellen sich in unseren Städten, insbesondere in sozialen Brennpunkten, für die wir ein breiteres Betreuungsangebot benötigen. Es gibt derartige Ansätze, die ausgebaut werden können und zu denen auch die F.D.P.-Fraktion konkrete Vorschläge gemacht hat.

An dieser Stelle erwähne ich ein ganz besonderes Projekt. Frau Kollegin Pahler hat mich auf das Projekt der Regionalen Schule in Sohren-Büchenbeuren hingewiesen. Hier wird Erfolg versprechend das Konzept „Integrieren durch Befähigen“ umgesetzt, das durchaus auf den Umgang mit so genannten problematischen Kindern und Jugendlichen in anderen Schulen übertragen werden könnte. Nur wenn wir für diese Jugendlichen und Kinder einen Orientierungsrahmen und entsprechende Betreuungs- und Unterstützungsangebote schaffen, erhalten sie die Chance, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch einmal ein Hinweis, weil der Herr Kollege Dahm gebetsmühlenartig die Unterrichtssituation aus seiner Sicht darstellt:

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

- Es tut einem immer so weh, und man möchte ihn eigentlich in den Arm nehmen und trösten.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

So ist das manchmal, wenn man die
Realität wahrnehmen muss! -

Creutzmann, F.D.P.: Wenn Sie die wahrnehmen würden, Frau Kollegin Thomas!)

Multiplizieren Sie einmal 500 neue Lehrerstellen mit den Kosten. Das ist eine enorme Leistung des Landes, genauso wie die Erhöhung der Vertretungsmittel. Das ist eine Leistung für die Schule, die auch zu einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung führen wird.

Des Weiteren führe ich die Altersteilzeit an.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir alle beklagen zu Recht, dass die Lehrerkollegien überaltert sind. Die Altersteilzeit war schon im ersten Anlauf ein Riesenerfolg. Im Blockmodell haben wir aber noch nicht die Verjüngung erreicht. Diese werden wir erst später - dann aber schlagartig - erreichen.

In der zweiten Phase werden wir sehr schnell eine weitere Verjüngung der Kollegien erreichen. Das Tal ist durchschnitten, das heißt, das Durchschnittsalter in den Lehrerkollegien wird wieder sinken. In der Tat ist das auch - das möchte ich

nicht so weit von mir weisen - eine wichtige Frage im Zusammenhang mit Qualitätsmanagement. Natürlich benötigen wir vermehrt junge und engagierte Lehrer, die in den Kollegien auch einmal ein bisschen Dampf machen, um die älteren Kollegen, die sich dann auch eher mitreißen lassen, wieder zu motivieren.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Das Land leistet vor dem Hintergrund der finanziellen Möglichkeiten im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen für das Bildungssystem in unserem Land Enormes. Ich bin sicher, dass wir für Rheinland-Pfalz im Bereich der Bildung einen guten Weg beschreiten werden.

Danke.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Staatsminister Professor Dr. Zöllner das Wort.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wenn Sie jetzt lange reden,
muss ich verhungern!)

**Prof. Dr. Zöllner,
Minister für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung:**

- Die Rache ist süß.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bildung und Wissenschaft sind ein entscheidender Schwerpunkt der Landesregierung und, wenn man das Volumen dieses Aufgabenbereichs ansieht, sicher auch der kostspieligste.

Wir haben heute Haushaltsberatungen. Das heißt, dass die Messlatte an diesen Haushalt anzulegen ist, ob dieser Haushalt diesem Anspruch genügt, was sich aber nicht allein darin äußern kann, dass man eine quantitative Betrachtung anstellt; denn der Haushalt ist kein Selbstzweck, so wie juristische gesetzliche Formulierungen kein Selbstzweck sind. Die Zahlenwerke dienen einem Ziel.

Weiterhin muss man sich ansehen - deswegen ist das sehr voluminos -, ob die Instrumentarien, die dieses Land - sprich die Landesregierung - den Einzelnen zur Verfügung stellt, tatsächlich geeignet sind, diese Ziele zu erreichen, und zwar auch in dem Sinn, die Mittel möglichst effektiv auszugeben.

Es gibt einen weiteren Punkt, den ich, wenn wir diesen Problembereich tatsächlich ernsthaft diskutieren wollen, als Vorbemerkung vorwegschicken möchte.

Meine Damen und Herren, wenn es ein tatsächlich so wichtiger Bereich ist, müsste man sich bei einer sachlichen Diskussion darüber einig sein, dass ein Argument auf jeden Fall nie gebraucht werden dürfte, dass mehr nicht noch besser wäre, weil dieses selbstverständlich ist. Dieses ist keine Diskussionsgrundlage, dass man sagt, etwas mehr wäre auch noch gut, weil es absurd wäre, wenn es ein wichtiger Bereich wäre, dass ein solches Argument nicht ziehen würde. Die Messlatte ist daran anzuziehen, ob dieser Haushalt gut oder schlecht ist und ob im Rahmen des Machbaren - ein Blick über den Zaun zu den Anderen, wie sie die Probleme lösen, ist sehr oft hilfreich - dieses dem Anspruch genügt, dass es tatsächlich ein solcher Schwerpunkt ist.

So weit vorweg. Ich will mich bemühen, jetzt etwas kürzer zu sein. Deswegen habe ich eine längere Vorbemerkung gemacht.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Schauen wir uns den Bereich der Hochschulen und der Wissenschaft an. Es gibt keinen Zweifel, dass auch hier das zählen würde, dass zusätzliche Ressourcen für diesen wichtigen Bereich sehr wichtig und sicher wünschenswert wären. In welchem relevanten, quantitativ überhaupt beschreibbaren Bereich des Landshaushalts befinden sich Steigerungen von über 10 %, was eindeutig belegt, dass hier dieser Schwerpunkt noch ausgebaut wird? Wir finden in der langen Linie eminente Steigerungsraten.

Im Jahr 1990 gab es eine Größenordnung von ca. 1 Milliarde DM für den Bereich Hochschulen und Wissenschaft. Der Etat bewegt sich heute in einer Größenordnung von 1,5 Milliarden DM.

Sehr verehrte Frau Kohnle-Gros, ich bin der Meinung, dass Sie Recht haben, dass mehr gut wäre. Ich bin der festen Überzeugung und habe ein gutes Gewissen, dass wir eine gute Aufholjagd gemacht haben.

Wenn Herr Böhr - Sie haben es wiederholt - von Erosion der Zukunftsgrundlagen dieses Landes spricht - ich halte das für eine Zukunftsgrundlage -, möchte ich zumindest die Bemerkung anschließen, dass sich eine Aufholjagd immer daran orientiert, wo man das Staffelholz übernommen hat. Dann ist dieses eines der zentralen Probleme.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Richtig!)

Wir können uns, ohne uns gesund zu reden, sehr wohl schon jetzt sehen lassen, und zwar langsam unter dem Teppich herorschauend. Wir liegen - in den Ausgaben und bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt - über dem Bundesdurchschnitt. Es gibt - das ist ein kleiner Schlenker - kein einziges CDU-geführtes altes Bundesland, das in diesem Bereich mehr ausgibt, außer Bayern unter CSU-Verantwortung. Es gibt keinen Zweifel, dass das in Zukunft weiter ein überproportionaler Zuwachsbereich sein muss.

Frau Kohnle-Gros, Sie haben ein Zitat gebracht. Ich halte es immer für ein bisschen problematisch, wichtige Dinge zu zitieren und ausdrücklich zu betonen, dass man nicht sagen möchte, wer es gesagt hat. Ich kann nur feststellen, dass in der Anhörung zum Haushalt in diesem Parlament die Präsidenten nachvollziehbar und nachlesbar einige wichtige Dinge gesagt haben. Sie haben nämlich zu erkennen gegeben, dass dieses nicht lukullisch, sondern nach Ihren Worten die untere Grenze ist. Dazu stehe ich. Damit kann ich leben. Wenn wir fair über dieses Thema reden, sollten wir auch festhalten, dass sie gesagt haben, dass dieser Haushalt ein eindeutiger Beleg dafür ist, dass in diesen Rahmenbedingungen die Landesregierung ernst damit macht und dies ein Schwerpunkt dieser Landesregierung ist.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir sollten auch zur Kenntnis nehmen, dass diese Präsidenten gesagt haben, dass sie sehr wohl wissen, dass die anderen Bundesländer meistens mehr Geld haben. Sie haben, da sie wissen, was sich vor Ort abspielt, auch gesagt, dass offensichtlich die Art und Weise, wie wir Ihnen die Ressourcen zur Verfügung gestellt haben, so sind, dass sie mit diesen anderen, die mehr haben, nicht tauschen möchten, und zwar expressis verbis. Das bedeutet - das ist der zweite Punkt, den ich anführen möchte; das gehört auch in eine Haushaltsdiskussion hinein -, dass die Art und Weise, wie diese Landesregierung mit der Flexibilisierung, der Übertragbarkeit, der Berechnung der Nachvollziehbarkeit der Ressourcenkalkulation und ähnlichen Dingen mit den Betroffenen umgeht, für diese offensichtlich so befriedigend sind, dass sie sagen, dass dies eigentlich mehr wert ist als 3,50 DM mehr im Klingelbeutel und unter schlechteren Bedingungen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich meine, dass diese Landesregierung sehr wohl vertretbar eine Grundlage für das mit Recht zitierte Zukunftskapital schafft, das wir in diesem Bereich sehen. Wir werden in diesen Anstrengungen nicht nachlassen. Ich möchte das nicht alles noch einmal aufzählen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir nach einer Phase, in der wir zentrale Kapitel und Belehrungsstellen systematisch aufgelöst haben und sie verstärkt in die Verantwortung der Hochschulen übertragen haben, jetzt einen kleinen Zwischenschritt eingelegt haben, indem wir das schon angesprochene und scheinbar so geheimnisvolle Kapitel zum Ausbau der Kompetenzzentren wieder aufgelegt haben.

Meine Damen und Herren, das gehört auch zu verantwortungsvoller Wissenschaftspolitik, dass man nach einer gewissen Phase der selbstverantwortlichen Bewirtschaftung möglichst aller Ressourcen der Hochschulen sehr genau hinhört, inwieweit die Betroffenen vor Ort nicht meinen, dass es wieder einmal ganz günstig wäre, wenn nicht in den allgemeinen Verteilungskampf der Hochschulen mit der Rücksichtnahme kollegialer Art, die notwendig ist, um miteinander umzugehen, ein zentraler Titel eingerichtet werden müsste,

weil es leichter fällt, Umsteuerungen und Schwerpunktbildungen in diesem Bereich zu betreiben.

Sehr verehrter Herr Dahm, dann können Sie es nicht mit Ihrem gewissen Hang - vorsichtig formuliert - zu formalistischen abhakbaren Checklisten in eine Verordnung hineinschreiben und sagen: Bedingung A, Bedingung B, Bedingung C. - Ich stehe dazu, dass dieses ein Instrumentarium im Dialog mit den Verantwortlichen der Hochschulen ist, tatsächlich nach der Sicht der Hochschule und externer Evaluation Schritte mit Hilfe der Mittelzuweisungen der Landesregierung durchzuführen, die nur schwer aus eigener Kraft von den Hochschulen gemacht werden können. Das kann kein einheitliches Schema sein, das im voraus festgelegt wird, sondern nur eine Art des Vorgehens.

Dieser Weg war dadurch erfolgreich belegbar, dass wir inzwischen zwölf Sonderforschungsbereiche in Rheinland-Pfalz haben - allein fünf in den letzten zwei Jahren gegründet - und in einer Größenordnung von 163 Millionen DM an Drittmitteln einwerben mit der direkten Folgerung eines wahnsinnigen beschäftigungsmäßigen Aspekts. Das entspricht sicher einer Größenordnung von mehr als 2 000 Beschäftigungsmöglichkeiten an Hochschulen. Es wird immer noch vergessen, dass wir einige der effektivsten aus diesem Bereich, die nämlich in der Gründung der Institutionen in Richtung Fraunhofer in Kaiserslautern, Techno-Mathematik, Information und ähnliche Dinge mehr, beschäftigt sind, gar nicht mitrechnen. Diese entfallen letzten Endes aus dieser Kalkulation.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses kann sehr wohl nicht das Ende eines Weges sein, es kann nur der Anfang eines Weges sein. Um noch einmal auf das zurückzukommen, was Sie, Frau Kohnle-Gros, noch einmal rekurriert haben, ich habe den gegenteiligen Eindruck, dass das keine Erosion ist, sondern möglicherweise der Blick in die Vergangenheit etwas verschränkt ist, die man besser gekannt hat als die Realität heute.

Herr Dahm, Sie haben mir einen Gefallen getan, dafür bedanke ich mich. Ich hatte gar nicht gehofft, dass ich heute Gelegenheit haben könnte, wenigstens drei oder vier Sätze über meinen Vorstoß wegen eines Studienkontos zu machen. Da Sie es aber getan haben, bleibt mir armer Mensch überhaupt nichts anderes übrig, als zumindest drei oder vier Worte dazu zu sagen.

Hintergrund ist die Tatsache, dass man, wenn man keine Studiengebühren will, in etwas pastoralem Ton mit dem Gefühl, die Welt und die Verantwortung der Welt für sich zu repräsentieren, diese Forderung in regelmäßigen Abständen in die Öffentlichkeit entlassen kann. Das ist der eine Weg, wie man diese Politik betreiben kann. Der andere Weg ist es, festzustellen, dass man nicht auf einer einsamen Insel lebt. Ich zumindest und diese Landesregierung versuchen, sich dieser Realität anzunähern. Dann gibt es ein Phänomen, meine sehr verehrten Damen und Herren - ich sage das jetzt ausdrücklich, weil das kein parteipolitisches Problem ist -, dass, wenn

man in dieser Republik herumschaut, ein Land nach dem anderen offensichtlich Geschmack an der Sache zu bekommen beginnt. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass, wenn wir für diese deutsche Gesellschaft eine Zukunft haben wollen, wir möglichst viele junge Menschen hoch qualifiziert ausbilden müssen. Wir können das nur erreichen, wenn wir ihnen das Studium bis zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss gebührenfrei ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Die Wiederholung dieser Tatsache schafft keine Gewähr dafür, dass dies in der Bundesrepublik eintreten wird; denn, sehr verehrte Frau Kohnle-Gros, wenn ich nach Baden-Württemberg schaue, dann ist die Welt ganz anders. Wenn ich nach Berlin schaue, dann wird sie noch schlimmer. Wenn ich nach Niedersachsen schaue, dann bin ich nicht beruhigt. Ich sage das ausdrücklich. Ich sage Ihnen weiter, dass es Länder geben mag, die so fest davon überzeugt sind, wie sie wollen, dass man es nicht tun sollte. Sie werden gar keine andere Chance mehr haben, wenn es dort praktiziert wird, als es einzuführen. Dann ist aus meiner Sicht verantwortliche Politik, Herr Dahm, sich nicht hinzustellen und einem Minister zu unterstellen, er will Studiengebühren einführen, weil er möglicherweise die fein formulierten Worte im routinemäßig buddhistischen Gebet nicht heruntergebetet hat, sondern dann ist es aus meiner Sicht die politische Verantwortung, sich zu überlegen, wie kann ich es in einer Situation des Umbruchs noch erreichen, um letzten Endes den zentralen Anteil zu fixieren. Dies habe ich getan. Jetzt will ich - manchmal muss man in einer günstigen Situation schon das auskosten, was mir leider Herr Kuhn durch seine Bemerkung etwas im Effekt genommen hat, aber doch ganz auskosten - Ihnen die Pressemitteilung von dpa, die Frau Sager sofort in dieser Republik verbreitet hat, vorlesen.

(Zuruf von der SPD: Wer ist das?)

- Das ist eine Dame, die dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angehört und Wissenschaftsministerin in Hamburg ist.

Es heißt dort: „Die Wissenschaftsministerin Sager begrüßt den heute vom rheinland-pfälzischen Wissenschaftsminister Zöllner ins Gespräch gebrachten Vorschlag zur Einführung eines Studienkontenmodells im Hochschulbereich als positiven Diskussionsansatz. Der Vorschlag sollte in den KMK-Beratungen zur bundesweiten Absicherung der Studiengebührenfreiheit aufgegriffen werden.“ Die Wissenschaftsministerin Sager kommentierte den Vorschlag folgendermaßen: „Die Einführung von Studienkonten ist ein positiver hochschulpolitischer Diskussionsansatz. Damit könnte der Versuch einer bundesweiten Absicherung der Gebührenfreiheit zum Erfolg gebracht und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur Studienreform geleistet werden.“

Herr Dahm, „Studienkonten“, sagt Frau Sager, „stärken die Selbstbestimmung und individuelle zeitliche Gestaltung des Studiums. Außerdem wird der Wiedereinstieg in ein Studium

nach beruflichen oder familiären Studienpausen - übrigens ausgesprochen frauenfreundlich - erleichtert. Das Modell schafft Anreize für eine kritische Bewertung des Studienangebots durch die Studierenden und damit auch Impulse für eine Qualitätsverbesserung.“

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns auf das Niveau begeben, in einer zentralen Zukunftsfrage dieses Landes nur zur billigen vordergründigen Profilierung möglicherweise bei einer Klientelgruppierung andere, wie mich, in Schubladen zu stecken, dass ich Studiengebühren mit diesem Vorschlag wollte, dann gibt es keine ernsthafte Diskussion mehr in diesem Haus.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Es ist gut, das bezieht sich auf alle Parteien, das ist immer wieder schön, und das ist das Schöne an der Demokratie, egal, wo man bis auf einige ganz extreme Ausmaße politisch steht - die sind glücklicherweise in diesem Parlament nicht vertreten -, es gibt überall vernünftige Leute, vor allen Dingen dann, wenn sie die Sachen auch machen müssen und nicht nur darüber reden brauchen. So weit zu den Hochschulen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Kommen wir jetzt zu den Schulen. Auch bei den Schulen ist die Ausgangslage ähnlich wie bei den Hochschulen. Wir haben eine Steigerung in der Größenordnung von 6 %. Ich sage ausdrücklich und nehme das auf, was Frau Brede-Hoffmann gesagt hat; ich darf Ihnen versichern, das ist keine billige Äußerung. Ich bin der festen Überzeugung, jeder im Kabinett sieht und denkt genauso, dass diese Landesregierung und sicher auch dieses Parlament, wenn es einen solchen Beschluss fasst, gern noch mehr in diesen Bereich stecken würde. Nur, meine Damen und Herren, eine Diskussion über die Schulpolitik und die Probleme, die wir in der Unterrichtsversorgung haben, unter der Überschrift zu führen, wie es tatsächlich immer wieder, glücklicherweise nicht heute in diesem Parlament, passiert ist, aber in der Öffentlichkeit, dass sie der Sparstrumpf der Landesregierung wäre, ist unverantwortlich.

Ich will Ihnen nur die Konsequenzen, Herr Dahm, aufzeigen, was passiert ist. Wenn es eine durchschnittliche Steigerung des Landshaushalts in der Größenordnung von ungefähr 1,5 % gibt und wir eine Größenordnung der Schule von 6 % haben, dann bedeutet das - es reicht meistens die Wahrscheinlichkeitsrechnung aus, die Sie sich übrigens an einigen Stellen zur Plausibilität selbst machen können, da braucht man keine Anfragen zu stellen -, dass wir eine Größenordnung im Schulbereich von mindestens 5 % mehr haben als der Rest. Das heißt, wenn der Schulbereich tatsächlich so behandelt worden wäre, die gleiche Steigerungsrate hätte, hätte man 5 % weniger. Das ist nachvollziehbar. Es ist leicht nachvollziehbar, dass wir eine Größenordnung von ca. 4,5 Milliarden DM in diesem Bereich in der Schule haben; 5 %

von dem ganz groß und rundgerechnet sind 200 Millionen DM. Das heißt, de facto hat es eine Umlagerung innerhalb des Landeshaushalts von 200 Millionen DM oder ca. 2 000 Stellen zugunsten der Schule gegeben. Das ist das, was dieser Landeshaushalt aussagt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kann man sagen, es sind noch 30 zu wenig. Dann muss man aber auch sehen, dass 2 000 Stellen in diese Richtung marschiert sind. Dies ist eine langfristige Perspektive und Politik dieser Landesregierung.

Herr Dahm, dann sollten wir, wenn wir die Spiele spielen, wenigstens ehrlich miteinander umgehen. Die Zahlen, die der Ministerpräsident und ich genannt haben, sind Zahlen, die eher nach unten gerechnet sind. In der öffentlichen Diskussion ließen sich gern auch die reinen Haushaltssahlen verwenden, dann kämen wir zu Steigerungen im Personalbereich in der Größenordnung von 80 %. Wir haben schon alles herausgerechnet, was man durch Umschichtungen und durch haushaltsinterne Veränderungen letzten Endes abziehen kann.

Ich sage ausdrücklich öffentlich immer: Diese 43 % oder 45 % werden natürlich den Notwendigkeiten, wenn man im alten Stil vorangeht, der Schule nicht gerecht. Es ist selbstverständlich so, dass man natürlich auch die Tarifsteigerungen - Sie haben übrigens vergessen, nachzufragen, Herr Dahm -, auch die strukturellen Veränderungen, die in jedem Haushalt stattfinden und ungefähr zu Steigerungen von 1 % bis 1,5 % jedes Jahr führen, ohne dass eine einzige Lehrerwochenstunde vorhanden ist, noch abziehen muss. All das wird doch überhaupt nicht bestritten. Jedoch belegt die Schwerpunktsetzung eindeutig, dass es ein überproportionales Wachstum gegeben hat.

Zu Ihrer konkreten Frage habe ich Ihnen konkret geantwortet, dass die Kleine Anfrage mit der Genauigkeit, mit der Sie das haben wollen und mit der Sie pflegen, nachzufragen, wegen der verschiedenen Umstrukturierungen und aufgrund der Ressortierung der Tariferhöhungen entweder in Zentralkapiteln oder im Kapitel des Wissenschafts- und Bildungsministers nicht beantwortbar ist. Natürlich hätte ich schätzen können, aber ich muss ehrlich zugeben, ich dachte, dass Sie die Schätzung, was dies wohl ausmacht, selbst vornehmen können. Diese Arbeit will ich Ihnen nicht abnehmen.

(Zuruf der Abg. Frau Bill,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Strafarbeit für Herrn Dahm!)

Ich glaube, wir haben mit dieser langfristigen Perspektive des Haushalts die Schule konzeptionell für die Aufgaben, die auf sie zukommen, fit gemacht, ohne die Probleme gelöst zu haben. Ich erwähne nur die Volle Halbtagschule; die Regionale Schule und besonders gern - Herr Lelle hat dies mit Recht an-

gesprochen und eingeklagt - die Begabtenförderung. Die Voraussetzungen, dass ein Modell geschaffen wird; das eine breitenmäßig sicherlich unheimlich relevante Begabtenförderung garantiert, dass jedes Gymnasium in Rheinland-Pfalz über Projektklassen in die Lage versetzt wird, diesen Bereich um ein Jahr verkürzt durchzuführen, müssen in Angriff genommen werden.

Die Probleme sind nicht gelöst; aber die haushaltsmäßigen Voraussetzungen sind vorhanden, um Probleme, die in anderen Bundesländern erst angegangen werden, tatsächlich in aller Ruhe erfolgreich einer Lösung zuzuführen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir haben auch das Problem der Unterrichtsversorgung nicht gelöst. Aber wir haben es langfristig angepackt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin zu Ihrer Überraschung sogar sehr zufrieden, fast stolz darauf, dass zur Lösung des Problems im Ergebnis das Phänomen beigetragen hat, dass die Anzahl der Schülerinnen und Schüler pro Lehrer eben nicht gesunken, sondern sogar gestiegen ist - ein scheinbar negatives Indiz,

- weil ich ebenso wie Sie weiß, dass mit dem einfachen Ansatz von mehr Lehrerinnen- und Lehrerstellen das Problem nicht zu lösen ist,

(Creutzmann, F.D.P.: So ist es!)

- weil ich immer gesagt habe, dass das Problem nur durch den Dreiklang,
- durch zusätzliche Belastungen, die wir den Lehrerinnen und Lehrern zumuten müssen, lösbar ist - sie können nicht zu einem Absinken der Schülerzahl pro Lehrer führen, sondern umgekehrt -,
- dadurch, dass wir zusätzliche Stellen in diesen Schulbereich hineinstecken, was wir auch in der Vergangenheit in überreichem Maße getan haben, zumindest mehr als alle anderen Bundesländer, außer Hamburg, und das sind Zahlen der KMK und nicht dieses Ministers, und
- durch effektive Bewirtschaftungsmaßnahmen, die man uns zu Beginn von KOSI 2010 auch nicht geglaubt hat, die aber - wie Sie gesehen haben - dazu geführt haben, dass wir vor einem Jahr 480 Stellen zusätzlich haben einstellen können.

Vor diesem Hintergrund können Sie gar keinen anderen Parameter haben als ein Ansteigen der Schülerzahl bezogen auf den Lehrer. Wenn Sie es aber bewerten wollen, können Sie es mit den Anstrengungen vergleichen, die andere Bundesländer unternehmen. In diesem Punkt wiederum kann ich mich nur darauf beziehen, dass der Beitrag, den andere Bundesländer in Bezug auf Neueinstellungen leisten, geringer ist als

der von Rheinland-Pfalz, sodass ich in der Summe haushaltsmäßig nur daraus folgern kann, dass man sich in diesem Bereich nicht in einem sanften Ruhekissen befindet, dass es aber offensichtlich nicht nur verantwortbar, sondern sogar mehr ist als das, was andere unter gleichen Rahmenbedingungen bereit oder gewillt sind zu leisten.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Auf diesem Weg werden wir sicherlich in der Lage sein, auch die akuten Probleme mit diesem Haushalt aufzugreifen. Die meisten sind von Frau Brede-Hoffmann und Herrn Kuhn erwähnt worden. Ich möchte noch einmal auf das Qualitätsmanagement zurückkommen und sage Ihnen, ich habe nie behauptet, dass dieses Problem in einem Haushalt Jahr mit einem Schlag zu lösen ist. Um über diesen neuen Weg Probleme anzugehen, ist es wichtig, dass die Schule, der Minister, das Ministerium und alle übrigen Beteiligten noch sehr viel lernen. Das Signal, das wir sowohl durch den haushaltsmäßigen Ansatz als auch zu dem Mathematiktest gegeben haben, ist aber so eindeutig und so unmissverständlich, dass sich die Schule dieser zukunftsträchtigen Entwicklung nicht entziehen können wird.

Ich sage in diesem Zusammenhang auch ganz eindeutig und nachdrücklich, ich meine, wir werden in diesem Punkt nur erfolgreich sein, wenn sich alle in der Schule - von der Schulaufsicht bis hinauf zum Ministerium und dem Minister selbst - in diesen Prozess als lernfähige Organisationseinheiten verstehen, da dies ein Weg ist, der noch in keinem anderen Bundesland gegangen worden ist und der letzten Endes Neuland bedeutet, sodass er nur so zum Erfolg führen kann.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Ich erwähne in diesem Zusammenhang auch, dass wir nicht nur über die sozialen Probleme reden, sondern mit Unterstützung der Fraktionen und durch die Schulsozialarbeit auch haushaltsmäßig gehandelt haben. Sie werden nicht alle Probleme lösen. Aber Sie machen den ernsten Ansatz, Verantwortung auch in Kooperation mit Frau Dr. Götte zu übernehmen. Auch dürfen die Kommunen nicht aus der Verantwortung entlassen werden, da sich die Schule nicht alle Probleme allein aufhalsen sollte. Aber das Land nimmt seine Verantwortung auch haushaltsmäßig wahr, und auch auf den anderen Zukunftsbereich ist - um nur wenige Beispiele aufzunehmen - ebenfalls schon mehrmals eingegangen worden.

Die Tatsache, dass - wenn man dies alles zusammenzählt - zum ersten Mal Mittel in der Größenordnung von 1 Million DM für I- und K-Technologie - wie man so schön sagt -, entweder in Manpower oder in Infrastruktur, in diesen Haushalt eingestellt worden sind, ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass Rheinland-Pfalz gewillt ist, diese Herausforderung auf sich zu nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass dies ein hartes Stück Arbeit werden wird,

ein Stück Arbeit, das wir nachdrücklich nur durch den übermäßigen Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern werden bewältigen können. Ich bin jedoch dankbar, dass sie ihren Beitrag bisher geleistet haben, wobei ich aber auch ein gutes Gewissen dahin gehend habe, dass das, was wir den Lehrerinnen und Lehrern in Rheinland-Pfalz zugemutet haben, zumindest nicht überproportional mehr ist als in anderen Ländern. Sie sollten mich kennen, ich habe auch die Vergleichszahlen vorliegen. Nur Schleswig-Holstein und Berlin haben eine geringere Arbeitsbelastung für die Lehrerinnen und Lehrer, wenn man dies über alle Schularten sieht. Diese beiden Länder haben jedoch im Gegensatz zu uns noch keine 40-Stunden-Woche für die Angestellten im öffentlichen Dienst, sondern 39,5, sodass wir sogar noch an der unteren Grenze der Belastung von Lehrerinnen und Lehrern liegen, wenn Sie diesen Unterschied mit einrechnen.

Ich möchte jedoch auch ausdrücklich sagen, dass die Grenze erreicht ist. Aber auch die realistische Einschätzung von Belastungssituationen ist eine Voraussetzung dafür, dass man gewillt ist, seinen Beitrag zu einem System zu leisten.

Zum Schluss - ich hoffe, ich habe Sie zu dieser späten Stunde nicht zu lange aufgehalten - möchte ich noch drei oder vier Worte zur Weiterbildung sagen, vor allen Dingen deswegen, weil sie als untergehendes Schiff bezeichnet worden ist, und vor allen Dingen deshalb, weil Herr Dahm festgestellt hat, dass das, was wertvoll ist, gerade gestrichen wird. Herr Dahm, sehen Sie, auch an dieser Stelle lassen sich unterschiedliche Politikverständnisse ausmachen.

Zunächst existiert der Ansatz, dass diese Landesregierung Ernst damit gemacht hat, dass dieses eines der größten Aktivitätsfelder sein muss. Meine sehr verehrten Damen und Herren auch von der CDU, wenn ich jedoch einen Aufgabenbereich innerhalb weniger Jahre in seinem Haushaltsvolumen verdoppele und wenn offensichtlich alle Konflikte, die vorher in diesem Bereich bei den Trägern der Weiterbildung geherrscht haben, durch ein vernünftiges und entsprechendes Weiterbildungsgesetz mit einer entsprechenden Ressourcenzuweisung gelöst sind, dann bedeutet verantwortliche Politik keinen Automatismus, dass solche großen Sprünge ad infinitum fortgeführt werden müssen. Dann muss man auch den Mut haben, zu sagen, nun sind andere dran, beispielsweise die Schule, und zwar jede Mark, die man in die Schule stecken kann, oder aber die Hochschulen, weil sie langfristig von solcher Bedeutung sind.

In der Summe hat der Weiterbildungsbereich aber nicht abgenommen, sondern nur in wenigen marginalen Bereichen Mittelkürzungen erfahren. Einige - im konkreten Falle zwei - sind noch von Ihnen korrigiert worden, und ich bin froh darüber. Aber wir müssen sehr wohl sehen, dass dies im Austausch zu anderen Dingen geschehen ist.

Aber ich stehe dazu - nun komme ich auf den Unterschied des Politikverständnisses zurück -, dass es Bereiche gibt, die keine Überlebensgarantie haben. Wenn sich einige in diesem Parla-

ment quasi als Garanten für diese Nischenbereiche verstehen, ist es deren Sache, aber nicht meine als Weiterbildungsminister.

Wenn wir Weiterbildungsprojekte mit der klaren Festlegung und aus der klaren Intention heraus auflegen, dass damit neue Projekte ausprobiert werden sollen, um die Projekte, die sich bewährt haben - und sich dann auch selbst finanzieren -, in dieses System einzuführen, dann kann es nicht sein, dass diese Weiterbildungsprojekte auf Dauer zur Finanzierung von Projekten in einer unfairen Konkurrenz zu anderen Angeboten der Weiterbildung finanziert werden, die sich selbst finanzieren müssen, weil sie nicht in der Lage sind, sich selbst die Klientel zu rekrutieren wie die anderen Projekte auch, meine Damen und Herren.

Das bedeutet, da faktisch keinerlei neuen Anträge von Relevanz in diesem Bereich gestellt werden und wir mit einem geringeren Haushaltsansatz in der Lage sind, die neuen Anträge zu bewilligen, halte ich es als Bildungsminister für verantwortungslos, einen solchen Etatposten in der gleichen Höhe fortzuführen.

Wenn tatsächlich Bildung und Ausbildung so wichtig sind, dann muss ich die Mittel in die Bereiche stecken, in denen tatsächlich jede zusätzliche Mark reichlich Rendite bildet, zum Beispiel in die Schule.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Hoffentlich nicht zu langer, sondern mittellänger Rede, aber doch kurzer Sinn: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bildung, Wissenschaft und Ausbildung sind ein Schwerpunkt. Da sie einen zentralen Schwerpunkt dieser Landesregierung bilden, wird nie genügend Geld für diesen Bereich zur Verfügung zu stellen sein. Ich glaube, man kann sicher immer über 1 Million DM mehr oder weniger reden, die faktische Verlagerung von Mitteln zugunsten dieses Bereiches auf Kosten der anderen Haushaltsbereiche belegt aber eindrucksvoll, wie ernsthaft es der Landesregierung ist, diesen Bereich, der so zukunftssträchtig und notwendig ist, auszubauen. Die Tatsache, dass viele Probleme eindeutig schon angegangen sind und viele Probleme nachweislich mit Erfolgen oder Teilerfolgen gelöst sind, belegt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und dass das Geld nicht nur in seiner Größenordnung, sondern auch in der Art, wie es hier angelegt ist, gut angelegtes Geld ist.

Ich bedanke mich.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Heinz:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lelle das Wort.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe angekündigt, dass ich zum Haushalt noch einige ganz konkrete Anmerkungen machen möchte.

Frau Brede-Hoffmann, hören Sie genau zu.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD:
Ja bitte! Selbstverständlich!)

Wir stimmen durchaus den 500 Lehrern, die Sie einstellen wollen, zu. Das findet unsere Zustimmung; denn wir finden das richtig. Richtig ist es auch, die Mittel zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls stark zu erhöhen, was Sie machen. Im Nachhinein ist es unserer Meinung nach ein Beweis dafür, dass unsere Argumentation richtig war, dass letztendlich unsere Kritik erfolgreich war. Sie hat zum Erfolg geführt. Dennoch glaube ich, ist auch diese Summe noch nicht ganz ausreichend, um den strukturellen Unterrichtsausfall wirklich gegen null zu drücken. Deshalb hat die CDU-Fraktion nochmals 10 Millionen DM pro Jahr mehr gefordert bzw. durch Umschichtungen erwirtschaftet.

Frau Brede-Hoffmann, ich denke, Sie sollten dies schlicht und einfach einmal akzeptieren. Wenn Sie Vorschläge machen und Umschichtungen vornehmen, dann sind sie solide. Wenn die Opposition das macht, dann ist das grundsätzlich falsch und unsolide. Das finde ich absolut unfair.

(Beifall der CDU)

Auch unsere Vorschläge sind solide finanziert. Sie haben selbst gesagt, wir haben auch aus anderen Bereichen Geld abgezogen, um es in der Bildung einzusetzen. So verstehen wir eine Schwerpunktbildung. Dies bedeutet, ich muss auch von meinen Kollegen die entsprechende Zustimmung haben, die ihrerseits die Kürzungen vertreten müssen, damit wir im Bildungsbereich mehr einsetzen können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf eine Replik des Herrn Mertes bezüglich der Lehrer eingehen, die man in der Vergangenheit gefordert hat. Ich denke, auch da hat die CDU-Fraktion keine populistischen, sondern sehr realistische Forderungen aufgestellt. Wir haben nicht mir nichts, dir nichts 2 000 Lehrer gefordert, sondern unsere Forderungen waren stets solide begründet. Ich denke, das ist auch richtig.

Genauso möchte ich darauf hinweisen, dass unser Antrag, die Dreiviertelstellen wieder in volle Planstellen umzuwandeln, ebenfalls ein erfolgreicher Beitrag zur Bildungspolitik war.

Herr Minister, kritisch möchte ich die Titelgruppe 99 in den verschiedenen Schulbereichen ansprechen, nämlich Aufwand für Informations- und Kommunikationstechniken. Ich nenne beispielsweise die Berufsschule. Dort sind ganze 38 400 DM pro Jahr eingesetzt. Das ist schlicht und einfach kläglich. Vielleicht haben Sie noch irgendwo die Mittel in der Hinterhand.

Jedenfalls sieht es nach Klarheit und Wahrheit des Haushalts nicht aus. Deshalb liegt auch hier unser Ansatz, im Bereich Multimedia in den Schulen wesentlich mehr zu investieren. Ich denke, das wird morgen noch vertieft zur Sprache kommen.

Ich möchte auch kritisch anmerken, dass wir nicht damit einverstanden sind und Bedenken gegen die Verteilung der Neueinstellungen haben, die Sie planen. Den Realschulen und berufsbildenden Schulen sollen 50 bzw. 16 neue Stellen zugewiesen werden, obwohl sie einen sehr großen Schülerzuwachs haben. Gleichzeitig werden der IGS 167,25 Stellen zugewiesen. Ich denke, das ist ein alter Hut. Da setzen Sie auf das falsche Pferd. Mich wundert auch, dass die F.D.P. das einfach so mitmacht.

Dies setzt sich auch im Schulbaubereich fort. Dort bleiben Sie für die berufsbildenden Schulen unter dem Ist von 1998, während Sie für die IGS auf 23 Millionen DM bzw. 34 Millionen DM hochgehen. Sie werden jetzt natürlich sagen, dass dies verschiebbar ist. Das ist korrekt. Ich glaube aber, dennoch setzt man damit Akzente.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Herr Minister, Sie haben Ihre eigene Aussage mit 43 % Steigerung des Bildungshaushalts, Gott sei Dank, so sage ich, relativiert. Der Eindruck, der zunächst einmal damit entstanden war, war völlig falsch! Ich glaube, die Öffentlichkeit verdient es, dass wir ehrlich mit ihr umgehen. Wenn wir solche Zahlen nennen, dann muss man natürlich auch die Preissteigerungen nennen, wie Sie zugegeben haben. Man muss auch die Tarifsteigerungen nennen. Dann wird das natürlich entsprechend wesentlich reduziert.

(Staatsminister Prof. Dr. Zöllner: Das sind dann aber trotzdem 43 % !)

Ich denke, es war notwendig, dass dies erfolgt ist. Herr Dahm, in Bezug auf die Antworten hätte man schon ein wenig konkreter sein können. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf.

Ich möchte noch eine letzte Anmerkung machen. Frau Brede-Hoffmann, Sie sollten es unterlassen, uns immer wieder vorzuwerfen, wir würden Schule schlecht reden.

(Beifall der CDU -
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sie tun es aber, Herr Kollege!)

Ich komme aus der Schule. Wer überzeugter Lehrer war, dem ist es absolut fern, dies zu machen. Wenn wir hier Dinge kritisieren, dann hat dies ausschließlich den Zweck, die Situation und die Rahmenbedingungen in den Schulen zu verbessern. Es geht um die Zukunft der Kinder. Da möchte ich weder Ihnen noch sollten Sie uns die Redlichkeit absprechen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, ich bitte noch um Aufmerksamkeit für den Abgeordneten Dahm.

(Zurufe im Hause -
Staatsminister Zuber: Das habe ich gewusst!)

Abg. Dahm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nehmen Sie es als Angebot, dass ich meine Redezeit nicht noch durch eine Kurzintervention verlängert habe, sondern die drei Minuten schon gestrichen habe. Aber dennoch möchte ich in den letzten vier Minuten auf das eingehen, was mir eben entgegengehalten worden ist.

Herr Minister Professor Dr. Zöllner, es war sehr wichtig, was Sie gesagt haben. Es war auch wichtig, dass ich Ihnen diese Steilvorlage gegeben habe; denn es ist jedenfalls jetzt für jedermann und jede Frau klar, sie möchten in Rheinland-Pfalz aus bestimmten Gründen Studiengebühren einführen.

(Ministerpräsident Beck: Das ist doch unglaublich!
So etwas ist doch nicht zu fassen! -
Weitere Zurufe von der SPD)

Damit haben wir jetzt eine Klarheit. Lieber Herr Beck, --

(Weitere Zurufe im Hause)

- Doch, ich habe das sehr genau verstanden,

-- wenn Sie Studiengebühren einführen wollen - das Gleiche gilt auch für die Parteikollegin Krista Sager vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -, dann ist Ihr Modell nicht schlecht, wenn wir das wollen. Ich sage Ihnen aber auch, es gibt entschiedenen Widerstand, nicht nur bei den Studierenden, sondern auch in unserer Fraktion und in unserer Partei. Der Widerstand ist bundesweit so organisiert, dass wir diese Einführung, wie Sie sie vorschlagen, nicht haben wollen.

(Frau Hatzmann, F.D.P.: Nur nicht da, wo Sie Regierungsvérantwortung tragen!)

Herr Professor Dr. Zöllner, Sie haben jetzt eine große Chance gehabt, uns aufzuklären, was von den 45 % Steigerungen in den letzten zehn Jahren von 1990 an gerechnet im Bildungshaushalt letztendlich auch auf tarifliche und strukturelle Steigerungen zurückzuführen ist. Sie haben die Chance gehabt. Sich aber hierhin zu stellen und zu sagen, wir hätten keine so genauen Fragen stellen sollen, wir hätten nach Schätzungen fragen sollen, dann hätten Sie uns auch eine Antwort gegeben, dann muss ich sagen, das war wirklich eine sehr billige Polemik, die Sie uns angeboten haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kuhn, Sie haben in Ihrem zweiten Beitrag sehr stark das Thema Multimedia in den Mittelpunkt gestellt. Wir haben sehr aufmerksam Ihre Große Anfrage zu diesem Thema gelesen. Die Zahlen, die dabei herausgekommen sind, haben Sie hier aber nicht referiert, beispielsweise, dass sich in Rheinland-Pfalz noch 25 Schülerinnen und Schüler einen PC teilen müssen. Das haben Sie nicht referiert. Sie haben von einem vorbildlichen Beispiel gesprochen.

(Zuruf von der SPD: Das ist Sache des Schulträgers!)

Sie haben nicht referiert, dass es nur 6 % der Grundschulen sind, die überhaupt einen Internetanschluss haben. Sie haben dagegen referiert, dass es Ihr Ziel ist, dass alle Schulen einen Internetanschluss haben sollen. Sie haben das sehr unpräzise geäußert. Ihr Staatssekretär war da genauer. Er wollte, dass jeder Schulleiter einen E-Mail-Anschluss hat.

(Pörksen, SPD: Sie wollen für jeden Schüler einen?)

Das ist ein großer Unterschied, Herr Creutzmann. Wir möchten nicht nur, dass jeder Schulleiter und jede Schulleiterin durch E-Mail mit dem Ministerium verbunden sind und die Verordnungen dann schneller bekommen. Wir möchten in der Tat, dass jede Schülerin und jeder Schüler angeschlossen werden, dass sie eine E-Mail-Adresse haben und dass damit auch die Unterrichtssituation verbessert wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Zöllner, ein Letztes zum Weiterbildungshaushalt. Sie haben das am Schluss noch einmal herbeigeführt. Wenn Sie oder die Vertreter Ihres Ministeriums im Landesweiterbildungsbirat bei jeder Sitzung erklären, dass für innovative Projekte in Zukunft keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, ist es dann verwunderlich, wenn die Weiterbildungsorganisationen dann auch keine Anträge mehr stellen? Ich denke, nicht. Ich glaube, das hat eine Ursache. Sie wollen diesen innovativen Titel herunterziehen. Sie wollen, dass die innovative Weiterbildung nicht mehr gefördert wird.

(Dr. Schmidt, SPD: Das sind doch Unterstellungen!)

Aus diesem Grund und nur aus diesem Grund haben Sie auch keine Anträge in diese Richtung mehr erhalten.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinz:

Eine weitere Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Kuhn.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Meine Damen und Herren! Zum Thema Weiterbildung. Alle Fraktionen haben mit den Trägern der Weiterbildung gesprochen. Ich verstehe die Welt nicht. Wir haben mit den Trägern der Weiterbildung intensive Gespräche geführt. Wie Sie das darstellen, ist dort nichts herübergekommen. Der Wunsch war, die Reduzierung der Mittel zum Teil rückgängig zu machen. Das ist getan worden. Diese Untergangsstimmung ist in den Gesprächen mit unserer Fraktion nicht erzeugt worden.

(Creutzmann, F.D.P.: Bei den GRÜNEN vielleicht!)

Da wird wiederum schwarz gemalt in einem Ausmaß, das man nicht verantworten kann.

Herr Dahm, Sie haben Recht: Jeder Schüler muss angeschlossen werden. Der Minister hat schon gesagt: Wir haben große Ziele, open end, selbstverständlich. Man ist eben auf dem Weg. Heute ist eine Grundschule in Mainz mit gebrauchten PCs aus dem Verwaltungsbereich so ausgestattet worden, dass in jedem Klassenzimmer drei PCs stehen. Das geht schrittweise, das geht nicht von heute auf morgen. Aber der Anschluss aller Schulen ans Internet wird in diesem Jahr passieren. Nicht der Schulleiter ist angesprochen, sondern die Schule, und die Optionen sind vorhanden. Die Hardware wird mit Sicherheit in einem Ausmaß an Geschwindigkeit zur Verfügung gestellt werden, dass das, was ich Ihnen eben als Beispiel dargestellt habe, in sehr kurzer Zeit in allen Schulen möglich sein wird.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Heinz:

Meine Damen und Herren, erkennbar liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Schade!)

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf - Drucksache 13/5151 -, der mitberaten wurde, an den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung - federführend - und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Dagegen gibt es keine Bedenken, wie ich sehe. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Beratungen. Ich lade Sie zur Fortsetzung der Haushaltberatungen morgen früh, 8.30 Uhr, ein.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen angenehmen Feierabend. - Ich bedanke mich.

Ende der Sitzung: 20.25 Uhr